

EMMANUEL TODD

Der Westen im Niedergang

Ökonomie, Kultur und Religion
im freien Fall

WESTEND

W E S T E N D

Ebook Edition

EMMANUEL TODD

in Zusammenarbeit mit Baptiste Touverey

DER WESTEN IM NIEDERGAN

Ökonomie, Kultur und Religion im freien Fall

Aus dem Französischen von Tabea A. Rotter

W E S T E N D

Im Original erschienen unter dem Titel »La Défaite de l'Occident«, © Éditions Gallimard, Paris, 2024

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN: 978-3-98791-069-2

1. Auflage 2024

© Westend Verlag GmbH, Waldstr. 12 a, 63263 Neu-Isenburg, 2024

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Übersetzung: Tabea A. Rotter, Übersetzung Geleit- und Nachwort für die deutsche Ausgabe: Westend Verlag

Karten: © EdiCarto

Satz: Publikations Atelier, Weiterstadt

Für Georges

Da sie überzeugt sind, das Geheimnis des unvollendeten menschlichen Abenteuers im voraus zu kennen, betrachten sie die Verworrenheit der Ereignisse von gestern und heute mit dem Anspruch des Richters, der über den Gegensätzen steht und souverän Lob und Tadel verteilt. Die geschichtliche Existenz, so wie sie wirklich abläuft, stellt Einzelmenschen, Gruppen und Nationen gegeneinander, die unvereinbare Interessen oder Ideen verteidigen. Weder der Zeitgenosse noch der Historiker ist in der Lage, den einen oder den anderen vorbehaltlos recht oder unrecht zu geben. Das heißt nicht, daß wir nicht wüßten, was gut und böse ist. Aber wir kennen die Zukunft nicht, und jede geschichtliche Idee bringt Ungerechtigkeiten mit sich.

Raymond Aron, *Opium für Intellektuelle*, Kapitel V: »Der Sinn der Geschichte«

Hier stehe ich, ich kann nicht anders.

Martin Luther, auf dem Reichstag zu Worms, April 1521

Inhalt

Cover

Geleitwort zur deutschen Ausgabe

Die zehn Überraschungen des Krieges

1 Russische Stabilität

Gelungene Stabilisation: Beweis anhand der »moralischen Statistik«

Wirtschaftliche Wiederbelebung

Danke für die Sanktionen!

Putin ist nicht Stalin

Mehr russische als amerikanische Ingenieure

Mittelschichten und anthropologische Realitäten

Blindheit gegenüber der Vielfalt der Welt

Allgemeine Unterstützung des Regimes trotz Ungleichheiten

Die Strategie eines erstaunlichen Mannes

In fünf Jahren den Krieg gewinnen

2 Das ukrainische Rätsel

Die Ukraine ist nicht Russland

Ein altes Nationalgefühl

Vom Märtyrer zum Privilegierten

Eine Nation ohne Staat

Das wahre Geheimnis: Der Niedergang der russischsprachigen Ukraine

Das Jahr 2014, ein Ende der demokratischen Hoffnung

Auf dem Weg zu einem antirussischen Nihilismus

Ein nicht identifiziertes Politikobjekt

3 Postmoderne Russophobie im östlichen Europa

Serienmäßige Ratlosigkeit

Unsere erste Dritte Welt

Mittelschicht, Akt I: Von Schwäche zu Zerstörung

Mittelschicht, Akt II: Auferstehung unter sowjetischer Kontrolle

Osteuropäische Unauthentizität

Die ungarische Ausnahme

4 Was ist der Westen?

Zweifacher Westen

Eine Demokratie verteidigen, die es nicht mehr gibt

Liberales Oligarchen gegen die autoritäre russische Demokratie

Ein unumkehrbarer Prozess

Religion im Aktiv-, Zombie- und Nullzustand

Die nihilistische Flucht nach vorn

5 Der assistierte Suizid Europas

Deutschland, eine Maschinengesellschaft

Aktive Nation, träge Nation

Vom Unglück, Staatsoberhaupt in einer Stammfamilien-Kultur zu sein

Eine zerschlagene autonom-oligarchische Entwicklung

Die Probleme der Reichen verstehen

Unter dem Auge der NSA

Der Niedergang Amerikas und sein zunehmender Einfluss auf Europa

6 Großbritannien – auf dem Weg zur Nullnation (Fool, Britannia!)

Der Truss-Moment

Hommage an Ionesco: Bestandsaufnahme britischer Dysfunktionen

Der wirtschaftliche Zerfall

Hinter dem wirtschaftlichen Zerfall: der religiöse Zerfall

Was der Protestantismus war

Vom aktiven Protestantismus über den Zombieprotestantismus zum

Nullprotestantismus

Sozialer und politischer Zerfall

Wenn der Hass auf den Proleten den Rassismus ersetzt

Nullprotestantismus, Nullnation

7 Skandinavien – vom Feminismus zur Kriegstreiberei

Etwas ist faul im Staate Dänemark (und Norwegen)

Sozialer Aufruhr in Schweden und Finnland

Ende des Protestantismus, Krise der Nation

8 Das wahre Wesen der USA – Oligarchie und Nihilismus

Der Nihilismus, ein notwendiges Konzept

Mehr ausgeben, um mehr zu sterben

Rückblende: Das gute Amerika

Die Machtelite um 1955

»Der Triumph der Ungerechtigkeit«: 1980 bis 2020

Auf dem Weg in den US-amerikanischen Nullprotestantismus

Der Nullprotestantismus und der Rückgang der Intelligenz

Nullprotestantismus und die Befreiung der Schwarzen

Falling from grace: Gefängnisse, Amokläufe und Fettleibigkeit

Das Ende der Meritokratie: Willkommen in der Oligarchie

9 Die Luft aus der amerikanischen Wirtschaft lassen

Die Verflüchtigung der amerikanischen Industrie

Das WIP der Vereinigten Staaten

Die Abhängigkeit von importierten Waren

Unproduktive, räuberische Meritokraten

Die Abhängigkeit von importierten Arbeitskräften

Die unheilbare Krankheit des Dollar

10 Die Washingtoner Clique

Das Ende der WASPs

Das Verschwinden jüdischer Intelligenz?

Ein Dorf namens Washington

Die Anthropologie des Blob

Rache für die Ukraine?

11 Warum der Rest-der-Welt sich für Russland entschieden hat

Wer will das große, böse Russland bestrafen?

Die wirtschaftliche Ausbeutung der Welt durch den Westen

Vom Wirtschaftskrieg zum Weltkrieg

Blindheit gegenüber der anthropologischen Diversität der Welt

Russlands neue Soft Power

Schlussfolgerung: Wie die Vereinigten Staaten der Ukraine in die Falle gingen (1990–2022)

Die großen Etappen

1990 bis 1999: Die friedliche Phase

1999 bis 2008: Die Hybris

2008 bis 2017: Der amerikanische Abschwung und die deutsche (besonders friedfertige) Hybris

2016 bis 2022: Die Falle des ukrainischen Nihilismus

Nachbemerkung: Der amerikanische Nihilismus: Gaza bringt den Beweis

Der (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) schwierige Frieden – ein Nachwort zur deutschen Ausgabe

Der (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) unmögliche Frieden

Spaltung und Umkippen Europas

Karten und Tabellen

Anmerkungen

Orientierungspunkte

Cover

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort zur deutschen Ausgabe

Diese deutsche Ausgabe von *La Défaite de l'Occident* ist für mich die wichtigste von allen. Denn Deutschland – in vielen internationalen Kommentaren als unschlüssig, schwach, kurzum als bloßer Nebenakteur im Ukrainekrieg präsentiert – steht in Wahrheit im Zentrum des Konflikts. Seit dem Irakkrieg und den gemeinsamen Pressekonferenzen von Wladimir Putin, Gerhard Schröder und Jacques Chirac leben die Vereinigten Staaten in Angst vor einer strukturellen Annäherung zwischen Deutschland und Russland, die das Ende des US-amerikanischen Einflusses auf Europa bedeuten würde. Von diesem Standpunkt aus betrachtet stellt es für die Vereinigten Staaten einen maßgeblichen Erfolg dar, dass sie die Europäische Union in einen Konflikt mit Russland verwickeln konnten, sogar auf die Gefahr hin, deren Wirtschaft mehr zu schaden als der Russlands. Die energiepolitische und industrielle Verbindung zwischen Deutschland und Russland ist zum aktuellen Zeitpunkt zusammengebrochen.

Es bleibt die Tatsache, dass Deutschland, im Gegensatz zum Vereinigten Königreich und Frankreich, die fortschrittlichsten Arten von militärischem Engagement abgelehnt hat. Und vor allem ist der Konflikt natürlich noch nicht vorbei. Die Vereinigten Staaten werden diesen Krieg verlieren, weil ihre industriellen und militärischen Mittel gegen ein wiedererstarktes Russland unzureichend sind. Die bevorstehende Niederlage der Ukraine sowie die Erniedrigung des Pentagons und der NATO werden die Frage nach den künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland wieder aufkommen lassen. Dann wird Deutschland zwischen einem endlosen Konflikt und dem Frieden mit Russland wählen müssen. Für Deutschland ist dies ein sehr altes Thema.

Dieses Buch ist ein nüchternes, das Buch eines Historikers und Anthropologen, der danach strebt, die Geopolitik zu verstehen, ohne sich den Emotionen hinzugeben. Es geht um industrielle und bildungspolitische Machtverhältnisse, um traditionelle Familienstrukturen, deren Prägung fortbesteht, und um eine religiöse Prägung, die hingegen verschwindet. Max Weber weiterdenkend, führe ich den Zerfall des Westens auf den Zerfall der protestantischen Ethik zurück.

Auf die Gefahr hin mich zu täuschen, glaube ich, dass Deutschland kühle Rationalität im Moment um einiges mehr braucht als Emotionen.

Eine gängige Methode der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs zur Manipulation Deutschlands besteht darin, das historisch verankerte Schuldgefühl der Deutschen, hervorgegangen aus den katastrophalen Erfahrungen der NS-Zeit, zu benutzen, um Deutschlands Bedürfnis anzuregen, endlich wieder auf der »richtigen Seite der Geschichte« stehen zu wollen. Heute zum Beispiel, indem Deutschland die »liberale Demokratie« gegen ein »autokratisches« oder »neostalinistisches« Putin-Regime verteidigt. Doch unglücklicherweise ist der Westen, wie ich beweisen werde, nicht länger demokratisch und die Vereinigten Staaten werden inzwischen vom Nihilismus heimgesucht so wie Deutschland in den 1930er-Jahren. Der Kern des Buches, das zuerst die russische, die ukrainische und dann die zentraleuropäische sowie westliche Gesellschaft untersucht, ist schlussendlich dennoch die Analyse der regressiven Dynamik der US-amerikanischen Gesellschaft. Der Fall des Westens wird

nicht durch einen russischen Sieg, sondern durch einen Zerfall der USA von innen heraus erfolgen. Einen Krieg des Westens im Tiefland der Ukraine, weniger als 1 000 Kilometer von Moskau entfernt, zu unterstützen, bedeutet für Deutschland also nicht, endlich auf der richtigen, sondern erneut – wie aus Versehen – auf der falschen Seite der Geschichte zu stehen.

Selbstverständlich müssen wir alle die Vergangenheit berücksichtigen. Aber das Erste, das wir tun müssen, wenn wir die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen möchten, ist dennoch, die Gegenwart richtig zu analysieren. Es geht darum, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit dort zu sehen, wo sie sind, und zwar jetzt, ohne sich den Verstand von den Geistern der Vergangenheit vernebeln zu lassen, noch bevor man überhaupt angefangen hat zu beobachten, zu analysieren, zu reflektieren.

Paris, im Sommer 2024

Einleitung

Die zehn Überraschungen des Krieges

Am 24. Februar 2022 erschien Wladimir Putin auf den Fernsehbildschirmen der ganzen Welt. Er kündigte den Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine an. Seine Rede drehte sich im Grunde weder um die Ukraine noch um das Recht auf Selbstbestimmung der Bevölkerung des Donbass. Sie war eine Herausforderung an die NATO. Putin erklärte, warum er nicht wollte, dass Russland wie 1941 überrascht wird, als es zu lange auf den unvermeidlichen Angriff gewartet hatte: »Ein weiteres Vordringen der Infrastruktur der Nordatlantik-Allianz, die bereits begonnene militärische Aneignung des ukrainischen Staatsgebiets: Das ist für uns inakzeptabel« Eine »rote Linie« sei überschritten worden; es komme nicht infrage, sich in der Ukraine ein »Anti-Russland« entwickeln zu lassen; es handele sich, wie er betonte, um einen Akt der Selbstverteidigung.

Indem diese Rede die historische und sozusagen juristische Gültigkeit seiner Entscheidung behauptete, ließ sie mit grausamem Realismus ein technisches Kräfteverhältnis durchblicken, das ihm günstig vorkam. Wenn für Russland der Moment zum Handeln gekommen war, dann deshalb, weil der Besitz von Hyperschallraketen ihm eine strategische Überlegenheit verlieh. Putins sehr konstruierte, sehr bedächtige Rede war, wenn sie auch eine gewisse Emotionalität verriet, absolut klar, und obwohl niemand gezwungen war, ihr beizupflichten, hätte sie es verdient gehabt, diskutiert zu werden. Stattdessen setzte sich augenblicklich die Vorstellung von einem unverständlichen Putin durch und von Russen, die entweder unverständlich, unterwürfig oder dumm seien. Das darauffolgende Ausbleiben einer Debatte – in zwei Ländern, Frankreich und Großbritannien, vollständig, in Deutschland und den Vereinigten Staaten relativ – entwürdigte die westliche Demokratie.

Wie die meisten Kriege, vor allem die Weltkriege, verlief auch dieser nicht wie vorhergesehen; er hat uns schon einige Überraschungen beschert. Zehn der wichtigsten habe ich aufgezählt.

Die erste war der Ausbruch eines Krieges gerade in Europa, ein echter Krieg zwischen zwei Staaten – für einen Kontinent, der glaubte, sich im beständigen Frieden eingerichtet zu haben, ein unerhörtes Ereignis.

Die zweite sind die beiden Gegner, die in diesem Krieg aufeinandertreffen: die Vereinigten Staaten und Russland. Seit über einem Jahrzehnt hatte Amerika China als seinen Hauptfeind bezeichnet. Die Feindseligkeit ihm gegenüber war in Washington parteiübergreifend und ohne Zweifel der einzige Punkt, bei dem es Republikaner und Demokraten in den letzten Jahren schafften, sich zu einigen. Nun aber ist es eine Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland, an der wir teilnehmen, über die Ukrainer als Mittelsleute.

Dritte Überraschung: der militärische Widerstand der Ukraine. Die ganze Welt rechnete damit, dass sie rasch niedergeschlagen werden würde. Viele Menschen im Westen hatten sich das kindische und überzeichnete Bild eines dämonischen Putin geschmiedet und ignorierten den Umstand, dass Russland nur 100 000 bis 120 000 Menschen in die Ukraine geschickt hatte, einem Land von 603 700 km². Zum Vergleich: Beim Einmarsch in die Tschechoslowakei im Jahr 1968, einem Land von 127 900 km²,

entsandten die UdSSR und ihre Trabanten aus dem Warschauer Pakt 500 000 Soldaten.

Doch am meisten überrascht waren die Russen selbst. In ihren Augen wie in denen der meisten informierten Menschen im Westen, und um ehrlich zu sein, auch in der Realität, war die Ukraine das, was man technisch als *failed state*, als gescheiterten Staat, bezeichnet. Seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 hat sie vielleicht 11 Millionen Einwohner durch Auswanderung und gesunkene Geburtenrate verloren. Sie wurde von Oligarchen beherrscht; die Korruption erreichte absurde Ausmaße; das Land und seine Einwohner schienen bankrott zu sein. Am Vorabend des Krieges war die Ukraine zum gelobten Land für billige Leihmutterchaften geworden.

Zwar war die Ukraine von der NATO mit Javelin-Panzerabwehrraketen ausgestattet worden und sie verfügte seit Beginn des Krieges über amerikanische Beobachtungs- und Lenksysteme, aber der erbitterte Widerstand eines sich im Zerfall befindenden Landes ist historisch einmalig. Was niemand hätte vorhersagen können, war, dass es im Krieg einen Daseinsgrund fand, eine Rechtfertigung seiner eigenen Existenz.

Die vierte Überraschung war der wirtschaftliche Widerstand Russlands. Man hatte uns angekündigt, dass die Sanktionen, insbesondere der Ausschluss russischer Banken aus dem zwischenbanklichen Zahlungssystem Swift, das Land in die Knie zwingen würden. Aber wenn sich ein paar interessierte Köpfe unseres politischen und journalistischen Personals die Zeit genommen hätten, das Werk *Russie. Le retour de la puissance*¹ («Russland. Die Rückkehr der Macht») von David Teurtrie zu lesen, das wenige Monate vor dem Krieg erschienen war, wäre uns dieser lächerliche Glaube an unsere finanzielle Allmacht erspart geblieben. Teurtrie zeigt, dass die Russen sich an die Sanktionen von 2014 angepasst und sich darauf vorbereitet haben, im IT- und Bankenbereich autonom zu sein. Man lernt in dem Buch ein modernes Russland kennen, das, weit entfernt von der starren neostalinistischen Autokratie, die die Presse uns Tag für Tag ausmalt, zu großer technischer, ökonomischer und sozialer Flexibilität fähig ist – kurz, einen ernstzunehmenden Gegner.

Fünfte Überraschung: das Einknicken jeglichen europäischen Willens. Europa, das war zunächst das deutsch-französische Paar, das allerdings seit der Krise von 2007/08 gewisse Züge einer patriarchalen Ehe annahm, mit Deutschland als der dominanten Hälfte, die ihrem Partner nicht mehr zuhört. Doch selbst unter der deutschen Hegemonie behielt Europa, so dachte man, eine gewisse Autonomie. Dann aber gab die Europäische Union trotz anfänglicher Zurückhaltung im Nachbarstaat, wie etwa das Zögern von Kanzler Scholz, jede Anwandlung, ihre eigenen Interessen verteidigen zu wollen, sehr schnell auf; sie schnitt sich von ihrem russischen Energie- und (ganz allgemeinen) Handelspartner ab und sanktionierte sich selbst immer härter. Deutschland nahm die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines hin, die einen Teil seiner Energieversorgung sicherstellten, ohne eine Miene zu verziehen – ein terroristischer Akt, der sich genauso gegen Deutschland wie gegen Russland richtete und durch seinen amerikanischen »Beschützer« verübt worden war, das sich für diesen Anlass mit Norwegen zusammenschloss, einem Land, das nicht zur EU gehört. Deutschland hat es sogar fertiggebracht, die ausgezeichnete Untersuchung von Seymour Hersh zu diesem unglaublichen Ereignis zu ignorieren, die den Staat infrage stellt, der sich als unersetzlicher Garant der internationalen Ordnung präsentiert. Wir haben aber auch gesehen, wie sich das Frankreich Emmanuel Macrons auf der internationalen Bühne in Luft auflöste, während Polen zu Washingtons wichtigstem Agent in der Europäischen Union wurde und in dieser Rolle dem Vereinigten Königreich folgte, das dank des Brexit außerhalb der EU

steht. Alles in allem wurde auf dem Kontinent die Achse Paris–Berlin durch die Achse London–Warschau–Kiew ersetzt, die von Washington aus gesteuert wird. Wenn man bedenkt, dass vor kaum zwanzig Jahren im Irakkrieg die vereinte Opposition von Deutschland und Frankreich zu gemeinsamen Pressekonferenzen des Kanzlers Schröder mit Präsident Chirac und Präsident Putin geführt hat, lässt einen diese Verflüchtigung Europas als autonomem geopolitischen Akteur einigermaßen ratlos zurück.

Die sechste Überraschung des Krieges war das Auftauchen des Vereinigten Königreichs als antirussischer Kläffer und NATO-Wichtigtuier. Schnell trat sein Ministry of Defence (MoD) als einer der hitzigsten Kommentatoren des Konflikts auf, was von der westlichen Presse aufgegriffen wurde und die amerikanischen Neokonservativen wie lauwarme Militaristen aussehen ließ. Das Vereinigte Königreich wollte das erste Land sein, das der Ukraine Langstreckenraketen und schwere Panzer schickte.

Die Kriegstreiberei erfasste in ebenso bizarrer Weise Skandinavien, das für lange Zeit ein friedliebendes Temperament gezeigt und eher zur Neutralität als zum Konflikt geneigt hatte. In Nordeuropa treffen wir also eine siebte Überraschung an, ein – ebenfalls protestantisches – Anhängsel britischer Hektik. Norwegen und Dänemark sind besonders wichtige militärische Vermittler der Vereinigten Staaten, wohingegen Finnland und Schweden mit ihrem Beitritt zur NATO ein neues Interesse am Krieg erkennen lassen, das bereits vor der russischen Invasion in die Ukraine existierte.

Die achte Überraschung ist die ... überraschendste. Sie kam aus den Vereinigten Staaten, der dominierenden Militärmacht. Die Besorgnis wurde, nachdem sie zunächst langsam angewachsen war, offiziell im Juni 2023 in zahlreichen Berichten und Artikeln geäußert, deren ursprüngliche Quelle das Pentagon war: Die amerikanische Militärindustrie ist defizitär; die globale Supermacht ist nicht in der Lage, seinem Schützling, der Ukraine, Granaten – oder irgendetwas anderes – zuzusichern. Dies ist ein wahrhaft außergewöhnliches Phänomen, wenn man bedenkt, dass kurz vor dem Krieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Russland und Belarus zusammengerechnet 3,3 Prozent des westlichen BIP (Vereinigte Staaten, Kanada, Europa, Japan und Korea) ausmachte. Diese 3,3 Prozent, die dazu im Stande waren, mehr Waffen zu produzieren als die westliche Welt, stellten ein doppeltes Problem dar: eines für die ukrainische Armee, die den Krieg aufgrund fehlender materieller Mittel verliert; und eines für die Königin der westlichen Wissenschaft, die politische Ökonomie, deren – wagen wir das Wort – Scheincharakter der Welt hierdurch offenbar wurde. Das Konzept des Bruttoinlandsproduktes ist nicht mehr zeitgemäß und wir werden von nun an über das Verhältnis der neoliberalen politischen Wirtschaft zur Realität nachdenken müssen.

Neunte Überraschung: die ideologische Einsamkeit des Westens und die Unkenntnis ihrer eigenen Isolation. Die Menschen im Westen sind daran gewöhnt, Werte vorzugeben, denen die Welt zustimmen soll, und so erwarteten sie, ehrlich gesagt etwas blöde, dass der ganze Planet ihre Empörung gegenüber Russland teilen würde. Sie mussten ihre Illusionen aufgeben. Kaum war der erste Schock des Krieges vorüber, wurde allenthalben eine immer weniger diskrete Unterstützung für Russland sichtbar. Dass China, von den Amerikanern als der nächste Gegner auf ihrer Liste ausgewiesen, die NATO nicht unterstützen würde, war abzusehen. Trotzdem, so muss angemerkt werden, schafften es die von ihrem ideologischen Narzissmus geblendeten Kommentatoren auf beiden Seiten des Atlantiks, mehr als ein Jahr lang damit zu rechnen, dass China Russland nicht unterstützen würde. Noch enttäuschender war die Weigerung Indiens, sich einzubringen, wohl sicherlich deshalb,

weil doch Indien die größte Demokratie der Welt ist, sodass dies im Lager der »liberalen Demokratien« für etwas Verwirrung sorgte. Man beruhigte sich mit dem Gedanken, dass dies geschah, weil die militärische Ausstattung Indiens weitgehend sowjetischen Ursprungs ist. Im Falle Irans, das schon bald Drohnen für Russland bereitstellte, waren sich die Nachrichtenkommentatoren nicht im Klaren darüber, was diese Annäherung bedeutete. Die Hobby-Geopolitiker inner- und außerhalb der Medien waren daran gewohnt, die beiden Länder in einen Topf zu werfen, nämlich in den der Mächte des Bösen, und hatten vergessen, wie wenig selbstverständlich diese Allianz war. Historisch gesehen hatte der Iran zwei Feinde: England, das nach dem Zerfall des Britischen Empire durch die Vereinigten Staaten ersetzt worden war, und ... Russland. Dieses Umschwenken hätte vor dem Ausmaß der gegenwärtigen geopolitischen Umwälzungen warnen müssen. Die Türkei wiederum, ein NATO-Mitglied, scheint eine zunehmend enge Beziehung mit Putins Russland einzugehen, eine Beziehung, in der sich rund um das Schwarze Meer wahres Verständnis und Rivalität mischen. Aus Sicht des Westens war die einzige in Betracht kommende Interpretation, dass die Kollegen Diktatoren offensichtlich gemeinsame Sehnsüchte hegten. Doch seitdem Erdogan im Mai 2023 auf demokratischem Weg wiedergewählt worden ist, erscheint diese Sicht immer schwerer aufrechtzuerhalten. In Wahrheit scheint nach anderthalb Jahren Krieg die gesamte muslimische Welt Russland eher als Partner denn als Gegner zu betrachten. Es wird immer klarer, dass Saudi-Arabien und Russland sich gegenseitig bei der Verwaltung der Ölproduktion und -preise eigentlich als wirtschaftliche Verbündete statt als ideologische Gegner betrachten. Alles in allem hat die wirtschaftliche Dynamik des Krieges die Feindseligkeit gegen den Westen in den Entwicklungsländern zunehmen lassen, denn sie sind es, die unter den Sanktionen leiden.

Die zehnte und letzte Überraschung ist gerade dabei, Wirklichkeit zu werden. Es ist der Niedergang des Westens. Eine solche Behauptung wird sicher verwundern, wo ja der Krieg noch nicht vorbei ist. Doch dieser Niedergang ist eine Gewissheit, weil der Westen sich eher selbst zerstört, als dass er von Russland angegriffen würde.

Erweitern wir unsere Perspektive und entziehen uns einen Augenblick der Emotion, die die Kriegsgewalt legitimerweise hervorruft. Wir befinden uns im Zeitalter einer vollendeten Globalisierung, im zweifachen Sinn des Wortes: maximal und abgeschlossen. Versuchen wir uns in einer geopolitischen Vision: Russland ist in Wahrheit nicht das Hauptproblem. Es ist angesichts seiner schrumpfenden Bevölkerung zu weitläufig und wäre nicht in der Lage, die Kontrolle über den Planeten zu übernehmen, und wünscht dies auch gar nicht. Es ist eine normale Macht unter anderen, deren Entwicklung nichts Geheimnisvolles an sich hat. Keine russische Krise könnte das globale Gleichgewicht destabilisieren. Vielmehr ist es eine westliche Krise, genauer, eine amerikanische in der Endphase, die das Gleichgewicht des Planeten in Gefahr bringt. Ihre äußersten Wellen stoßen gegen einen Kai russischen Widerstands, auf einen klassischen, konservativen Nationalstaat.

*

Bereits am 3. März 2022, kaum eine Woche nach Kriegsbeginn, präsentierte John Mearsheimer, Professor für Geopolitik an der Universität Chicago, eine Analyse der Ereignisse in einem Video, das um die Welt ging. Dies wies die interessante Besonderheit auf, sich sehr mit der Sicht von Wladimir Putin zu decken und das Axiom eines intelligenten sowie verständlichen russischen Denkens zu

akzeptieren. Mearsheimer ist das, was man in der Geopolitik einen »Realisten« nennt, Mitglied einer Denkschule, die die internationalen Beziehungen als Zusammenstellung egoistischer Machtverhältnisse zwischen Nationalstaaten begreift. Seine Analyse lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Russland wiederholte uns seit vielen Jahren, dass es einen Beitritt der Ukraine zur NATO nicht tolerieren werde. Nun war die Ukraine, deren Armee von militärischen Ratgebern der amerikanischen, britischen und polnischen Allianz übernommen worden war, im Begriff, *de facto* Mitglied zu werden. Also taten die Russen, was sie angekündigt hatten, und traten in den Krieg ein. Im Grunde ist es unsere Überraschung, die hier überraschend war.

Mearsheimer setzte hinzu, dass Russland den Krieg gewinnen würde, weil die Ukraine für das Land eine Existenzfrage darstelle, doch – implizit – nicht für die Vereinigten Staaten; Washington spiele bloß um Gewinne am 8 000 Kilometer entfernten Rand. Er folgerte daraus, dass wir uns besser nicht freuen sollten, wenn die Russen auf militärische Schwierigkeiten stoßen würden, da diese unvermeidlich dazu führen würden, dass es noch mehr in den Krieg investiere. Den Sieg, so existenziell er für die einen, jedoch nicht für die anderen ist, werde Russland davontragen.

Die intellektuelle und soziale Courage von Mearsheimer (der Amerikaner ist) kann man nur bewundern. Seine glasklare Interpretation, die einen Gedanken weiterentwickelt, den er in seinen Büchern oder anlässlich der Annexion der Krim 2014 geäußert hatte, weist dennoch einen erheblichen Mangel auf: Sie erlaubt einzig ein Verständnis des Verhaltens der Russen. So wie unsere Fernseh-Exegeten in der Haltung Putins nichts als mörderischen Wahnsinn sahen, so sieht Mearsheimer im Handeln der NATO – der Amerikaner, Briten und Ukrainer – nichts als Irrationalität und Unverantwortlichkeit. Ich stimme ihm zwar zu, doch er greift ein wenig zu kurz. Auch diese westliche Irrationalität will erklärt werden. Noch schlimmer ist, dass er nicht verstanden hat, dass die militärischen Leistungen der Ukraine die Vereinigten Staaten paradoxerweise in eine Falle getrieben haben. Denn nun haben auch sie ein Überlebensproblem, ein weit größeres als mögliche Gewinne am Rande – eine riskante Situation, die sie dazu veranlasst hat, weiter und weiter in den Krieg zu investieren. Mir kommt das Bild eines Pokerspielers in den Sinn, der durch einen Freund dazu verleitet wird, zu erhöhen, und der schließlich mit einem Paar Zweien All-in geht. Ihm steht ein perplexer Schachspieler gegenüber, der allerdings gewinnt.

In diesem Buch werde ich natürlich beschreiben und versuchen zu verstehen, was sich in der Ukraine abspielt, und Hypothesen dazu aufstellen, was nicht nur in Europa, sondern in der Welt zu geschehen droht. Außerdem ist es mein Ziel, das grundlegende Geheimnis des gegenseitigen Nichtverstehens der beiden Protagonisten zu lüften: auf der einen Seite ein westliches Lager, das Putin – und mit ihm ganz Russland – für verrückt hält, und auf der anderen ein Russland und ein Mearsheimer, die tief im Innern glauben, dass umgekehrt die Menschen im Westen verrückt sind.

Putin und Mearsheimer gehören nicht zum selben Lager und ohne Zweifel hätten sie Schwierigkeiten, sich auf gemeinsame Werte zu verständigen. Wenn ihre Anschauungen trotz allem kompatibel sind, dann deshalb, weil sie dieselbe elementare Vorstellung von einer aus Nationalstaaten konstituierten Welt teilen. Diese Nationalstaaten, die intern das Monopol der rechtmäßigen Gewalt besitzen, sichern im Innern den zivilen Frieden. So kann man von Weberschen Staaten sprechen. Nach außen jedoch verhalten sich diese Staaten wie Hobbes'sche Agenten, weil sie in einem Umfeld überleben, in dem es einzig auf das Kräfteverhältnis ankommt.²

Was das russische Konzept des Nationalstaats am besten definiert, ist der Begriff der Souveränität, »verstanden als die Fähigkeit des Staates, seine Innen- und Außenpolitik unabhängig zu gestalten, ohne Einmischung oder Einflussnahme von außen«, wie Tatiana Kasouéva-Jean erklärt.³ Dieser Begriff hat »während der aufeinanderfolgenden Präsidentschaften Wladimir Putins eine besondere Bedeutung erlangt«. Er wird »in zahlreichen offiziellen Dokumenten und Reden erwähnt als das wertvollste Gut, das ein Land besitzt, welche Regierung und politische Orientierung es auch haben mag«. Die Souveränität ist »ein seltenes Gut, über das nur wenige Staaten verfügen, allen voran die Vereinigten Staaten, China und Russland selbst. Im Gegenzug vermitteln viele offizielle Schriften und Reden das abfällige Bild eines ›Vasallentums‹ der Europäischen Union gegenüber Washington oder beschreiben die Ukraine als amerikanisches ›Protektorat‹.«

In *The Great Delusion* aus dem Jahr 2018 denkt auch Mearsheimer in den Begriffen von Nationalstaat und Souveränität. Für ihn ist der Nationalstaat nicht nur ein Staat oder eine abstrakt beschriebene Nation.⁴ Sicherlich handelt es sich um einen Staat und eine Nation, jedoch ist sie verankert in einer Kultur mit gemeinsamen Werten. Diese letztendlich ganz traditionelle Sicht, die dem anthropologisch-historischen Umfang der Welt Rechnung trägt, wird in diesem Buch – fast könnte man sagen: in aller Schärfe – präsentiert, und zwar auf axiomatische Weise.

Die besondere Eigenschaft eines Axioms oder Postulats ist, dass sich daraus Theoreme ableiten lassen, es selbst jedoch nicht zu beweisen ist. Allerdings weist es einen solchen Grad an Plausibilität auf, dass man es als gegeben betrachtet. Nehmen wir den fünften Satz von Euklid: Durch einen gegebenen Punkt kann nur eine einzige Parallele zu einer gegebenen Geraden gezogen werden. Er ist nicht beweisbar und die posteuklidische Mathematik mit Riemann und Lobatschewski ging von einem anderen Axiom aus. Aber trotzdem ist der fünfte Satz von Euklid sehr überzeugend für den gesunden Menschenverstand. Genauso ist die Aussage, dass es Nationalstaaten gibt, die in verschiedenen Kulturen verwurzelt sind, ein Axiom, das selbst dann, wenn es wie bei Mearsheimer auf etwas dogmatische Weise wiederholt wird, einen hohen Grad an Plausibilität aufweist. Denn schließlich hat sich die Welt, die aus den großen Entkolonialisierungswellen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgegangen ist, in Staaten organisiert, die sich nichts anderes vorstellen konnten, als zu versuchen, Nationen zu werden. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, einen Blick auf die Zusammensetzung der Vereinten Nationen zu werfen.

Dieses Axiom stellt uns vor ein Problem: Es blendet Mearsheimer ganz genauso, wie es die Russen blendet; es versetzt sie gegenüber den westlichen Regierungen in eine Position des Nichtverstehens, in Symmetrie zu dem des Westens gegenüber Russland. In seiner Rede zur Kriegseinführung vom 24. Februar 2022 nannte Putin Amerika und seine Alliierten ein »Lügen-Imperium«, eine Bezeichnung, die zunächst sehr weit entfernt liegt von strategischem Realismus und die an einen verwirrten Gegner in unklarem psychischen Zustand denken lässt. Was Mearsheimer betrifft, erinnern wir uns daran, dass sein Buch den Titel *The Great Delusion* trägt. »Delusion« verweist eher noch als Illusion auf eine etwaige Psychose oder Neurose. Der Untertitel des Buchs lautet *Liberal Dreams and International Realities*. Das amerikanische Projekt einer »liberalen« Expansion wird wie ein Traum dargestellt und diesem Traum steht eine Realität gegenüber, deren Beauftragter Mearsheimer ist. Er behandelt die Neokonservativen, die inzwischen das geopolitische Establishment beherrschen, wie wir Putin behandeln: Er pathologisiert sie.

Was Putin als Praktiker internationaler Beziehungen mit seinem Ausdruck »Lügen-Imperium« erahnt, jedoch nicht vollständig definieren kann und was Mearsheimer als Theoretiker internationaler Beziehungen schlichtweg zu sehen ablehnt, ist eine ganz simple Wahrheit: Der Nationalstaat existiert im Westen nicht mehr.

In diesem Buch werde ich eine gewissermaßen posteuklidische Interpretation der globalen Geopolitik vorschlagen. Sie wird nicht das Axiom einer Welt von Nationalstaaten als gegeben voraussetzen. Stattdessen verwendet sie die Hypothese von deren Verschwinden aus dem Westen und wird das Verhalten der Menschen im Westen auf diese Art verständlich machen.

*

Das Konzept des Nationalstaats setzt voraus, dass verschiedene Bevölkerungsschichten eines Gebiets zu einer gemeinsamen Kultur innerhalb eines politischen Systems gehören, das unterschiedslos demokratisch, oligarchisch, autoritär oder totalitär sein kann. Um anwendbar zu sein, ist es für das fragliche Territorium außerdem erforderlich, dass es über eine wenigstens minimale wirtschaftliche Autonomie verfügt; diese Autonomie schließt selbstverständlich keinen Handel aus, doch dieser sollte mittel- oder langfristig in etwa ausgewogen stattfinden. Ein systematisches Defizit macht das Konzept des Nationalstaats hinfällig, da die betreffende territoriale Einheit nur überlebt, wenn sie von außen Tribut oder Pfründe erhält, ohne dabei eine Gegenleistung zu erbringen. Schon allein dieses Kriterium erlaubt es uns, noch vor der tieferen Analyse der Kapitel IV bis X festzustellen, dass Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten, deren Außenhandel nicht mehr ausgeglichen, sondern stets defizitär ist, keine eigentlichen Nationalstaaten mehr sind.

Ein Nationalstaat, der gut funktioniert, setzt unterdessen eine spezifische Klassenstruktur voraus, was als Gravitationszentrum eine Mittelschicht einschließt, also mehr als schlicht ein gutes Einvernehmen zwischen der herrschenden Elite und der Masse. Lassen Sie uns noch konkreter werden und die sozialen Gruppen in den geografischen Raum einfügen. In der Geschichte der menschlichen Gesellschaften bilden die Mittelschichten gemeinsam mit anderen Gruppen urbane Netze. Dank der konkreten städtischen und von einer gebildeten, differenzierten Mittelschicht bevölkerten Hierarchie kann der Staat in Erscheinung treten, sie ist das Nervensystem der Nation. Wir werden sehen, wie die verzögerte, holprige, tragische Entwicklung der urbanen Mittelschichten in Osteuropa zum zentralen Erklärungsfaktor seiner Geschichte bis hin zum Ukraine-Krieg wird. Ebenso werden wir sehen, wie die Zerstörung der Mittelschichten zum Zerfall der Vereinigten Staaten von Amerika geführt hat.

Die Idee eines Nationalstaats, der nur dank starker Mittelschichten funktionieren kann, die den Staat versorgen und unterhalten, erinnert sehr an den ausgewogenen Staat bei Aristoteles. Dieser spricht über die Mittelschicht in seiner *Politik* folgendermaßen:

Indes muss der Gesetzgeber zu seiner Verfassung immer den Mittelstand mit hinzunehmen; will er seine Gesetze oligarchisch machen, so muss er den Mittelstand mit berücksichtigen und will er sie demokratisch machen, so muss er den Mittelstand dafür zu gewinnen suchen. Wo der Mittelstand zahlreich ist und an Kraft die beiden anderen überwiegt, oder wenigstens einen von beiden, da kann die Verfassung dauerhaft sein. Man braucht dann nicht zu fürchten, dass einmal die Reichen mit den Armen sich gegen jene vereinigen könnten; denn von jenen beiden wird keiner der Knecht der anderen werden wollen und wenn sie nach einer Verfassung suchen, die noch mehr das Gemeinsame fördert, so werden sie keine andere, als diese finden; auch werden sie

*nicht wechselweise herrschen wollen, weil Jeder dem Anderen nicht traut. Überall genießt der Schiedsrichter das meiste Vertrauen und der Schiedsrichter ist hier der Mittelstand.*⁵

Fahren wir, ohne irgendeinen Anspruch auf Originalität zu erheben, mit unserer Bestandsaufnahme der Konzepte fort, da schon ihre schiere Artikulation die Existenz eines Nationalstaats ermöglicht. Ohne nationales Bewusstsein gibt es per Definition keinen Nationalstaat, doch hier frönen wir der Tautologie.

Im Fall der Europäischen Union lässt sich leicht einsehen, dass das Konzept der Nation überschritten ist, da gerade dies der Kern des europäischen Projekts ist, selbst wenn die Form, die es angenommen hat, nicht der geplanten entspricht. Merkwürdigerweise behaupten die europäischen Eliten gleichermaßen den Zerfall der Nationen wie ihren Fortbestand. Im Fall der Vereinigten Staaten ist offiziell keine Überwindung der Nationen anvisiert. Und doch werden wir sehen, dass das amerikanische System, selbst wenn es ihm gelungen ist, Europa zu unterwerfen, an derselben akuten Krankheit leidet: dem Verschwinden einer nationalen Kultur, die von der Masse wie den führenden Schichten geteilt wird. Die etappenweise Implosion der WASP-Kultur – weiß, angelsächsisch und protestantisch – seit den 1960er Jahren hat ein Imperium ohne Zentrum und ohne Plan erschaffen, einen im Wesentlichen militärischen Organismus, der von einer Gruppe ohne Kultur (im anthropologischen Sinn) angeführt wird und der als fundamentale Werte nur Macht und Gewalt kennt. Diese Gruppe wird im Allgemeinen mit dem Ausdruck »Neocons« bezeichnet. Sie ist ziemlich klein, bewegt sich aber innerhalb einer fragmentierten, anomischen Oberschicht und verfügt über ein großes geopolitisches sowie historisches Schadenspotenzial.

Die soziale Entwicklung westlicher Länder hat ein schwieriges Verhältnis der Eliten zur Realität evoziert. Doch wir können uns nicht damit begnügen, »postnationales« Handeln als verrückt oder unverständlich abzutun; diese Phänomene weisen eine Logik auf. Es ist eine andere Welt, ein neuer mentaler Raum, den wir definieren, studieren und verstehen sollten.

Kommen wir zurück auf Mearsheimer und sein wichtigstes Video vom 3. März 2022. Darin sah er, wie schon gesagt, einen unvermeidlichen Sieg der Russen voraus, da die ukrainische Frage in ihren Augen existenziell sei, während dies für die Vereinigten Staaten nicht der Fall sei. Aber wenn man sich von der Vorstellung verabschiedet, dass die Vereinigten Staaten ein Nationalstaat sind, und wenn man akzeptiert, dass das amerikanische System etwas völlig anderes geworden ist; dass der Lebensstandard der Amerikaner von Importen abhängt, die der Export nicht mehr deckt; dass Amerika keine nationale Führungsschicht im klassischen Sinn mehr hat; dass es nicht einmal mehr über eine klar definierte Kernkultur verfügt, wogegen die riesige Staats- und Militärmaschinerie weiterbesteht, dann rücken andere Wege ins Blickfeld als der einfache Rückgang eines Nationalstaats, der nach seinen Rückzügen aus Vietnam, Irak und Afghanistan auch eine x-te Niederlage in der Ukraine und vermittels der Ukrainer noch hinnehmen würde.

Sollte man in den Vereinigten Staaten eher einen imperialen Staat anstelle eines Nationalstaates sehen? Viele haben das getan. Die Russen selbst schrecken nicht davor zurück. Was sie den »kollektiven Westen« nennen, innerhalb dessen die Europäer nur Vasallen sind, ist eine Art pluralistisches imperiales System. Doch der Gebrauch des Konzepts eines Imperiums erfordert die Einhaltung einiger Kriterien: ein herrschendes Zentrum und eine beherrschte Peripherie. Von diesem Zentrum wird erwartet, dass seine Eliten eine gemeinsame Kultur wie auch ein vernünftiges

intellektuelles Leben besitzen. In den Vereinigten Staaten ist das, wie wir sehen werden, nicht mehr der Fall.

Dann also ein Imperium in der *Spätphase*? Die Parallele zwischen den Vereinigten Staaten und dem Rom der Antike hat etwas Verlockendes. Indem ich mich in *Après l'empire* daran versucht habe, bemerkte ich, dass auch Rom, als es das gesamte Mittelmeerbecken unter seine Kontrolle gebracht hatte und dort eine Art erste *Globalisierung* improvisierte, seine Mittelschicht liquidiert hatte.⁶ Die massive Zufuhr von Weizen, Fertigwaren und Sklaven nach Italien hatte dort den Bauernstand und das Handwerk auf eine Weise zerstört, bei der man nicht umhinkommt, daran denken zu müssen, wie die amerikanische Arbeiterklasse dem Zustrom chinesischer Produkte erlag. In beiden Fällen lässt sich zugespitzt formulieren, dass mit dem wirtschaftlich nutzlosen Plebs einerseits und der räuberischen Plutokratie andererseits eine polarisierte Gesellschaft entstand. Der Weg einer langwährenden Dekadenz war nun eingeschlagen und trotz einiger Ausrisse unausweichlich.

Das Prädikat einer imperialen »Spätphase« bleibt allerdings unbefriedigend angesichts der Neuartigkeit vieler aktueller Elemente: die Existenz des Internets, die (unvergleichliche) Geschwindigkeit der Entwicklungen und die Präsenz der Riesennationen Russland und China um die Vereinigten Staaten herum (das Römische Reich hatte keine vergleichbaren Nachbarn; abgesehen vom weit entfernten Persien war es sozusagen allein in seiner Welt). Und schließlich der fundamentale Unterschied: Im spätromischen Reich etablierte sich das Christentum. Nun ist aber eines der wichtigsten Charakteristika unserer Epoche das vollständige Verschwinden der christlichen Grundlage – ein entscheidendes historisches Phänomen, das folgerichtig die Auflösung der amerikanischen Führungsschicht erklärt. Wir werden noch ausführlich darauf zurückkommen: Der Protestantismus, der zu einem guten Teil die wirtschaftliche Stärke des Westens ausmachte, ist tot. Ein ebenso massives wie unsichtbares Phänomen, wenn man ein wenig darüber nachdenkt, geradezu schwindelerregend, und wir werden sehen, dass es einer der Schlüssel, wenn nicht gar *der* entscheidende Schlüssel ist, der die aktuellen weltweiten Turbulenzen zu erklären vermag.

Um auf unseren Versuch einer Klassifizierung zurückzukommen, wäre ich versucht, die Vereinigten Staaten mit ihren Abhängigkeiten als *postimperialen* Staat zu bezeichnen: Zwar verfügt Amerika noch über die Militärmaschinerie eines Imperiums, doch in seinem Herzen hat es keine Trägerkultur mehr für seine Intelligenz, weshalb es sich in der Praxis unüberlegten, widersprüchlichen Handlungen hingibt, wie etwa einer verstärkten diplomatischen und militärischen Expansion in einer Phase des massiven Rückgangs seiner industriellen Grundlagen – in dem Wissen, dass »moderne Kriegsführung ohne Industrie« ein Oxymoron ist.

Ich beobachte seit 2002 (als *Après l'empire* erschien) die Entwicklung der Vereinigten Staaten. Damals hoffte ich, dass sie zur Form eines riesigen Nationalstaats zurückfinden würden, die sie in den Jahren 1945–1990 gegenüber der UdSSR in ihrer positiven imperialen Phase waren. Heute, nach dem Tod des Protestantismus, muss ich zugeben, dass eine solche Wiederbelebung unmöglich ist, was im Grunde nur ein recht allgemeines historisches Phänomen bestätigt: die Unumkehrbarkeit der meisten fundamentalen Prozesse. Dieses Prinzip gilt hier für mehrere essenzielle Bereiche: für die Abfolge »nationales Stadium, dann imperiales, dann postimperiales«, für das Aussterben des Religiösen, das letztendlich das Verschwinden der sozial-moralischen Gesinnung und des Gemeinschaftsgefühls herbeigeführt hat; für einen Prozess der zentrifugalen geografischen Expansion, verbunden mit der

Auflösung des ursprünglichen Systemkerns. Der Anstieg der amerikanischen Sterblichkeitsrate, insbesondere in den republikanischen oder trumpistischen Bundesstaaten, genau in dem Moment, als Hundertmilliardene von Dollar Richtung Kiew flossen, ist charakteristisch für diesen Prozess.

In meinen Büchern *La Chute finale* (1976) und in *Après l'empire* (2002) – beides Werke, die über anstehende Systemzusammenbrüche spekulieren – verwendete ich »rationalisierte« Darstellungen der Menschheitsgeschichte und der Aktivitäten von Staaten.⁷ Beispielsweise interpretierte ich in *Après l'empire* das geschäftige diplomatische und militärische Treiben der Vereinigten Staaten als »theatralischen Mikromilitarismus«, eine Haltung, die darauf abzielte, zu vertretbaren Kosten den Eindruck zu vermitteln, dass Amerika für die Welt nach dem Fall der Sowjetunion unersetzlich bliebe. Im Grunde ging es darum, ihnen ein rationales Machtziel zu geben. Im vorliegenden Buch werde ich mich selbstverständlich an die klassischen geopolitischen Elemente halten: Lebensstandard, Stärke des US-Dollar, Ausbeutungsmechanismen, objektive militärische Machtverhältnisse, also eine Welt, die an der Oberfläche einigermaßen rational wirkt. Die Frage des amerikanischen Lebensstandards und die Gefahr, die sein systematischer Zusammenbruch für die USA bedeuten würde, werden sehr präsent sein. Aber die exklusive Hypothese einer vernünftigen Begründung werde ich aufgeben und stattdessen eine erweiterte Vision der Geopolitik und der Geschichte vorschlagen, die das absolut Irrationale im Menschen besser integriert, namentlich seine spirituellen Bedürfnisse.

Die folgenden Kapitel befassen sich also auch mit der religiösen Matrix von Gesellschaften, mit den Lösungen, die der Mensch für das Geheimnis seiner Situation und dessen schwierige Akzeptanz zu finden versucht; mit den Qualen, die eine endgültige Auflösung der christlich-religiösen und besonders der protestantischen Matrix im Westen verursachen würde. Nicht alle diese Auswirkungen werden negativ dargestellt und das vorliegende Buch ist nicht radikal pessimistisch. Jedoch wird ein »Nihilismus« aufscheinen, der uns sehr beschäftigen wird. Was ich einen »religiösen Nullzustand« nennen würde, wird in einigen, besonders schlimmen Fällen eine Vergötterung des Nichts hervorbringen.

Ich werde das Wort »Nihilismus« in einer Bedeutung verwenden, die nicht unbedingt die gebräuchlichste ist und die eher – und das ist kein Zufall – an den russischen Nihilismus des 19. Jahrhunderts erinnern wird. Denn Amerika und die Ukraine haben sich auf einer nihilistischen Grundlage zusammengeschlossen, selbst wenn ihr jeweiliger Nihilismus in der Praxis auf sehr unterschiedliche Dynamiken zurückzuführen ist. Nihilismus, wie ich ihn verstehe, beinhaltet zwei grundsätzliche Dimensionen. Die sichtbarste ist die physische Dimension: der Trieb, Dinge und Menschen zu zerstören; so erweist sich das Konzept als sehr nützlich, wenn man den Krieg studiert. Die zweite Dimension ist begrifflich, aber nicht minder wesentlich, vor allem, wenn man über das Schicksal von Gesellschaften nachdenkt und über die Umkehrbarkeit oder Unumkehrbarkeit ihres Niedergangs: Der Nihilismus tendiert dann unwiderstehlich dazu, den Begriff der Wahrheit selbst zu zerstören und jede vernünftige Beschreibung der Welt zu verbieten. Diese zweite Dimension stimmt auf gewisse Weise mit dem allgemeineren Verständnis des Worts überein, das es als einen Amoralismus definiert, der aus einer Abwesenheit von Werten resultiert. Als Wissenschaftler fällt es mir sehr schwer, die beiden Paare gut–böse und wahr–falsch zu unterscheiden; in meinen Augen gehen diese beiden konzeptuellen Paare ineinander über.

Zwei Mentalitäten stehen sich hier nun gegenüber. Auf der einen Seite der strategische Realismus der Vereinigten Staaten und auf der anderen die postimperiale Mentalität, die aus einem in Auflösung begriffenen Imperium hervorgeht. Keine von beiden erfasst die ganze Realität, da die erste nicht verstanden hat, dass der Westen nicht mehr aus Nationalstaaten besteht, sondern dass er etwas anderes geworden ist, und da die zweite sich gegenüber der Idee einer nationalen Souveränität verschlossen hat. Doch der Zugriff der einen oder der anderen auf die Realität liegt nicht gleichauf, und diese Asymmetrie wirkt sich zugunsten Russlands aus.

Wie der schottische Aufklärer Adam Ferguson in seinem *Essay on the History of Civil Society* (1767) dargelegt hat, existieren Menschengruppen nicht aus sich selbst heraus, sondern immer in Bezug auf andere, gleichwertige Menschengruppen. Selbst noch auf der winzigsten, weitentferntesten Insel, erklärt er, so dünn sie auch besiedelt sein mag, werde man immer zwei Menschengruppen finden, die sich gegenüberstehen. Die Pluralität sozialer Systeme sei konstituierend für die Menschheit und diese Systeme richten sich aneinander aus. »Die Titel des Mitbürgers und Landmanns, würden ohne Gegensatz des Namens eines Fremdlings und Auswärtigen, auf welchen sie sich beziehen, einen falschen Verstand bekommen, und ihre Bedeutung verlieren. Wir lieben einzelne Personen, wegen ihrer persönlichen Eigenschaften: aber wir lieben unser Vaterland, da es ein Stück in den Abtheilungen der Menschen ist [...].«⁸

Die Entstehung Frankreichs und Englands bietet dafür ein prächtiges Beispiel. Im Verlauf des Mittelalters positionierten sich diese beiden Staatsgebilde im Seine-Tal gegeneinander. Später war für uns Franzosen der Erzfeind Deutschland, das übrigens auch Englands Hauptrivale am Vorabend des Krieges von 1914 war, was man leicht vergisst.

Eine der Schlüsselthesen Fergusons ist, dass die innere Moralität einer Gesellschaft mit ihrer äußerlichen Amoralität einhergeht. Es ist die Feindseligkeit gegenüber einer anderen Gruppe, die bewirkt, dass man sich mit den Seinen solidarisiert. »Ohne die Eifersucht der Nationen und die Führung des Kriegs«, schreibt er, »würde selbst die bürgerliche Gesellschaft kaum ein Objekt, oder eine Form gefunden haben.«⁹ Um dann zu präzisieren: »[...] vergebens schmeicheln wir uns, der ganzen Menge eines Volks die Gesinnung der Eintracht unter ihnen selbst beizubringen, ohne daß sie mit Feindseligkeiten gegen diejenigen verfahren sollten, die sich ihnen widersetzen. Könnten wir, in dem Fall, bey irgendeiner Nation, auf einmal den Racheifer auslöschen, der von auswärtiger Seite erregt wird, so würden wir wahrscheinlicher Weise die Bande der Gesellschaft zu Hause zerreißen, und die geschäftigsten Szenen der Nationalgeschäfte und Tugenden verschließen.«¹⁰

Das heutige westliche System strebt danach, die Gesamtheit der Welt zu repräsentieren, und erkennt die Existenz eines Anderen nicht mehr an. Doch mit Ferguson lernen wir, dass wir aufhören, wir selbst zu sein, wenn wir die legitime Existenz eines anderen nicht mehr anerkennen. Demgegenüber liegt die Stärke Russlands darin, in Begriffen der Souveränität und der Gleichwertigkeit von Nationen zu denken: Indem es die Existenz feindlich gesinnter Kräfte berücksichtigt, kann es seinen sozialen Zusammenhalt sichern.

*

Das Paradoxe am vorliegenden Buch ist, dass es uns, ausgehend von einer militärischen Aktion

Russlands, zur Krise des Westens führen wird. Eine Analyse der sozialen Dynamiken Russlands in den Jahren 1990–2022, mit der ich beginne, wird sich als leicht erweisen. Der Kurs der Ukraine und der ehemaligen Volksdemokratien, obgleich auf seine Art selbst paradox, wirkt auch nicht zu komplex. Die Untersuchung Europas, des Vereinigten Königreichs und mehr noch der Vereinigten Staaten wird eine anspruchsvollere intellektuelle Übung werden. Wir werden uns mit Illusionen, Spiegelungen und Trugbildern auseinandersetzen müssen, bevor wir in die Realität vordringen, die mehr und mehr wie ein schwarzes Loch aussieht: Abgesehen von der Abwärtsspirale in Europa werden wir im Vereinigten Königreich und in den USA interne Ungleichgewichte in einem Ausmaß vorfinden, dass sie zur Bedrohung für die Stabilität der Welt werden.

Das letzte Paradox: Wir müssen zugestehen, dass der Krieg, diese gewalt- und leidvolle Erfahrung, dieses Reich der Dummheit und des Irrtums, zugleich auch ein Realitätstest ist. Der Krieg lässt hinter die andere Seite des Spiegels blicken, in eine Welt, wo Ideologie, statistische Täuschungen, das Versagen der Medien und die Staatslügen – nicht zu vergessen der Verschwörungswahn – allmählich ihre Macht verlieren. Eine schlichte Wahrheit wird zutage treten: Die Krise des Westens ist die treibende Kraft der Geschichte, die wir erleben. Einige wussten das. Nach dem Ende des Krieges wird es niemand mehr leugnen können.

Kapitel I

Russische Stabilität

Die Unerschütterlichkeit Russlands ist eine der großen Überraschungen des Krieges gewesen. Das hätte keine sein müssen; es war leicht vorherzusehen und wird leicht zu erklären sein. Die eigentliche Frage lautet: Warum haben die Menschen im Westen ihren Gegner so sehr unterschätzt, obwohl dessen Vorteile kein Geheimnis und Daten darüber zugänglich waren? Wie konnten sie mit ihrer 100 Millionen Personen starken *intelligence community* glauben, dass die Abschaltung von Swift und die Sanktionen dieses Land von 17 Millionen km² bis auf die Knochen abmagern lassen würden, ein Land, das über alle denkbaren natürlichen Quellen verfügt und sich seit 2014 offen auf solche Sanktionen vorbereitet hat?

Um das enorme Ausmaß des Wahrnehmungsfehlers zu zeigen, der sich über sämtliche Jahre von Putins Präsidentschaft erstreckte, starten wir mit der Überschrift einer Kolumne in *Le Monde* von Sylvie Kauffmann, Leitartiklerin der Ausgabe, die am 2. März 2022 erschien: »Putins Bilanz an der Spitze Russlands ist ein langer Abstieg in die Hölle eines Landes, aus dem er einen Aggressor gemacht hat.« So beschrieb die wichtigste französische Zeitung eine Periode, die nach dem Zusammenbruch der Neunzigerjahre im Gegenteil der Weg aus der Hölle gewesen war.

Es geht hier nicht darum, anzuprangern, sich zu empören oder bösen Willen zu unterstellen – denn die Menschen, die so denken, meinen es ernst¹ –, aber es geht darum, zu verstehen, wie solche Absurditäten geschrieben werden konnten, wo es so einfach war zu erkennen, dass es Russland viel besser ging.

Gelungene Stabilisation: Beweis anhand der »moralischen Statistik«

Zwischen 2000 und 2017, der zentralen Phase Putin'scher Stabilisierung, fiel die Rate alkoholbedingter Todesfälle von 25,6 pro 100 000 Einwohner auf 8,4, die Selbstmordrate von 39,1 auf 13,8, die Tötungsrate von 28,2 auf 6,2. Das bedeutet in absoluten Zahlen, dass die alkoholbedingten Todesfälle von 37 214 pro Jahr auf 12 276 zurückgingen, die Selbstmorde von 56 934 auf 20 278 und die Tötungen von 41 090 auf 9 048. Und ein Land, das eine solche Entwicklung durchgemacht hat, soll sich auf einem »langen Abstieg in die Hölle« befinden?

Im Jahr 2020 sank die Tötungsrate sogar noch weiter: auf 4,7 pro 100 000, und lag damit sechsmal niedriger als bei Putins Amtsantritt. Und die Selbstmordrate lag 2021 bei 10,7, also 3,6-mal geringer. Was die jährliche Kindersterblichkeitsrate betrifft, so fiel sie von 19 pro 1 000 »Lebendgeborene« im Jahr 2000 auf 4,4 im Jahr 2020 und lag damit unter der amerikanischen Rate von 5,4 (UNICEF). Da dieser letzte Indikator die schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft betrifft, ist er besonders aussagekräftig zur Beurteilung des allgemeinen Zustands.

Doch solche demografischen Indikatoren, die die Soziologen des 19. Jahrhunderts »Moralstatistik« nannten, verweisen auf eine greifbarere und tiefgründigere Realität als sonstige. Wenn man die Wirtschaftsdaten Russlands verfolgt, lässt sich zwischen 2000 und 2010 ein Aufholprozess, ein

Anstieg neuen Lebens beobachten, gefolgt zwischen 2010 und 2020 von einer Verlangsamung, die aus den Schwierigkeiten resultierte, welche vor allem durch die Sanktionen nach der Annexion der Krim hervorgerufen wurden. Aber die Tendenz, die die Moralstatistik verdeutlicht, ist regelmäßiger und tiefgreifender und bildet einen Zustand sozialen Friedens ab, in dem die Russen nach dem Albtraum der Neunzigerjahre wiederentdeckten, dass eine stabile Existenz möglich ist.

Diese Stabilität, die sich in den objektivsten Fakten, den demografischen Daten, widerspiegelt, ist für das Land von grundlegender Bedeutung und eines der festen Themen in Putins Reden. Solche objektiven Elemente haben diverse NGOs, meistens indirekte Agenturen der US-Regierung, die man PNGOs nennen könnte, *Pseudo*-Nichtregierungsorganisationen, nicht davon abgehalten, Russland in ihren Erhebungen ohne Unterlass abzuwerten, bis ins Absurde. Als Transparency International, das die Länder der Erde nach ihrer Korruptionsrate einstuft, im Jahr 2021 die Vereinigten Staaten auf den 27. Rang setzte und Russland auf den 136., sah man sich mit einer Unmöglichkeit konfrontiert. Ein Land, das von einer niedrigeren Kindersterblichkeitsrate profitiert als die der USA, kann nicht korrupter sein. Denn da die Kindersterblichkeit den grundlegenden Zustand einer Gesellschaft widerspiegelt, ist sie zweifelsohne ein besserer Indikator der tatsächlichen Korruption als diese nach irgendwelchen Kriterien fabrizierten Indikatoren. Außerdem sind die beiden Länder mit der niedrigsten Kindersterblichkeit auch diejenigen, die nachweislich am wenigsten korumpiert sind: die skandinavischen Länder und Japan. Wir stellen also fest, dass die Indikatoren der Kindersterblichkeit und der Korruption an der Spitze der Rangliste korrelieren.

Wirtschaftliche Wiederbelebung

Man kann es der Zeitung *Le Monde* und der CIA nicht verübeln, dass sie die Kindersterblichkeit nicht als Trendindikator herangezogen haben. Die wirtschaftlichen Daten allerdings waren bekannt. Während des ganzen Zeitraums waren neben einem Wiederanstieg des Lebensstandards eine sehr niedrige Arbeitslosenquote zu beobachten und die Rückkehr Russlands in die strategischen Wirtschaftsbereiche.

Das Spektakulärste betrifft die Landwirtschaft. Wie David Teurtrie in seinem Werk von 2021 zeigt, ist es Russland innerhalb weniger Jahre gelungen, nicht nur die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, sondern zu einem der wichtigsten Agrarexporteure der Welt zu werden: »Im Jahr 2020 erreichten die russischen Agrarexporte den Rekordwert von 30 Milliarden US-Dollar und übertrafen damit die Einnahmen aus dem Erdgasexport im selben Jahr (26 Milliarden US-Dollar). Diese Dynamik, die ursprünglich von Getreide und Ölsaaten getragen wurde, stützt sich nun auch auf Fleischexporte. [...] Die Leistungen des Agrarsektors haben es Russland erlaubt, 2020 erstmals in seiner jüngeren Geschichte zum Nettoexporteur für Agrarprodukte zu werden: Zwischen 2013 und 2020 haben sich die russischen Agrar- und Lebensmittelexporte verdreifacht, während die Importe halbiert wurden.«² Russland dreht der Sowjetzeit, die ja bekanntlich vom Scheitern der Landwirtschaft geprägt war, regelrecht eine lange Nase.

Dass Russland weiterhin der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt ist, ist weniger überraschend. Sein ganz neuer Status als größter Exporteur von Nuklearanlagen, worin es Frankreich weit hinter sich lässt, ist dahingegen nach Tschernobyl eine weitere Überraschung. Rosatom, das staatliche

Unternehmen, das für den Sektor zuständig ist, hatte im Jahr 2021 fünfunddreißig Reaktoren im Ausland im Bau (vor allem in China, Indien, der Türkei und in Ungarn).³

Eine andere Domäne, in der die Russen ihre Flexibilität und Dynamik unter Beweis stellen konnten, ist das Internet. Weil es sich dabei für uns um den Inbegriff von Modernität handelt, hätte man erwarten können, dass die zuständigen Stellen über den russischen Fortschritt unterrichtet gewesen wären. Dies war ganz und gar nicht der Fall.

Sehr gut erklärt Teurtrie, wie die Russen auf diesem Gebiet eine zugleich staatlich gesinnte, liberale, nationale und anpassungsfähige Haltung eingenommen haben: entschlossen, innerhalb einer kompetitiven Welt weiterzubestehen, und zugleich darauf bedacht, ihre Autonomie zu wahren. »In Wirklichkeit«, stellt er fest, »bewegt sich die russische Art der Regulierung des Internets in vielen anderen Bereichen irgendwo zwischen den Verfügungen in Europa und China. Mit Europa teilt Russland die Präsenz amerikanischer Internetriesen, die im Runet von einem großen Publikum profitieren (besonders im Fall von YouTube). [...] Aber anders als Europa, das in dieser Domäne weitgehend machtlos ist, kann sich Russland, um autonom zu bleiben und den russischen Internetnutzern alternative Lösungen anzubieten, auf nationale Vorkämpfer stützen, die in allen Segmenten des Internets präsent sind.«⁴ Obwohl es weitgehend »offen für westliche Lösungen« bleibt, stellt es »ohne Zweifel die einzige Macht dar, bei der sich eine ernstzunehmende Konkurrenz zwischen Big Tech und seinen lokalen Äquivalenten bildet«.⁵

Nach Angela Merkel hat auch François Hollande vorgegeben, das Minsker Abkommen von 2014 deshalb unterzeichnet zu haben, um den Ukrainern Zeit zu geben, sich zu bewaffnen. Dies war sicherlich auch die Absicht der Ukrainer. Doch im Fall der vernebelten Köpfe von Angela Merkel und François Hollande – wer weiß? Was man aber kaum erkennen konnte, was Teurtrie jedoch in seinem Buch vorschlägt, ist, dass diese Vereinbarungen ein Mittel waren, um Zeit zu gewinnen, auch für die Russen.⁶ Einer der Gründe, warum die Russen 2014 nicht über die Einnahme der Krim hinausgingen und einen Waffenstillstand akzeptierten, war, dass sie noch nicht bereit waren, von Swift abgeschnitten zu werden, was dementsprechend tatsächlich katastrophal gewesen wäre. Das Minsker Abkommen wurde unterzeichnet, weil alle Beteiligten Zeit gewinnen wollten. Die Ukrainer, um sich auf einen Krieg auf ihrem Territorium vorzubereiten; die Russen, um auf maximale Sanktionsregelungen vorbereitet zu sein. Wie Teurtrie berichtet, richtete die Zentralbank von Russland bereits 2014 das russische Transaktionssystem für Banken SPFS ein. Im April 2015 wurde das nationale Zahlungssystem (NSPK) eingeführt, das »die Funktionstüchtigkeit der von russischen Banken ausgegebenen Karten im Inland auch im Fall westlicher Sanktionen garantierte. Gleichzeitig richtete die Zentralbank von Russland das Kartenzahlungssystem *Mir* ein.«⁷

Danke für die Sanktionen!

Wenn man die Entwicklung Russlands seit dem Zusammenbruch des Kommunismus beobachtet, kann man über diesen extremen Verlauf nur staunen: ein sehr harter Sturz und dann ein rasanter Wiederaufstieg. Noch unerklärlicher ist jedoch die Anpassungsfähigkeit, die das Land seit den Sanktionen, die auf den Krimkrieg 2014 folgten, unter Beweis gestellt hat. Jede Sanktionsregelung scheint Russland dazu angeregt zu haben, eine Reihe von ökonomischen Umstrukturierungen

vorzunehmen und allmählich seine Autonomie gegenüber dem westlichen Markt wiederherzustellen.

Das Beispiel der Weizenproduktion ist vielleicht das spektakulärste. Im Jahr 2012 produzierte Russland 37 Millionen Tonnen Weizen und zehn Jahre später mehr als das Doppelte, nämlich 80 Millionen im Jahr 2022. Diese Flexibilität ergibt Sinn, sobald man sie mit der negativen Flexibilität des neoliberalen Amerika vergleicht. Im Jahr 1980, als Reagan an die Macht kam, stieg die amerikanische Weizenproduktion auf 65 Millionen Tonnen. 2022 waren es nur noch 47 Millionen. Betrachten wir diesen Rückgang als einen ersten Einblick in die Realität der amerikanischen Wirtschaft, über die wir im neunten Kapitel sprechen werden.

Unter Putin erlebten die Russen niemals einen reinen Protektionismus und haben daher immer akzeptiert, dass eine gewisse Zahl an Unternehmungen Schaden nehmen würde. Ihre zivile Luftfahrtindustrie wurde geopfert, als sie Airbus-Flugzeuge kauften. Auch ihre Automobilindustrie hat gelitten. Aber wenn es dem Land gelungen ist, einen verhältnismäßig hohen Anteil seiner erwerbstätigen Bevölkerung in der Industrie zu halten, nicht vollständig in der globalisierten Wirtschaft aufzugehen und seine Arbeitskraft nicht in den Dienst des Westens zu stellen, wie es die ehemaligen Volksdemokratien gemacht haben, dann deshalb, weil es von einem partiellen Protektionismus und von den Umständen profitiert hat.

Jacques Sapir hat mich in diesem Punkt aufgeklärt: »Die wichtigste Maßnahme zum Schutz der Industrie und der Landwirtschaft war die sehr starke Abwertung des Rubels zwischen 1998 und 1999. Als realer Wechselkurs ausgedrückt (der die Inflationsraten und die jeweiligen Produktivitätssteigerungen vergleicht), musste die Abwertung Ende 1999 mindestens 35 Prozent betragen. In der Folge fiel der nominale Wechselkurs weniger deutlich, als das Inflationsgefälle wuchs, doch der hohe Produktionszuwachs von 2000 bis 2007 hat eine reale Wechselkursabwertung von etwa 25 Prozent aufrechterhalten. Zwischen 2008 und 2014 erodierte diese Abwertung. Dann, mit dem Strategiewechsel der Zentralbank Russlands (Übergang zur Inflationssteuerung), wertete der Rubel von 2014 bis 2020 real wieder ab.«⁸

Zu diesem durch die Schwäche des Rubel entstandenen Schutz kamen noch Zölle hinzu: »Was die zolltariflichen Maßnahmen betrifft«, fügt Sapir hinzu, »so erhob Russland seit 2001 einen Zollsatz von 20 Prozent auf gewerbliche Fertigwaren, bevor es mit seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation im August 2012 einen Satz von 7,5 Prozent akzeptierte. Natürlich hat dies seit dem Krieg in der Ukraine keinen Einfluss mehr auf westliche Produkte. Was landwirtschaftliche Produkte betrifft, so lag der Satz 2003 bei etwa 7,5 Prozent (Obst und Gemüse) und ist nach dem Beitritt Russlands zur WTO auf 5 Prozent gesunken. Aber auch hier hat das Embargo wieder eine stark protektionistische Politik befördert.«

Wie aus der Lektüre von Teurtrie hervorgeht, waren die westlichen Sanktionen von 2014, wenngleich sie der russischen Wirtschaft einige Schwierigkeiten verursacht haben, für das Land auch eine Chance: Sie zwangen dazu, Ersatz für die Importwaren zu finden und sich intern umzustrukturieren. In einem Artikel vom April 2023 schätzte der amerikanische Ökonom James Galbraith, dass die Sanktionen von 2022 denselben Effekt hatten.⁹ Sie haben es ermöglicht, ein Schutzsystem zu schaffen, das das Regime angesichts der inzwischen sehr hohen Zustimmung der Russen zur Marktwirtschaft nicht allein gewagt hätte, über seine Bevölkerung zu verhängen. »Wären also die Sanktionen nicht verhängt worden, ist es schwer vorstellbar, wie die Möglichkeiten hätten

entstehen können, die sich russischen Unternehmen und Unternehmern jetzt bieten. Politisch, administrativ, rechtlich und ideologisch wäre es selbst Anfang 2022 für die russische Regierung äußerst schwierig gewesen, vergleichbare Maßnahmen wie Zölle, Quoten und Ausweisungen von Unternehmen zu ergreifen, wenn man den ungebrochenen Einfluss berücksichtigt, den die freie Marktwirtschaft auf russische Entscheidungsträger hat, wenn man die Reichweite der Oligarchen bedenkt und wenn man miteinbezieht, dass die ›besondere Militäroperation‹ vermeintlich begrenzt ist. In dieser Hinsicht waren die gegen die russische Wirtschaft verhängten Sanktionen, trotz des Schocks und der Kosten, offensichtlich ein Geschenk.«

Putin ist nicht Stalin

Noch einmal: Alle diese Daten waren frei zugänglich; sie zeigten die Stärke und Anpassungsfähigkeit der russischen Wirtschaft. Ich wiederhole, es geht hier nicht darum, Neues offenzulegen, sondern darum, sich zu fragen, warum die Verantwortlichen aus dem Westen blind für die Realität geblieben sind.

Ihr Bild des heutigen Russlands, nämlich das eines durch den monströsen Putin beherrschten und von dummen Russen bevölkerten Landes, geht zurück auf Stalin. Alles wurde als eine Rückkehr Russlands zu seinem angeblich bolschewistischen Wesenskern interpretiert. Doch über das exzellente Buch von David Teurtrie hinaus standen den spezialisierten Analysten und Kommentatoren auch die Werke Wladimir Schlapentochs zur Verfügung.

Schlapentoch (1926–2015) wurde als jüdischer Sowjetbürger in Kiew geboren. Er war einer der Begründer der empirischen Soziologie in russischer Sprache während der Breschnew-Ära. Als er sich mit dem Antisemitismus des zerfallenden Sowjetismus konfrontiert sah, wanderte er 1979 in die USA aus und setzte dort seine Arbeiten über Russland, die Vereinigten Staaten und allgemeinere soziologische Fragen fort. Sein Werk *Freedom, Repression, and Private Property in Russia* wurde 2013 durch die Cambridge University Press veröffentlicht, einem Verlag, den man wohl kaum als marginal oder randständig bezeichnen kann. Das Buch bietet die differenzierte und ungeheuer kompetente (und Putin-feindliche) Sicht eines Mannes, der das Russland zur Breschnew-Zeit von innen gesehen hat und das Putin'sche Russland studierte, seit er amerikanischer Staatsbürger geworden war. Wenn man ihn gelesen hat, wird es leicht, das Regime Putins nicht als Machtausübung eines außerirdischen Monsters zu verstehen, das ein passives und schwachköpfiges Volk unterjocht, sondern als ein verständliches Phänomen, das sich in die Kontinuität der allgemeinen Geschichte Russlands fügt, wenn es auch spezifische Züge aufweist.

Selbstverständlich bleibt der Staatsapparat zentral. Wie könnte es auch anders sein angesichts der Bedeutung der Energieressourcen? Ein Unternehmen wie Gazprom könnte nie anders als von öffentlicher Hand kontrolliert werden. Der KGB, inzwischen FSB, aus dem Putin stammt, behält natürlich eine essenzielle Rolle. Und natürlich ist Russland nicht zwischenzeitlich zur liberalen Demokratie geworden. Ich für meinen Teil würde es eher als autoritäre Demokratie bezeichnen und dabei jedem der beiden Begriffe – Demokratie, autoritär – das gleiche Gewicht zuweisen. Demokratie, denn selbst, wenn die Wahlen ein wenig verfälscht sind, so ist doch die Unterstützung für die Regierung – und das bestreitet niemand – sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten ungebrochen. Autokratie, weil die Regierung eindeutig nicht das Kriterium des Schutzes von Minderheitsrechten

erfüllt, das für eine liberale Demokratie wesentlich ist. Die homogene Ausrichtung des Regimes ist offenkundig – mit allem, was dies an Einschränkungen der Pressefreiheit und verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft mit sich bringt.

Doch das Regime von Putin zeichnet sich vor allem durch einige Züge aus, die für sich genommen auf einen radikalen Bruch mit dem Autoritarismus sowjetischer Prägung hinweisen. Zunächst ein starkes Festhalten an der Marktwirtschaft, wie uns James Galbraith erinnert hat, trotz der zentralen Rolle, die der Staat spielt. Dieses Festhalten ist nur allzu verständlich, wenn man das monumentale Scheitern der gelenkten Wirtschaft erlebt hat. Während Putin im Übrigen die Oberschicht in Moskau und Sankt Petersburg in die Schranken verwiesen hat, schenkt er den Forderungen der Arbeiter äußerst große Aufmerksamkeit und versucht ständig, die Unterstützung für seine Regierung im Volk zu festigen. Ich verstehe, dass diese Eigenschaft heute in der westlichen Welt, die dem Volk aus Prinzip misstraut, von dem eben nur »Populismus« kommen kann, nicht gerne gesehen wird.

Ein entscheidendes Element hätte die westlichen Analysten in Bezug auf die Neuartigkeit des historischen Objekts vor ihren Augen alarmieren müssen: Putins unerschütterliches Festhalten an der Reisefreiheit. Hiermit haben die Russen das Recht, Russland zu verlassen, und behalten es auch in Zeiten des Krieges. Worin wir eines der Merkmale einer liberalen Demokratie wiedererkennen: die völlige Ausreisefreiheit. Dies ist ein Zeichen für eine Regierung, die sich auf bestimmte Art ihrer selbst gewiss ist oder darauf setzt, es sein zu können.

Die letzte Neuheit, die Schlapentoch gut beurteilen konnte, nachdem er aus der UdSSR als Jude fliehen musste: das vollkommene Fehlen von Antisemitismus, was uns freuen sollte, versichert es uns doch, dass die russische Regierung und Gesellschaft in gesundem Zustand sind. Tatsächlich suchte die russische Führung, wenn sie auf Schwierigkeiten traf, traditionell Ausflüchte im Antisemitismus, wenn sie sich bemühte, ihre Autorität wiederherzustellen. Schlapentoch erinnert daran, wie antisemitistisch die UdSSR unter Stalin und dann ab 1968 geworden war. Dies war ganz einfach der Grund, warum die Juden massenweise auswanderten, sobald sie nach dem Zusammenbruch des Systems die Möglichkeit hatten.

Diese zwei einzigartigen und positiven Merkmale – die Ausreisefreiheit und das Fehlen von Antisemitismus – Putin zuzusprechen, wäre wahrscheinlich zu viel verlangt von den westlichen Journalisten und Politikern. Doch sie hätten daran zumindest ein gewisses Selbstvertrauen und die Stabilität der Regierung ablesen können. Ihr a priori vorgenommenes Dogma eines fragilen Regimes, das durch seine Mittelschicht bedroht wird, hat sie geblendet und tut es weiterhin. Das zeigte sich, als die westlichen Kommentatoren am 23. und 24. Juni 2023 ihre Hoffnung absurderweise in die Rebellion von Jewgeni Prigogin setzten, dem Chef der Wagner-Gruppe. Offenkundig ist die westliche Blindheit nicht weniger stabil als das Regime und die Gesellschaft Russlands.

Mehr russische als amerikanische Ingenieure

Eine stabilisierte Gesellschaft, eine funktionierende Wirtschaft: Sollten wir die Analyse an dieser Stelle beenden? Reicht sie bereits aus, um die Effizienz zu verstehen, mit der die Russen selbst dem Krieg begegnen? Kurz vor der Invasion in die Ukraine, ich erinnere nochmal daran, war Russland nur 3,3 Prozent des BIP des Westens schwer. Wie konnten diese 3,3 Prozent mehr Waffen führen und produzieren als der Gegner? Warum fielen auf die Ukraine und ihre Armee immer weiter russische

Raketen, deren Verschwinden wegen Erschöpfung der Bestände man bereits erwartet hatte? Wie konnte sich seit Beginn des Krieges die massive Produktion von Militärdrohnen entwickeln, nachdem das russische Militär dort seine Defizite festgestellt hatte?

Wenn wir auf die USA zu sprechen kommen, werde ich zeigen, dass ihr BIP einen weitgehend fiktiven Charakter hat, indem es Aktivitäten miterfasst, von denen man nicht sagen kann, ob sie lediglich nutzlos oder sogar unreal sind. Für den Augenblick halten wir nur fest, dass das russische BIP demgegenüber eher die Produktion greifbarer Güter abbildet als unscharf definierte Aktivitäten.

Gehen wir weiter. Steigen wir in die soziologischen Tiefen der erwerbstätigen Bevölkerung ein, da eine Wirtschaft weniger im BIP liegt als in einer arbeitenden Bevölkerung mit ihren unterschiedlichen Bildungsniveaus und Fähigkeiten. Was nun aber die russische Wirtschaft fundamental von der amerikanischen unterscheidet, das ist der weitaus größere Anteil von Menschen mit Hochschulbildung, die sich für ein Ingenieurstudium entscheiden: Um das Jahr 2020 waren es 23,4 Prozent gegenüber 7,2 Prozent in den USA.

Damit ist Russland nicht allein und man begreift schnell, dass dies ein aussagekräftiger Indikator ist, wenn man präzisiert, dass Japan 18,5 Prozent Ingenieurstudenten hat und Deutschland, dessen industrielle Leistungsfähigkeit faszinierend ist, 24,2 Prozent. Frankreich liegt bei 14,1 Prozent, aber wir müssten die Polytechniker, Bergbauingenieure und die Absolventen der École Centrale Paris abziehen, die sich im Bankenwesen und »Finanzengineering« verlieren.¹⁰

Für was stehen diese 23,4 Prozent Russen im quantitativen Netto im Vergleich zu den 7,2 Prozent Amerikanern? Stellen wir diese Prozentsätze in Relation zur Bevölkerung beider Länder. Russland hatte damals 146 Millionen Einwohner, die Vereinigten Staaten 330 Millionen. David gegen Goliath. Man vergisst es leicht wegen der Größe des russischen Territoriums, aber in demografischer Hinsicht ist der Kampf ungleich. Allein die USA – ohne ihre Alliierten – sind riesig. Russland dagegen hat kaum mehr Einwohner als Japan und man könnte seine Bevölkerung ohne größere Schwierigkeiten auf dem schmalen japanischen Archipel unterbringen.

Nehmen wir die Zahl der Menschen zwischen 20 und 34 Jahren in beiden Ländern, 21,5 Millionen in Russland (um das Jahr 2020) und 46,8 Millionen in den Vereinigten Staaten. Hier erkennen wir wieder das globale Ungleichgewicht. Schätzen wir außerdem, dass, selbst wenn der Hochschulabschluss in Russland und den USA nicht genau gleich definiert ist, in beiden Ländern 40 Prozent eines Jahrgangs eine Hochschulbildung absolvieren. Dann können wir nun eine schicksalsschwere Rechnung aufstellen. In den USA ergeben 7,2 Prozent von den 40 Prozent der 46,8 Millionen Menschen 1,35 Millionen Ingenieure. In Russland sind 23,4 Prozent von 40 Prozent der 21,5 Millionen Menschen 2 Millionen. Trotz des Missverhältnisses der Bevölkerungen gelingt es Russland in absoluten Zahlen mehr Ingenieure auszubilden als den USA.

Mir ist der bruchstückhafte Charakter dieser Rechnung bewusst, die etwa den Umstand nicht berücksichtigt, dass die Vereinigten Staaten Ingenieure und ganz allgemein einen großen Teil ihrer wissenschaftlichen Gemeinschaft importieren, oft aus China oder Indien. Trotzdem können wir nun verstehen, wie sich der russische David dem amerikanischen Goliath industriell und technologisch, also militärisch, stellen konnte.

Mittelschichten und anthropologische Realitäten

Untersucht man die soziologischen und politischen Schriften aus dem Westen in den Jahren 1840 bis 1980, wird klar, dass das zentrale Thema die Arbeiterklasse war, die problematische Klasse, deren Verhalten Ordnung oder Unordnung, Stabilität oder Revolution bedeuten konnte. Man hoffte auf sie oder fürchtete sie, je nach Blickwinkel. In der globalisierten Welt heute, wo man die Hauptaufgaben unserer Arbeiterschicht nach Asien ausgelagert hat, ist es die Mittelschicht, die wieder die Aufmerksamkeit der Soziologen und Politiker auf sich zieht, und dieses Buch bildet dabei keine Ausnahme; man hofft auf sie, wenn sie prosperiert, und sorgt sich um sie, wenn sie verarmt. Der Marxismus erwartete eine Revolution aus dem Proletariat. Der Neoliberalismus erwartet vom Aufstand der Mittelschichten – in Russland, China oder Iran – den Sturz der Regime, die nicht der westlichen Ordnung unterstehen. Seit der Lehre von Aristoteles (auf die ich in der Einleitung hingewiesen habe) hat man sich im Westen darauf geeinigt, dass eine Gesellschaft ohne dominante Mittelschicht nicht ausgeglichen, demokratisch und liberal sein kann. Und tatsächlich beobachtet man im Verlauf der letzten Jahrzehnte einen Zusammenhang zwischen der Entstehung gebildeter Mittelschichten und der Entwicklung liberaler oder gar libertärer Tendenzen. Doch ist die durch wirtschaftliche und bildungstechnische Begriffe definierte Klassenstruktur denn wirklich der einzige Faktor für Erfolg oder Scheitern einer liberalen Demokratie?

Schauen wir uns die russischen Mittelschichten an. Können wir uns realistischerweise vorstellen, dass sie eines Tages das autoritäre Regime Putins stürzen?

Immerhin war es das Heranreifen einer bestimmten, durch ihre Bildung definierten Mittelschicht, die den Kommunismus zum Einsturz brachte. Im Jahr 1976 schätzte ich in *La Chute finale. Essai sur la décomposition de la sphère soviétique* («Der finale Untergang. Essay über die Auflösung des sowjetischen Raums») das ökonomische Scheitern des Systems ab und sagte seinen Zusammenbruch vorher, indem ich mich auf einen beobachteten Anstieg der Kindersterblichkeit stützte. Der auslösende Faktor für den Untergang war jedoch nicht, so scheint es mir jetzt, die wirtschaftliche Lähmung des Systems, sondern viel eher das Auftauchen einer höher gebildeten Mittelschicht.

Doch für was stand der Sowjetkommunismus? Eine erste Alphabetisierung der Massen. Wir können die Verbreitung früher demokratischer Gesinnung – in ihren verschiedenen Formen, liberal oder autoritär, egalitär oder nonegalitär – empirisch mit dem Erreichen einer Schwelle von 50 Prozent alphabetisierter Menschen in Verbindung bringen. In der anglo-amerikanischen Welt führte diese Schwelle ab dem 17. und 18. Jahrhundert zu einem reinen Liberalismus, in Frankreich seit dem 18. Jahrhundert zum egalitären Liberalismus, in Deutschland zur Sozialdemokratie und zum Nationalsozialismus im 19. und 20. Jahrhundert, in Russland zum Kommunismus. Als dann 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung einer Generation Zugang zur Hochschulausbildung erhielten, zerfielen die frühen Ideologien, die mit dem Stadium der Massenalphabetisierung verbunden waren, auf ähnliche Weise. Eine neue gesellschaftliche Schichtung trat an diese Stelle; das Verhältnis zum geschriebenen Text und zur Ideologie wird kritischer, das Wort Gottes, die Beschwörungen des Führers, die Anweisungen der Partei oder auch der Parteien erscheinen nicht mehr transzendental. Russland erreichte diese Schwelle zwischen 1985 und 1990 (in den USA war es um 1965, darauf werden wir noch zurückkommen).

Wir beobachten also klar eine Gleichzeitigkeit des Auftretens von höher gebildeten Mittelschichten und dem Debakel des Kommunismus. Doch das war vor dreißig oder vierzig Jahren. Putins Regierung ist aus dieser Krise hervorgegangen und hat den Kommunismus nach einer Phase der Anarchie (nicht so sehr des Liberalismus) in den 1990ern abgelöst.

Die Menschen im Westen träumen von einer doppelten Mittelschicht, die erst den Kommunismus »stürzt« und dann Putin. Daher auch ihre wiederholten Appelle an die gehobene Mittelschicht der großen russischen Städte. Diese Hoffnung ist nicht gänzlich abwegig. Es stimmt, dass sich in den gebildeten und wirklich hohen Schichten in Moskau und Sankt Petersburg die meisten Russen finden, die Wladimir Putin feindlich gegenüberstehen. Allerdings sind dies dieselben Schichten, die Boris Jelzin unterstützt hatten, den Sieger gegen die UdSSR, diesen Liebling der liberalen Reformer in der russischen Wirtschaft, die Anfang der Neunzigerjahre aus Amerika gekommen waren. Die schönen wahlgeografischen Studien von Alexandre Latsa zeigen, dass die Oppositionsparteien gegen Putin tatsächlich in den wohlhabenderen Vierteln der Großstädte am stärksten sind, dort, wo sich die am besten ausgebildete Bevölkerung konzentriert.¹¹

Man könnte sogar versuchen, ein soziopolitisches Modell zu konstruieren, das Russland und den Westen durch die Hervorhebung verschiedener Klassenausrichtungen einander gegenüberstellt. Auf der einen Seite ein russisches Regime, das sich auf die Arbeiterklasse stützen würde und die Mittelschicht ins Abseits gedrängt hätte. Auf der anderen Seite ein westliches System, in dem die obere Mittelschicht gemeinsam mit der mittleren Mittelschicht das Arbeitermilieu ins Abseits gedrängt hätte.¹² Doch eine solche Darstellung geht allzu leicht darüber hinweg, was die russischen Mittelschichten von ihren westlichen Entsprechungen unterscheidet. Sicherlich ist die russische Mittelschicht etwas liberaler als der Rest der Bevölkerung, aber sie ist weit davon entfernt, den westlichen Mittelschichten in jeder Hinsicht zu ähneln. Der Umstand, dass sie viel mehr Ingenieure hervorbringt, hat es uns schon gezeigt. Ihre Andersartigkeit ist in einer einzigartigen anthropologischen Grundlage verankert, die übrigens auch einer der Gründe für die Stärke Russlands gegenüber dem Westen ist.

Im Jahr 1983 formulierte ich die Hypothese einer Verbindung zwischen dem Kommunismus und der »kommunitären« Bauernfamilie, die man nicht nur in Russland beobachten kann, sondern auch in China, Serbien, der Toskana, in Vietnam, Lettland, Estland oder im Landesinneren Finnlands.¹³ Dieser patrilineare Familientyp, in dem sich der Vater und seine verheirateten Söhne in einem landwirtschaftlichen Betrieb versammelten, vermittelt Werte wie Autorität (des Vaters über die Söhne) und Gleichheit (der Brüder untereinander). Das Besondere an diesem Familientyp in Russland war, dass er eine noch neue Erscheinung war, die die Bauernschaft erst um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert erreichte, genau wie die Leibeigenschaft. Die Stellung der Frauen war daher noch nicht so weit herabgesetzt wie zum Beispiel in China. Das patrilineare Prinzip ist heute in Russland symbolisch erhalten geblieben durch das System der drei Namen: Vorname, Name des Vaters, Familienname. Wladimir Wladimirowitsch (Sohn des Wladimir) Putin; Sergei Wiktorowitsch (Sohn des Viktor) Lawrow. In Frankreich würde daraus Emmanuel Sohn des Jean-Michel Macron oder Marine Tochter des Jean-Marie Le Pen. Dieses System ist allen Gesellschaftsschichten gemeinsam und erstreckt sich auch auf Personen, die nicht russischer Abstammung sind. Die Präsidentin der Zentralbank von Russland, die aus einer tatarischen Familie kommt, heißt Elwira Sachipsadowna

Nabiullina.

Der Kommunismus ist nicht dem schöpferischen Hirn Lenins entsprungen und dann von einer aktivistischen Minderheit durchgesetzt worden; er ist ein Resultat des Auseinanderfallens der traditionellen Bauernfamilie. Die Abschaffung der Leibeigenschaft 1861, die Urbanisierung und Alphabetisierung haben das Individuum aus der erdrückenden kommunitären Familie befreit. Doch das nun befreite Individuum fand sich völlig desorientiert; es suchte in der Partei, der zentralisierten Wirtschaft und im KGB Ersatz für die väterliche Macht. Man könnte sagen, dass der KGB in bestimmtem Sinn die der traditionellen Familie am nächsten stehende Institution war, da er sich persönlich um seine Leute kümmerte, und zwar sehr gewissenhaft.

Geht man von dieser sozialen Natur des Kommunismus in der russischen Geschichte aus, erscheint es wenig einleuchtend, dass sich nach dessen Zusammenbruch zwischen Moskau und Wladiwostok eine alternierende liberale Demokratie nach westlichem Vorbild hätte durchsetzen können. Werte wie Autorität und Egalität, die in der Familie und dann in der Gesamtheit sozialen Lebens während der sowjetischen Epoche zu beobachten waren, hätten nicht innerhalb weniger Jahre aussterben können. Meine Hypothese erscheint mir vernünftig und realistisch. Aber ich möchte hinzufügen, dass sie banal ist.

Blindheit gegenüber der Vielfalt der Welt

Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass die Existenz einer spezifischen kommunitär-russischen Natur, die zwar außerhalb der Politik liegt, diese aber beeinflussen kann, in Westeuropa lange weitgehend akzeptiert wurde. Nehmen wir uns das wunderbare Werk von Anatole Leroy-Beaulieu, *L' Empire des tsars et les Russes* (»Das Reich der Zaren und die Russen«), dessen erste Auflage 1881 erschien und eine dritte, erweiterte im Jahr 1890. Hier liest man das Folgende:

*In der Fabrik wie im Dorf zeigt sich der Muschik wenig individualistisch; seine Persönlichkeit verschwindet gerne in der Gemeinschaft; er hat Angst, allein zu sein und braucht es, sich mit seinesgleichen verbunden zu fühlen, mit ihnen zu verschmelzen. Die große patriarchale Familie unter der Autorität des Vaters oder des Ältesten, die Dorfgemeinschaften unter der Autorität des Mir haben ihn von Anfang an auf das Gemeinschaftsleben, auf die Vereinigung hin geprägt. Wenn er Arbeit aufnimmt oder vor allem, wenn er sein Dorf verlässt, tut sich der Muschik zum Artel zusammen. Dies gilt vor allem für die Mehrheit der bäuerlichen Arbeiter in den großen Fabriken. Sie kennen die Kraft der Vereinigung und bilden untereinander temporäre Artels, die ihnen, weit weg von ihrer Ibza und ihrem Dorf, als Statthalter der Familie und der Gemeinschaft dienen. Das Artel wird ihnen zum Zufluchtsort und zur Stütze während des Exils in der Fabrik; dank des Artels fühlen sie sich weniger isoliert und entwurzelt. Das Artel mit seinen kommunistischen Tendenzen und seinen solidarischen Praktiken ist die spontane, nationale Form der Vereinigung.*¹⁴

Hier findet sich also das Wort Kommunismus im Jahr 1890 in Bezug auf das russische Volk. Was Frankreich in der ersten Hälfte der Dritten Republik begreifen konnte, ist für uns unvorstellbar geworden. Als wir fast im selben Jahr, nämlich 1892, eine Allianz mit Russland eingingen, wussten wir, wer unser Partner war: ein Land von kommunitärer, um nicht zu sagen kommunistischer Natur, das Reich der Zaren.

Auf die Gefahr einer noch stärkeren Überraschung möchte ich daran erinnern, dass das Amerika unter Eisenhower sich einer russischen Spezifik bewusst war. Die amerikanische Kulturanthropologie hatte sich bereits mit der russischen Kultur befasst. Zunächst wären die Werke der zwei Größen ihres Fachs zu nennen: *Soviet Attitudes Toward Authority* von Margaret Mead (1951)¹⁵ und *The People of Great Russia* von Geoffrey Gorer und John Rickman (1949)¹⁶. Gorer war Engländer, aber ein Schüler Meads. Fügen wir wegen des besonders anschaulichen Titels hinzu: *The Impact of Russian Culture on Soviet Communism* von Dinko Tomasic (1953)¹⁷. Ein schöner Artikel aus dem Jahr 1953 mit dem Titel »Culture and World View: A Method or Analysis Applied to Rural Russia«, der im *American Anthropologist* erschien, bietet eine sehr klare Beschreibung der russischen kommunitären Familie und der ukrainischen Kernfamilie. Ihn werde ich im folgenden Kapitel benutzen, um zu verstehen, was das Kleine vom Großen Russland trennt. Mitten im Kalten Krieg interessierte sich Amerika für seinen Gegner und schreckte generell nicht davor zurück, im kulturellen Innenleben der Nationen nach der Quelle für ihre Rückständigkeit (Italien)¹⁸ oder ihre autoritären Eigenheiten (in Deutschland oder Japan)¹⁹ zu suchen.

Es herrschte also in den Köpfen die Idee einer nicht-homogenen Welt. Diese Einstellung gipfelte in einem Text, der Kult geworden ist (und häufig kritisiert wurde): Ruth Benedicts *Chrysanteme und Schwert*, verfasst 1944/45 im Auftrag der Armee auf der Grundlage von Gesprächen mit japanischen Kriegsgefangenen.²⁰ Man wollte die Mentalität des Feindes verstehen, um sich auf die Besetzung des Landes vorzubereiten. Diese Arbeit hat dazu beigetragen, sich einzugestehen, dass die Japaner anders waren und dass das Kaisertum aufrechterhalten wurde. Also bestand innerhalb des entstehenden amerikanischen Weltbildes eine Toleranz gegenüber der Diversität, die auf dem pluralistischen amerikanischen Charakter beruhte und in einer vernünftigen anthropologischen Lehre formuliert worden war.

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass einer der Gründe, die verhindern konnten, dass der Kalte Krieg in einen Krieg ausartete, der war, dass die amerikanische Führung sich zwar auf einer bewussten Ebene als Verteidiger der »generellen« Freiheit gegen den »generellen« Kommunismus begriff, aber zugleich spürte, dass es eine grundlegende, spezifisch russische Besonderheit gab und dass die kommunistische Bedrohung nicht so »generell« war, wie angenommen. George Kennan, der Erfinder des *Containment*, war alles andere als ein blinder Antikommunist: Er sprach Russisch, kannte und schätzte die russische Kultur. Die Strategie, die er verfolgte, zielte darauf ab, eine bewaffnete Konfrontation zu vermeiden. Bis ins hohe Alter (er starb 2005 mit 101 Jahren) empörte sich Kennan immer wieder über die Art, wie diese Strategie in Vietnam oder von Reagan verfälscht worden war. Eine seiner letzten öffentlichen Stellungnahmen im Jahr 1997 warnte vor einer Erweiterung der NATO nach Osten.²¹

Natürlich gab es in den Vereinigten Staaten auch den McCarthyismus, diese universelle Paranoia, die Kennan verabscheute. Doch diese brannte nur kurz und war begrenzt. Damit die Intoleranz sich in ihrer ganzen Pracht entfalten konnte, brauchte es erst noch die Neokonservativen, die triumphierenden Erben des McCarthyismus.

Die Verabsolutierung einer kommunistischen Bedrohung durch die amerikanische Führung geht meiner Auffassung nach auf den Vietnamkrieg zurück. Walt Rostow (1916–2003), unter Kennedy und

Johnson Berater für nationale Sicherheit, war mit seinem Buch *The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto*²² einer der Architekten dieses intellektuellen Verfalls. Darin findet man eine sehr richtige und eine sehr falsche Idee. Die richtige Idee ist die, dass jedes Land im Verlauf seiner Entwicklung eine gefährliche Phase durchläuft, während der es zur politischen Krise kommen kann. Rostow knüpft sie an die wirtschaftliche Entwicklung, ich schreibe sie der Alphabetisierung zu, aber wie dem auch sei. Nun die sehr falsche Idee. Es genüge hieraufhin, einzugreifen, die politische Krise zu verhindern und dem (von der amerikanischen Armee) behandelten Land zu ermöglichen, direkt zur liberalen Demokratie überzugehen. Rostow war einer der Kriegstreiber in Vietnam und die zugrundeliegende Idee seines Werks war offensichtlich, dass der Kommunismus sich überall ausbreiten könne.

Vietnam hatte als Land der kommunitären Familie eine Prädisposition zum Kommunismus, der daher dort trotz der amerikanischen Intervention siegte. Kambodscha, wo ein archaisches Kernfamilienmodell dominierte, das aber so nah an Vietnam liegt, dass es zum Kriegsgebiet wurde, implodierte im Völkermord der Roten Khmer. Weiter sind weder der wirkliche noch der verrückt gewordene Kommunismus je gekommen, auch nicht in den Kernfamilienländern Malaysia und Thailand.

Die aktuelle Haltung gegenüber Russland – das Unvermögen, die Regierung Putins anders als in allgemeinen Begriffen wahrzunehmen, die Weigerung, das Vorhandensein einer russischen Kultur anzuerkennen, die das Regime erklären würde – ist also das Ergebnis einer etappenweisen Veränderung der Haltung des Westens seit den Sechzigerjahren. Der Wegfall unseres Vermögens, die Vielfalt der Welt zu begreifen, verwehrt uns eine realistische Sicht auf Russland.

Dass das postkommunistische Russland trotz der Einführung der Marktwirtschaft kommunitäre Züge behalten würde, war ganz klar; ebenso, dass einer dieser Züge das Aufrechterhalten eines Staates sein würde, der stärker ist als sein Umfeld; außerdem, dass dieser Staat zu den verschiedenen Gesellschaftsschichten ein anderes Verhältnis haben würde, als es im Westen der Fall ist. Ebenso klar war, dass in allen Gesellschaftsschichten die Akzeptanz einer gewissen Form von Autoritarismus herrschen würde – in unterschiedlichem Maße: stärker in der Arbeiterschicht, etwas abgemildert in der Mittelschicht – wie auch das Streben nach sozialer Homogenität.

Wir müssen auch verstehen, dass das, was Russlands Stärke ausmacht und ihm erlaubt, inmitten eines globalisierten Systems seine Souveränität zu wahren, seine impulsive Fähigkeit ist, die Entwicklung eines absoluten Individualismus zu verhindern (eine Feststellung ohne Werturteil, ich spreche hier wie ein amerikanischer Anthropologe aus den Fünfzigerjahren). In Russland gibt es genügend kommunitäre Werte, die weiterbestehen – autoritäre und egalitäre –, damit das Ideal einer kompakten Nation überlebt und eine besondere Form des Patriotismus wieder aufleben kann.

Allgemeine Unterstützung des Regimes trotz Ungleichheiten

Die Besonderheit der direkten Interaktion zwischen den Machthabern Russlands und der Arbeiterschicht sowie die Identifizierung mit den mentalen Spuren des Kommunitären in der oberen Mittelschicht dürfen uns nicht vergessen lassen, dass das allgemeine Prinzip der Hierarchisierung, das alle fortgeschrittenen Gesellschaften zwischen 1960 und 2000 erfasste, auch Russland erreicht hat.

Die neuen Bildungsschichten entfalteten sich dort von 1985 bis in die Neunzigerjahre, als die Marke

von 20 Prozent Höhergebildeten pro Jahrgang überschritten wurde und die kommunistische Ideologie ins Stocken geriet. Das Zusammenbrechen der zentralisierten Wirtschaft und der Ansturm auf das Staatseigentum, als es in der Ära Jelzin »privatisiert« wurde, den die waghalsigste und käuflichste Fraktion innerhalb der Nomenklatura unternahm, führten sogar zu einer Explosion von Ungleichheiten und einer extremen Konzentration von Vermögen und Einkommen. Diese Konzentration hat sich stabilisiert, nach unten verteilt und die Entstehung einer neuen Mittelschicht begünstigt, deren wirtschaftliche Privilegien denen ihres westlichen Gegenparts in nichts nachstehen. Die World Inequality Database deckt auf, dass der Anteil des Bruttoeinkommens des oberen 1 Prozent der Einkommenspyramide genau wie die folgenden 9 Prozent in Russland sogar höher ist als in den USA: Im Jahr 2021 waren es in Russland 24 Prozent des Einkommens gegen 19 Prozent in den USA für das obere 1 Prozent der Bevölkerung und 27 Prozent des Einkommens für die folgenden 9 Prozent gleichermaßen in Russland wie in den USA. Frankreich profitiert im Vergleich dazu von einer moderaten Ober- und Mittelschicht: Das obere 1 Prozent bekommt nur 9 Prozent des Einkommens, und an die folgenden 9 Prozent gehen 22 Prozent. Das objektive Ungleichgewicht liegt in Frankreich nahe am allgemeinen europäischen Gleichgewicht in seiner demokratischsten Version, wie man sie etwa in den skandinavischen Ländern beobachten kann.

Die russische Mittelschicht, die im Wesentlichen mit der kommunistischen Transformation des Sozialen und dem sowjetischen, meritokratischen Bildungswesen entstand, kommt genau wie der Rest der Bevölkerung in den Genuss des sozialen Friedens der Putin-Ära, was die gefallenen Raten von Suizid-, Mord- und alkoholbedingten Todesfällen belegen, wie wir gesehen haben. Der Rückgang der Kindersterblichkeit sollte als Ergebnis und Symbol einer friedlichen mentalen und ökonomischen Atmosphäre verstanden werden, wie es sie in Russland zuvor noch nie gab. Schlapentoch selbst unterstrich, dass die Lebensbedingungen in Russland einschließlich der Freiheit noch nie so gut waren wie unter Putin.

So hat die obere Mittelschicht das Regime akzeptiert und die Oligarchen verzichteten auf autonome Machtbestrebungen. Die Festnahme von Michail Chodorkowski im Oktober 2003 war für den Staat und die Oligarchen die Gelegenheit, Klarheit zu schaffen. Putin ließ ihnen ihr Geld, und nur ihr Geld. In Wahrheit beschreibt das Wort »Oligarch«, das den Begriff der Macht (*arkhè*) enthält, die russische Realität nicht mehr richtig. Amüsanterweise hat die Jagd auf russische »Oligarchen«, die im Westen seit Beginn der Invasion in die Ukraine ausgerufen wurde, jenseits des Atlantiks die Vorstellung eines wahrhaft oligarchischen Amerikas verbreitet. Dessen Oligarchen können im Gegensatz zu ihren russischen Kollegen massiv in das politische System Amerikas eingreifen, wie wir noch sehen werden.

Das »System Putin« ist stabil, weil es das Ergebnis der russischen Geschichte ist und nicht das Werk eines Menschen. Der Traum eines Aufstands gegen Putin, von dem Washington besessen ist, ist tatsächlich nur ein Traum, der von der Weigerung der Menschen im Westen herrührt, die Verbesserung der Lebensbedingungen unter seinem Regime und die Besonderheiten der politischen Kultur Russlands anzuerkennen. Ich komme nun zu Russlands wahrer Schwachstelle: seine Demografie.

Die Strategie eines erstaunlichen Mannes

Wenn es nur die bisher dargelegten Elemente gäbe, könnten wir vorhersagen, dass Russland wohl mehr tun wird, als nur Widerstand gegen den Westen zu leisten; wir müssten die Möglichkeit eines neuen Imperialismus in Betracht ziehen.

Doch Russland hat eine fundamentale Schwäche, und zwar seine geringe Geburtenrate, die es, um ehrlich zu sein, mit der gesamten höherentwickelten Welt teilt. Während der dunklen Jahre zwischen 1995 und 2000 war die Geburtenrate auf 1,35 Kinder pro Frau gefallen. 2016 stieg sie wieder auf 1,8, bevor sie sich bei 1,5 einpendelte. Die Entwicklung lässt einen Rückgang der Gesamtbevölkerung vermuten, der bereits begonnen hat, selbst wenn die Annexion von Gebieten und Bevölkerungsgruppen, die vormals zur Ukraine gehörten, ihn für den Moment kompensiert haben. Im Jahr 2021 lebten in Russland 146 Millionen Einwohner. Nach UN-Prognosen sind es 2030 nicht mehr als 143 Millionen und 2050 nur noch 126 Millionen. Untersucht man die Alterspyramide aus dem Jahr 2020 kurz vor Kriegsausbruch, und insbesondere die Bevölkerungsgruppe, die für eine Rekrutierung infrage kam, so gab es 6 Millionen Männer von 35–39 Jahren, 6,3 Millionen Männer von 30–34 Jahren, 4,6 Millionen von 25–29 Jahren und 3,6 Millionen von 20–24 Jahren. Dies sind keine Projektionen, sondern tatsächliche und aktuelle Zahlen. Russland ist in eine Phase des Rückgangs seiner männlichen, potenziell mobilisierbaren Bevölkerung eingetreten – 40 Prozent in diesen Altersgruppen. Dies ist der Grund, warum das Bild eines erobernden Russlands, das fähig wäre, in Europa einzufallen, nachdem es die Ukraine geschlagen hätte, reine Fantasie oder Propaganda ist. In Wahrheit erscheint Russland mit seiner schrumpfenden Bevölkerung und einer Fläche von 17 Millionen Quadratkilometern weit davon entfernt, neue Gebiete erobern zu wollen, es fragt sich vielmehr, wie es diejenigen weiterhin bevölkern kann, die es schon besitzt.

Die Sorge angesichts der demografischen Situation ist in den Reden Putins und generell anderer Regierender allgegenwärtig. Sie erklärt die militärische Strategie, die in unseren Medien oft falsch verstanden, oder nur zu gut verstanden, jedoch vor den Lesern und Hörern verborgen wird.²³ Der herrschende Diskurs setzt Putin mit Stalin gleich. Aber unter Stalin gab es mehr als genug Menschen, Russland expandierte demografisch (auch wenn die Geburtenrate etwa 1928 zu sinken begonnen hatte), und die Rote Armee konnte Männer zu Millionen opfern, wie sie es während des Zweiten Weltkrieges getan hatte. Die aktuelle russische Militärdoktrin resultiert dagegen aus der Feststellung, dass Menschen rar geworden sind. Dies ist einer der Gründe, warum Russland mit nur 120 000 Soldaten in die Ukraine einmarschiert ist. Ganz offensichtlich hat Russland seinen Gegner unterschätzt (im folgenden Kapitel werden wir sehen, warum), aber es hat zugegebenermaßen trotzdem einen beträchtlichen Teil ukrainischen Gebiets entlang des Schwarzen Meeres erobert. Im Gegensatz zu dem, was überall zu hören war, hat sich die russische Armee für einen langsamen Krieg entschieden, um mit Menschenleben zu haushalten. Die bedeutende Rolle, die die tschetschenischen Regimenter und die Wagner-Miliz während der ersten Etappen des Konflikts spielten, rühren von dieser Entscheidung wie auch die schrittweise, sparsame und partielle Mobilisierung. Die Priorität liegt für Russland nicht darin, so viele Gebiete wie möglich an sich zu reißen, sondern so wenig Menschen wie möglich zu verlieren. Während der ukrainischen Gegenoffensive im Herbst 2022, die nach einer massiven Mobilisierung geführt wurde, stand für die Russen ein Mann gegen drei, sodass

sie es vorzogen, im Osten den Teil der Oblast Charkiw aufzugeben, den sie kontrolliert hatten, und sich im Süden kampfflos auf das linke Ufer des Dnepr zurückzuziehen. General Surowikin, der diese Entscheidung traf, erklärte, dass der Krieg auf andere Art und Weise gewonnen werden könne als durch die nutzlose Opferung von Menschen. Seitdem hat der Krieg sich intensiviert und es gab auf beiden Seiten Verluste an Menschenleben. Uns liegen keine glaubwürdigen Zahlen vor, weder vonseiten der Ukraine noch von Russland. Nach Ende des Konflikts wird es möglich sein, eine realistische Bilanz zu ziehen, und ich glaube, dass die meisten Historiker neugierig darauf warten, die Anzahl der Toten und Verwundeten auf beiden Seiten zu erfahren.

Seit dem Fall der UdSSR und dem Auseinanderfallen ihres einstigen Reichs wissen die Russen, dass sie gegenüber der NATO, deren Bevölkerung sich 2023 auf 887 Millionen Menschen belief, kein Gewicht haben (die Türkei zähle ich nicht mit, da man nicht genau weiß, wo sie sich diplomatisch positioniert). Die russische Armee hat daher aus dem Imperativ heraus, mit Menschenleben gut zu wirtschaften, schrittweise eine neue Militärdoktrin entwickelt, die eine grundlegende Veränderung darstellt. Ausgehend von einer quantitativen Überlegenheit konventioneller Geschütze schloss die sowjetische Doktrin den nuklearen Erstschatz aus. Die neue Doktrin, die den Mangel an Menschen berücksichtigt, autorisiert taktische Nuklearschläge, sollte sich der russische Staat bedroht fühlen.

Diese Warnung sollten die Menschen im Westen ernst nehmen. Eine militärische Intervention Polens wäre meiner Meinung nach das, was die russische Führung am meisten fürchten würde, weil die Masse Polens sie zu einer Generalmobilmachung zwingen würde und damit zu einer Militarisierung der Gesellschaft, wodurch diese die Vorzüge des unter Putin wiedererreichten zivilen Friedens verlieren würde. Eins der charakteristischen Merkmale der diplomatischen und militärischen Praxis Russlands (im Gegensatz zu der der Vereinigten Staaten) ist die Verlässlichkeit seiner Zusagen. So hatte Russland zugesagt, Baschar al-Assad zu verteidigen, dieser entpuppte sich als Schlächter, dessen Fall aussichtslos schien. Doch Russland entzog sich nicht seiner Zusage, sondern schickte ab September 2015 Truppen nach Syrien. Wenn Russland also über die Möglichkeit taktischer Nuklearschläge im Fall einer direkten Bedrohung seiner Souveränität theoretisiert, dann sollte die NATO es beim Wort nehmen. Es wird sein Versprechen halten. Ich gebe zu, dies sind düstere Überlegungen, aber unsere Führungskräfte haben in diesem Krieg schon zu viele unreflektierte Entscheidungen getroffen und unsere Priorität als Bürger muss darin liegen, uns davon zu überzeugen, dass sie die Doktrin der russischen Armee besser kennen werden, als sie die Reaktionsfähigkeiten der russischen Banken kannten – für den Fall, dass diese von Swift abgekoppelt werden.

In fünf Jahren den Krieg gewinnen

Die Russen haben im Februar 2022 die NATO herausgefordert, weil sie sich bereit dazu fühlten. Seit 2018/19 besitzen sie, wie gesagt, Hyperschallraketen, die ihnen eine unbestreitbare Überlegenheit auch gegenüber den USA verschaffen; sie können, wie sie es bewiesen haben, zudem von Swift abgeschnitten werden. Im Übrigen haben sich die Dinge für sie besser entwickelt als erwartet, da zahlreiche Länder, darunter einige sehr wichtige, die feststellten, dass sie den ersten Schock verwunden hatten und die amerikanische Bevormundung nicht mehr ertragen, weiter mit Russland Handel trieben und es in Wirklichkeit unterstützten (darüber werden wir noch in Kapitel XI sprechen). Doch selbst wenn sich im Februar 2022 ein »Möglichkeitsfenster« für Russland aufgetan haben sollte,

es wird sich auch wieder schließen.

Die Amerikaner sind sich des demografischen Problems in Russland ebenso bewusst wie Putin, und man könnte sogar sagen, dass dies die Grundlage für ihre falsche Strategie war. Die Aussicht darauf, dass die russische Bevölkerung schwindet, während ihre eigene wächst, war nicht zuletzt Ursache für die Missachtung, mit der sie den Protesten der Russen gegen eine NATO-Erweiterung begegnet sind. Die Strategen in Washington, die jetzt denselben Fehler gegenüber China zu begehen scheinen, sind in die Falle des Demografismus getappt, wie ich es nennen würde. Sie haben vergessen, dass ein Staat mit hohem Bildungs- und Technologieniveau, selbst wenn er schrumpft, nicht automatisch seine militärische Macht verliert. Die Aufwärtsentwicklung des Bildungs- und Technologieniveaus gleicht den Bevölkerungsrückgang aus und übertrifft ihn in der ersten Zeit sogar.

Die russische Führung ist scharfsinnig; und für sie ist es eine moralische Notwendigkeit, die Souveränität ihres Landes zu wahren. Versuchen wir, uns in ihre Lage zu versetzen. Sie wissen, dass ihre Bevölkerung abnehmen wird. Was schlussfolgern sie daraus? Nicht, wie die Amerikaner dachten, dass es töricht wäre anzugreifen, sondern dass man, da eine Bevölkerungsabnahme erst mittel- oder langfristig gefährlich wird, möglichst schnell handeln muss, denn noch später ist zu spät. Das Tempo des demografischen Rückgangs legt nahe, dass der Konflikt aus ihrer Sicht innerhalb von fünf Jahren gelöst sein sollte. Danach werden sehr schwache Jahrgänge kommen und die militärische sowie zivile Mobilisierung werden sehr schwierig werden.

Bis jetzt haben sich die Russen Zeit genommen; ihr Einstieg in den Krieg erfolgte schrittweise. Um Verluste an Menschenleben zu begrenzen. Um die fundamentale Errungenschaft der Putin-Ära zu bewahren, die Rückkehr zur Stabilität, die allen eine anständige Existenz garantiert. Bis jetzt scheint dieses strategische Kalkül, von dem ich ausgehe, aufzugehen: Die Monate vergehen, die industriellen, also militärischen Mängel des Westens kommen einer nach dem anderen ans Licht. Heute spielt die Zeit für Moskau. Aber wir wissen auch, dass die Russen keine Ewigkeit haben und dass sie in fünf Jahren einen definitiven Sieg errungen haben sollten. Sie müssen also die Ukraine schlagen und die NATO innerhalb eines bestimmten Zeitfensters besiegen, ohne sie jemals Zeit gewinnen zu lassen, sei es durch Verhandlungen, Waffenstillstände oder, schlimmer noch, durch ein Einfrieren des Konflikts. Washington darf sich keine Illusionen mehr machen: Moskau will den Sieg, nichts weniger.

Allerdings gebe ich zu, dass mein Modell in den Augen des Westens eine Schwäche aufweist: Es setzt voraus, dass Putin intelligent ist.

Kapitel II

Das ukrainische Rätsel

Gegenstand dieses Kapitels sollen weder die Nacherzählung der Geschichte der Ukraine sein noch die erschöpfende Beschreibung des Landes zu irgendeinem Zeitpunkt, sondern es soll die Frage beantworten: Wie konnte eine Gesellschaft, von der alle Welt spürte, dass sie im Zerfall begriffen war, einer russischen Militäroffensive so gut standhalten?

Beginnen wir damit, die Ereignisse in einen angemessenen Maßstab einzuordnen. Die schockierten Kommentatoren, die in den Fernsehstudios in Dauerschleife zu sehen waren, beschworen beharrlich einen »hochintensiven« Krieg herauf. Wenn alles erst vorbei sei, würde sich die Zahl der Toten ohne Zweifel auf einige Hunderttausend belaufen. Doch eine solche Todesrate würde in Wahrheit nur einen Krieg von mittlerer Intensität bedeuten, wenn man ihn mit den Kriegen vergleicht, die Europa schon erlebt hat. Berechnet man die militärischen und zivilen Verluste des Ersten oder Zweiten Weltkriegs, käme man auf eine Million Menschen. Nach diesem Maßstab machen die ukrainischen Verluste gerade ein Zehntel der Verluste dieser Kriege von wirklich hoher Intensität aus. Rufen wir uns noch einmal in Erinnerung, dass die Russen mit höchstens 120 000 Mann in die Ukraine einmarschiert sind.

Nichtsdestoweniger erwarteten sie wahrscheinlich entweder eine Kapitulation oder den Zusammenbruch des ukrainischen Regimes, ganz sicher aber keinen Widerstand beim ersten Schock, gefolgt von dem Willen, die verlorenen Gebiete im Süden und Osten zurückzuerobern, die nicht einfach von der russischen Armee besetzt worden waren, sondern vielmehr von Russen bevölkert (im Donbass und der Krim) beziehungsweise mehrheitlich russischsprachig sind (die Oblaste Cherson und Saporischschja). Selbst die Amerikaner überraschte der Widerstand der Ukraine. Ganz davon eingenommen, die Armee neu auszurüsten und zu organisieren, verkündeten sie, dass eine russische Invasion unmittelbar bevorstehe, und rannten dann wie die Kaninchen davon, zweifellos geschult in der Kunst der Evakuierung durch ihre Erfahrungen in Kabul.

Die Russen und der informierte Westen ließen sich deshalb so überraschen, weil sie die Ukraine für einen *failed state*, einen gescheiterten Staat, gehalten hatten oder einen angehenden *failed state*. Und das war sie. Mehr noch als Russland hatte sie ihren Ausstieg aus dem sowjetischen System verpasst. Zwischen 1991 und 2021 war ihre Bevölkerung von 52 Millionen Einwohnern auf 41 Millionen gesunken, ein Rückgang von über 20 Prozent. Zunächst aufgrund einer Geburtenrate, die noch unter die Russlands fiel: In den Jahren 2015 bis 2021, als die russische Geburtenrate bei 1,8 lag, befand sie sich in der Ukraine bei 1,4; und im Jahr 2020, als Russland eine Geburtenrate von 1,5 hatte, lag sie in der Ukraine bei 1,2. Dann vor allem aufgrund der Emigration. Die Flucht eines Teils der Bevölkerung nach Russland oder in das westliche Europa zeigte, dass es dem System nicht gelang, ein langfristiges Gleichgewicht zu finden.

Erinnern wir uns, wie so viele andere Analysten, an die Korruption, an die Oligarchen. Fügen wir einen weniger häufig verwendeten Indikator für die soziale Zersetzung hinzu: die zu Erwerbszwecken praktizierte Leihmutterschaft. In keinem Fall darf die Leihmutterschaft herangezogen werden, um

Osten und Westen oder Norden und Süden nach moralischen Maßstäben einander gegenüberzustellen. Um 2016 war sie in den allermeisten Staaten erlaubt, darunter in den Vereinigten Staaten, in Australien, Großbritannien, Indien, Russland und der Ukraine, während sie im Großteil der EU-Länder verboten war. Kurz vor Kriegsausbruch war die Ukraine zum Eldorado für Leihmutterschaften geworden.¹ Sie deckte 25 Prozent des Weltmarktes ab dank sehr wettbewerbsfähiger Preise. Diese ökonomische Spezialisierung zeugt von einer Integration in die Globalisierung und den Westen, weil es darum ging (und immer noch darum geht, wie wir feststellen werden), sich ukrainische Körper zu leihen, um westliche Kinder zu machen. Obwohl die Nachfrage nach Leihmutterschaften aus den reichen westlichen Ländern kommt, scheint die Bereitschaft der Ukraine zu diesem Verfahren (das auch in Russland legal, doch ausländischen Kunden untersagt ist) auch das Erbe einer gewissen sowjetischen Sorglosigkeit gegenüber der natürlichen Person. Denken wir etwa an die Abtreibung, die in der gesamten UdSSR als Standardtechnik der Geburtenkontrolle eingesetzt wurde. Ich befürworte die Freiheit zur Abtreibung und halte ihr Verbot für ebenso barbarisch wie ihren Einsatz als bevorzugte Technik der Geburtenkontrolle. Was die Leihmutterschaft als Anlass zur finanziellen Transaktion betrifft, so gebe ich zu, dass ich diese aus allgemein moralischen Gründen nicht befürworte und eine solche ökonomische Spezialisierung für ein Zeichen sozialen Zerfalls halte. In der Ukraine stellt sie eine Synthese aus Neoliberalismus und Sowjetismus dar.

Der Krieg hat das Phänomen nur wenig verlangsamt. Ein Artikel vom 26. Juli 2023 aus dem *Guardian* berichtet, dass »seit der russischen Invasion mehr als 1 000 Kinder aus Leihschwangerschaften geboren wurden, davon 600 in der Klinik BioTexCom in Kiew, eine der wichtigsten in Europa«. Trotz des Konflikts ist die Nachfrage aus dem Westen ungebrochen und kann nicht vollständig befriedigt werden. Der *Guardian*, der diese wirtschaftliche Dynamik eindeutig als Beweis für die Vitalität der ukrainischen Gesellschaft hält, stellte fest, dass die Ehemänner oder Partner vieler Leihmütter an der Front waren. Er ließ eine gewisse Dana zu Wort kommen, die das Kind eines italienischen Paares austrug und erklärte, dass sie es nur der »finanziellen Vorteile« wegen tue. Es ist durchaus die Kompatibilität des britischen und ukrainischen Moralsystems im Zeitalter des Neoliberalismus, die die Beschreibung der wirtschaftlichen Transaktion hier so natürlich wirken lässt. Jene an die Front geschickten Ehegatten führen uns zurück zum Militärischen.

Um das Geheimnis des ukrainischen Widerstands lüften zu können, muss zuvor ein anderes gelöst werden: das Verschwinden der russischsprachigen Ukrainer nach der Maidan-Revolution 2014 (dem Maidan-Putsch, wie die Russen sagen) als autonome politische Kraft im ukrainischen System. Die Ukraine war nämlich nicht nur gescheitert, sie war ein pluralistischer Staat mit einer ethnologisch komplexen und schwierigen Zusammensetzung. Ab 2014 aber verschwand der russische Anteil plötzlich vom politischen Schachbrett und die homogen gewordene Ukraine zeigte sich in der Lage, Russland Widerstand zu leisten. Das Phänomen ist umso erstaunlicher, als die russische Sprache zwar durch die nationalistische Regierung in Kiew verfolgt wird – ihr wurde in den russischsprachigen Provinzen der offizielle Status aberkannt –, aber dennoch handelte es sich auf landesweiter Ebene um die Kultursprache, vergleichbar mit dem Deutschen, dem Französischen oder Englischen, während das Ukrainische mit seinem relativ reichen literarischen und wissenschaftlichen Erbe eher mit dem Flämischen vergleichbar wäre.

Die Ukraine ist nicht Russland

Es existiert eine rein ukrainische Kultur im tiefen anthropologischen Sinne, unter Einbeziehung des Familienlebens und der Organisation der Verwandtschaft. Die Ukraine ist nicht Russland. Um sich dessen zu vergewissern, ist es am sichersten, von früheren Zeugenaussagen zu den Turbulenzen im 20. Jahrhundert auszugehen; spätere Daten sind nicht ebenso verlässlich, da sie teilweise verzerrt wurden, um ideologische Einstellungen zu rechtfertigen.

Kehren wir daher zum Buch von Leroy-Beaulieu zurück, der im vorigen Kapitel im Zusammenhang mit der »kommunistischen« russischen Familie zitiert wurde. Folgendermaßen beschreibt er die Familie in Kleinrussland, das ungefähr der heutigen Zentralukraine entsprach, jedoch ohne die am Schwarzen Meer gelegenen Gebiete »Neu-Russlands« (in der Terminologie des 19. Jahrhunderts): »Der Unterschied ist in der Familie und der Gemeinde, im Haus und in den Dörfern der beiden Stämme noch sichtbar. Bei den Kleinrussen ist das Individuum unabhängiger, die Frau freier, die Familie weniger dicht gedrängt. Die Häuser sind weitläufiger und häufig von Gärten und Blumen umgeben.«²

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zur Zeit der Zaren, unterschied sich die ukrainische Familie also deutlich von der russischen durch ihren Individualismus und die bessere Stellung der Frauen, zwei Merkmale, die meinem Modell zufolge, das Familiensysteme mit politischen Ideologien verknüpft, auf eine ukrainische Kultur schließen lassen, die der liberalen Demokratie und der Debatte offener gegenübersteht als die russische Kultur.

Später entstandene und technischere Studien belegen diese Diagnose. Der Artikel des *American Anthropologist*, der ebenfalls im vorigen Kapitel erwähnt wurde, ist möglicherweise weniger verlässlich, da er im Kalten Krieg entstanden ist. Doch zu dieser Zeit akzeptierten die Amerikaner noch die Idee der kulturellen Vielfalt und analysierten nationale Unterschiede mit Gelassenheit. Von den drei untersuchten Gemeinschaften in diesem Artikel waren damals zwei großrussisch, also in Russland gelegen, und die dritte bestand aus Ukrainern, jedoch ein Stück nach Osten umgesiedelt, nicht weit von Woronesch, das im heutigen Russland liegt. Wie es im Fall großrussischer Gemeinschaften zu erwarten war, findet man eine Variante der ungeteilten Familie vor, in der sich der Vater mit seinen Söhnen zusammenschließt. Die durchschnittliche Größe der Haushalte betrug einmal 6,5 Mitglieder (1877) und einmal 6,2 Mitglieder (1864–1869). Im Gegensatz dazu sank die durchschnittliche Größe eines Haushaltes in den von Ukrainern bevölkerten Gemeinden auf 4,7 Mitglieder (1879). Der Unterschied ist beträchtlich und ein heutiger Analyst würde betonen, dass wir es hier mit zwei verschiedenen Familientypen zu tun haben.

Aus dem Artikel geht es zwar nicht hervor, doch wahrscheinlich war diese kleinrussische Familie in ein System patrilinearere Verwandtschaftsbeziehungen eingebettet. Der Zusammenschluss der Männer außerhalb des Haushalts dürfte von Bedeutung gewesen sein. Darauf deutet jedenfalls die Methode der Namensgebung hin, die im Ukrainischen genau wie im Russischen den Vornamen des Vaters angibt: X, Sohn des Y und dann den Familiennamen. In Russland, wie gesagt, etwa Wladimir Wladimirowitsch Putin. In der Ukraine Ihor Wolodymyrowytsch Klymenko (als ich dies schreibe, ist er Innenminister, geboren in Kiew).

Wie sieht es in jüngster Zeit aus? An zuverlässigen Studien fehlt es. Die Anthropologie der Sowjet-Ära interessierte sich nicht sonderlich für diese Fragen. Vor allem macht die Praktik der Wohngemeinschaften eine Haushaltsanalyse im urbanen Milieu recht schwierig. Trotzdem wollen wir

wissen, ob das System der ukrainischen Kernfamilie völlig losgelöst von der Verwandtschaft existiert, wie etwa in Frankreich oder England. In diesem Fall müsste man es ganz klar dem Westen zuordnen. Doch wenn es sich um ein Kernfamiliensystem handelt, das in ein patrilineares Verwandtschaftssystem integriert ist, läge es näher am Familiensystem der Steppe, wie es in der Epoche zwischen den Hunnen und den Mongolen existierte. Auf diese Frage habe ich keine sichere Antwort. Es ist nicht undenkbar, dass im heutigen Kleinrussland tatsächlich die Kernfamilie vorherrscht, auch wenn das Fortbestehen derjenigen Namensgebung, die den Namen des Vaters führt, daran zweifeln lässt. In den südlichen Regionen der Ukraine hingegen, wo die ehemaligen Kosakengebiete liegen, muss ein mongolisches System dominieren. Es wird oft gesagt, dass die Kosaken ursprünglich den ersten ukrainischen Staat bildeten. Kosakisch aber hieße Kasachstan, also die Welt der Steppe.

Ich wurde durch einige Reportagen, die kürzlich in der englischen Presse erschienen sind, auf diese Frage aufmerksam gemacht. Ihr Anliegen war es sicher, bei uns Wohlwollen zu wecken, indem sie Väter beschrieben, die zu ihren Söhnen in die Militäreinheit gingen, oder Brüder, die zusammen kämpften, zwei typische Vorgehensweisen eines anpassungsfähigen patrilinearen Systems.

Noch ein anderes Element deutet darauf hin, dass die ukrainische Kultur patrilinear bleibt: die äußerst »geschlechtsspezifische« (wie man heute im Westen sagt) Auswanderung der Bevölkerung, alle Männer müssen an die Front und die Frauen (oder jedenfalls viele von ihnen) müssen ins Ausland. Diese so saubere und entschiedene Trennung nach Geschlecht zeugt von einer voll funktionsfähigen patrilinearen Kultur, aber,

aber, um es noch einmal zu sagen, auch von einer flexiblen patrilinearen Kernfamilienkultur, in der die liberale Demokratie besser gedeiht als im kompakt-kommunitären russischen System, eine patrilineare Kultur nach mongolischem Vorbild. In dieser Bezeichnung steckt keinerlei Ironie: Die heutige Mongolei, die per Definition das mongolische Familiensystem geerbt hat, ist eine der wenigen echten Demokratien im postsowjetischen Raum. Ein Rätsel für die zeitgenössische Politikwissenschaft, das mein Modell einer Verbindung zwischen Familie und Ideologie jedoch zu lösen vermag.

Und schließlich ein letztes Symptom der patrilinearen Kultur: die Homophobie, die in der Ukraine fast so stark ausgeprägt ist wie in Russland, obwohl natürlich die derzeitige Führung versucht, dies durch Gesetze zu vertuschen, die sich an der LGBT-Doktrin orientieren – selbstverständlich, um die Integration der Ukraine in den Westen zu beschleunigen.³

Ein altes Nationalgefühl

Um zu erfassen, wie es um die heutige Nation bestellt ist, sollten wir einmal mehr in die vorsowjetische Epoche zu blicken. Wenn wir uns mit der Frage der politischen Natur der Ukraine beschäftigen, sehen wir uns in der glücklichen Lage, über die Ergebnisse der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im November 1917 zu verfügen. Es war das einzige Mal vor dem Ende des Kommunismus, dass die Bewohner des Reichs ihre Meinung frei äußern konnten, denn im Januar 1918 lösten die Bolschewiken die Versammlung auf, weil sie unzufrieden waren, dort in der Minderheit zu sein. In seinem Werk *Russia goes to the Polls* hat Oliver Radkey das Ergebnis dieser Wahlen auf Ebene der Oblaste analysiert.⁴ Die geografische Verteilung zeigt, dass die bolschewistische Partei vor allem im Nordwesten Russlands stark war, im Epizentrum der kommunitären Familie.

In der Ukraine gab es im Jahr 1917 ukrainische Parteien, die nicht zwangsläufig konterrevolutionär waren, etwa sozialistisch-revolutionäre Parteien, die sich von den russischen sozialistisch-revolutionären unterscheiden. Das endgültige Wahlergebnis der vollständig ukrainischen Parteien spricht für sich: In der Provinz Kiew: 77 Prozent. In Podolien: 79 Prozent. In Wolhynien: 70 Prozent. In der Provinz Poltawa: 66 Prozent. In der Provinz Tschernigow: 51 Prozent. Aber in den Gebieten, die kurz vor dem Maidan vorrangig russischsprachig waren, fiel das Wahlergebnis der spezifisch ukrainischen Parteien weniger hoch aus. In einer Stadt der Provinz Jekaterinoslaw, die später Dnipropetrowsk genannt wurde und aktuell Dnipro heißt, fiel es auf 46 Prozent. In der Provinz Cherson auf 10 Prozent. In der Provinz Taurien, die der Halbinsel Krim und dem gleich nördlich davon gelegenen Festland entspricht, auch auf 10 Prozent. In der Provinz Charkiw kam man auf 0,3 Prozent herunter. Diese Zahlen stammen von ukrainischen Parteien, die sich den Wählern allein zur Wahl gestellt haben. Sie berücksichtigen keine ukrainischen Parteien, die sich »russischen« Parteien auf gemeinsamen Listen anschlossen.

Wir überprüfen also anhand der Wahlen von 1917, ob es das spezifisch Ukrainische, »Kleinrussische« gab, und simultan dazu, ob es zweitens das spezifische »Neu-Russische« gab. Im Inneren des Landes lassen die Wahlergebnisse von über 70 Prozent der ukrainischen Parteien keinen Zweifel an der Existenz einer ukrainischen Identität seit der Revolution von 1917. Doch zu dieser Zeit hieß, sich

ukrainisch zu fühlen, nicht, antirussisch zu sein, wie Radkey schreibt. Die Existenz der gemeinsamen Listen weist darauf hin, dass vor einem Jahrhundert eine friedliche Koexistenz möglich war.

Vom Märtyrer zum Privilegierten

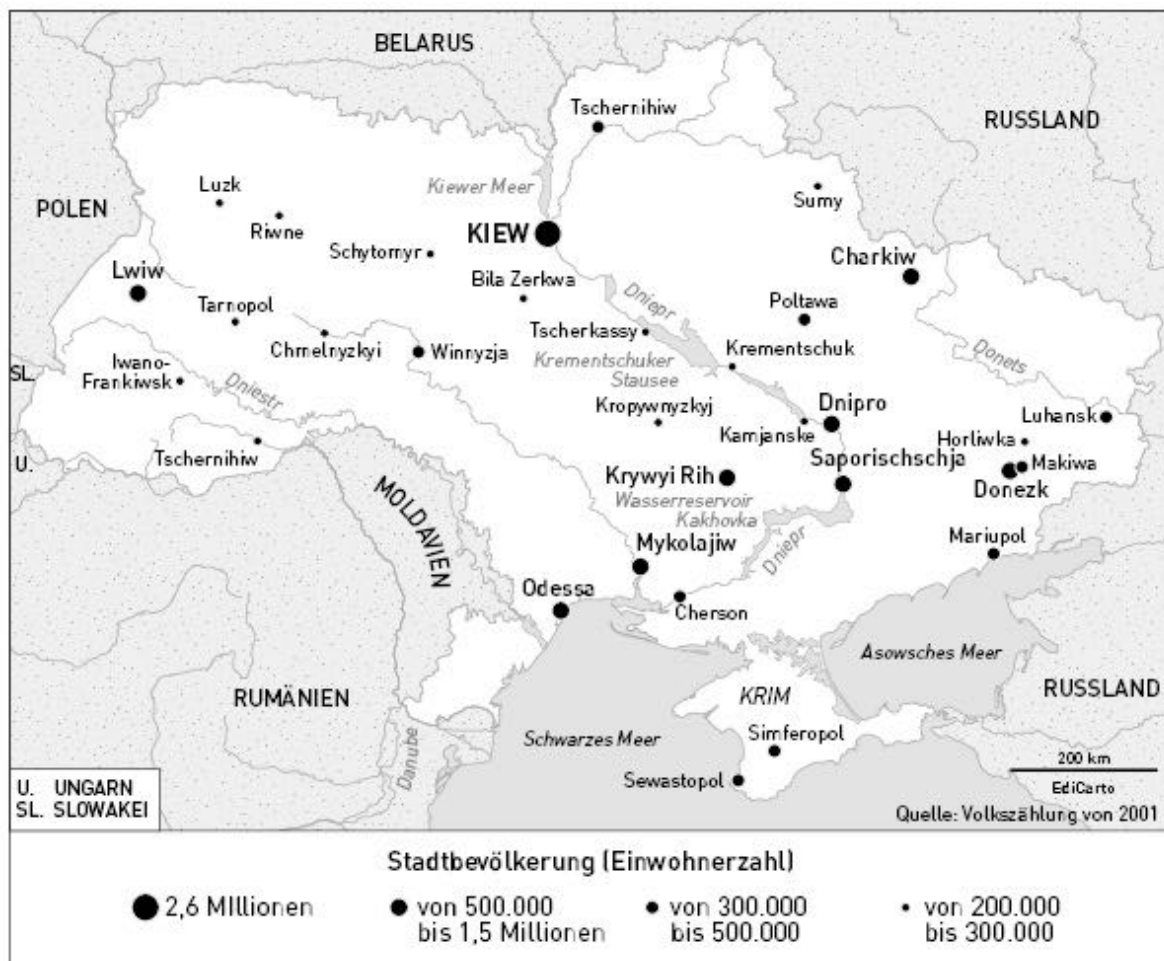
Diese Daten beziehen sich auf die Ukraine am Ende des Zarismus. Wie alle anderen Teile der Sowjetunion durchlief die Ukraine anschließend Umwälzungen in kaum vorstellbarem Ausmaß. Die Gewalt ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1917 und 1960 ist nicht einmal mit der auf den Britischen Inseln während der Industriellen Revolution 1780–1850 vergleichbar. Es kann kein Zufall sein, dass die zwei größten Hungersnöte der jüngeren europäischen Geschichte, die in Irland von 1842 bis 1845 und die in der Ukraine von 1931 bis 1933, ausgerechnet im Vereinigten Königreich und in der Sowjetunion stattfanden, zwei Sphären radikaler sozialer Experimente.

Heute spricht man viel über den Holodomor, den ukrainischen Teil der großen sowjetischen Hungersnot, die auch Kasachstan verwüstete. Wenn man es darauf anlegt, kann man ihn problemlos als einen von Stalin geführten Angriff auf die ukrainische Bauernnation interpretieren (er wollte die Kulaken vernichten, die vermeintlich reichen Bauern), und dass dieses Ereignis anhaltenden Groll schürt, ist ganz natürlich. Auf dieselbe Art erklärt die große Hungersnot von Irland zu großen Teilen den Groll Irlands gegen England.

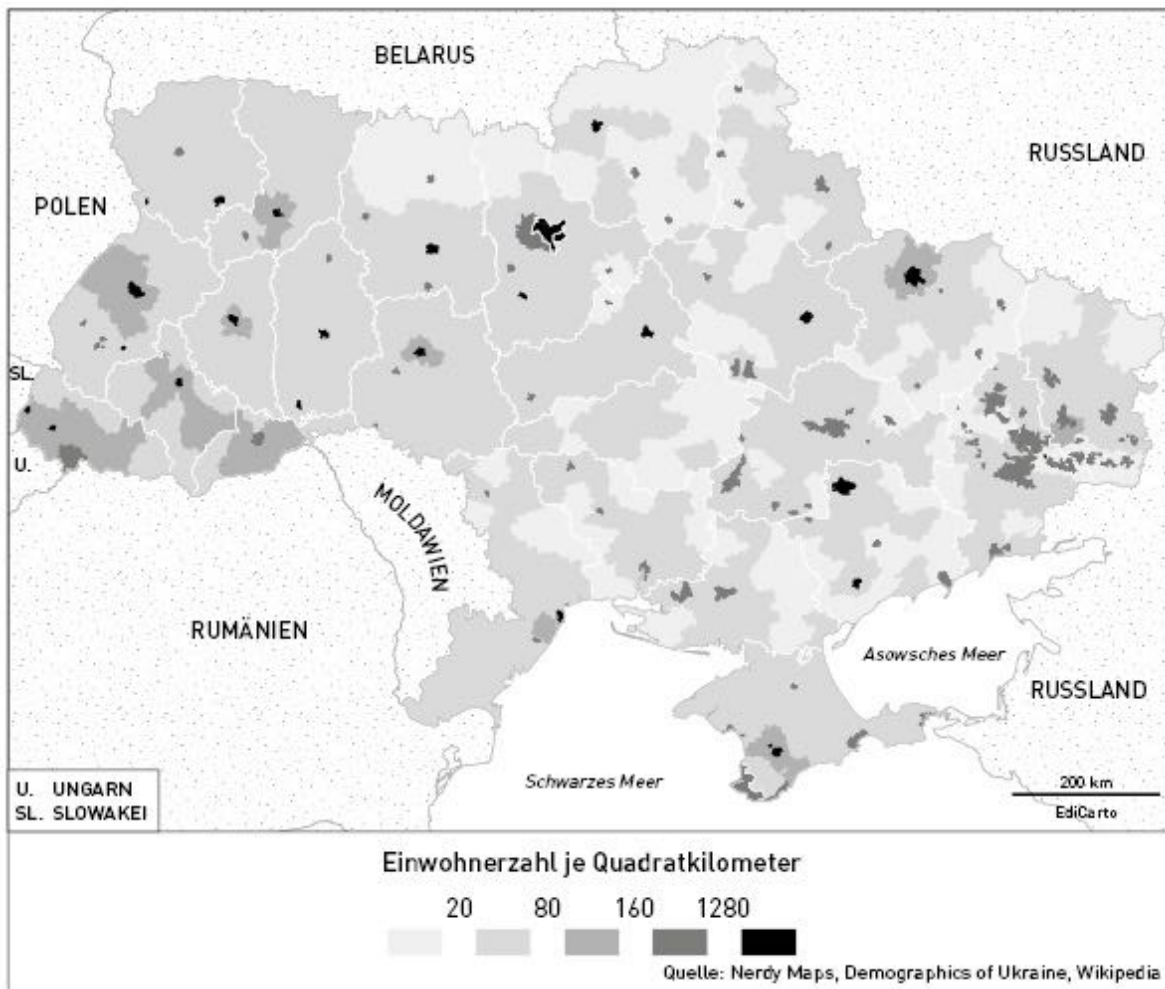
Die Ironie besteht darin, dass diese zwei Hungersnöte durch gegensätzliche Ideologien ausgelöst oder verschärft wurden: ein wahnhafter Staatskollektivismus im Fall der Ukraine und ein moralisierender Liberalismus, der sich dem staatlichen Eingreifen verweigerte, im Fall Irlands. Aber wenn wir fair sein wollen, müssen wir einmal mehr die Überlegenheit des Liberalismus eingestehen, der in Irland effizienter zu töten vermochte als der Kollektivismus in der Ukraine. Die große irische Hungersnot forderte 1 Million Opfer bei 8,5 Millionen Einwohnern, also 12 Prozent der Bevölkerung. Die große Hungersnot in der Ukraine forderte 2,6 Millionen Leben von 31 Millionen, also 8,5 Prozent Verluste.⁵

Trotzdem wäre es ein Fehler, die Geschichte der Ukraine auf den Holodomor zu reduzieren.

Sollte das Land als Bauernnation tatsächlich durch Stalin zum Märtyrer gemacht worden sein, dann wurde es nach dem Zweiten Weltkrieg umgekehrt durch das Regime bevorzugt. Die Ukraine wurde in der UdSSR eine der prioritären Zonen für industrielle Entwicklung, einschließlich der modernsten Industrie – Raumfahrt und Militär. So erklärt sich auch die Karte der Urbanisierung, wie sie sich am Vorabend der Unabhängigkeit im Jahr 1991 darstellte.



Karte 2.1: Das Stdtenetz der Ukraine im Jahr 2001



Karte 2.2: Bevölkerungsdichte der Ukraine um 2020

Die Karte der Bevölkerungsdichte zeigt die höchste Konzentration im Westen und Osten und ein weniger stark besiedeltes Zentrum, wenn man vom Ballungsraum um Kiew absieht. Jedoch treten die höheren Bevölkerungsdichten in zwei verschiedenen Formen auf. Im Osten verzeichnet man richtige städtische Zentren, während es im Westen, in den Gebieten, die kurz nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an die Sowjetunion angegliedert wurden und zuvor ungarisch-österreichisch oder polnisch waren, der ländliche Raum ist, der stärker besiedelt ist, obgleich es dort nur eine etwas größere Stadt gibt, Lwiw (Lwow, Lemberg). Abgesehen von Kiew waren die großen Städte der Ukraine zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Odessa, Dnipro, Donezk, Charkiw, jeweils Ballungszentren in den südlichen und östlichen Gebieten, in denen auch die russische Sprache stärker vertreten war.

Die Anzahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern stieg zwischen 1959 und 1979 von 25 auf 46. Somit war die Ukraine vor der Unabhängigkeit eine der Regionen der UdSSR, die sich am stärksten entwickelt haben, auch wenn sie schließlich, wie auch die anderen, von der Blockade des Systems eingeholt wurde. Sie war kein Gebiet, das sich im Prozess einer Russifikation befand. Als es sich mit der ukrainischen Sprache und Identität konfrontiert sah, zögerte das kommunistische Regime ein wenig. Doch die leninistische Theorie vom Respekt gegenüber nationalen Kulturen und eine grundsätzliche Feindseligkeit, die Lenin selbst »großrussischen Chauvinismus« nannte, halfen darüber hinweg; dies geschah, obwohl seit 1935 jeder nationalen Autonomie der Riegel vorgeschoben worden

war, weil man sich darüber klar geworden war, dass der Gebrauch mehrerer Sprachen in der Armee nicht eben zuträglich war. Im Jahr 1991 existierte eine ukrainische Sprache und Kultur, die sich weiterentwickelte, aber auf der oberen Ebene der Gesellschaft drückten sich Hochkultur und Verwaltung auf Russisch aus.

Eine Nation ohne Staat

Und doch hatte es diese recht gut behandelte Ukraine in der späten Phase der Sowjetunion nie geschafft, einen eigenen Staat zu entwickeln, ist nie das geworden, was man einen Nationalstaat nennt. Gerade dieses Land beschloss 1991, inmitten der Panik, die durch die Liquidierung der UdSSR durch Russland selbst verursacht worden war, per Referendum seine Unabhängigkeit.

Damit ein Nationalstaat entstehen kann, bedarf es, wie wir wissen, einer gemeinsamen Kultur und noch häufiger einer gemeinsamen Sprache; weder das Vorhandensein einer Bauernschaft noch das einer Arbeiterklasse genügen; ebenso unverzichtbar ist die in den Städten konzentrierte Mittelschicht. Das urbane Netz und die Mittelschicht, die es bevölkert, bilden das menschliche Gerüst des Staates, sein physiologisches System. Denn der Staat könnte nicht allein ein Konzept sein, eine Idee oder gar ein Organisationsplan; das alles ist er auch, ganz klar, aber er ist ebenso eine Gruppe realer Individuen mit Fähigkeiten, von denen die am besten organisierten die Städte bewohnen und diejenige Fraktion der Mittelschicht bilden, die von einem gewissen Maß an kollektivem Bewusstsein geleitet wird. Und an dieser Mittelschicht fehlte es der Ukraine, die bis zur sowjetischen Industrialisierung unterurbanisiert war.

Zwischen 1991 und 2014 ist es dem Land nicht gelungen, ins Gleichgewicht zu kommen, und das, obwohl die mentale Erschütterung, die durch den Ausstieg aus dem Kommunismus ausgelöst wurde, weniger heftig zu sein schien als in Russland, wenn man Indikatoren wie Lebenserwartung, Selbstmordrate, Tötungsrate oder Alkoholismus folgt. Die Tötungsrate etwa ging zwischen 1990 und 1996 nur von 7 auf 15 von 100 000 Einwohnern hoch, während sie in Russland zwischen 1990 und 1996 von 14 auf 34 stieg. Am Ende der kommunistischen Ära stand die Ukraine, welchen Entwicklungsindikator man auch heranzieht, ein wenig besser da als Russland.

Obgleich viel gewalttätiger als in Mitteleuropa, war die Kultur der Ukraine trotzdem zum Zeitpunkt des Zerfalls der Sowjetunion deutlich weniger gewalttätig als die in Russland. Allerdings kann diese Abweichung nicht der Kernfamilie zugeschrieben werden, da Belarus, das absolute Zentrum des kommunitär-familiären Europa, noch weniger gewalttätig war als die Ukraine. Als die Krise des Ausstiegs aus dem Kommunismus begann, lag die ukrainische Tötungsrate um das 2,5-Fache niedriger als die Russlands, aber die in Belarus war um das Dreifache geringer.⁶ Die regionalen Unterschiede der Tötungsraten in Russland deuten darauf hin, dass die ethnische Heterogenität dort eine Rolle spielt. Zur Zeit des ehemaligen Zarenreichs waren Belarus und die Ukraine im Grunde nur Provinzen, einfache Gegenden, und zwar trotz der Unterschiede zwischen den ukrainisch- und russischsprachigen Menschen in der Ukraine, da sie kulturell homogener war als das heutige multiethnische Russland, in dem nur 80 Prozent der Bevölkerung eigentliche Russen sind.

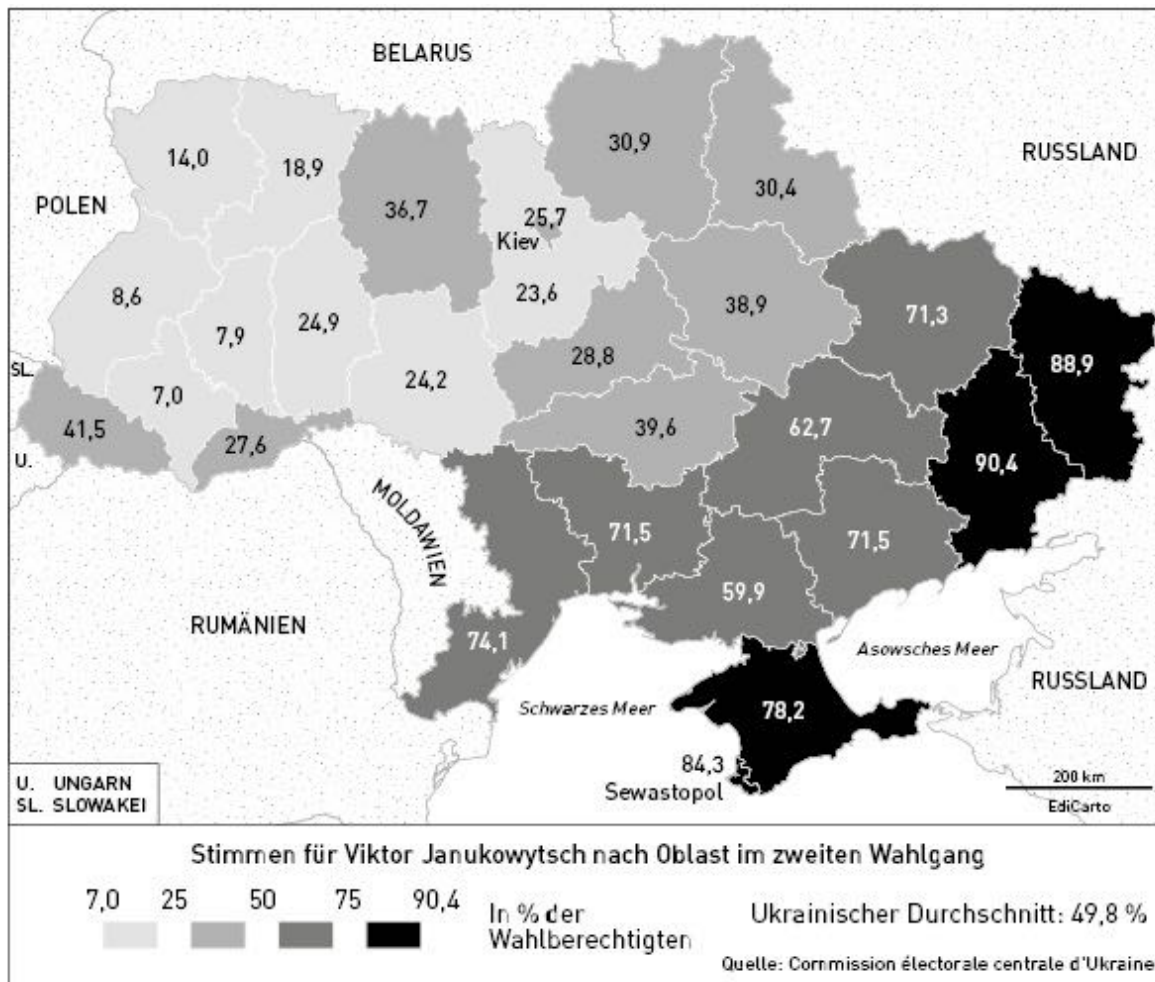
Warum also hat sich keine liberale Demokratie entwickelt in dieser Ukraine, die ein wenig friedlicher und fortschrittlicher war als Russland, und wo die familiäre Tradition doch günstig war? Ich werde hier nicht versuchen, eine allgemeine Theorie der Entstehung von Staaten zu entwickeln,

die auf Familientypen basiert, sondern beschränke mich darauf festzustellen, dass weder in der Ukraine noch anderswo die Kernfamilie allein als Basis genügt, um die Herausbildung eines Staates oder gar eines liberalen, demokratischen Staates herbeizuführen, selbst wenn die Kernfamilie den Pluralismus tatsächlich begünstigt. Die Entstehung eines Staates ist ein langer und komplexer Vorgang. Ich tendiere zu der Überzeugung, dass kein Staat liberal und demokratisch geboren wird; dass stets eine Phase der Autorität – Monarchie oder Tyrannei – vorausgeht, bevor das Volk die Kontrolle übernimmt. So ist es in Athen gelaufen, in England und in Frankreich. Wie hätte die Ukraine mit ihrer schwachen und unreifen Mittelschicht, die in den obersten Klassen russischsprachig ist, sich zwischen 1991 und 2014 denn überhaupt in eine »ukrainische« liberale Demokratie verwandeln sollen? In einem solchen Umfeld hätte das individualistische Temperament, das mit der Kernfamilie einhergeht, kaum etwas anderes hervorbringen können als Anarchie. So kam es dann auch.

Während der Jahre 1990 bis 2014 wurden dort Wahlen abgehalten. Man stellte einen Pluralismus fest, wie er in Russland seinesgleichen suchte, doch das staatliche Gerüst blieb defizitär. Im selben Zeitraum erlebte Russland eine sehr unruhige und gewalttätige Phase, auf die die Wiedereinrichtung eines autoritären Staates folgte; die Bevölkerung scharte sich um das Regime Putins. In der Ukraine sah man zwar keine vergleichbaren Unruhen, aber auch keine Wiederherstellung einer Ordnung. Während Putin im Jahr 2003 die Oligarchen in den Griff bekam, geschah nichts dergleichen in der Ukraine. Laut Anders Åslund, einem Autor, der sich offiziell für die Verbreitung westlichen Einflusses in der Ukraine einsetzt, erlangten die Oligarchen in keinem anderen Land des postsowjetischen Raums ein solches soziales und politisches Gewicht.⁷ Ihre Macht erlangten sie über die Kontrolle des Gashandels (ich füge hinzu: und einiger Industriezweige in der Ostukraine). Sie waren nicht nur an der allgemeinen Korruption des politischen Systems beteiligt, sondern trugen auch dazu bei, dessen Pluralismus aufrechtzuerhalten. Åslund berichtet, wie Oligarchen, denen Fernsehsender gehörten, das größtenwahnsinnige Verhalten des Präsidenten Wiktor Fedorowytsch Janukowytsch aufdeckten, den der Maidan 2014 zur Flucht veranlasste. – Ein Größenwahnsinniger, der sicher beides war, korrupt und korrumpiert, aber nichtsdestoweniger vier Jahre zuvor regulär gewählt worden war.

Die Begabung der ukrainischen Bevölkerung zum Pluralismus resultierte zum einen aus der individualistischen Natur, deren Nährboden die Kernfamilie ist, und zum anderen aus dem Tun unkontrollierter Oligarchen, wie wir gerade gesehen haben. Sie resultierte aber auch unvermeidlich aus der ethnolinguistischen Dualität im Land. Es existierten Seite an Seite eine ukrainischsprachige - Ukraine und eine eher russischsprachige Ukraine, welche entschlossen war, auf die eine oder andere Art mit Russland verbunden zu bleiben.

Die Existenz dieser beiden Ukrainen erscheint auf der Karte der Wahlen von 2010 in fast verwirrender Einfachheit. Sie stellt eine West- und Zentralukraine heraus, die für Julija Wolodymyriwna Tymoschenko gestimmt hat, und eine Süd- und Ostukraine, die Wiktor Fedorowytsch Janukowytsch gewählt hat. Die Unterschiede sind beträchtlich: Die Provinzen Donezk, Luhansk und Krim stimmten jeweils mit 90,44 Prozent, 88,96 Prozent und 78,24 Prozent für Janukowytsch, während dessen Ergebnisse im Osten in Lwiw, Ternopil und Iwano-Frankiwsk nur bei 8,60 Prozent, 7,92 Prozent und 7,02 Prozent lagen.



Karte 2.3: Ukrainische Wahlen im Jahr 2010 – Stimmen für Janukowytsch

Obwohl der Westen ukrainischsprachig und der Osten russischsprachig ist, ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Trennung nach Sprache nicht immer aussagekräftig ist. Erhebungen, die ermitteln könnten, wie hoch der Anteil russischsprachiger, ukrainischsprachiger und solcher Personen ist, die ein Dialektgemisch aus beiden Sprachen sprechen, sind mittlerweile ideologisch so sehr eingefärbt, dass sie nicht mehr belastbar sind. Diese Wahlkarte ist viel effizienter. Sie erlaubt einen Blick auf die eher russophile und die einfach ukrainische Ukraine.

Kommen wir noch einmal auf das anarchische Stadium des Landes zurück. Um dieses zu erklären, haben wir die Kernfamilie herangezogen, die Oligarchen und die ethnolinguistische Dualität. Keiner dieser Faktoren ist für sich genommen ausreichend: Frankreich, in den zentralen Gebieten ein Kernfamilienland, ist geradezu zum Modell des Nationalstaates geworden; Russland hat es geschafft, seine Oligarchen in den Griff zu bekommen; und es gibt Nationalstaaten, in denen die ethnolinguistische Diversität noch viel ausgeprägter ist als in der Ukraine. Es sei noch angemerkt, dass die Ukraine seit dem Fall des Kommunismus ein Land an der Peripherie der Sowjetunion war, wo die lokalen Verantwortlichen der Kommunistischen Partei geringer Verdienende waren, die es nicht nach Moskau »geschafft« hatten, kurzum gescheiterte Provinzler des Sowjetsystems. Dieser letzte Gesichtspunkt erklärt, warum eine solche regionale »Elite« einige Schwierigkeiten damit hatte,

sich dem von Moskau und Sankt Petersburg ausgehenden liberalen Wandel anzupassen. Doch um zu verstehen, woher die Schwäche des ukrainischen Staates kommt, müssen wir auch dieses konjunkturelle Phänomen noch hinter uns lassen. Der eigentliche Grund für sein Versagen scheint mir die allgemeine Schwäche der städtischen Mittelschicht zu sein.

Im Westen, welcher ländlicher geblieben ist, gab es keine ausgeprägte Mittelschicht. Dieser Westen ist die nationalistischste Region der Ukraine, deren häufig griechisch-katholische Bevölkerung (Orthodoxe, die sich im späten 16. Jahrhundert der katholischen Kirche angeschlossen hatten) erst ab 1945 an die Sowjetunion angegliedert wurde. Dieser Westen war a priori am ehesten in der Lage, ein nationalstaatliches ukrainisches Projekt zu verfolgen, doch seine Mittelschicht war schwach.

Im städtischeren Osten war die Mittelschicht zwar stärker vertreten, aber verständlicherweise zu russophil, um energisch im Sinne eines ukrainischen Nationalstaates zu denken und zu handeln. Gleichwohl stellt sich im Osten des Rätsels Lösung als unerwartet simpel heraus: Die Mittelschicht aus dem Osten ist nach Russland abgewandert.

Das wahre Geheimnis: Der Niedergang der russischsprachigen Ukraine

Wir dringen nun zum Kern des ukrainischen Rätsels vor, das nicht nur darin besteht, dass die Ukraine unfähig war, ein Nationalstaat zu werden. Dieses Versagen lässt sich alles in allem recht einfach anhand der Schwäche des Städtenetzes in den ukrainischsprachigen Zonen erklären; durch den Umstand, dass die Hochkultur russisch war und die nationalistischen, ukrainischsprachigen Zonen eine andere Sprache sprechen wollten. Eine allzu bäuerliche Nation, der es nicht gelingt, einen Staat hervorzubringen, ist nichts besonders Erstaunliches: Davon hat man in der Geschichte schon viele gesehen.

Kurios ist aber, dass die russischsprachige, russophile Ukraine nach dem Maidan 2014 als politisch autonome Kraft verschwand.

Das seltsame Schicksal der russischen Stadt Belgorod, die heute vereinzelt von der ukrainischen Armee bombardiert wird, führt uns auf die Spur einer Erklärung.

Im Jahr 2017 erstellte die französische Botschaft in Moskau in Person von Pascal Cauchy⁸ eine Kartografie der Doktorandenausbildungen in der Russischen Föderation der vorangegangenen fünf Jahre auf Basis der vom Ministerium für Hochschulausbildung veröffentlichten Statistiken. In allen Universitäten des Landes stagnierte oder sank die Zahl der Doktoranden. Im Gegenzug erlebten zwei Regionen in Russland einen signifikanten Anstieg: die Tschetschenische Republik und die Region Belgorod. Im ersten Fall war der Anstieg das Ergebnis der Prestigepolitik von Ramsan Achmatowitsch Kadyrow, Oberhaupt der Tschetschenischen Republik, ein Mann Putins, der im Krieg sehr aktiv gewesen ist. In Belgorod war der Anstieg auf die Migration von Studenten aus dem benachbarten Charkiw zurückzuführen, der großen Universitätsstadt der Ukraine, die sich akademisch und wirtschaftlich im freien Fall befand, obwohl ihre Universität, die 1804 als eine der ersten in Russland gegründet worden war, für die Qualität ihres Ingenieursstudiums bekannt war.

Das Auslöschen des russischsprachigen Teils der Ukraine als autonome politische Kraft war durch die russische Führung nicht beabsichtigt, denke ich, auch wenn sie sich heute dessen zwangsläufig bewusst sind. Das für sie wahrscheinlichste Szenario war ein ganz anderes: Da die Ukraine nicht in der Lage war, ihr Gleichgewicht zu finden, während Russland wieder in Schwung kam, hätte man

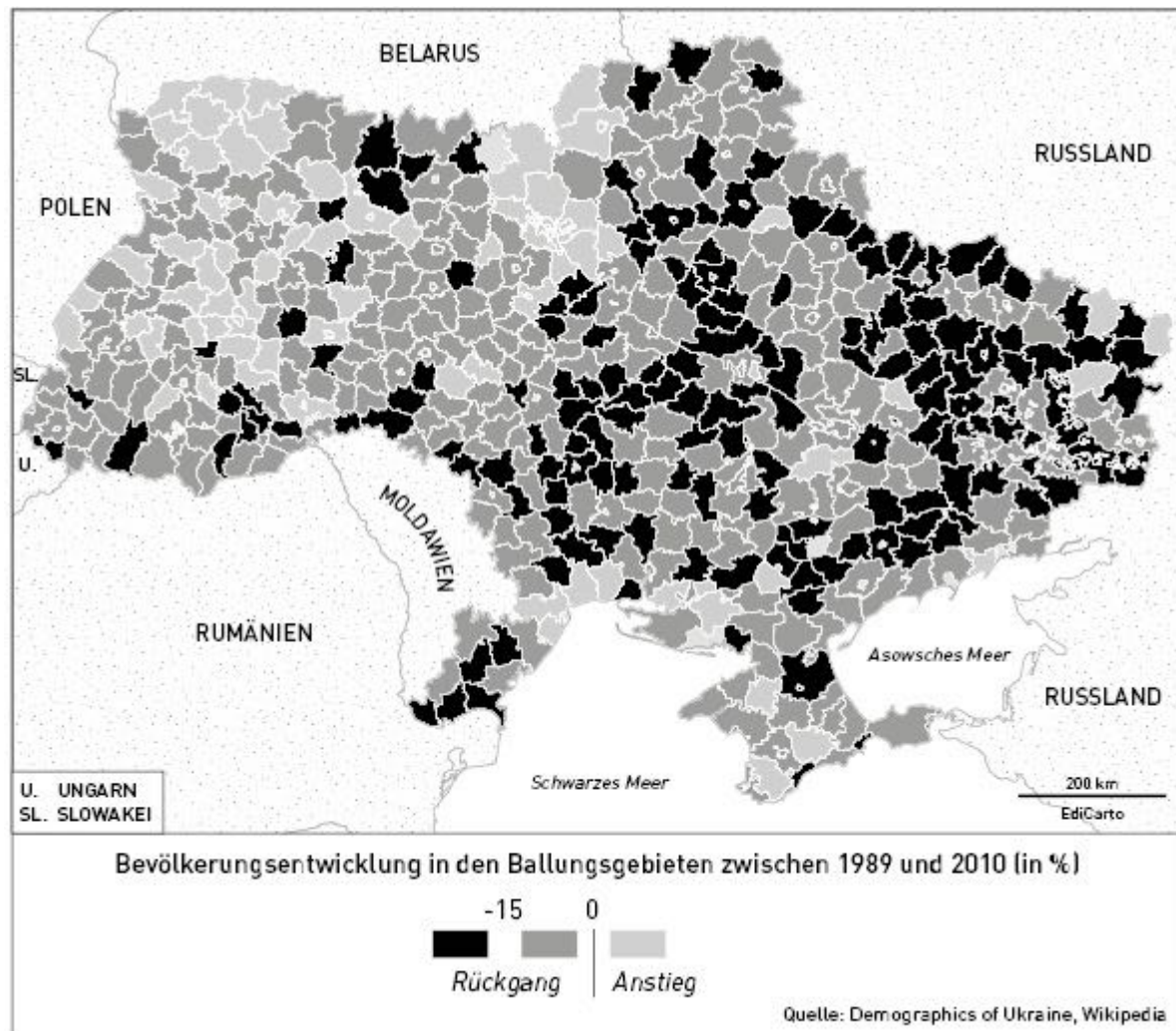
erwarten können, dass sie sich an Russland wenden würde, um sich ihm anzuschließen. Denn immerhin war die ukrainische Hightech-Industrie, insbesondere Luftfahrt, Raumfahrt und Militär, mit Russland verbunden und befand sich vor allem im Osten des Landes.

Ich bin überzeugt davon, dass die Russen diese Rechnung aufgestellt haben; und ohne Zweifel war dies einer der Gründe, warum sie die Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion in die »Unabhängigkeit« entlassen haben, ohne eine Grenzkorrektur zu fordern, um die russische oder russischsprachige Bevölkerung des neuen Staats zurückzugewinnen. Das Fortbestehen einer russischen Komponente sollte den immerwährenden Zugriff Russlands auf die Ukraine sicherstellen. Die russische oder russischsprachige Bevölkerung hätte als Bindeglied gedient.

Diese Vision erwies sich als zu einfach. Der sprachliche Faktor funktionierte nicht in der erwarteten Art und Weise. Denn so wie das ukrainische System um sein Überleben kämpft, so wird es von Individuen und Familien ausgehöhlt, die ihrerseits ums Überleben kämpfen. Im Fall Charkiw waren dies junge Russischsprachige, die sich intellektuell weiterentwickeln wollten, und zwar eher in ihrer Muttersprache, einer der großen europäischen Kultursprachen, als in einem bäuerlichen Dialekt neueren Ursprungs. Ganz allgemein sind die Mitglieder der russischsprachigen Mittelschicht, die in einer dem Untergang geweihten Nation zum Gegenstand von Feindseligkeiten ukrainischsprachiger Nationalisten geworden waren, eben ausgewandert, als sie Russland prosperieren sahen. In ihrem Kampf gegen die russische Sprache haben die Nationalisten vielleicht ebenso sehr oder stärker versucht, Russischsprachige zu vertreiben, als sie zum Gebrauch ihrer eigenen Sprache zu bekehren.

Seit Beginn des Krieges hat man im Westen viel von Ukrainern gesprochen, die in die Europäische Union emigriert sind. Die Experten hätten uns ebenso über die Existenz eines älteren und stetigeren Migrationsstroms Richtung Russland unterrichten sollen, der vor allem die Mittelschicht betraf, aber sicherlich auch qualifizierte Industriearbeiter.

Diese sozial differenzierte Massenauswanderung in Richtung des Anziehungspunktes Russland lässt sich nachweisen, wenn wir die Verbindung im Blick behalten, die zwischen der Mittelschicht und dem urbanen System besteht. Dann genügt es, sich die Karte anzuschauen, die die Entwicklung der Stadtzentren in der Ukraine illustriert.



Karte

2.4:

Der

Rückgang

der

Stadtbevölkerung

in

der

Ukraine

von

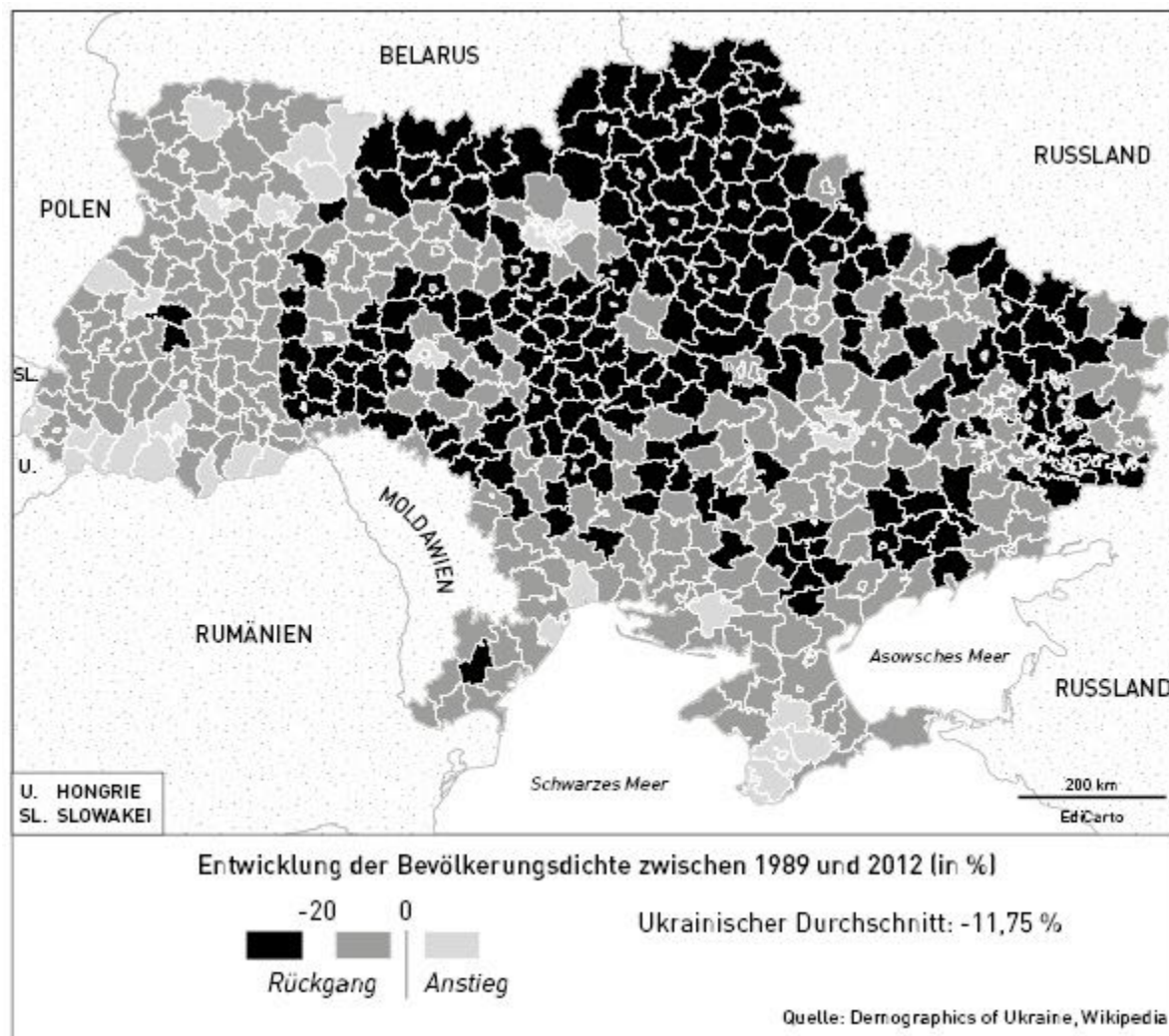
1989

bis

2012

Man stellt fest, dass die Stadtbevölkerung in der westlichen und zentralwestlichen Ukraine zwischen 1989 und 2010 stabil, ja sogar in gewisser Weise dynamisch war, in Zonen, die, man erinnere sich, ursprünglich kaum urbanisiert waren und in denen es kaum Mittelschichten gab. Aber das Hauptphänomen ist in der Ostukraine zu beobachten, wo zahlreiche Städte zusätzlich zum klar

russischsprachigen Teil des Landes mehr als 20 Prozent ihrer Bevölkerung verloren haben. So liegt die wahre Krise der ukrainischen Gesellschaft nicht nur in einer zu fragilen Mittelschicht, sondern im Verschwinden der russischsprachigen Mittelschicht. Diese städtische Ukraine ist, wie wir beachten sollten, nicht nur die der Mittelschicht, sie ist auch die der Oligarchen, die damals noch nicht bezwungen waren. Nun, seit Beginn des Krieges scheinen sie es zu sein.



Karte 2.5: Der allgemeine Rückgang der ukrainischen Bevölkerung von 1989 bis 2012

Es ist interessant, die Karte der Entwicklung der Stadtbevölkerung mit der der allgemeinen Bevölkerung zu vergleichen. Sie stimmen nicht miteinander überein. Im Westen findet man darauf

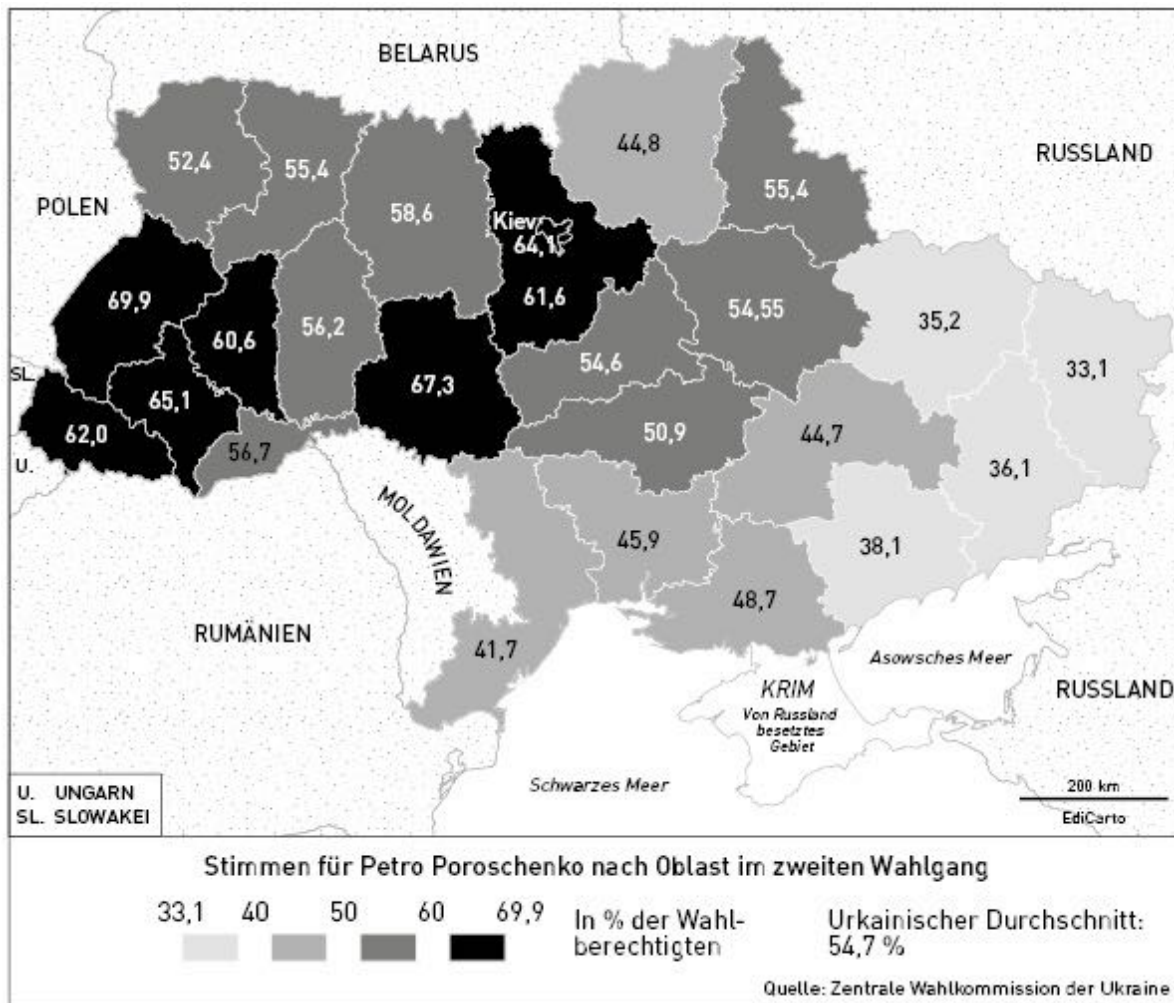
eine widerstandsfähigere Ukraine vor. Der Mittelpunkt der Entvölkerung liegt unterdessen dieses Mal in der Zentralukraine, besonders im nördlichen Teil. Tschernobyl, das unmittelbar nördlich von Kiew liegt, hat zweifellos seinen Teil dazu beigetragen. Nichtsdestoweniger ist der Verlust der Städte im russischsprachigen Teil eine Besonderheit.

Diese Fragilität der Mittelschicht werden wir im folgenden Kapitel in Osteuropa wiederfinden, wo sie fast alle ehemaligen Volksdemokratien charakterisiert. Im Fall der Ukraine ist auch zu beachten, dass der Flucht russischsprachiger Mittelschichten eine Flucht der Juden vorausging. Diese machten tatsächlich einen wichtigen Teil der Mittelschicht aus. Ihr höheres Bildungsniveau im Vergleich zur Gesamtbevölkerung rührt aus einer Religion, die wie der Protestantismus (allerdings anderthalb Jahrtausende früher) Bildung schon immer als wesentlich betrachtete. In der Ukraine sprachen die Juden Russisch oder Jiddisch, da der Gebrauch der bäuerlichen Sprache nicht Tradition hatte. Es gab im Verhältnis mehr Juden als in Russland, obwohl die Gesamtzahlen um 1970 nahe beieinanderlagen: 817 000 in Russland und 777 000 in der Ukraine (bei einer Bevölkerung, die ein Drittel so groß war wie die Russlands). Im Jahr 2010 gab es nur noch 158 000 Juden in Russland und 71 000 in der Ukraine, was bedeutet, dass ihre Zahl zwischen 1979 und 2010 um 80 Prozent in Russland und um 90 Prozent in der Ukraine eingebrochen ist oder dass sie nun 1,7 Prozent der ukrainischen Bevölkerung ausmachten und nur 0,6 Prozent der russischen.⁹ Der Aderlass an Angehörigen der Mittelschicht war in der Ukraine also beträchtlicher.

Das Jahr 2014, ein Ende der demokratischen Hoffnung

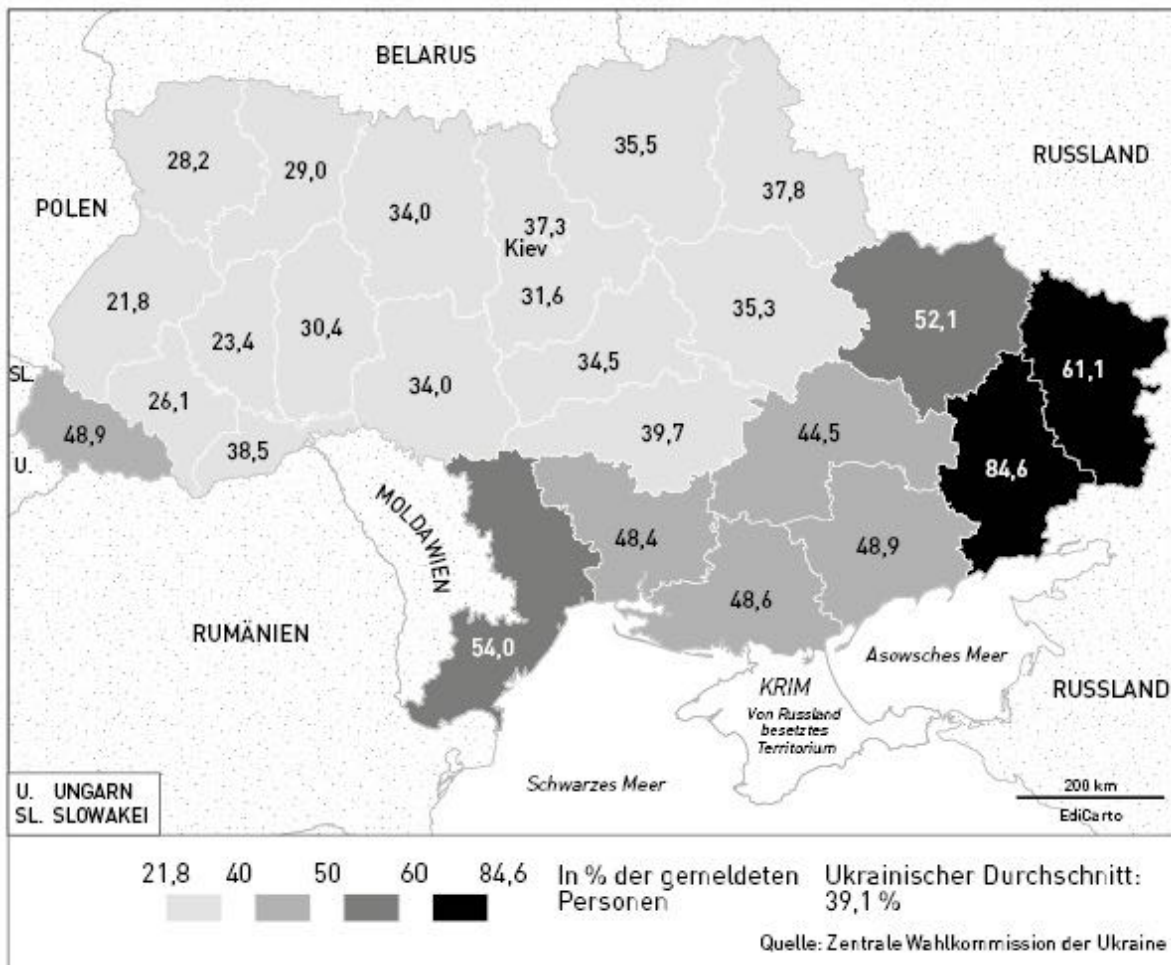
Die Maidan-Krise im Jahr 2014 verschärfte den Bruch. Die Wahlen von 2010 waren als fair eingestuft worden. Anders verhielt es sich mit denen, die nach dem Maidan und der Vertreibung von Janukowytsch stattfanden.

Die wichtigste Karte zum Jahr 2014 ist jedoch nicht die der Ergebnisse. Gewöhnlich erzielte Poroschenko seine besten Wahlergebnisse in der West- und Zentralukraine und konnte in der Süd- und Ostukraine keine Mehrheit davontragen. Die entscheidende Karte ist die der Stimmenthaltungen. Die Wahlbeteiligung war in den russischsprachigen Regionen 2014 eingebrochen; diese Wahlen markieren den Augenblick, als diese Regionen aus dem politischen System der Ukraine verschwanden. Auch ohne uns für die Einzelheiten der vielen Verbote politischer Parteien zu interessieren, können wir anhand der Enthaltungen sagen, dass die Wahlen von 2014 das Ende einer ukrainischen Demokratie markieren, die, ehrlich gesagt, nie wirklich funktioniert hat.



Karte 2.6: Ukrainische Wahlen im Jahr 2014 – Stimmen für Poroschenko

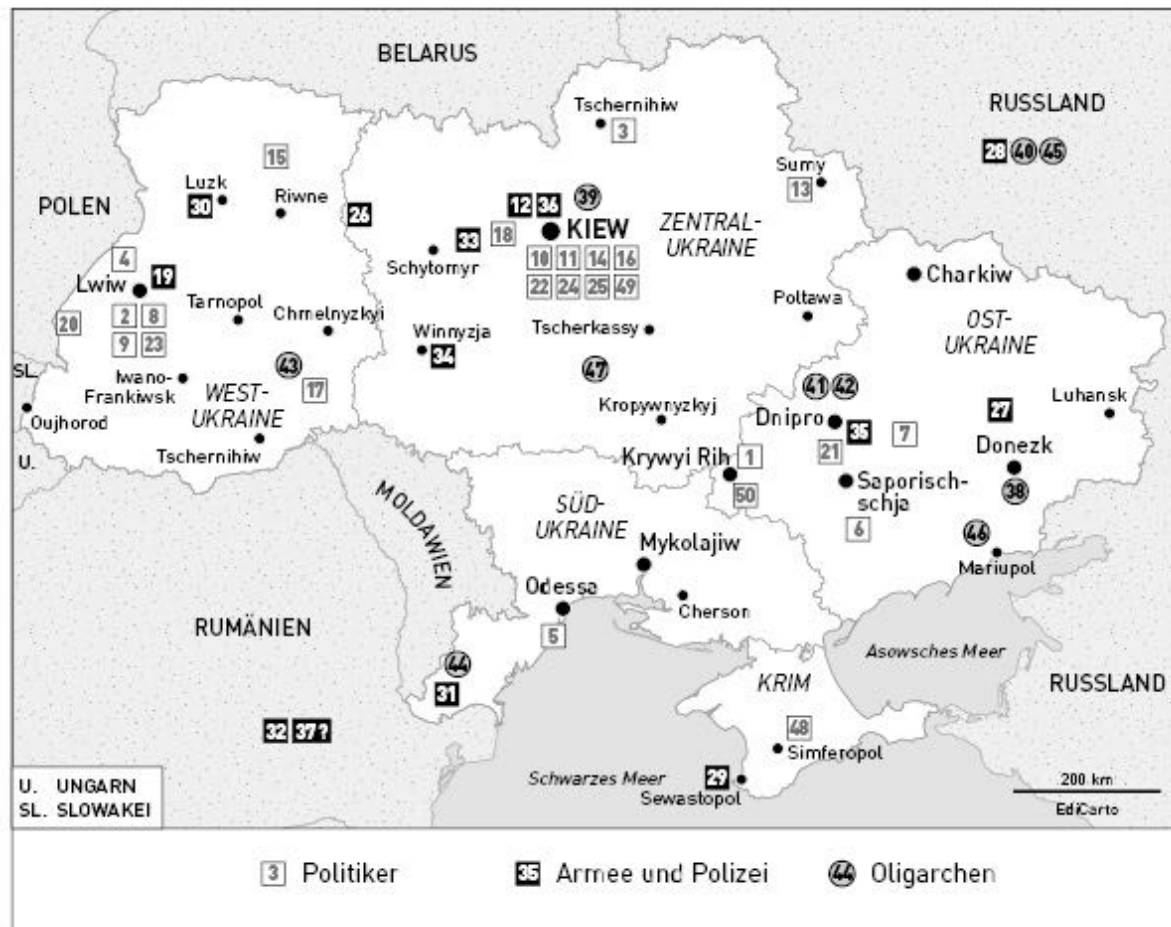
Wir wurden Zeugen der Entstehung einer um ihre ukrainischsprachigen Regionen herum verdichteten Ukraine. Sie weist zwei Pole auf: Zunächst einen nationalistischen, äußerst aktiven Pol rund um Lwiw in Galizien, einer Region ohne wirkliche kulturelle Verbindung mit Russland, deren ganze Geschichte vom Kaisertum Österreich bis zum Pogrom 1941 auf die deutschsprachige Sphäre verweist – wenn man von einer kurzen Besetzung durch stalinistische Truppen zwischen dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 und dem Beginn des Unternehmens Barbarossa im Juni 1941 absieht. Und dann ein Pol, der von Kiew dominiert wird, der Hauptstadt mit 2,9 Millionen Einwohnern, deren Bevölkerung während der Krise nicht geschrumpft ist und die eine führende Rolle in der dünn besiedelten Zentralukraine spielt, ein wenig wie Paris im Herzen seines Einzugsgebiets zwischen 1789 und 1848.



Karte 2.7: Rate der Stimmenthaltungen im Jahr 2014

Fassen wir zusammen. Zunächst einmal unterscheiden wir drei Ukrainen: die Westukraine, einigermaßen ländlich, reine Kernfamilien, noch nach (unierten) griechisch-katholischen Religionstraditionen strukturiert, traditionelle Heimat des Nationalismus um Lwiw, ihrem wichtigsten städtischen Zentrum. Sie kann als *ultranationale Ukraine* beschrieben werden.

Daneben gibt es die Zentralukraine einschließlich Kiew, der Hauptstadt, sehr viel unschärfer, mit orthodoxer Religion und Kernfamilien, die schwachen, patrilinearen Verwandtschaften entspringen, mit durchaus individualistischer Natur, aber ohne dass es je gelungen wäre, einen Staat hervorzubringen. Kiew ist nicht der Ort eines Staatsaufbaus, sondern eher derjenige, wo die zentrale Macht einbricht: Hier fand die Orange Revolution statt und dann die Maidan-Revolte, und hier spielten sich vor dem Krieg die wirtschaftlich-politischen Manipulationen der Oligarchen ab. Sie kann als *anarchische Ukraine* beschrieben werden.



Karte 2.8: Woher stammt die ukrainische Elite?

Schließlich gibt es das südliche und östliche Gebiet des Landes, das russischsprachig war, aber dessen Mittelschicht es verlassen hat, und das heute, wo es nicht von der russischen Armee besetzt ist, keine Form mehr hat, trotz seines starken anthropologischen patrilinearen Kernfamilienhintergrunds. Ich würde es als *anomische Ukraine* bezeichnen, im Sinne der sozialen Aufsplitterung, die die amerikanische Soziologie diesem Begriff traditionell zuordnet.

Es ist offensichtlich, dass ab 2014 der Westen und das Zentrum gemeinsam gegen die russophile Seite spielten. Auf der Karte der geografischen Herkunft der aktuellen ukrainischen Elite (S. 89) kann man es klar erkennen. Ausgewählt wurden Regierungsmitglieder, höchste Militär- und Polizeibeamte, die zehn reichsten Oligarchen und einige Medienpersönlichkeiten. Die Namen sind in der Tabelle aufgeführt und der Leser kann sich selbst ein Urteil bilden über den Aussagewert der Stichprobe.

(P) Politik

(A) Armee und Polizei

(O) Oligarchen

1. Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj, Präsident der Ukraine (P)

2. Denys Anatolijowytsch Schmyhal, Ministerpräsident (P)

3. Julija Anatolijwna Swyrydenko, erste stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft und Handel (P)
4. Iryna Andrijwna Wereschtschuk, stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für die Wiedereingliederung der zeitweilig besetzten Gebiete (P)
5. Olha Witalijwna Stefanischyna, stellvertretende Ministerpräsidentin für europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine (P).
6. Mychajlo Albertowytsch Fedorow, Stellvertretender Ministerpräsident für Innovation, Bildung, Wissenschaft und technologische Entwicklung, Minister für digitale Transformation der Ukraine (P)
7. Oleksandr Mykolajowytsch Kubrakow, stellvertretender Ministerpräsident für die Wiederherstellung der Ukraine und Minister für territoriale Entwicklung (P)
8. Oleh Nemtschinow, Generalsekretär der Regierung (P)
9. Herman Walerijowytsch Haluschtschenko, Energieminister (P)
10. Wadym Markowytsch Hutzajt, Minister für Jugend und Sport (P)
11. Olexander Mykolajowytsch Kamyschin, Minister für strategische Industrie (P)
12. Ihor Wolodymyrowytsch Klymenko, Innenminister (A)
13. Dmytro Iwanowytsch Kuleba, Außenminister (P)
14. Julija Anatolijwna Laputina, Ministerin für Veteranenangelegenheiten (P) [Im Februar 2024 zurückgetreten (Anm. d. Übers.)]
15. Wiktor Kyrylowytsch Ljaschko, Gesundheitsminister (P)
16. Oksen Lisowyi, Minister für Bildung und Wissenschaft (P)
17. Denys Leontijowytsch Maljuska, Justizminister (P)
18. Serhiy Michailowitsch Martschenko, Finanzminister (P)
19. Oleksij Jurijowytsch Resnikow, bis September 2023 Verteidigungsminister (A)
20. Mykola Tarasowytsch Solskyi, Minister für Agrarpolitik und Ernährung (P)
21. Ruslan Strilets, Umweltminister (P)

- 22.Oleksandr Wladyslawowytsch Tkatschenko, Kulturminister (P) [2023 zurückgetreten (Anm. d. Übers.)]
- 23.Oksana Iwaniwna Zholnowytsch, Sozialministerin (P)
- 24.Andrij Boryssowytsch Jermak, Leiter des Präsidialamts (P)
- 25.Vitali Wladimirowytsch Klitschko, Bürgermeister von Kiew (P)
- 26.Walerij Fedorowytsch Saluschnyj, [bis Februar 2024 (Anm. D. Übers.)] Oberkommandierender der Streitkräfte (A)
- 27.Serhiy Oleksandrowytsch Schaptala, Stabschef (A)
- 28.Oleksandr Stanislawowytsch Syrskyj, Befehlshaber des ukrainischen Heeres (A) [bis Februar 2024 (Anm. d. Übers.)]
- 29.Oleksiy Leonidowytsch Neizhpapa, Befehlshaber der Seestreitkräfte (A)
- 30.Mykola Mykolajowytsch Oleschtschuk, Kommandeur der Luftstreitkräfte (A)
- 31.Maksym Viktorowytsch Myrhorodsky, Befehlshaber der Luftangriffstruppen (A)
- 32.Wiktor Oleksandrowytsch Chorenko, [bis November 2023 (Anm. d. Übers.)] Befehlshaber der Spezialeinsatzkräfte (A)
- 33.Wassyl Wassylowytsch Maljuk, Leiter des ukrainischen Geheimdienstes (SBU) (A)
- 34.Serhiy Anatoliyowytsch Velmozhnyi, Stellvertreter von Maliouk (A)
- 35.Anatoliy Walerijowytsch Sandurskiy, weiterer Stellvertreter von Maljuk (A)
- 36.Kyrylo Oleksijowytsch Budanow, Generalleutnant und Direktor des Militärnachrichtendienstes (A)
- 37.Vadym Skibitsky, stellvertretender Direktor des Militärnachrichtendienstes (A)
- 38.Rinat Leonidowytsch Achmetow (O)
- 39.Wiktor Mychajlowytsch Pintschuk (O)
- 40.Kostyantyn Walentynowytsch Zhevago (O)
- 41.Ihor Walerijowytsch Kolomojsky (O)

- 42.Hennadij Boryssowytsch Boholjubow (O)
- 43.Oleksandr Wolodymyrowytsch Hereha (O)
- 44.Petro Oleksijowytsch Poroschenko (O)
- 45.Wadym Wladyslawowytsch Nowynskyj (O)
- 46.Oleksandr Wladilenowytsch Jaroslowskyj (O)
- 47.Jurij Anatolijowytsch Kossjuk (O)
- 48.Sewhil Chajretdyniwna Mussajewa, eine der bekanntesten Journalistinnen der Ukraine, von der *Times* als eine der 100 einflussreichsten Personen der Welt im Jahr 2022 eingestuft (P)
- 49.Oleksandra Wjatscheslawiwna Matwijtschuk, Rechtsanwältin, Aktivistin, Friedensnobelpreisträgerin 2022 (P)
- 50.Olena Wolodymyriwna Selenska, First Lady (P)

Zeitpunkt der Erhebung: 2. Juli 2023

Tabelle 1: Die ukrainische Elite

Der Westen, die ultranationalistische Ukraine, ist innerhalb der politischen Eliten überrepräsentiert; die anarchische Zentralukraine ist in der militärisch-polizeilichen Elite überrepräsentiert. Der Osten und der Süden, die anomische Ukraine, haben für sich nur die Oligarchen, die seit Kriegsbeginn meistens in den Hintergrund gedrängt oder niedergezwungen wurden.

Die Ereignisse haben die Entstehung einer zentralisierten Struktur begünstigt, die kein Staat im eigentlichen Sinn ist, sondern eine von Washington finanzierte militärisch-polizeiliche Organisation, und so sind die Oligarchen natürlich verschwunden, ebenso wie die autonomen Machtinstanzen mitsamt dem Pluralismus, den sie verteidigten. Ihr Fall ist verbunden mit einem globalen Rückgang der russischen Sprache. Diese Beschreibung schließt die Existenz ideologischer Kräfte und Gruppen, die um die Kontrolle der Behörden und die westlichen Subventionen rivalisieren, zwar keineswegs aus, doch sie sind zuerst und vor allem offen nationalistisch.

Die Überrepräsentation der Zentralukraine innerhalb des Militär- und Polizeiapparats mag überraschen. Sie ist paradoxerweise das Ergebnis des anarchischen Charakters der Zentralukraine und leitet sich aus dem Kernfamilienhintergrund in Abwesenheit staatlicher Traditionen ab. Armee und Polizei verkörpern dort eine Umkehrung des allgemeinen Temperaments. Als Institutionen, die auf dem Prinzip der Hierarchie begründet sind, repräsentieren sie ein Ordnungsprinzip und beherrschen ihr Umfeld natürlich und leicht, wenn ihnen danach zumute ist. Politisch ist die Armee besonders dort stark, wo die Gesellschaft ungeordnet ist und sie leicht die Macht übernehmen kann, wie es in Lateinamerika üblich ist, dem Kontinent der Kernfamilie. Paradoxerweise stellen autoritäre Kulturen kein günstiges Umfeld für einen Staatsstreich dar, auch wenn sie große militärische Traditionen

hervorbringen können. Weder Hitler noch Stalin waren je einer realen Bedrohung durch ihre Generäle ausgesetzt. Besonders die russische Tradition gewährleistet die absolute politische Unterwerfung der Armee, was übrigens auch der Grund dafür war, dass Putin von der Rebellion Prigoschins wenig zu befürchten hatte.

Im Jahr 2014 wurden wir also Zeugen der eigentlichen Geburt einer ukrainischen Nation – durch die Allianz des westlichen Ultranationalismus mit dem Anarcho-Militarismus des Zentrums gegen den russischsprachigen Teil des Landes, der durch die Flucht seiner Eliten stark geschwächt war. Und diese neue, reduzierte und konzentrierte ukrainische Nation ist es, die dem Angriff der Russen effizient Widerstand leistet. Ein einfacher Blick auf die Geografie der Invasion genügt, um sich zu überzeugen: Der russische Vormarsch in die südlichen Gebiete bis Cherson war leicht, während er Richtung Kiew auf sehr starken Widerstand traf. Das unterschiedliche Ausmaß dieses Widerstands macht deutlich, in welcher spezifischen Beziehung jede der zwei Regionen zu Russland steht.

Auf dem Weg zu einem antirussischen Nihilismus

Die Russen hatten sich nicht vorstellen können, dass die Dynamik ihrer eigenen Gesellschaft dazu führen sollte, dass die Ukraine einen Teil ihrer Elite verlor, und noch weniger, dass diese Ukraine dann in der Lage sein würde, militärischen Widerstand zu leisten, mobilisiert durch eine antirussische Stimmung von neuer Intensität.

Für uns ist das eine Lektion. Der Krieg hat soziologische und historische Prozesse aufgedeckt, die noch nie beschrieben worden waren bzw. die man in der Vergangenheit versäumt hat zu untersuchen. In der unausgewogenen ukrainischen Gesellschaft ist das Ressentiment gegen Russland schließlich zur Richtschnur geworden, zum Horizont, man ist versucht zu schreiben: zum Element sozialer Strukturierung.

De facto lebt Russland weiterhin in der ukrainischen Psyche und reguliert sie, doch in negativer Weise. Sollte der wirtschaftliche Wiederaufbau nicht möglich sein, wird der Krieg (der durch die USA, das Vereinigte Königreich und die EU finanziert wird) zum Lebensinhalt. Und Unterhalt.

In einem Text vom Juli 2022 evoziert Putin ausführlich die historische Verbindung zwischen Russland und der Ukraine. Betrachtet man es über einen längeren Zeitraum, hat er Recht. Neurussland ist tatsächlich von den Russen erobert worden und Odessa ist im Jahr 1794 auf Initiative von Katharina II. gegründet worden. Aber was Putin übersehen hat, ist, dass der Zerfall der UdSSR und der kommunistischen Wirtschaft in der Ukraine zu einer negativen Fixierung auf Russland geführt haben. Ja, die Russen sind im Herzen der ukrainischen Mentalität geblieben – jedoch in negativer Art und Weise.

Die Russen sprechen immer wieder von ukrainischen Neonazis. Die »westlichen Demokratien« scheinen (durch das Schweigen ihrer Politiker, Journalisten und Universitäten) das Tragen von Abzeichen, die denen der SS entlehnt sind, entweder als mit ihren Idealen vereinbar oder als harmlos zu betrachten, ohne dabei die Resignation zu ermessen, die dieses Schweigen zum Ausdruck bringt. Die leichtfertige Haltung von uns Menschen aus dem Westen ist untragbar und sagt Furchtbares über unseren mentalen Zustand und unser Verhältnis zum Holocaust aus, so sehr wir uns auch an Gedenkfeiern berauschen. Doch in diesem Kapitel geht es um die Ukraine, nicht um uns, und ich glaube, dass die »Neonazi-Frage« die richtige oder immerhin ausreichende Methode ist, um die

ukrainische Situation im Innern zu beschreiben.

Indem sie die Erinnerung an ihren Großen Vaterländischen Krieg erneuern, geben die Russen vor, das Land zu entnazifizieren. Doch welcher Nationalsozialismus? So etwas wie »Neo-Nationalsozialismus« existiert zwar sicherlich im westlichen Teil der Ukraine, dort, wo die nationalistische Organisation von Stepan Bandera in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der SS während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Juden massakrierte. Bandera wird heute in der Ukraine in Ehren gehalten. Dass sich dort der Banderismus als einer von zwei ukrainischen politischen Polen etabliert, eine von Antisemitismus geprägte Ideologie, sollte ernst genommen werden.

In den zentralen russisch- oder ukrainischsprachigen Gebieten haben wir es jedenfalls meiner Auffassung nach nur mit einem Pseudoneonationalsozialismus zu tun, der von historischen Analphabeten getragen wird, die die Symbole des Monströsen aufgreifen, ohne eigentlich ernsthafte Antisemiten zu sein. Nun gibt es aber keinen Nationalsozialismus ohne Antisemitismus. Was heutzutage den Großteil der Ukraine kennzeichnet, auch weit von Galizien entfernt, das ist kein Antisemitismus, sondern Russophobie, ein begrifflicher Gegensatz zwischen zwei Sorten von Hass, die sich auch bedingen, da sie beide auf mystifizierte Gruppierungen abzielen. Russophobie gibt es übrigens auch manchmal im russischsprachigen Teil, wo sie einen echten Selbsthass offenbart. Der Gründungskern der Brigade Asow, eines paramilitärischen Bataillons, das besonders von den russischen Neonazi-Vorwürfen betroffen war (und tatsächlich sehr gewalttätig war), bestand aus russischsprachigen Personen.

Mehr noch als der Neonationalsozialismus der Westukraine ist es die bereits *vor* der Invasion in die Ukraine überall verbreitete Russophobie, die ein neues Phänomen darstellt und die es zu verstehen gilt.

Nicht alle nationalistischen, antirussischen Bestrebungen kommen aus der Vergangenheit. Natürlich gab es auch früher Ereignisse wie den Holodomor, die imstande waren, antirussische Gefühle zu wecken. Aber die russischsprachigen Menschen im Donbass, die für die Ukraine Partei ergriffen haben und sich auf Nazi-Symbole berufen (und von denen es wohl nur sehr wenige gibt), kamen aus der russischen Kultur. Ich würde in ihrem Fall lieber die Reaktion einer Minderheit aus dieser Unterschicht sehen, die von der russischen Mittelschicht verlassen worden war. All das ist zugegebenermaßen sehr spekulativ. Aber wir müssen versuchen zu erklären, warum sich bei der Mehrheit ukrainischsprachiger Menschen vor dem Krieg diese neue Russophobie entwickeln konnte.

Ich kann eine umfassendere Hypothese vorschlagen. Die selbstmörderische Realitätsferne der Kiewer Strategie deutet auf eine paradoxe, pathologische Bindung der Ukraine an Russland hin: das Bedürfnis nach einem Konflikt, welches eine Unfähigkeit zur Trennung offenbart. Ich möchte im Hinblick auf die folgende Interpretation daran erinnern, dass der Donbass und die Krim entgegen dem, was die westlichen Medien immer wiederholen, nicht einfach russischsprachig sind, sondern russisch.

Was Moskau verlangte, waren drei Dinge. Zunächst natürlich die Krim erhalten, die strategisch lebenswichtig für die Sicherheit und sogar für die Existenz seiner Flotte im Schwarzen Meer ist; dann, dass die Situation im Donbass für die russische Bevölkerung akzeptabel ist; und schließlich den Neutralitätsstatus der Ukraine. Eine ukrainische Nation, die sich nun aber ihrer Existenz und ihres Schicksals *im westlichen Europa* gewiss gewesen wäre, hätte diese Konditionen akzeptiert. Sie hätte sich des Donbass sogar entledigt. Nach der Implosion der Sowjetunion trennten sich Tschechen und

Slowaken, die nicht mehr zusammenleben wollten, einvernehmlich, wobei die dominanten Tschechen auf ihre Vorherrschaft verzichteten. Nimmt man die Tatsache zur Kenntnis, dass Russen und Ukrainer sich nicht mehr verstanden, hätte die Ukraine die rein russischen Gebiete sich abspalten lassen und sich auf die Herausbildung eines rein ukrainischen Nationalstaates konzentrieren können, der von allen anerkannt und von einigen unterstützt worden wäre. Aber nach dem Jahr 2014 hat sie den Krieg fortgesetzt, um den Donbass und seine russische Bevölkerung zurückzuerobern, und hörte nie auf, Anspruch auf die Krim und ihre russische Bevölkerung zu erheben; sie wollte die Souveränität über die Bevölkerung einer anderen Nation behalten, und zwar von einer deutlich mächtigeren Nation. Wenn man sich in die Welt der bewussten, rationalen internationalen Beziehungen versetzt, dann war dieses Projekt, wie gesagt, selbstmörderisch, und im Übrigen zeigt die Realität, dass die Ukraine heute als Staat Selbstmord begeht. Wenn man jedoch nach der tieferen Bestimmung des ukrainischen Willens sucht, die russischen Provinzen unter der Herrschaft von Kiew zu behalten, kann man das Wirken unbewusster Kräfte erahnen, die eine Trennung von Russland ablehnten und mit ihm verbunden bleiben wollten. Den Donbass und die Krim zurückzuerobern, das hieß in gewisser Weise, weiterhin im allgemeinen Sinn des Wortes russisch zu sein und sowohl Groß- als auch Kleinrussland zu umfassen. Jenseits der ununterbrochenen Proklamationen Kiews zu seiner Europänahe und Westlichkeit bedeutet der immerwährende Krieg mit Russland einen immerwährenden Verbleib in der Sphäre des ehemaligen Zarenreichs, wo es doch so einfach gewesen wäre, dieses zu verlassen!

Ich habe absichtlich das Handeln eines »russischen« Unterbewusstseins der ukrainischen Eliten postuliert, bevor ich die extreme Gewalt ihrer bewussten Handlungen genauer untersuche, die sie von der russischen Prägung befreien sollten und die damit die Gestalt eines etappenweisen Selbstmordes angenommen haben.

Zunächst der wirtschaftliche Selbstmord – eine Art Eröffnungsakt, der in der Sache in voller Übereinstimmung mit der Ideologie der Europäischen Union stattfand. Was den Maidan ausgelöst hat, war eine Frage der wirtschaftlichen Vereinigung mit Russland oder der Europäischen Union. Weil die vor allem im Osten gelegene Industrie in Interaktion mit der russischen Industrie stand, konnte sich Janukowytsch für die EU nur entscheiden, indem er nicht bloß die Ostukraine in industrieller Hinsicht, sondern die Ukraine überhaupt zerstörte.

Sich für den Wirtschaftsverband mit der Europäischen Union zu entscheiden, das hieß für Kiew, ich sage es noch einmal, die ukrainische Industrie, die mit Russland so eng in Verbindung stand, zu verdammen, sie zugrunde zu richten und auf ihre landwirtschaftliche Expertise aus dem 19. Jahrhundert zurückzuführen. Die Entscheidung wurde gefällt, das Ziel erreicht – aber nicht im Sinne eines langfristigen Interesses an einem etwaigen ukrainischen Nationalstaat.

Die Hartnäckigkeit der Zentralregierung gegen die russische Sprache richtet sich (ebenfalls) nicht nur gegen Russischsprachige. In der Ukraine war Russisch die Sprache der Hochkultur. Ihre Ausrottung trifft daher nicht nur die russischsprachige Ukraine; es ist ein Symptom des Selbsthasses. Die Regierung unter Präsident Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj, selbst ursprünglich russischsprachig, verschärft den kulturellen Krieg immer weiter. Laut David Teurtrie hat dieser »in den letzten Jahren Gesetze erlassen, die darauf abzielen, die russische Sprache ganz aus dem sozialen Bereich zu tilgen. Seit dem Jahr 2022 und dem Kriegsbeginn ist es untersagt, in der Schule russische Schriftsteller zu lesen, Universitätsstudenten, die im Unterricht Russisch verwenden, können aus diesem Grund suspendiert werden, es gibt Geldstrafen für öffentliche Personen, wenn sie in den

Sozialen Netzwerken Nachrichten in russischer Sprache posten. Und gerade hat Selenskyj im Parlament einen Gesetzesentwurf vorgebracht, der ukrainische Beamte verpflichtet ... Englisch zu beherrschen.« Diese Selbstverleugnung bringt uns auf den Begriff des Nihilismus.

Man kennt die Formulierung von Clausewitz: »Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.« Auf die Analyse des ukrainischen Falls ist sie kaum anwendbar. Russische Bevölkerung im Donbass oder der Krim ersetzen oder sie unter ukrainische Herrschaft stellen zu wollen, und zwar gegen ein immens mächtigeres Russland, kann nicht als politisches Projekt aufgefasst werden, das mit anderen Mitteln fortgesetzt wird. Hier ist der Krieg sein eigenes Ziel, er verleiht einer Nation Sinn, in der es Politik nicht gibt: Die Unfähigkeit des ukrainischen Nationalstaats, sich zu entwickeln und einen Platz zu finden, ist es, die diesen endlosen Krieg aufrechterhält. »Neonationalsozialismus« ist nicht das richtige Konzept zur Beschreibung der Lebensuntauglichkeit des ukrainischen Nationalstaats; oder um das unstillbare Bedürfnis Kiews zu erfassen, sich zum Richter gegen Moskau aufzuspielen; oder um die Selbstzerstörung der ukrainischen Industrie zu verstehen; oder um den Rückgang der konkreten ukrainischen Kultur und Lebenswelt zu beschreiben, die so stark von der russischen Sprache abhängen. Im Kern der allgemeinen Politik der ukrainischen Regierung ahnt man eine Art Schwindel, eine Flucht Richtung Abgrund, einen zerstörerischen Impuls gegen das, was ist, ohne in Betracht zu ziehen, was sein könnte. Das Konzept, das hier in den Sinn kommt, ist wohl der Nihilismus.

Ein nicht identifiziertes Politikobjekt

Eines der Probleme, vor die der Krieg die Analysten stellt, ist, abgesehen vom Schrecken, dass er unvermeidlich den Eindruck von Simplizität erweckt. Zwei inkompetente Generäle, die gegeneinander antreten, werden sich immer eine Schlacht liefern, die, all ihren Fehleinschätzungen über Truppen und Gegner zum Trotz, am Ende meistens einen Sieger und einen Besiegten hervorbringt. Selbst ein Unentschieden sieht seriös aus, wenn genug Tote damit einhergegangen sind. Zwei Seiten stehen sich gegenüber. Alles wird einfach. Alles wird vereinfacht. Die Ukraine trotz Russland, fieberhafte Journalisten erklären uns, dass es sich um einen hochintensiven Krieg zwischen zwei Nationen in vollem Einsatz handelt. Das stimmt nicht, und zwar zweifach nicht.

Es stimmt nicht für Russland. Putin hat, um es erneut klarzustellen, nur 120 000 Mann in die Ukraine entsandt und bemüht sich, trotz der Mobilisierung von 300 000 Reservisten, die von ihm so genannte »militärische Sonderoperation« fortzusetzen, indem er auf dem Niveau eines Kolonialkrieges bleibt – um das soziale Gleichgewicht, zu dem Russland unter seiner Führung gefunden hat, nicht zu gefährden. Aus diesem Grund machte er übermäßigen Gebrauch von Wagner, mit den Problemen, die man kennt, und hat auch auf die Tschetschenen zurückgegriffen.

Doch es stimmt auch im Hinblick auf die Ukraine nicht. Die westliche Berichterstattung stellt eine Nation dar, die bewaffnet, einhellig und total mobilisiert ist gegen den Aggressor. Messen wir nach. Im Sommer 2022, nach der großen Mobilisierung, die ermöglicht hat, dass die Russen in den Oblasten Charkiw und Cherson überrannt wurden, lag die offizielle ukrainische Truppenstärke bei 700 000 Mann. Aber im August 1914, als Frankreich die gleiche Bevölkerungsstärke von 12 Millionen einzugsfähigen Männern zwischen 15 und 60 Jahren hatte, wurden 2 Millionen aufgestellt. Die ukrainische Mobilisierung hat nicht einmal die Hälfte der damaligen französischen erreicht.

Unsere differenzierte Betrachtung des ukrainischen Territoriums verrät, worin die Erklärung liegt. Die russophile Hälfte der Ukraine hat sicherlich keine Masseneinberufung vorgenommen. Nachdem sie auf der Ebene, auf der politische, militärische oder sicherheitspolitische Entscheidungen getroffen werden, nicht repräsentiert ist und sich bei den Wahlen 2014 ihrer Stimmen enthalten hat, ist es nicht undenkbar, dass sie sich vernünftigerweise auch auf militärischer Ebene enthält.

Was diese Analyse jedoch vor allem zerstört, ist die Vorstellung eines ukrainischen Nationalstaats. Um dieses Kapitel abzuschließen, müssen wir also versuchen zu definieren, welche Art von Objekt oder Subjekt oder historischer Akteur die Ukraine im Krieg ist.

Halten wir fest, was sie nicht ist. Mit zwölf bis neunzehn verbotenen Parteien (ich finde nirgends eine verlässliche Zahl) ist sie keine liberale Demokratie. Mit einem Haushalt, der weniger von Steuern denn von westlichen Subventionen abhängt, ist ihr Zustand in der Schwebe.

Hören wir einmal zu, wie sich die Amerikaner gegen die britische Krone auflehnten. Ihr berühmter Slogan *No Taxation without Representation*, »Keine Besteuerung ohne Volksvertretung«, der durch Pamphlete verbreitet wurde, drückte ihre Weigerung aus, durch ein Parlament besteuert zu werden, in dem sie nicht vertreten waren. Das Einverständnis mit der Steuer ist konstitutiv für die liberale Demokratie, genauso wie das Gesetz für die Mehrheit und der Schutz für die Minderheiten. Die Steuer kann unter der Weber'schen Rubrik des Monopols legitimer Gewalt eingeordnet werden: Sie setzt das Recht des Staates voraus, seinen Staatsangehörigen den Reichtum zu entziehen, im Unterschied zu einer freiwilligen Abgabe. Der Staat sammelt nicht die Kollekte ein, er besteuert. Und die so gewonnenen Mittel erlauben es ihm, den Strafverfolgungsapparat zu finanzieren, der seinerseits die Eintreibung der Steuern garantiert. So schließt sich der Kreis. Aber dass die Höhe und die Verteilung der Steuer von einer politischen Vertretung gewährt werden müssen, zeigt, dass auch das Gewaltmonopol legitim ist, weil es demokratisch ausgeübt wird.

Nichts davon lässt sich auf die Ukraine im Krieg anwenden. Es gibt keine politische Vertretung mehr für alle Bürger, höchstens vielleicht für die Bewohner der zentralen und westlichen Teile, doch selbst das ist nicht sicher. Auf jeden Fall kommen die Ressourcen ihres Militär- und Strafverfolgungsapparats nunmehr von außen, von verschiedenen westlichen Mächten, und werden hauptsächlich in Dollar oder Euro ausgestellt.

Also ist die Ukraine keine liberale Demokratie und das ideologisch-journalistische Motiv liberaler westlicher Demokratien, die einer im Entstehen begriffenen ukrainischen liberalen Demokratie zur Hilfe eilen, ist offenkundig absurd. Wenn es zwischen ihnen eine Verbindung gibt, dann beruht sie auf einer Identität anderer Art. Wie die Kapitel über Europa und die Amerikanosphäre¹⁰ zeigen werden, ist der Westen keine Welt liberaler Demokratien mehr. An dieser Stelle ist es zu früh, um zu sagen, was er eigentlich ist, aber wir werden sehen, dass es zahlreiche und tiefgreifende Übereinstimmungen in den Werten zwischen der Ukraine und dem Westen gibt, selbst wenn die besagten Werte weder demokratisch noch liberal sind. Diese Alliierten haben sich »gefunden«, und die Integration des im Krieg befindlichen ukrainischen Staats in das System der steuerfreien Finanzierung durch den Westen ist kein reiner Zufall.

Kapitel III

Postmoderne Russophobie im östlichen Europa

Die zwei vorangegangenen Kapitel begannen beide mit einer Überraschung. Überraschungen angesichts des Widerstands der russischen Wirtschaft, die uns dazu brachten, uns mit Russland auseinanderzusetzen; und Überraschungen angesichts des militärischen Widerstands der Ukraine, die uns über dieses Land nachdenken ließen. Dieses Kapitel, das Osteuropa gewidmet ist, das heißt den ehemaligen Volksdemokratien, denen ich die baltischen Republiken hinzufüge, wird mit einer ausbleibenden Überraschung beginnen. Nichts an den Beziehungen dieses Osteuropas zu Westeuropa und Russland bringt irgendjemanden aus dem Konzept, obwohl es wirklich Anlass dazu gegeben hätte. Alles geschah, als ob die Russophobie Osteuropas und seine Zugehörigkeit zum westlichen Lager seit dem Ende des Kommunismus und vor allem seit Beginn dieses Krieges ganz natürlich wären und Teil einer seit Urzeiten bekannten Geschichte, die keiner Erklärung bedurfte. Nur war nichts davon selbstverständlich.

Serienmäßige Ratlosigkeit

Erinnern wir uns daran, dass alle diese Länder bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, wenn nicht von Diktaturen, dann zumindest von autoritären Regimen in einer von Antisemitismus verwüsteten Region regiert wurden. Eine Ausnahme war die Tschechoslowakei, die eine liberale Demokratie war, eine Cousine Frankreichs und übrigens im Industrie- und Bildungsbereich weiter entwickelt als dieses. Die Sowjetisierung nach dem Krieg fand also nicht in einer Welt statt, die zu Anfang demokratisch und liberal gewesen wäre. Und als Osteuropa begann, sich der NATO anzuschließen und ab 1999 auch der Europäischen Union, da schloss es sich dem Kurs, auf den Stalin unglücklicherweise abdriftete, nicht an. Dessen Konvertierung zum Liberalismus würde überrascht haben. Ein weiterer Grund zur Verwunderung: Die zwei Regionen oder Länder Osteuropas, die man nicht einfach als russophob bezeichnen kann, sind Ostdeutschland und Ungarn. In Ostdeutschland ist bei einer Minderheit noch eine gewisse Nostalgie für den Kommunismus spürbar und die Unterstützung für die Ukraine noch geringer als sonst in der Bundesrepublik. Was Ungarn betrifft, so steht es unter der Führung Viktor Orbans der pro-ukrainischen Position der EU sozusagen offiziell feindlich gegenüber und wird auch weiter mit Russland zusammenarbeiten. Dabei waren es gerade diese beiden Länder, die mehr als alle anderen während der Herrschaft der Sowjetunion gegen Russland gekämpft haben: Ostdeutschland im Jahr 1953 durch massive Streiks; Ungarn im Jahr 1956 durch eine Revolution, die von der Roten Armee blutig niedergeschlagen worden war. In jüngerer Zeit wurde der Eiserne Vorhang von Ostdeutschland (damals DDR) in Zusammenarbeit wiederum mit Ungarn entschlossen niedergerissen. Seit dem Augenblick, als die Ostdeutschen durch Ungarn, das seine Grenzen zu Österreich geöffnet hatte, fliehen konnten, war es mit der russischen Herrschaft in diesem Gebiet vorbei. Dass diese beiden Regionen oder Länder heute Russland gegenüber am wenigsten feindlich eingestellt sind, ist verblüffend. In einigen östlichen Ländern gibt es eine Russophobie, die auf den ersten Blick verständlich erscheint. Zunächst einmal in Polen, das traditionell in regelmäßigen Zeitabständen von

seinen preußischen, österreichischen und vor allem russischen Nachbarn ausgeplündert wurde. In seinem Fall kommt noch das Massaker von Katyn hinzu – 4 400 polnische Offiziere waren 1940 vom Russland Stalins brutal ermordet worden. Diese Ereignisse der neueren Geschichte dürfen unterdessen nicht vergessen machen, dass der Kommunismus vor allem Russen getötet hat und dass es die Russen selbst waren, die ihn niedergerungen haben.

Im Fall der baltischen Republiken, besonders in den nördlichsten, Estland und Lettland, kann man ebenfalls eine gewisse Besorgnis verstehen. Zu dem Zeitpunkt, als die UdSSR zerfiel, gab es vor allem in den Städten und den industriellen Gebieten große russische Minderheiten, wo sie auch bestehen blieben: 25 Prozent der Gesamtbevölkerung Estlands und Lettlands, 5 Prozent in Litauen. Für sie schien der Beitritt zur NATO mit Perspektive auf ein Wiedererstehen russischer Macht logisch und notwendig. Wenn außerdem, wie ich glaube, der laufende Krieg zum Scheitern des Westens und einem faktischen Zerfall der NATO führen wird, können sich Litauen, Lettland und Estland tatsächlich zu den drei Hauptverlierern in der neuen geopolitischen Formation Europas zählen.

Trotz allem – dass sich Lettland als eine Art demokratische Jungfrau (also russophob) präsentiert, oder dafür gehalten wird, verwirrt durchaus. Es stimmt, dass ein inhärenter Nationalismus es den baltischen Republiken ermöglichte, sich der russischen Herrschaft nach dem Ersten Weltkrieg zu entziehen. Aber Estland und Lettland (wobei letztere zur Zeit der Zaren ungefähr Livland entsprach, das auch einen Teil des heutigen Estlands umfasste) hatten sich durch ihre Unterstützung des Bolschewismus hervorgetan, die weit über dem russischen Durchschnitt lag. Bei der Wahl zur konstituierenden Versammlung 1917 lag die Durchschnittsrate der Bolschewiken im gesamten ehemaligen Reich bei 24 Prozent der Stimmen.¹ In Estland erreichten sie 40 Prozent, in Livland 72 Prozent! Erinnern wir uns auch an das Lettische Heer, das von Lenin liebevoll umsorgt wurde und eine so wichtige Rolle als Ordnungskraft während der Russischen Revolution spielte. Eine Untersuchung von 1918 zu den ersten Mitgliedern der Tscheka, der bolschewistisch-politischen Polizei, Vorläufer des KGB, später FSB, deckt die Affinität der Letten zum Kommunismus auf. In einer Stichprobe von 894 Personen (die obersten Ränge der Hierarchie) waren nur 361 Russen, aber 124 Letten, 18 Litauer, 12 Esten, 21 Ukrainer, 102 Polen und 116 Juden.² Die Überrepräsentation von Minderheiten in einer revolutionären Institution ist für sich genommen normal, aber die Proportion von 13,8 Prozent Letten, die innerhalb des Russischen Reichs höchstens 2 Prozent der Bevölkerung ausmachten, ist jedenfalls eine sehr starke Leistung. Vom anthropologischen Standpunkt jedoch keine Überraschung: Die traditionelle Familienstruktur in den baltischen Staaten, insbesondere von Estland und Lettland, war kommunitär mit russischer Prägung und brachte freiwillig Autoritarismus und Egalitarismus hervor, also Kommunismus. Diese anthropologische baltische Essenz wurde im Jahr 2004 in die NATO und die Europäische Union aufgenommen.

Kommen wir auf die ehemaligen Volksdemokratien zurück, ausgenommen Ungarn. Der Kontrast zwischen ihrer Ablehnung gegenüber Russland auf der einen Seite und der Art, wie dieses umgekehrt Deutschland vergeben hat, obwohl es im Zweiten Weltkrieg Tod und Verderben über die gesamte Region gebracht hatte und die Wehrmacht sich grausamer verhalten hatte als die Rote Armee, ist frappierend. Der Enthusiasmus, mit dem die Tschechen Skoda an Volkswagen statt an Renault verkauften, machte einigermaßen fassungslos. Angesichts der Bedeutung der Automobilindustrie hieß das, in die germanische Sphäre zurückzukehren, aus der sich Böhmen nur mit so viel Schwierigkeiten

hatte befreien können. In der Tat wirft der Umstand, dass Länder, die oft zu Märtyrern des Nationalsozialismus geworden waren, sich so entschieden, einige Fragen für den Historiker auf. In Momenten der Niedergeschlagenheit und schlechten Stimmung frage ich mich schon einmal, ob gewisse Länder östlich von Deutschland nicht mehr oder weniger bewusst dankbar dafür sind, dass es ihnen das »Judenproblem« abgenommen hat.

Die letzte Merkwürdigkeit: die beiderseitige Liebe, die Polen und die Ukraine sich zu Beginn des Krieges vorübergehend entgegengebracht haben. Immerhin hat Polen für lange Zeit einen mehr oder weniger verlassenem Teil der Westukraine beherrscht; die Polen lebten dort als Adlige und die Ukrainer nicht bloß als Bauern, sondern als Leibeigene. Die national-ukrainischen Banderisten hatten zwar, wie gesagt, zahlreiche Juden getötet, aber auch eine Menge Polen. Die Geisteshaltung »Komm, umarmen wir uns, Folleville!«, die bis September 2023 in der Beziehung zwischen Polen und der Ukraine vorherrschte, konnte nur denen natürlich vorkommen, denen jegliches historisches Bewusstsein fehlt.³

Um die Eigenartigkeit der Situation einschätzen zu können und um den Sinn der aktuellen Russophobie zu verstehen, müssen wir über die tiefere Geschichte dieser Regionen nachdenken und ihre allgemeine soziale Dynamik untersuchen.

Unsere erste Dritte Welt

Die erste Absurdität, der ein Langzeithistoriker begegnet, ist die Idee, dass Osteuropa natürlicherweise ein »Teil« Westeuropas sei, dass es sich dabei um Teile derselben Welt handele, die einige Zeit durch den Sowjetimperialismus aufgebrochen worden war. Das exakte Gegenteil ist der Fall: Es handelte sich schon immer um getrennte Laufbahnen, komplementär, aber einander entgegengestellt.

Der wirtschaftliche (und generell historische) Aufschwung Westeuropas fand ab dem Hochmittelalter statt, im 12. und 13. Jahrhundert, und der Prozess beschleunigte sich ab dem 16. Jahrhundert noch. Er wirkte sich tiefgreifend auf die Entwicklung Osteuropas aus, jedoch indem es zu einer abhängigen und dominierten Zone gemacht wurde. Die weniger weit entwickelte Region exportierte einfache Produkte, in diesem Fall Getreide und Holz, das sie gegen Waren eintauschte, die in Westeuropa hergestellt wurden. Dann folgte sie nach, holte einen Teil ihrer Verzögerung auf und nichts hätte im Vorfeld dagegengesprochen, dass es sich schließlich wie Skandinavien der entwickelten westlichen Sphäre anschließt. Doch die Schwarze Pest im Jahr 1348 und ihre Nachwirkungen verstärkten im Gegenteil die Kluft zwischen den beiden Europas. Im Westen verhalf der demografische Einbruch der Landwirtschaft zu einer gestärkten Position und führte zur Auflösung der Leibeigenschaft. Im unterbesiedelten und dadurch weniger von der Pandemie betroffenen Osten erstarkte der Einfluss der Grundherren und brachte das hervor, was Engels die »Zweite Leibeigenschaft« taufte.

Max Weber bestand auf die Rolle der Städte für die soziale Entwicklung des Westens einschließlich des ländlichen Raums und untermauerte dies durch das nördlich der Alpen aufgekommene Sprichwort »Stadtluft macht frei«.⁴ Er bemerkte, dass das strukturelle, demografische Defizit der Städte einen kontinuierlichen Zustrom an Immigranten erforderte, namentlich aus der Landbevölkerung. In der Stadt war die Leibeigenschaft zwar abgeschafft, aber eine neue wirtschaftliche Ausdifferenzierung

überlagerte diesen Umstand durch einfache Arbeiter, qualifizierte Handwerker, Verwaltungsbeamte und, an der Spitze der Hierarchie, das städtische Patriziat. Dieses befand sich in seinem Verhältnis zum monarchischen Staat in Konkurrenz zum Landadel, wodurch man verstehen kann, dass die Stadtentwicklung einen negativen Druck auf die Institution der Leibeigenschaft selbst auf dem Land ausübte.

Parallel dazu machte die Unterentwicklung der osteuropäischen Städte die Landaristokratie allmächtig, konkurrenzlos und fähig, die zuvor freie Bauernschaft an den Boden zu binden. Diese » Zweite Leibeigenschaft«, die die Produktion und den Export von Getreide in das entwickelte Europa sicherstellen sollte, erschien gerade, als die erste im Westen verschwand. Das Resultat: eine freie, im Marktgeschehen ausgebeutete Arbeitskraft im Westen; und eine an Grund und Boden gebundene Arbeitskraft, die eher als Frondienst denn als Arbeit abgeleistet wurde, unter der direkten politischen Herrschaft des Grundeigentümers über den Arbeiter. Beachten wir, dass Freiheit und Knechtschaft im Allgemeinen die zwei Pole einer weltweiten historischen Entwicklung darstellen. Die antike Sklaverei und der Sklavenhandel im 18. Jahrhundert haben wirtschaftliche Freiheit und körperliche Knechtschaft vereint, indem sie aus dem Menschen eine Handelsware machten.

Was die Geschichte zeigt, ist also keine gemeinsame Zugehörigkeit Ost- und Westeuropas zu demselben Emanzipationsprozess, sondern die gegenseitige Ergänzung der antagonistischen Entwicklung der westlichen Freiheit und der östlichen Knechtschaft mit der Langzeitfolge der liberalen Demokratie im Westen und der Diktatur im Osten.

Im Grunde war Osteuropa unsere erste Dritte Welt. Um diesen offenkundigen Umstand formal anzuerkennen, dazu fehlte uns die Zeit, denn der Ausdruck, der von Alfred Sauvy stammt, kam zu spät, im Jahr 1952, als das Gebiet bereits sowjetisiert war. Aber sie war die erste untergeordnete Peripherie des schnell aufsteigenden Westeuropas.

Mittelschicht, Akt I: Von Schwäche zu Zerstörung

Die Bauernnationen im Osten kannten staatliche Strukturen. Beispielsweise hatte es ein polnisches Königreich gegeben, welches sich mit Litauen zusammenschloss, zuerst ab 1385 zur Union von Krewo, dann von 1569 bis 1795 zu dem, was man die Königliche Republik nannte, Polen-Litauen. Doch wegen der Schwäche des städtischen Netzes und der Mittelschicht waren dies zerbrechliche, von einer anarchischen Aristokratie beherrschte Staaten und damit leichte Beute für die besser organisierten Nachbarn. Polens Selbstzerstörung durch das *Liberum Veto* – dies war die Möglichkeit jedes einzelnen Mitglieds des Sejm, also des Adelsparlaments, in dem alle Dekrete einstimmig gefasst werden mussten, eine Entscheidung zu blockieren – steht symptomatisch für diesen allgemeinen sozialen Mechanismus. So kam es zur Aufteilung Polens unter Preußen, Österreich und Russland in den Jahren 1772, 1793 und 1795.

Paradoxerweise ging mit der Eingliederung in das österreichische und russische Kaiserreich ein industrieller Aufholprozess für diese peripheren Regionen Osteuropas einher. Böhmen (heute Tschechische Republik) erlangte im Habsburgerreich eine Stellung, die es ihm erlaubte, sich weiterzuentwickeln. Die erste industrielle Blüte Ungarns kam ebenfalls durch den Schutz des Kaiserreichs zustande, und zwar gegen das westliche Europa. Der Aufschwung der polnischen Industrie erfolgte in den letzten Jahren des Zarentums. Da Polen an den Westen angebunden war,

wurde es in seiner landwirtschaftlichen Spezialisierung auf eine untergeordnete Rolle reduziert. Innerhalb des russischen Reichs bildete es zusammen mit den baltischen Staaten dank der Verbreitung der Alphabetisierung und neuer Techniken den fortschrittlichsten Teil des Reichs, und es profitierte von dessen Protektionismus. In ökonomischer Hinsicht war das Ende der Zarenzeit für Polen also vorrangig ein gutes Geschäft.

Als das russische, das preußisch-deutsche und das österreichisch-ungarische Reich am Ende des Ersten Weltkrieges auseinanderbrachen, blieb jedenfalls der grundlegende soziale Wesenszug dieses östlichen Europas, wo »Nationalitäten« geboren (und manchmal wiedergeboren) wurden, die Unterentwicklung seiner Mittelschicht. Das erklärt auch das Scheitern einer liberalen Demokratie zwischen den zwei Kriegen. Die Tschechoslowakei bildet hierbei die Ausnahme, die die Regel bestätigt, denn wenn es ihr auch gelang, eine Demokratie zu etablieren, so deshalb, weil ihre Gesellschaft am fortschrittlichsten war und weil sie, indem sie dem degenerativen Prozess der Zweiten Leibeigenschaft entkommen war, eine Mittelschicht ausgebildet hatte.

Das große Buch über diese Periode heißt *Decades of Crisis. Central and Eastern Europe before World War II* von Iván T. Berend⁵, einem Juden aus Budapest, der nach einer universitären Karriere in Ungarn in die USA auswanderte – eine Art ungarischer Schlapentoch. Wie er sehr gut aufzeigt, war die Schwäche der Mittelschicht nicht nur an die Umstände geknüpft, die wir beschrieben haben – die Unterwerfung durch den Westen, die Leibeigenschaft, die Schwäche der Städte –, sondern an einen allgemeinen Bildungs- und Kulturrückstand (wenn auch weniger ausgeprägt als in Russland). Das klassische Symptom eines unterentwickelten Bildungswesens: der überverhältnismäßig große Anteil an Juden innerhalb der reduzierten Mittelklasse. Das besondere Gewicht, das ihre Religion der Bildung beimisst, verleiht den Juden einen wirtschaftlichen und sozialen Vorteil gegenüber der restlichen Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand. Einige Zahlen werden genügen, um eine Vorstellung zu erhalten von ihrer Rolle innerhalb der Stadtbevölkerung – also der Mittelschicht – Osteuropas vor dem Holocaust. Um das Jahr 1930 machten sie 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung Polens aus und 30 Prozent der von Warschau; 5 Prozent der ungarischen Bevölkerung und 35 Prozent der von Budapest; in der fortschrittlicheren Tschechoslowakei stellten sie immerhin 2,5 Prozent der Bevölkerung dar und 4 Prozent derjenigen von Prag; in Österreich waren es 2 Prozent, jedoch 8 oder 9 Prozent in Wien. Auch in Lettland (mit 4,9 Prozent) und Litauen (7,6 Prozent) war der Anteil der Juden hoch, weniger hingegen in Estland (mit nur 0,4 Prozent) oder gar im europäischen Teil der Ud SSR (3,5 Prozent). Deutschland, der Herd des Vernichtungsantisemitismus, wies eigentlich einen sehr schwachen Anteil von Juden auf: 0,75 Prozent.

Man kann sich mühelos vorstellen, welche Auswirkungen der Holocaust auf diese wenig ausgeprägte Mittelschicht hatte, in der Juden überproportional stark vertreten waren. Vielleicht rührte ihre Zerstörung auch daher, dass sie bei bereits geschwächtem Zustand in mehreren dieser Länder ihre Eliten deutscher Herkunft verloren. Während die deutschen Kolonialbauern des Mittelalters mehr oder weniger mit der osteuropäischen Gesellschaft verschmolzen, blieben die Aristokratie und ein Bürgertum, die Erben des säkularisierten Deutschordens, unter anderem in den baltischen Städten und insbesondere in Estland und Lettland, erhalten. Durch den deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 holte Hitler im Einvernehmen mit Stalin diese Deutschen nun allerdings aus den baltischen Staaten zurück. Natürlich nahm er ausschließlich reinrassige Deutsche; Mischlinge wurden zurück ins sowjetische

Russland geschickt, wo sie unter grauenvollen Umständen starben. Fassen wir zusammen: Der Zweite Weltkrieg hat eine bereits schwache Mittelschicht höchstens noch etwas mehr geschwächt. Dass nach 1945 in diesen Ländern spontan Demokratien entstanden, war unvorstellbar, selbst ohne sowjetische Besatzung.

Mittelschicht, Akt II: Auferstehung unter sowjetischer Kontrolle

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, als die UdSSR ihre schützende Pufferzone errichtete und Volksdemokratien schuf, schaffte sie also eine Demokratie ab, die außer in der Tschechoslowakei niemals existiert hatte. Vielleicht erinnert man sich deshalb nur noch an den Prager Putsch von 1948. Die Gleichschaltung von Ländern wie Ungarn, Polen oder Bulgarien verursachte weniger Lärm, von Ostdeutschland gar nicht zu sprechen, wo der Kommunismus dem Nationalsozialismus direkt folgte.

Der Kommunismus erwies sich als politisch brutaler als manche der Zwischenkriegsdiktaturen. Die Planwirtschaft scheiterte in Volksdemokratien wie der UdSSR. Doch paradoxerweise wurde das durch den Nationalsozialismus verwüstete, eines Teils seiner winzigen Mittelschicht beraubte Zentral- und Osteuropa zum kulturell fortschrittlichsten Teil der sowjetischen Sphäre, nachdem es von der Roten Armee besetzt worden war. Einige Volksdemokratien entwickelten beachtliche technische Spezialisierungen: die Industrien Ostdeutschlands, Böhmens oder Ungarns. Eine genauere Betrachtung würde das aufdecken, was ungarische Ökonomen zwischen 1965 und 1975 »Als-ob-Entwicklung« nannten, das heißt eine reale industrielle Entwicklung, wenn auch mit Qualitätsdefizit nach internationalem Standard.

Vor allem war es die sowjetische Aufsicht, die in ganz Osteuropa einen Bildungsaufschwung auslöste. Tatsächlich haben die kommunistische Ideologie und der Protestantismus eine gemeinsame Bildungsbesessenheit. Die Barro-Lee-Datenbank ermöglicht es, den realisierten Fortschritt zu messen; sie erhob nach dem Mauerfall 1990 das Verhältnis zwischen Personen mit Sekundarbildung und denen mit Hochschulbildung, zum einen in einer Altersgruppe von 70- bis 74-Jährigen (die 1945 zwischen 25 und 30 Jahre alt waren und entsprechend ihre Ausbildung vor dem Kommunismus erhielten) und zum anderen in einer Altersgruppe von 35- bis 39-Jährigen (die 1980 zwischen 25 und 30 Jahren alt waren und ihrerseits im Kommunismus ausgebildet wurden). Beginnen wir mit Polen. Unter den 70- bis 74-Jährigen hatten 1990 15,9 Prozent eine Sekundarbildung erhalten, unter den 35- bis 39-Jährigen waren es 60,6 Prozent. Bei den Personen mit Hochschulbildung lagen die Anteile bei 2,8 Prozent beziehungsweise 10,6 Prozent. Obgleich dieser letzte Prozentsatz absolut betrachtet nicht groß ist, offenbart er dennoch einen beeindruckenden Fortschritt unter kommunistischer Aufsicht: eine Verfünfachung.

Im Fall Ungarns erhielten 1990 6 Prozent der 70- bis 74-Jährigen eine Sekundarbildung und 50,8 Prozent der 35- bis 39-Jährigen. 4,6 Prozent und 13,5 Prozent schlossen eine Hochschulausbildung an. In der Tschechischen Republik (die ich schon von der Slowakei trenne) als einem anfangs weiter fortgeschrittenen Staat, wie wir gesehen haben, wurden 1990 19,6 Prozent Personen mit Sekundarbildung unter den 70- bis 74-Jährigen und 57,1 Prozent unter den 35- bis 39-Jährigen erfasst sowie 4,1 Prozent mit Hochschulbildung unter den 70- bis 74-Jährigen gegenüber 18,1 Prozent bei den 35- bis 39-Jährigen. Diese Zahlen liegen höher als in den anderen Ländern, aber der Fortschritt ist spektakulär. Böhmen ist also deutlich von seinem westlichen Kurs der

Zwischenkriegszeit abgekommen.

Die Entwicklung des Bildungswesens unter sowjetischer Herrschaft erzeugte eine neue Mittelschicht.

Osteuropäische Unauthentizität

Ihr Wachstum wird Licht in die anhaltenden Russophobie Osteuropas bringen. Und noch einmal, ich vergesse Katyn und andere von den Sowjets begangene Gräueltaten nicht. Doch ich vergesse ebenso wenig, dass die besagte Mittelschicht – die heute im Osten die Stütze der Demokratie nach »westlichem« Vorbild darstellt und den NATO-Beitritt ihrer jeweiligen Länder vorangetrieben hat – ihre Existenz dem kommunistisch-meritokratischen System verdankt, dem Halt, den Russland ihren Gesellschaften 55 Jahre lange geboten hat. Der Hass auf Russland scheint mir von einer gewissen Unauthentizität zu zeugen. Ob man darin Schuldgefühle oder ein Hochstaplersyndrom erkennen soll, weiß ich nicht. Ich eröffne hiermit ein mögliches Forschungsfeld, auch wenn wir in der ganz unmittelbaren Gegenwart diese Russophobie sehr ernst nehmen sollten, besonders diejenige Polens, die sich nicht auf eine ältere Geschichte zurückführen lässt. Wenn Polen gegen Russland in den Krieg treten sollte, um die Ukraine zu unterstützen, wäre es eine von Russland geformte Mittelschicht, die ihn führen würde. Eine solche Vision einer polnischen Demokratie, die letzten Endes durch die soziale Transformation der Sowjetzeit entstanden ist, und einer ukrainophonen Mittelschicht, die ebenfalls der Sowjetzeit entstammt, macht begreiflich, warum Polen und die Ukraine ihre historischen Streitigkeiten einen Moment vergessen konnten, sich gegenseitig durch Amnesie diese nicht allzu weit zurückliegende Zeit vergeben konnten, als die West- und Zentralukrainer noch Knechte polnischer Herren waren.

Die Unauthentizität, die ich den Mittelschichten im Osten vorwerfe, speist sich aus einer anderen, komplementären Eigenart: Die Wiedereingliederung der Volksdemokratien in den westlichen Raum ließ sie in ihren Status als beherrschtes Randgebiet zurückfinden, spezialisiert auf die undankbarsten wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder. Im Mittelalter war es die landwirtschaftliche Produktion; im Zeitalter der Industrialisierung die industrielle Produktion, vor allem im Dienst Deutschlands. Im gleichen Augenblick, als die Arbeiterklasse Osteuropas im Freihandel vernichtet wurde, entwickelte sich in den ehemaligen Volksdemokratien ein Proletariat, wie es sich der Stalinismus nicht hätte träumen können.

Um uns einen Eindruck von dieser industriellen Spezialisierung zu verschaffen, beginnen wir mit einer Betrachtung des Anteils der Erwerbsbevölkerung im sekundären Sektor in Westeuropa. Nehmen wir zunächst die am offenkundigsten westlichen Länder.⁶ Im Vereinigten Königreich und in Schweden liegt der Anteil von Erwerbstätigen im Wirtschaftssektor bei 18 Prozent, in Frankreich bei 19 Prozent. In Deutschland und Italien, zwei Ländern, die die Deindustrialisierung besser überstanden haben und die den Respekt vor dem Handwerk bewahrt haben, ist der sekundäre Sektor stärker: 27 Prozent in Italien, 28 Prozent in Deutschland. Kommt man jedoch nach Osteuropa, wird das, was im Westen Höchstwerte waren, im Osten zur Untergrenze. In Slowenien sind 30 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der Industrie beschäftigt, genau wie in Rumänien; in Nordmazedonien, Bulgarien, Polen und Ungarn sind es 31 Prozent; in Tschechien und der Slowakei steigt der Wert auf 37 Prozent.

Was bedeutet diese industrielle Spezialisierung im Kern? Ganz einfach, dass etwas falsch daran und

erneut unauthentisch ist, wenn Osteuropa mit Westeuropa identifiziert wird. Die Integration dieser Länder in die Europäische Union, die zwar demokratisiert sind, deren Mittelschicht jedoch aus der kommunistischen Meritokratie und ihrem Globalisierungs-Proletariat hervorgegangen ist, war für die westeuropäischen Nationalstaaten keine Ergänzung durch weitere Nationalstaaten, die ihnen ähneln. Im Gegenteil wurden Gesellschaften in den westeuropäischen Raum eingeführt, deren Geschichte eine andere war und geblieben ist, wobei diese Unterschiede sich in manchen Bereichen sogar nur noch verschärften. Die Explosion der Russophobie, mit der der Wunsch einer Aufnahme in die EU und die NATO einhergeht, ist weit davon entfernt, eine wahre Nähe zum Westen auszudrücken, sondern leugnet die historische und soziale Realität.

Die Russophobie breitete sich aus, obwohl Russland sich kampflös und sogar mit einer gewissen Eleganz zurückzog. Sie hielt an, obwohl die russische Führung mehr als glücklich war, diese Satellitenstaaten los zu sein, die sich zwischen 1945 und 1990 als Last erwiesen hatten, und obwohl sie keinerlei Absicht hegten, ihre Panzer wieder dorthin zu schicken. Dominique de Villepin vertraute mir eines Tages an – 2003 oder 2004, ich erinnere mich nicht mehr, es war, als Putin, Schröder und Chirac sich gemeinsam gegen den Irakkrieg stellten –, dass Putin ihnen sinngemäß sagte: »Ja, tatsächlich ist es für uns in Russland zurzeit nicht einfach. Aber trotzdem, was uns tröstet, ist, dass ihr es sein werdet, die mit den Polen zurechtkommen müsst.«

Putin war optimistisch. Heute weiß man nicht genau, ob Polen 10 000 oder 20 000 »Freiwillige« in die Ukraine geschickt hat, wo sie der russischen Armee gegenüberstehen.

Als ich durch Zufall nach dem Schreiben dieser Zeilen das Vorwort von David Schoenbaum zur französischen Neuauflage von *Die Braune Revolution* lese, dieses geniale Buch über die faktische soziale Demokratisierung Deutschlands durch den Nationalsozialismus, stoße ich auf diese erstaunliche Einsicht:

Im Fall des postkommunistischen Polens, Ungarns und vielleicht sogar der Slowakei liegen die Dinge ganz anders [als in Ostdeutschland]. Vor dem Krieg stark agrarisch geprägt, auf altmodische Art feudal, entschieden antisemitisch, autoritär und irredentistisch, sind sie aus den vier Jahrzehnten des Kommunismus und der sowjetischen Hegemonie, die dem Konflikt folgten, ebenso »normal« und anders wieder hervorgegangen wie die Bonner Republik unter Adenauer aus dem Kaiserdeutschland oder dem Hitlerreich [...].

Ich besitze weder die Qualifikation noch die erforderliche Energie, um Studien über die Rote Revolution und ihren Einfluss auf das postkommunistische Europa anzustellen. Doch wenn das vorliegende Buch das Bild eines Forschers vermitteln könnte [...] würde ich mich freuen [...].⁷

Ich für meinen Teil bin verblüfft zu sehen, wie hier bereits im Jahr 2000 von einer Modernisierung Osteuropas durch sowjetische, also russische Vorherrschaft die Rede ist. Die pragmatische Intuition Schoenbaums (dem ich intellektuell so vieles verdanke, wie mir jetzt bewusst wird) bestärkt mich in der Idee, dass die anhaltende Russophobie der ehemaligen Volksdemokratien vielleicht ganz einfach aus einer historischen Schuld gegenüber dem ehemaligen Besetzer resultieren könnte, unbewusst, verdrängt, inakzeptabel und skandalös.

Die ungarische Ausnahme

Menschen im Westen interessieren sich nicht für Osteuropa; sie betrachten es als eine undifferenzierte Masse. Es stimmt zwar, dass es in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht Gemeinsamkeiten zwischen den Ex-Volksdemokratien gibt, wie wir gesehen haben. Nichtsdestoweniger hat diese Welt eine sehr diverse Geschichte, die zum Beispiel dazu beitragen kann, das Verhalten Ungarns heute zu erklären.

Nehmen wir die Religion. In Polen trifft man einen Katholizismus an, der, obwohl reell, in der Vorkriegszeit jedoch nicht so wichtig war, wie man glauben könnte, und der sich während der sowjetischen Herrschaft als Instrument des nationalen Widerstands behauptete. In der jüngsten Vergangenheit ist er plötzlich in sich zusammengebrochen, wie die polnische Geburtenrate zeigt, die eine der niedrigsten in der Region ist: 1,2, wie in der Ukraine. Auf einem solch starken Niveau signalisiert die Geburtenkontrolle den Tod des Katholizismus. Andernorts findet man andere Traditionen vor. Der Fortschritt Böhmens, jetzt Tschechische Republik, erwächst in Teilen aus einer im 15. Jahrhundert einsetzenden Entwicklung des hussitischen Protestantismus. Das Habsburgerreich hatte diesen ausgerottet, wie übrigens auch das Militär und den tschechischen Adel, jedoch ohne dass es ihm gelang, das Land im Innern zu rekatholisieren. Böhmen wird als katholisch eingestuft, obwohl es sich um einen rein formellen Katholizismus handelt, ein wenig wie im Garonne-Tal, wo der Protestantismus ebenso ausgelöscht worden war und im 18. Jahrhundert eine vorzeitige Entchristianisierung sowie ein Rückgang der Geburtenrate einsetzte.

Die originellste Religionsgeschichte ist die Ungarns. Vereinfachte Karten weisen es als katholisch aus. In der Zwischenkriegszeit, als es verkleinert aus dem Zerfall des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs hervorging, gab es in der Tat eine katholische Mehrheit. Aber es gab ebenso 5 Prozent Juden, wie wir gesehen haben, zu denen noch 20 Prozent Calvinisten hinzukamen. Dass es so weit im Osten diese große protestantische Minderheit gab, ist merkwürdigerweise auf die zeitweilige Herrschaft des Osmanischen Reichs zurückzuführen. Zur Zeit der Gegenreformation kontrollierte dieses etwa ein Drittel des ungarischen Territoriums und hatte keinerlei Interesse daran, den Protestantismus auszulöschen, wie es die Habsburger in ihrem Reich getan hatten. Und noch immer kann man im Osten des Landes Debrecen bewundern, das ungarische Genf. Viktor Orban ist übrigens calvinistischer Herkunft.

Diese bedeutende calvinistische Minderheit war zweifelsfrei einer der Schlüssel für die geschichtliche Dynamik Ungarns. Als Religion des Fortschritts und überdies der Bildung hat der Calvinismus zugleich das Nationalgefühl befeuert und gegen den Antisemitismus geschützt: Denn der gute Calvinist identifiziert sich stets mit Israel. In den folgenden Kapiteln werden wir sehen, wie dieser Mechanismus im größeren Maßstab funktioniert: Engländer, Schotten und Amerikaner hielten sich einer nach dem anderen für das auserwählte Volk. Ungarn ist sehr patriotisch und in seiner Region dasjenige Land, in dem der Antisemitismus am wenigsten virulent war: Nach 1968 wurde es beispielsweise, anders als Polen oder die Tschechoslowakei, von der antisemitischen Wallung des alternden Sowjetismus verschont.⁸ Zuvor war es ihm unter der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gelungen – ein einzigartiger Fall in der Region – seine jüdische Bevölkerung zu integrieren (genaugenommen zu magyarisieren), die dann die einzige in Osteuropa war, die vom Jiddischen in großer Zahl zur magyarischen Sprache wechselte (die überdies nicht indoeuropäisch

war) statt zum Deutschen. Die reichsten Mitglieder wurden geadelt und stiegen in die Ränge der Aristokratie auf. Daraus entstand die patriotischste jüdische Bevölkerung Osteuropas. Es stimmt, dass es sich hierbei um eine erst kürzlich immigrierte Bevölkerung handelte, die aus Polen, Litauen oder von anderswo herkam und von der großen Hauptstadt angezogen wurde, welche Budapest war (und ist) – verführt durch eine nationalistische, jedoch assimilierende ungarische Kultur.

Die Ungarn haben das Gefühl, eine historische Niederlage erlitten zu haben. Sie haben den Vertrag von Trianon 1920, der die magyarischen Minderheiten in den Nachbarländern weiterbestehen ließ, kaum verziehen. Doch aus Sicht der Geschichte des gesamten Osteuropas scheint Ungarn im Grunde die Nation zu sein, deren Existenz am sichersten ist. Diese Diagnose beleuchtet eine andere Besonderheit: Die ungarische Regierung ist nicht russophob.

Regelmäßig wird Orban beschuldigt, innerhalb der EU Putin in die Hände zu spielen, indem dieser bestimmte Sanktionen ablehnt oder blockiert. Doch bevor wir ihn verurteilen, sollten wir uns fragen, warum die einzige Volksdemokratie, die sich 1956 gegen Russland aufgelehnt hat, nun eine verständnisvolle Haltung gegenüber Moskau an den Tag legt.

Halten wir zunächst einmal fest, dass es eine ungarische Minderheit in der ukrainischen Provinz Uschhorod gibt. Die Politik sprachlicher Vereinheitlichung der Regierung in Kiew wurde bei den Magyarsprachigen nicht gut aufgenommen und man begreift, dass die Aussicht, sich töten zu lassen, um einen Donbass voller Russen zurückzuerobern, sie nicht begeistert und dass die Regierung in Budapest dem nicht gleichgültig gegenüberstehen kann. Doch ich spüre einen tieferen Grund. Die Ungarn konnten den Russen verzeihen, sie gewaltsam unterdrückt zu haben, weil sie es gewagt hatten, ihnen mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Das Fehlen von Russophobie steht nicht im Widerspruch zum Aufstand von 1956, es erklärt ihn. Nach 1956 gestanden die Russen Ungarn einen gesonderten, liberalen Status in der Sowjetunion zu; man sprach damals von Ungarn als der »fröhlichsten Baracke des kommunistischen Lagers«. Und Kadar, der von Moskau eingesetzte Führer, prägte diesen verblüffend pragmatischen Slogan: »Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.« Dieses Selbstvertrauen war es, das den Ungarn 1989 erlaubte, ihre Grenzen zu öffnen und den Eisernen Vorhang niederzureißen; und dadurch ist es ihnen heute möglich, nicht der Russophobie zu verfallen.

Hiermit stelle ich historische Hypothesen auf, die technisch kaum belegbar sind, die wir aber dringend brauchen, um uns in vernünftiger, umsichtiger Weise Orientierung zu verschaffen. Da der ukrainische Konflikt eskalieren könnte, können wir es uns nicht mehr erlauben, Osteuropa weiter wie eine undifferenzierte, nebensächliche Masse zu betrachten.

Dort wie auch in der Ukraine bin ich davon überzeugt, dass Russophobie, wie jede Suche nach einem Sündenbock, Schwäche bei denjenigen verrät, die sie betreiben. Wenn sie uns auch nichts über Russland lehrt, so doch einiges über die Ukrainer, Polen, Schweden, Engländer sowie die französische und amerikanische Mittelschicht. Wir untersuchen diese verschiedenen westlichen Fälle in den folgenden Kapiteln. Was Osteuropa betrifft, so ist es geprägt durch eine frappierende Unauthentizität. Man stellt es immer als von Natur aus demokratisch und liberal dar und wirft zugleich einmal Polen, einmal Ungarn vor, konservativen Reflexen nachzugeben. Die Wahrheit ist, dass alle diese Länder trotz ihrer Diversität durch Mittelschichten beherrscht werden, die der Kommunismus gebildet hat und die, kaum dass sie befreit waren, ihr Proletariat in den Dienst des westlichen Kapitalismus stellten.

Kapitel IV

Was ist der Westen?

Auf unserem Weg durch die ehemalige Sowjetunion haben wir festgestellt, dass Russland in seine Stabilität zurückgefunden und eine bestimmte wirtschaftliche Dynamik hat, dass aber seine demografische Zukunft ihm jede Hoffnung auf Expansion verbietet. Offensichtlich ist der Ursprung der weltweiten Probleme nicht hier zu suchen. Ein Blick auf die Ukraine, einem Land im Zerfall, war in dieser Hinsicht erhellender. Und trotzdem wäre sie allein aufgrund ihrer geringen Größe wohl nicht in der Lage, solche Umwälzungen auf dem Planeten herbeizuführen. Schließlich haben wir uns mit den ehemaligen Volksdemokratien beschäftigt, zu denen ich die baltischen Republiken zähle. Es zeigte sich, dass nicht so sehr Russland, sondern der Westen mit ihnen gespielt hat. Doch auch hier wäre es verfehlt – der diplomatischen und möglicherweise militärischen Aggressivität Polens zum Trotz – dieses Gebiet für die gegenwärtige Krise verantwortlich zu machen.

Um deren Ursprung zu finden, müssen wir den ehemaligen Eisernen Vorhang durchschreiten; denn eher als aus Russland, der Ukraine oder den ehemaligen Volksdemokratien kommt diese Krise aus dem Westen. Den Gedanken zurückzuweisen, dass Russland hierbei die Hauptverantwortung trägt, ist schwierig, ich gebe es zu; die Hypothese ist kontraintuitiv. Hat Russland denn nicht die Ukraine angegriffen? Verhöhnt es denn nicht im eigenen Land die Prinzipien der liberalen Demokratie? Und doch haben sich dort alle objektiven Indikatoren verbessert, das Land hat vor kurzem sein Gleichgewicht wiedergefunden und müht sich ab, es zu halten. Aus der Perspektive des Geopolitikers wäre ich versucht zu sagen, Russland ist uninteressant; aber mir ist bewusst, dass dies hieße, dem Leser viel Vorstellungskraft abzuverlangen und seine etwaigen Annahmen in Bezug auf das offenkundige Kriegsgeschehen abzuschütteln.

Der Westen dagegen ist nicht stabil; er ist sogar krank. In diesem und den folgenden Kapiteln werden wir diese grausame Wahrheit im Detail betrachten. Doch befindet er sich nicht nur in der Krise, er hat eine zentrale Position inne. Sein demografisches oder wirtschaftliches Gewicht, das sieben- bis zehnmal höher ist als das Russlands, sein technologischer Fortschritt und seine ideologische und finanzielle Vorherrschaft, die das Erbe der Wirtschaftsgeschichte der Jahre 1700 bis 2000 sind, führen uns unweigerlich zu der Hypothese, dass seine Krise eine Weltkrise ist.

Beginnen wir mit einer seriösen Definition des Westens, das heißt, indem wir den Gemeinplatz zur Seite schieben, der den Westen ausschließlich mit liberaler Demokratie in Verbindung bringt. Natürlich werde ich weiterhin von Ökonomischem sprechen, da sich die Krise des Westens im Krieg durch schwere industrielle Defizite bemerkbar macht, aber auch von Familienstrukturen, wie ich es für Russland und die Ukraine getan habe. Eine herausragende Bedeutung werde ich vor allem der Religion beimessen. Am Ursprung und im Herz westlicher Entwicklung findet man nicht den Markt, die Industrie oder die Technik, sondern, wie ich es in der Einleitung angekündigt habe, eine besondere Religion, den Protestantismus. Damit erweise ich mich als guter Schüler Max Webers, der die Religion Luthers und Calvins als Quelle dessen betrachtet hat, was zu seiner Zeit die Überlegenheit des Westens zu sein schien. Aber mehr als ein Jahrhundert nach der Veröffentlichung von *Die*

protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus aus den Jahren 1904/05 können wir Weber auf bislang ungekannte Weise hinter uns lassen. Wenn der Protestantismus, wie er behauptet, tatsächlich die Matrix des westlichen Aufschwungs darstellte, dann ist heute sein Tod der Grund für dessen Zerfall oder, prosaischer ausgedrückt, für seinen Niedergang. Ich beziehe die lange Religionsgeschichte in die unmittelbare geopolitische Analyse mit ein. Diese Übung ist schwierig, aber unentbehrlich, wenn man sie glaubwürdig und effizient angeht. Um vorherzusagen, ob ein teilweiser oder totaler Untergang zu verhindern ist, muss man wissen, welches die Gründe für den Abstieg waren. Und nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Um das Verschwinden des Nationalstaates zu erklären, müssen wir die Kräfte identifizieren, die seine Entstehung möglich machten.

Zweifacher Westen

Wie lässt sich der Westen definieren? Zwei Möglichkeiten bieten sich uns an. Zunächst eine breite Definition im Zeichen des Bildungsaufschwungs und der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser Westen würde die großen Länder umfassen, England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien, Deutschland und Japan. Dies ist der aktuelle Westen der Politiker und Journalisten, nämlich der einer um das Protektorat Japan erweiterten NATO. Die andere, engere Definition sieht als Kriterium die Teilnahme an der liberalen und demokratischen Revolution vor. Damit erhalten wir einen exklusiveren Club, der nur noch aus England, den Vereinigten Staaten und Frankreich besteht. Die englische Glorious Revolution von 1688, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1776 und die Französische Revolution von 1789 sind die Gründungsereignisse dieses eng gefassten liberalen Westens. Der weiter gefasste Westen ist historisch betrachtet also nicht »liberal«, da er den italienischen Faschismus, den deutschen Nationalsozialismus und den japanischen Militarismus erzeugt hat.

Man versichert uns (zu Recht), dass diese drei Länder sich verändert haben. Doch der aktuelle westliche Diskurs erfasst Russland, und zwar nur Russland, als zwischen zaristischer Autokratie und stalinistischem Totalitarismus schwankende, despotische Größe. Putin ist, wenn er nicht gleich mit einem Dämon gleichgesetzt wird, entweder ein neuer Stalin oder ein neuer Zar. Würde man an den (breit gefassten) Westen die gleichen ahistorischen Kriterien anlegen, die Russland das Recht versagen, sich zu entwickeln, dann würde man feststellen, dass er sich sehr weit von dem Bild entfernt befände, das er von sich selbst hat. Er wäre immer noch in irgendeiner Form Träger einer Gewalt, die nicht direkt aus dem Faschismus, dem Nationalsozialismus oder dem Militarismus abzuleiten ist, aber von einem geheimnisvollen kulturellen Element, das schon immer die italienische, deutsche und japanische Geschichte beseelt hat. Die Analyse der Familienstrukturen ermöglicht sicher, Elemente von Kontinuität in den Nationalgeschichten auszumachen, insbesondere den Autoritarismus der kommunitären Familie und der Kernfamilie. Aber es ist ebenso klar, dass das aktuelle Italien nicht das von Mussolini ist, wie auch das aktuelle Deutschland nicht das Hitlers ist. Und dass das aktuelle Russland kein kommunistisches oder zaristisches Russland ist.

Im Folgenden werde ich die breite Definition des Westens übernehmen, ganz einfach, weil sie mit dem amerikanischen Machtsystem korrespondiert, werde jedoch die gleichzeitige Existenz eines liberalen und eines autoritären Westens im Auge behalten. Letzterer hätte Russland einschließen können, wenn die Annäherungsversuche der Jahre 1990 bis 2006 akzeptiert worden wären.

Im so definierten Westen kam es zu einer früheren wirtschaftlichen Entwicklung als in anderen Weltgegenden. Zwei kulturelle Entwicklungen erklären diesen Aufschwung: die italienische Renaissance und der deutsche Protestantismus. Unsere Moderne erblühte im Autoritarismus.

Max Weber etablierte eine Verbindung zwischen Protestantismus und dem wirtschaftlichen Aufschwung Europas, obwohl er wahrscheinlich vom Weg abgekommen ist, als er die Gründe für den Aufschwung in subtilen theologischen Nuancen suchte. Der eigentliche Faktor ist viel einfacher: Der Protestantismus alphabetisiert die von ihm kontrollierte Bevölkerung aus Prinzip, da alle Gläubigen Zugriff auf die Heilige Schrift haben müssen. Und eine alphabetisierte Bevölkerung ist fähig zu technologischer und wirtschaftlicher Entwicklung. Die protestantische Religion erschuf als Nebenprodukt eine höchst effiziente Arbeitskraft. In diesem Sinne befand sich Deutschland im Herz der westlichen Entwicklung, auch wenn die Industrielle Revolution in Großbritannien stattfand und der endgültige und spektakulärste Aufschwung der Vereinigten Staaten war. Fügt man das protestantische und früh alphabetisierte Schweden hinzu, erhalten wir eine Karte der fortschrittlichsten Welt kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Dieser protestantische Mittelpunkt des Westens sitzt, wenn ich das so sagen darf, rittlings zwischen seinen liberalen und autoritären Komponenten, da der eine seiner Pole der angelsächsischen Welt entspricht und der andere Deutschland (das zu zwei Dritteln protestantisch ist). Frankreich ist dasjenige katholische Land, das es aufgrund seiner unmittelbaren Nachbarschaft geschafft hat, sich in der am weitesten entwickelten Sphäre des überwiegend protestantischen Westens zu halten.

Im Bereich sozialer Konzeptionen teilte diese ganze protestantische Sphäre mehr oder weniger stark die aus der Prädestinationslehre übernommene Vorstellung, dass es Auserwählte und Verdammte gibt, dass also die Menschen nicht gleich sind. Ein klarer Nonegalitarismus in Deutschland sowie ein gedämpfter in den Niederlanden, England und Amerika, der sich aber in allen Fällen der katholischen (oder orthodoxen) Idee einer grundsätzlichen Gleichheit der Menschen entgegenstellte, nach der die Taufe von der Erbsünde befreie. Kaum überraschend, dass in der Konsequenz die zwei mächtigsten oder stabilsten Formen des Rassismus in protestantischen Ländern entstanden sind. Der Rassismus setzte sich in den lutherischen Regionen Deutschlands fest: Die Karte der Wahlergebnisse für die Nazis aus dem Jahr 1932 ist eine des Protestantismus. Was die Fixierung der Amerikaner auf Schwarze betrifft, so hatte auch diese viel mit dem Protestantismus zu tun. Schließlich seien noch Eugenik und Zwangssterilisation erwähnt, vor allem in Nazideutschland, in Schweden zwischen 1935 und 1976 und in den USA zwischen 1907 und 1981, ein logisches Resultat des protestantischen Hintergrunds, der nicht allen Menschen jedes Grundrecht zugestand.

So findet sich der Protestantismus auf doppelte Weise im Kern der Geschichte des Westens, im Besseren mit dem Bildungs- und dann dem Wirtschaftsaufschwung und im Schlimmeren mit der Idee, dass die Menschen nicht gleich seien. Dies war auch der Hauptmotor der Entwicklung von Nationalstaaten gewesen. Die Franzosen irren, wenn sie glauben, dass ihre Revolution die Nation erfunden habe. Es war der Protestantismus, der den Völkern erstmals ein solches Selbstbild geboten hatte, diese besondere Form kollektiven Bewusstseins. Tatsächlich haben Luther und seine Anhänger, indem sie forderten, dass die Bibel in Volkssprachen übersetzt werden solle, wesentlich zur Formierung von Nationalkulturen und von mächtigen, kriegerischen, selbstbewussten Nationen beigetragen: das England Cromwells, das Schweden Gustav Adolfs oder das Preußen Friedrich II. Mit dem Protestantismus traten Völker auf den Plan, die durch zu viel Bibellektüre glaubten, von Gott

auserwählt zu sein.

Der ursprüngliche Protestantismus hatte ein autoritäres Wesen. Luther sprach sich für eine absolute Unterwerfung des Individuums unter den Staat aus, doch dass in Deutschland eine autoritäre Form des Protestantismus triumphierte, erklärt sich vor allem durch eine anthropologische Prädisposition. Die deutsche Stammfamilie stand in dieser Hinsicht der russisch-kommunitären Familie in nichts nach. Nur ein einziger Sohn war dazu berufen, neben dem Vater zu stehen (und nicht alle Söhne wie in Russland), ein Mechanismus, der eine stabilere soziale Ordnung erzeugte. Es gibt keine Egalität unter den Brüdern, die den Erstgeborenen aufreißt, es drohte keine Vereinigung der Brüder gegen den Vater, keinerlei radikal-revolutionäre Bestrebungen (gegen den Zaren oder Gott) konnten ihn zu Fall bringen.

Das protestantische England zeichnete sich dagegen durch die Entfaltung von Freiheiten aus, der des Parlaments und der der Presse. Dass die liberale Demokratie hier früher entstand als anderswo, erstaunt den Anthropologen kaum. Seine absolute Kernfamilie ließ niemals mehr als ein Paar und seine Kinder zusammenwohnen, welche ihre Eltern schon in der Jugend verließen, um als Hausangestellte in andere Familien zu wechseln (unabhängig vom Wohlstand). Ein solches System bereitet Individuen auf die Freiheit vor, es flößt ihnen gar ein liberales Unterbewusstsein ein. Durch die englischen Kolonien wurde es nach Amerika exportiert. In Frankreich, zumindest im Einzugsgebiet von Paris, war die Kernfamilie wiederum egalitär, da Brüder und Schwestern als Erben gleichgestellt waren, während es in der angelsächsischen Welt diese Gleichberechtigung zwischen Kindern nicht gab. Die Anthropologie familiärer Strukturen gestattet ein Verständnis dessen, warum und wie England, Amerika und Frankreich zur Entstehung der liberalen Demokratie beitrugen. Der Hintergrund der Kernfamilie konnte hier einen instinktiven Liberalismus nähren. Als England 1789 mit dem plötzlichen und gewaltsamen Auftreten des fundamentalen französischen Egalitarismus konfrontiert wurde, war es zunächst natürlich entsetzt; doch nachdem sich das Hexagon wieder beruhigt hatte, nahm England dies eher zum Ansporn für die Durchsetzung seiner eigenen Version des allgemeinen Wahlrechts. In den USA konnte das Fehlen eines egalitären Prinzips schon sehr bald durch die Fixierung auf die soziale Minderwertigkeit von Indianern und Schwarzen verwunden werden. Die Gleichheit von Weißen untereinander erwies sich jedoch, wie wir sehen werden, als schwächeres Prinzip im Vergleich zur generellen Gleichheit von Menschen.

Diese breite Definition des Westens, welche auch Deutschland einschließt, macht die Vorstellung einer radikalen Opposition gegen Russland zumindest merkwürdig. Eher gewinnt man den Eindruck einer Vetternschaft, einer teilweisen historischen Komplizenschaft, besonders im Fall des Totalitarismus, wobei die Kernfamilie den Nationalsozialismus und die kommunitäre Familie den Kommunismus hervorgebracht hat. Doch wenn man sich an die zweite, restriktivere Definition eines Westens hält, der die Geburtsstätte der liberalen Demokratie ist, sehen wir uns mit einer Absurdität konfrontiert. Der Westen verkündet heute (zum Beispiel), dass er die liberale Demokratie gegen die russische Autokratie vertritt. Gerade aber in seinem angloamerikanisch-französischen harten Kern, der die liberale Demokratie eigentlich erfunden hat, geht diese zugrunde.

Eine Demokratie verteidigen, die es nicht mehr gibt

In dem einhelligen Diskurs über den Krieg, wie er sich in den großen Zeitungen oder auf den

Fernsehplattformen darstellt, versteht es sich von selbst, dass die USA, Großbritannien und Frankreich liberale Demokratien sind. Das hieße zu vergessen, dass eine solche Selbstdarstellung *während des Krieges* dem Diskurs vollständig widerspricht, den gerade diese Länder seit zwanzig oder dreißig Jahren *intern* über sich selbst führen. Dass sich die westlichen Demokratien in der Krise befinden, und selbst, dass wir in einer Postdemokratie leben, ist zum Allgemeinplatz geworden.

Ich habe davon im Jahr 2008 in meinem Werk *Après la démocratie*¹ gesprochen, und schon in dieser Zeit hatte ich nicht den Eindruck, sonderlich originell zu sein. Seitdem haben sich, befeuert durch den Brexit und Trump, die Katastrophenbücher zu dieser Frage auf beiden Seiten des Atlantiks vervielfacht. Die Vereinigten Staaten eröffneten den Ball frühzeitig, nämlich schon 1995 mit dem posthum erschienenen Werk von Christopher Lasch, *The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy*². 1996 veröffentlicht Micheal Lind *The next American Nation. The New Nationalism and the Fourth American Revolution*³, das ebenfalls die amerikanische Verwirrung zum Ausdruck bringt. Derselbe Lind schreibt 2020 *The New Class war. Saving Democracy from the Metropolitan Elite*⁴. Die offenkundige Existenz einer neuen Oligarchie, die die demokratische Grundlage des Landes untergräbt, findet sich ebenso in *The New Class Conflict*⁵ von Joel Kotkin, erschienen im Jahr 2014.

Auf britischer Seite stammt *Post-Democracy*⁶ von Colin Crouch aus dem Jahr 2020, ist aber die Neuauflage und Weiterentwicklung eines Buchs, das ursprünglich 2003 geschrieben wurde (also fünf Jahre vor meinem eigenen *Après la démocratie*). Erwähnen wir auch *From Anger to Apathy. The British Experience since 1975*⁷ oder *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*⁸ von David Goodhart (2017) und *The New Snobbery. Taking on Modern Elitism and Empowering the Working Class*⁹ von David Skelton (2021). Was Frankreich betrifft, halten wir *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*¹⁰ von Christophe Guilluy (2014) fest, *La démocratie représentative est-elle en crise?*¹¹ von Luc Rouban (2018) und *L'Archipel français*¹² von Jérôme Fourquet (2019). Selbst Deutschland ist betroffen: *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*¹³ von Oliver Nachtwey, das auf 2016 datiert.

Diese Aufzählung, die bei Weitem nicht erschöpfend ist und in den folgenden Kapiteln durch andere Titel ergänzt wird, soll lediglich zeigen, dass der Gedanke der westlichen Demokratie in ihrer finalen Krise nichts Exzentrisches oder Marginales an sich hat: Er ist banal und wird, wenn auch mit Abstrichen, von einem guten Teil der Intellektuellen und Politiker geteilt.

Versuchen wir, einen Idealtyp für diesen demokratischen Verfall herauszuziehen. Um dies zu tun, lohnt es sich, im Vorfeld einen Idealtyp der liberalen Demokratie zu definieren oder, etwas bescheidener, sie in groben Zügen zu beschreiben. Als Rahmen hat sie einen Nationalstaat, innerhalb dessen die Bürger sich dank einer gemeinsamen Sprache ungefähr verständigen können – meistens, aber nicht immer. Es finden dort allgemeine Wahlen statt. Parteienpluralismus, Meinungs- und Pressefreiheit sind sicher. Und schließlich als grundlegender Wesenszug: Es gilt die Mehrheitsregel, während zugleich Minderheiten geschützt sind.

Explizite Gesetze reichen nicht aus, jedenfalls nicht, um aus einem Land eine liberale Demokratie zu machen. Diese Gesetze müssen belebt, verkörpert und empfunden werden durch demokratische Sitten. Die durch allgemeine Wahlen gewählten Vertreter müssen sich selbst vollständig als Vertreter

derjenigen begreifen, die sie gewählt haben. Und die Übereinstimmung zwischen Gesetzen und Sitten wurde im 20. Jahrhundert durch die allgemeine Alphabetisierung möglich gemacht.

Wenn ich die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben als Fundament der Demokratie betrachte, so geschieht dies nicht einfach, weil die Alphabetisierung es erlaubt, Zeitungen zu entziffern und seinen Stimmzettel auszufüllen, sondern weil dadurch ein gewissermaßen metaphysisches Empfinden von Gleichberechtigung unter allen Bürgern genährt wird. Lesen und schreiben zu können, was früher das Exklusivrecht des Priesters war, steht inzwischen allen Menschen zu. Und dennoch scheint dieses Gefühl einer grundlegenden demokratischen Gleichberechtigung zu Beginn dieses dritten Jahrtausends erschöpft. Die Entwicklung der Hochschulbildung gab schlussendlich 30 oder 40 Prozent einer Generation das Gefühl, tatsächlich überlegen zu sein: die Massanelite – ein Oxymoron, das schon eine Ahnung dieser ungewöhnlichen Situation vermittelt.

Vor dem Ukrainekrieg nahmen nun also die Beobachter westliche Demokratien als von einem Übel untergraben wahr, das sich verschlimmern würde. Bei diesem Übel stehen sich zwei große ideologische und mentale Kategorien gegenüber, der Elitarismus und der Populismus: Die Eliten beklagen ein Abdriften der Bevölkerung in die fremdenfeindliche Rechte, und die Bevölkerung verdächtigt die Eliten, einem wahnsinnigen »Globalismus« zu verfallen. Wenn das Volk und die Elite nicht mehr miteinander übereinkommen, um gemeinsam zu funktionieren, dann hat der Begriff der repräsentativen Demokratie keinen Sinn mehr: Wir landen bei einer Elite, die nicht mehr vertreten will, und bei einem Volk, das nicht mehr vertreten werden will. Journalisten und Politiker sind im Übrigen laut Meinungsumfragen in den meisten »westlichen Demokratien« die am wenigsten respektierten Berufe. Das Verschwörungsdenken, diese spezifische Pathologie eines Gesellschaftssystems mit Elitismus-/Populismus-Struktur, verbreitet sich durch soziales Misstrauen.

Das demokratische Ideal reichte zwar nicht bis zum Traum einer perfekten Gleichheit aller Bürger, doch es brachte die Vorstellung einer Annäherung der sozialen Bedingungen mit sich. In der Phase der maximalen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg hatte man sich sogar vorstellen können, wie Proletariat und Bürgertum in den USA und später auch anderswo zu einer breiten Mittelklasse verschmelzen würden. In den letzten Jahrzehnten haben wir jedoch stattdessen eine Ausweitung der Ungleichheiten erlebt, wenn auch je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß. Dieses Phänomen hat in Verbindung mit dem Freihandel die traditionellen Klassen zwar aufgebrochen, aber dabei die materiellen Voraussetzungen und den Zugang zu Beschäftigung für Arbeiter und Mittelschicht verschlechtert. Wieder ist das, was ich hier beschreibe, von frappierender Banalität: eine Feststellung, über die sich alle einig sind.

Als Mitglied einer Massanelite mit Hochschulausbildung respektiert der Volksvertreter die Bevölkerung mit Volks- oder Realschulabschluss nicht mehr, und welcher Parteizugehörigkeit er auch sei, er kann nicht anders, als die Werte der Höhergebildeten für die einzig legitimen zu halten. Er ist einer von ihnen, diese Werte sind er selbst, und der ganze Rest ist in seinen Augen bedeutungslos und leer; niemals wird er irgendeine Alternative repräsentieren können.

Liberales Oligarchen gegen die autoritäre russische Demokratie

Ich werde die politischen Systeme, die in unseren Medien, unseren Universitäten und bei unseren Wahlkämpfen als westliche *liberale Demokratien* beschrieben werden – die über die Ukraine gegen

die russische *Autokratie* antreten –, umqualifizieren. Im Adjektiv »liberal« in Verbindung mit »Demokratie« kommt der Schutz von Minderheiten zum Ausdruck, der die Kraft des Mehrheitsprinzips zügelt. Im Fall Russlands, wo gewählt wird und wo die Regierung – mitsamt ihren die Minderheiten unterdrückenden Unvollkommenheiten – unterstützt wird, habe ich die Idee der Demokratie behalten, jedoch »liberal« durch das qualifizierende Adjektiv »autoritär« ersetzt. Im Fall des Westens verbietet es die Dysfunktion der Mehrheitsvertretung, den Begriff »Demokratie« beizubehalten. Währenddessen spricht nichts dagegen, den Begriff »liberal« beizubehalten, ist doch der Schutz von Minderheiten zur Obsession des Westens geworden. Dabei denkt man meistens an Unterdrückte, schwarze Menschen oder Homosexuelle, doch die am besten geschützte Minderheit im Westen sind mit Sicherheit die Reichen, welche 1 Prozent, 0,1 Prozent oder 0,01 Prozent der Bevölkerung ausmachen. In Russland werden weder Homosexuelle noch Oligarchen geschützt. Aus unseren liberalen Demokratien werden also »liberale Oligarchien«.

Der ideologische Sinn des Krieges verändert sich. Im vorherrschenden Denken deklariert als Kampf liberaler Demokratien des Westens gegen russische Autokratie, wird er nun zur Konfrontation zwischen den liberalen Oligarchien des Westens und der autoritären russischen Demokratie.

Das Ziel einer solchen Neuklassifizierung des Westens und Russlands ist es nicht, Ersteren anzuprangern, sondern seine Ziele in diesem Krieg, seine Stärken und Schwächen besser zu begreifen.

Einige wichtige Punkte können hier schon hervorgehoben werden:

- Wir haben es mit der Konfrontation zweier in ideologischer Hinsicht entgegengesetzter Systeme zu tun, auch wenn der Gegensatz nicht der ist, den man uns angegeben hat. Dass Parteien, die das Arbeitermilieu oder das unterdrückte Kleinbürgertum vertreten (in Frankreich der Rassemblement National und France Insoumise, in Deutschland die AfD und in den USA Donald Trump), verdächtigt werden, mit Putin zu sympathisieren, ist soziologisch betrachtet normal, wenn man so sagen kann. Die herrschenden Eliten haben Angst, die unteren Schichten der Gesellschaft könnten sich Richtung Russland bewegen, dessen autoritär-demokratische Werte einem charakteristischen Zug der westlichen Populisten nicht unähnlich sind.
- Dass die liberalen Oligarchien wirtschaftliche Sanktionen als Mittel der Kriegsführung akzeptiert haben, wird leichter verständlich: Es sind die unteren Schichten der westlichen Gesellschaften, die unter Inflation und sinkendem Lebensstandard am meisten leiden.
- Die chaotische Funktionsweise liberaler Oligarchien bringt diplomatisch inkompetente Eliten hervor und damit massive Fehler in der Bewältigung des Konflikts mit Russland oder China. Diese strukturelle Dysfunktion verdient es, dass wir uns ein wenig mit ihr beschäftigen.

Das absolut Einmalige an den westlichen Oligarchien ist, dass ihre Institutionen und Gesetze sich nicht verändert haben. Formal betrachtet haben wir es immer noch mit liberalen Demokratien zu tun, ausgestattet mit allgemeinem Wahlrecht, Parlamenten und manchmal mit gewählten Präsidenten und freier Presse. Demokratische Sitten hingegen sind verschwunden. Die besser gebildeten Schichten halten sich für intrinsisch besser und wie gesagt weigern sich die Eliten, ein Volk zu vertreten, dessen Verhalten in den Bereich des Populismus verbannt wird. Würden wir erwarten, dass ein solches System harmonisch und natürlich funktionieren könnte, lägen wir ziemlich falsch. Die Menschen

bleiben alphabetisiert, und die Grundlage des allgemeinen Wahlrechts wird zwar von der neuen Bildungsschicht überlagert, ist aber immer noch lebendig. Die oligarchische Dysfunktion der liberalen Demokratien muss also geordnet und kontrolliert werden. Was bedeutet das? Ganz einfach, dass, obwohl die Wahlen weiterbestehen, das Volk von der wirtschaftlichen Verwaltung und der Verteilung des Wohlstands ferngehalten werden muss, mit einem Wort: getäuscht. Für die politischen Klassen bedeutet dies viel Arbeit, wenn nicht sogar *die Arbeit*, der sie sich vornehmlich widmen. So kommt es zur Hysterisierung rassistischer oder ethnischer Probleme und zum wirkungslosen Geschwätz über gleichwohl wichtige Themen: Umweltschutz, die Stellung der Frauen oder globale Erwärmung.

All dies steht in einem negativen Verhältnis zur Geopolitik, zur Diplomatie und zum Krieg. Völlig in Beschlag genommen durch ihre neue Beschäftigung – Wahlen zu gewinnen, die zwar nichts anderes mehr sind als Theaterstücke, die aber dennoch, wie das wahre Theater, spezifische Kompetenzen und Einsatz erfordern –, haben die Mitglieder der politischen Klassen im Westen nicht mehr die Zeit, sich im Umgang mit internationalen Beziehungen zu üben. So betreten sie die große Weltbühne ohne jegliche notwendige Grundkenntnisse. Schlimmer noch: Sie sind daran gewohnt, zu Hause über die weniger Gebildeten zu triumphieren, zwar mühsam, aber meistens mit Erfolg (denn das ist ihr Job), fühlen sich dadurch in ihrer intrinsischen Überlegenheit bestätigt und finden sich nun gegenüber echten Gegnern wieder, die sie kaum beeindrucken können und die ihrerseits die Zeit hatten, über die Welt nachzudenken und zugegebenermaßen keine solche Energie in die Vorbereitung der russischen Wahlen stecken mussten oder in die internen Kräfteverhältnisse der chinesischen Kommunistischen Partei. Allmählich beginnen wir, die reale technische Unterlegenheit Joe Bidens oder Emmanuel Macrons gegenüber Wladimir Putin oder Xi Jinping zu erkennen und ihre Gründe zu verstehen.

Ein unumkehrbarer Prozess

Die neue Bildungsschicht hat tatsächlich Bessergebildete hervorgebracht, die der Bevölkerung mit Volks- und Realschulabschluss Verachtung entgegenbringen, während diese wiederum ihnen misstrauen. Die Degeneration liberaler Demokratien beschränkt sich jedoch nicht nur auf einen Krieg der oberen Gesellschaftsschicht gegen die untere. In direkter Verbindung mit dem massiven Anstieg des Lebensstandards hat die Bildungsschicht Glaubenssätze und kollektive Kräfte platzen lassen. Jenseits des Gegensatzes zwischen Populismus und Elitarismus lässt sich das Phänomen einer sozialen Fragmentierung ausmachen, des Pulverisierens von Identitäten, das alle Ebenen der Gesellschaft berührt.

Der Autor, der diesen Zerfall in der Politik, wie mir scheint, am besten erspürt und beschrieben hat, ist Peter Mair in *Ruling the Void*.¹⁴ Eine seiner interessantesten Intuitionen besagt, dass bei einer allgemeinen Fragmentierung, in einer Situation des Vakuums, der Staat an Macht gewinnt. Das ist logisch. Wenn die Gesellschaft zu Individuen zerfällt, erhält der Staat eine besondere Bedeutung.

Die Religion, oder vielmehr ihre Auflösung, steht, wie ich weiter oben gesagt habe, im Zentrum meines Modells. Das Christentum war die ursprüngliche religiöse Matrix all unserer späteren kollektiven Überzeugungen: überall in Europa, sei es in Nationen oder innerhalb von Klassen; in Frankreich speziell im Radikalsozialismus, im Sozialismus, im Kommunismus und Gaullismus; in Großbritannien in der Arbeiterbewegung und im Konservatismus; in Deutschland in der

Sozialdemokratie, im Nationalsozialismus und natürlich der Christdemokratie. In Amerika strukturierte die protestantische Religion das soziale Leben im Zusammenspiel mit rassistischen Überzeugungen. Solche kollektiven Ersatzglaubensmuster wurden mit dem stückweisen Zerfall der christlichen Religion in der ersten Zeit zwischen dem 18. und 20. Jahrhundert erschaffen. Ich habe die Geschichte der Dechristianisierung oder Säkularisierung in *L'Invention de l'Europe* («Die Erfindung Europas») nachgezeichnet, indem ich das Nachlassen von Kirchenbesuchen und der Neueinstellungen von Priestern gemessen habe: erster Rückgang um die Hälfte des Katholizismus in der Mitte des 18. Jahrhunderts im Pariser Becken, an der französischen Mittelmeerküste, im Süden Italiens, in Mittel- und Südspanien und Portugal; zweiter Rückgang, dieses Mal der des gesamten Protestantismus, zwischen 1870 und 1930; dritter und endgültiger Rückgang dessen, was vom Katholizismus übrig war, ab 1960 zugleich in Süddeutschland und dem Rheinland, in Belgien, dem Süden der Niederlande, der Peripherie Frankreichs, im Norden der Iberischen Halbinsel, Norditalien, der Schweiz und Irland. Ein solches Absacken religiöser Einbettung und Praxis führte zu einem ersten, *zombieartigen* Zustand der Säkularisierung, in dem der Kern der Sitten und Werte der verschwundenen Religion weiterbestand (insbesondere die Fähigkeit zu kollektivem Handeln).¹⁵ Das Konzept des Zombiekatholizismus, entworfen zum Verständnis der relativen Dynamik bestimmter Regionen in Frankreich in den Turbulenzen der Globalisierung und zur Ausdeutung der Karte der Unterstützungsbekundungen für *Charlie* im Jahr 2015, erweist sich als ganz allgemein anwendbar. Jedoch ist der Zombiezustand einer Religion nur die erste Phase der Säkularisierung, die man nicht als einen wahrhaft postreligiösen Zustand beschreiben kann. Zu diesem Zeitpunkt tauchen Ersatzglaubensmuster auf, zumeist starke politische Ideologien, die die Menschen organisieren und strukturieren, wie es zuvor die Religion tat. Auch wenn die Gesellschaften vom Verschwinden Gottes erschüttert wurden, blieben sie dennoch kohärent und handlungsfähig. Der oftmals klar nationalistische Nationalstaat bildet typischerweise die Manifestation eines Zombiezustands der Religion, mit der Einschränkung, dass es dem Protestantismus noch vor seinem Verschwinden gelang, Nationalstaaten hervorzubringen. Er war immer schon eine nationale Religion gewesen, und seine Pastoren waren im Grunde Funktionäre.

Der Zombiezustand ist jedoch noch nicht das Ende dieses Wegs. Von der Religion geerbte Sitten und Werte verblassen oder platzen und verschwinden schließlich; und dann, aber nur dann, tritt ein, was wir im Begriff sind zu erleben: das absolute religiöse Vakuum, mit Menschen, die aller Ersatzglaubensmuster beraubt sind. Ein Nullzustand der Religion. Dies ist der Augenblick, in dem sich der Nationalstaat in fragmentierte Gesellschaften auflöst, von denen man sich nicht mehr vorstellen kann, dass sie als Staat effektiv handeln, und in dem die Globalisierung siegt. Ich spreche lieber vom »Mensch, der aller Ersatzglaubensmuster beraubt ist« anstelle von »befreit«, weil er sich durch die Leere eher reduziert denn gewachsen empfindet.

Die Dauer des Prozesses zeigt, wie sehr er in seinem Kern die Unumkehrbarkeit seiner selbst und seiner Konsequenzen trägt. Die ursprüngliche religiöse Matrix war zwischen dem Ende des Römischen Reichs und dem zentralen Mittelalter allmählich errichtet und anschließend durch die protestantische Reform und die katholische Gegenreform endgültig verdichtet worden. Wenn es nun zu einem religiösen Nullzustand gekommen ist, der das Nationalgefühl, die Arbeitsethik, die strenge Vorstellung von gesellschaftlicher Moral, die Opferbereitschaft gegenüber der Allgemeinheit, all

diese Dinge, deren Abwesenheit die Anfälligkeit des Westens im Krieg ausmachen, hat verschwinden lassen, dann wird klar, dass sie nicht in den nächsten fünf Jahren wiedererstehen werden, in dem Zeitraum, den ich den Russen gegeben habe, um ihren Krieg abzuschließen.

Religion im Aktiv-, Zombie- und Nullzustand

Wie charakterisiert man den Nullzustand einer Religion? Die das soziale Leben, die Moral und das kollektive Handeln bestimmenden Werte dieser Religion zählen, wie gesagt, nicht mehr. Der soziale und moralische Raum, den sie einst beherrschte, bürgt dafür, dass der Nullzustand zahllose Bereiche trifft: nicht nur Arbeit und Nation, sondern auch familiäres und sexuelles Verhalten, die Kunst wie auch die Beziehung zum Geld. Trotzdem gibt es eine recht simple empirische Methode, um die drei Phasen – Aktiv-, Zombie- und Nullzustand – der christlichen Religion mit all ihren Verzweigungen voneinander zu trennen und die Übergänge von einer Phase in die andere zu markieren. Im aktiven Zustand ist der Besuch des Sonntagsgottesdienstes rege. Im Zombiezustand ist er verschwunden, aber die drei Übergangsriten, die Geburt, Ehe und Tod begleiten, bleiben in das christliche Erbe eingebettet. Eine christliche Zombiebevölkerung geht nicht mehr zur Messe, fährt jedoch mehrheitlich damit fort, ihre Kinder zu taufen, wie auch der Großteil derjenigen mit protestantischer Konfession, wo die Taufe von Neugeborenen nicht den gleichen zentralen Stellenwert hat wie im Katholizismus. Am anderen Ende eines Lebens lehnt die christliche Zombiegesellschaft eine Einäscherung weiterhin ab, wie die Kirche dies seit Langem tut. Der christliche Nullzustand ist also durch das Verschwinden der Taufe gekennzeichnet und einen massiven Anstieg von Einäscherungen. All das erleben wir.

Und dann gibt es noch die Ehe. Die zivile Ehe in der Zombieperiode behält in ihren Verpflichtungen und in Bezug auf die Fortpflanzung die wesentlichen Merkmale der christlichen Ehe. Der Anthropologe hat also gewissermaßen die Möglichkeit, ein offizielles Datum für das Verschwinden christlicher Eheformen zu verorten, und zwar in der Einführung der »Ehe für alle«. Wenn die Ehe zwischen Personen gleichen Geschlechts als gleichwertig betrachtet wird mit der Ehe zwischen Personen unterschiedlichen Geschlechts, dann können wir bestätigen, dass die betreffende Gesellschaft einen Nullzustand der Religion erreicht hat.

Hierbei geht es wohlgerne keinesfalls darum, die Polemiken wieder aufzugreifen, die die Legalisierung der »Ehe für alle« begleitet haben, sondern darum, dem absoluten Ende des Christentums als einen hervorstechenden anthropologischen Marker kühl entgegenzublicken. In den Niederlanden ist es: 2001. In Belgien: 2003. In Spanien und Kanada: 2005. In Schweden und Norwegen: 2009. In Dänemark: 2012. In Frankreich: 2013. Im Vereinigten Königreich: 2014 (aber in Nordirland erst 2020). In Deutschland: 2017. In Finnland: ebenfalls 2017. Was die USA betrifft, so wurde sie in Massachusetts bereits 2004 legalisiert, aber landesweit erst 2015 eingeführt.

Man kann die 2000er-Jahre also als die Jahre des effektiven Verschwindens des Christentums im Westen definieren, und zwar präzise und absolut. Auch eine Konvergenz zwischen dem Fehlen von Katholiken und Protestanten lässt sich feststellen. Osteuropa ist nicht betroffen und in Italien gibt es durch den Vatikan immer noch nur die Zivilehe.

Die nihilistische Flucht nach vorn

Eine der großen Illusionen der Sechzigerjahre – zwischen der angloamerikanischen sexuellen Revolution und dem französischen Mai 68 – bestand darin zu glauben, dass der Mensch, ist er erst vom Kollektiv befreit, wachsen würde (*mea culpa, mea maxima culpa!*). Es verhält sich genau umgekehrt. Der Einzelne kann nur innerhalb und durch eine Gemeinschaft wachsen. Allein ist er von Natur aus dazu verdammt, kleiner zu werden. Jetzt, da wir als Menge von metaphysisch-schöpferischen und abgeleiteten, von kommunistischen, sozialistischen oder nationalen Glaubensmustern befreit sind, erfahren wir eine Leere und schrumpfen. Wir werden zu einer großen Menge mimetischer Zwerge, die nicht mehr wagen, selbst zu denken – sich allerdings als ganz genauso intolerant erweisen wie die Gläubigen von früher.

Eigentlich sind kollektive Glaubensmuster nicht nur von Individuen geteilte Ideen, die es ihnen erlauben, gemeinsam zu handeln. Sie strukturieren sie. Indem der Glaube ihnen moralische Regeln einprägt, die von anderen gutgeheißen werden, verändert er sie. Diese Gesellschaft, die im Inneren des Individuums wirkt, ist das, was die Psychoanalyse das Über-Ich nennt. Heutzutage hat dieses Konzept einen schlechten Ruf: Es erinnert an eine unsympathische Kontrollinstanz, welche die »persönliche Entwicklung« zurückhält und verhindert. Doch im Geiste Freuds und einiger anderer ist das Über-Ich auch ein Ichideal, das es dem Individuum ermöglicht, sich über seine unmittelbaren Wünsche zu erheben, um besser zu sein und mehr als man selbst. Vor dem freudianischen Ichideal gab es noch das »Gewissen«, und dieses implizierte die Existenz von anderen. Auf sein Gewissen zu hören, Gewissensforschung zu betreiben, waren Imperative christlichen Ursprungs. Im Zombiezustand der Religion blieb die Gesellschaft in der Lage, dem Individuum ein Ichideal zu injizieren, und das Konzept des Gewissens blieb voll und ganz aktiv.

Natürlich schematisiere ich, ich übertreibe, indem ich starke Tendenzen als vollständig realisiert darstelle.

Der religiöse Nullzustand bringt einen luftleeren Raum zum Ausdruck und ein tendenziell schwächelndes Über-Ich. Er definiert nichts, definiert das Nichts, jedoch für ein menschliches Wesen, das trotz allem nicht aufhört zu existieren und weiterhin Angst vor der menschlichen Endlichkeit verspürt. Diese Negation, dieses Nichts bringt also doch etwas hervor, Reaktionen aller Arten: einige bewundernswert, andere dumm, wieder andere abscheulich. Der Nihilismus, der das Nichts vergöttert, scheint mir darunter noch die banalste zu sein.

Er ist im Westen allgegenwärtig, in Europa wie auch in Übersee.

Er verbreitet sich in den anthropologischen individualistisch-nuklearen Systemen in Frankreich und vor allem im angloamerikanischen Raum – wo keine familiären Rahmenbedingungen übrigbleiben – in seiner vollendeten Form. Die Spuren von Zombie-Stammfamilien (in Deutschland und Japan) oder von Zombie-kommunitären Familien (in Russland) sind dennoch irgendwie »mehr« als die individualistische Kernleere. Daher erstaunt es kaum, wenn die angloamerikanische Welt, charakterisiert durch einen Nullprotestantismus innerhalb eines absoluten Kernfamilienmilieus, aktuell Schauplatz der offenkundigsten Manifestationen des Nihilismus ist, wie wir bald sehen werden. Doch beginnen wir damit zu untersuchen, wie Kontinentaleuropa, wo nach wie vor komplexere familiäre Formen bestehen, angesichts des Krieges jede Willenskraft verlieren konnte.

Kapitel V

Der assistierte Suizid Europas

Europa sieht sich in einen selbstzerstörerischen Krieg involviert, der seinen Interessen diametral zuwiderläuft, und das, obwohl seine Befürworter uns seit mindestens dreißig Jahren eine Europäische Union verkaufen, die sich stets erweitert und dank des Euros eine autonome Macht als Gegengewicht zu den Giganten China und USA werden sollte. Die Europäische Union ist hinter der NATO verschwunden und den Vereinigten Staaten inzwischen stärker unterworfen als je zuvor. Ich habe es bereits gesagt: Die Achse Berlin–Paris ist verdrängt worden durch eine von Washington gesteuerte London–Warschau–Kiew-Achse, die durch die skandinavischen und baltischen Länder verstärkt wird, welche zu direkten Satelliten des Weißen Hauses oder des Pentagons geworden sind.

Angst war als erste Reaktion der Europäer angesichts der Invasion in die Ukraine durchaus verständlich. Unter allen Beteiligten löste die Rückkehr des Krieges einen großen Schock aus; und auf Seiten der russischen Führung hatte die Entscheidung, auf Waffen zurückzugreifen, einen dramatischen Anstrich, den wir verstehen sollten, nicht in der Absicht, sie freizusprechen, sondern um ihre folgenden Entscheidungen besser einschätzen zu können und ihre künftigen Schritte zu antizipieren. Im westlichen Europa vertraten zu diesem Zeitpunkt Tausende von verantwortlichen Politikern, Journalisten und Akademikern, die es gewohnt waren, unter sich zu sein, einen dauerhaften, neokantianischen Frieden; eher waren sie Zuschauer als eigentliche Akteure in der Geschichte, zu der Krieg dazugehört; schlimmer noch, sie durchquerten die Geschichte wie Touristen, gaben sich Mühe, ein Europa aus Worten zu errichten, und täuschten ihre Völker, als spielten sie abends in den Ferien Monopoly. Der Ausbruch der Realität rief bei ihnen unmittelbar eine absurde Reaktion hervor, von der sie glaubten, sie würde ihnen den Krieg ersparen, während sie ihn in Wahrheit beförderte, ihn ausweitete. Es verstand sich wie von selbst, dass die westlichen Sanktionen Russland in die Knie zwingen würden. Die Selbstzufriedenheit unserer Eliten, die sich auf das durch sie verkörperte soziale System erstreckt, war aufrichtig. Der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire spielte sich am 1. März 2022 auf France Info mit folgenden Worten auf: »Die Sanktionen sind effizient, die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen sind sogar beängstigend effizient. [...] Wir werden den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft herbeiführen. « Das Schlimmste ist gar nicht, dass sie damit scheiterten, sondern dass unsere Politiker nicht in der Lage waren vorherzusehen, dass sie weit davon entfernt waren, den Krieg einzudämmen, sondern ihn vielmehr auf die ganze Welt ausweiten würden. So wie Nicolas Mulder es einen Monat vor dem Konflikt in *The Economic Weapon. The Rise of Sanctions as a Tool of Modern War*¹ darlegte, brachten die Sanktionen, die zwischen 1914 und 1918 beschlossen und umgesetzt worden waren – eine Blockade der Mittelmächte durch die Alliierten, die Hunderttausende von Todesopfern forderte –, es zwangsläufig mit sich, dass die neutralen Länder Partei ergriffen. Ein Land von 17 Millionen Quadratkilometern, das sich zwischen Polen und China mit Europa und mit Asien überschneidet, einer Blockade zu unterwerfen, verwandelte die moderate »militärische Spezialoperation«, die Russland ausgelöst hatte, um eine Grenzkorrektur zu erwirken und zu verhindern, dass die Ukraine sich der

NATO anschloss, schlagartig in einen Dritten Weltkrieg. Ich bezweifle, ob Bruno Le Maire, der an unseren Elitehochschulen ausgebildet wurde und Romanautor ist, sich dessen bewusst war. Einzig eine militärische Weltmacht, die Vereinigten Staaten, hätte auf westlicher Seite einen Weltkrieg führen können. Die Sanktionsmaßnahmen markierten also für sich genommen schon das Ende Europas. Allerdings hatten die europäischen Politiker auch exzellente Gründe für einen Suizid der Europäischen Union.

Der selbstzerstörerische Charakter der Sanktionen kam bald in einem massiven Anstieg der Inflationsrate zum Tragen, die sich in Russland gar nicht und in den USA nur gering niederschlug. Dass diese Politiker es ablehnten, sich die energiewirtschaftliche Abhängigkeit unseres Kontinents bewusst zu machen, zeugt von einer absolut bemerkenswerten oligarchischen und liberalen Seelenruhe. Unter einer Inflation leiden die Schwachen, im vorliegenden Fall unter einem Preisanstieg, wie es ihn seit den späten Vierzigerjahren nicht mehr gegeben hat. Eine Kriegsinflation. Aber da der Nonegalitarismus grundsätzlich in der Natur unseres Sozialsystems liegt und zunehmend verstärkt wird, sollten wir nicht überrascht sein. Das eigentliche Problem ist weitaus gravierender. Der Abbruch der russischen Gasversorgung und der Anstieg der Energiekosten gefährden das, was von unserer Industrie übrig ist, und führen uns auf die Suizidhypothese zurück. Die Handelsbilanz der Eurozone ist von einem positiven Wert von 116 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf den Negativwert von 400 Milliarden im Jahr 2022 gesunken.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Kosten des Krieges für Europa eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland einschließen, darunter Zwangsschließungen von Niederlassungen europäischer Unternehmen, die dort angesiedelt sind, eine Maßnahme, die besonders Frankreich trifft. Der allgemeine Jubel, mit dem die Journalisten unserer Presse, allen voran *Le Monde*, sich daran machten, die Überreste französischer Unternehmenstätigkeiten in Russland zu verfolgen, wie die der Auchan-Warenhauskette, ohne sich dabei allzu sehr um die Energiegewinne unserer amerikanischen – oder mehr noch norwegischen – Alliierten zu scheren (2021 war Norwegen weltweit der viertgrößte Erdgasexporteur), war verblüffend. Manchmal erweckt unsere Presse den Eindruck, als läge ihr Augenmerk nicht auf der Zerstörung der Wirtschaft Russlands, sondern auf derjenigen Frankreichs. Man denkt an ein Kind, das vor Wut sein eigenes Spielzeug kaputtmacht. Und der Ausdruck »wirtschaftlicher Nihilismus« kommt einem in den Sinn.

Anfangs konnte man durchaus spüren, dass die französische Regierung, und mehr noch die deutsche, Vorbehalte hatte, sich zu früh in den Krieg zu stürzen. Bundeskanzler Scholz widerstand eine Zeit lang dem vereinten Druck der deutschen Presse, der Amerikaner und seiner europäischen Nachbarn; auch Emmanuel Macron widerstand der Presse kurz und redete ohne Unterlass mit Putin – so oft, dass er die russische Sprache zu einem neuen Verb inspirierte, *macronieren*, »reden, um nichts zu sagen«, mit seiner ukrainischen Variante »seiner Beunruhigung Ausdruck verleihen und nichts tun«. Doch Stück für Stück wurden diese Vorbehalte zerstreut und die beiden Länder, die im Herzen der EU liegen, haben zumindest dem Anschein nach alles akzeptiert. Die Deutschen schickten Leopard-Panzer; die Franzosen lieferten Scalp-Raketen. Die letzten Reserven wurden zusammengekratzt, und das, obwohl es zu einem außergewöhnlichen Vorfall kam: der Sabotage der Nord Stream-Pipeline. Ich für meinen Teil stimme der Rekonstruktion der Fakten zu, die Seymour Hersh vornahm, da sie bislang die einzig wahrscheinliche Darstellung ist: Das Attentat wurde von den Amerikanern beschlossen und

mit norwegischer Hilfe durchgeführt.

Die Mitwirkung Norwegens überrascht kaum. Lässt man sein energiewirtschaftliches Interesse einmal beiseite, dann hat dieses Land, das sich weigerte, der Europäischen Union beizutreten, aber zu den Gründungsmitgliedern der NATO zählt, eine lange und sehr ehrenhafte Tradition militärischer Zusammenarbeit mit der angloamerikanischen Welt. Sie reicht bis in den Zweiten Weltkrieg zurück, als seine zivile Flotte nach der deutschen Invasion in Scharen auf die britische Seite wechselte und eine beachtliche Rolle in der Schlacht auf dem Atlantik spielte. Seit der Unterbrechung der russischen Gaslieferungen ist nun Norwegen zu einem der größten Gaslieferanten der EU geworden. Sein Handelsüberschuss ist kolossal.

Dass die Deutschen, ohne mit der Wimper zu zucken, akzeptiert haben, dass ihr Beschützer ein wesentliches Element ihrer Energieversorgung sprengt, war ein Akt ungeheurer Unterwerfung. Zweifellos verbirgt sich hinter dem deutschen Schweigen auch vorsichtiger Attentismus, der sich alle Möglichkeiten offenhält.

Die Monate vergingen und das Rätsel eines westlichen Europas, das zwar nicht der Hauptwaffenlieferant der Ukraine ist, aber dennoch die wirtschaftliche Hauptlast des Krieges trägt, wurde immer größer. Seit dem Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive vom 4. Juni 2023, die mit unzureichender Bewaffnung und ohne Luftdeckung durchgeführt wurde – westliche Schwäche verpflichtet –, wissen wir, dass Russland nicht besiegt werden wird. Warum also sich in einem endlosen Krieg einrichten? Die Sturheit europäischer Politiker ist faszinierend. Die offiziellen Kriegsziele beruhen auf einer abwegigen Sicht der Realität. Ich muss ein historisches Problem lösen, ohne den »emotionalen« Modus zu bedienen, der die Medien beherrscht, und der gleichermaßen gewisse Politiker wie unsere Bevölkerung blendet: Warum haben sich die Europäer, besonders das Europa der sechs Gründerstaaten, ohne militärische Bedrohung in einen Krieg begeben, der ihren Interessen so zuwiderläuft und dessen offizieller Zweck moralisch zweifelhaft ist?

Noch einmal: Russland stellt für das westliche Europa *keinerlei* Bedrohung dar. Als konservative Macht wünscht es (im Jahr 2022 genau wie 1815) die wirtschaftliche Partnerschaft mit Europa, namentlich mit Deutschland. Wie ich betont habe, war es *erleichtert*, sich 1990 seiner Satelliten-Volksdemokratien entledigen zu können, vor allem von Polen, das eine existenzielle Belastung darstellte. Es *weiß* um seine fehlenden demografischen und militärischen Mittel für eine Expansion nach Westen; das langsame Vorgehen in der Ukraine demonstriert es.

Um sich davon zu überzeugen, dass die russische Bedrohung einer Fantasie entspringt, genügt die Beobachtung, dass Donezk, die Großstadt im Donbass, 100 Kilometer vor der russischen Grenze liegt, 1 000 Kilometer von Moskau entfernt, 2 000 Kilometer von Berlin, 3 000 Kilometer von Paris, 3 200 Kilometer von London und 8 400 Kilometer von Washington. Russland kämpft an seiner eigenen Grenze. Ein unvoreingenommener Blick auf die Karte bestätigt, dass es einen Defensivkrieg gegen eine offensive westliche Welt führt, wie die russische Führung versichert.

Das offizielle Ziel der Ukraine und damit derer, die sie unterstützen, ist es, die von Russen bevölkerten Gebiete der Krim und des Donbass wieder der Regierungsmacht in Kiew zu unterstellen. Warum hat sich Europa, der Kontinent des Friedens, technisch für etwas eingesetzt, das zukünftige Historiker als Aggressionskrieg bezeichnen werden? Zugegeben, eine Aggression der besonderen Art: Man entsendet keine Armee, sondern gibt sich damit zufrieden, Material und Geld bereitzustellen,

während die Bevölkerung der Ukraine, ob militärisch oder zivil, geopfert wird. Im vorangegangenen Kapitel habe ich einen Nullzustand der Religion beschrieben. Hier nun kommt mir die Hypothese eines Nullzustands der Moral in den Sinn, in Westeuropa erzeugt durch die Auslöschung des kollektiven Zombieglaubens. Der neokantianische Friede scheint letztlich ein ganzes Stück von der Moral Kants entfernt zu liegen.

Allerdings hat sich Europa in diesen Krieg mit seinen Absurditäten und Ungereimtheiten nicht aus Zufall gestürzt, aus Dummheit oder aus Versehen. Irgendetwas hat es getrieben. Und nicht alles ist die Schuld der Vereinigten Staaten. Dieses Etwas, das ist seine eigene Implosion. Das Projekt Europa ist tot. Ein Gefühl soziologischer und historischer Leere hat unsere Elite und unsere Mittelschicht beschlichen. In dieser Situation wirkte die russische Attacke gegen die Ukraine fast wie ein Glücksfall. Die Leitartikel der Medien machten daraus kaum einen Hehl: Putin gab der europäischen Konstruktion mit seiner »militärischen Spezialoperation« wieder Sinn; die EU brauchte einen

einen äußeren Feind, um neu zusammengeschweißt zu werden und wieder in Gang zu kommen. Diese optimistische Rhetorik verbarg eine dunklere Wahrheit. Die EU ist ein unkontrollierbares und buchstäblich irreparables Kraftwerk. Ihre Institutionen laufen leer, ihre Einheitswährung hat zu einem unumkehrbaren inneren Ungleichgewicht geführt; ihre Reaktion auf die »Bedrohung« Putins zeugt nicht zwangsläufig von einer Anstrengung sich wieder aufzuraffen, sondern vielleicht im Gegenteil von einem suizidären Reflex: Die Reaktion ist Ausdruck einer unausgesprochenen Hoffnung, dass dieser endlose Krieg letzten Endes alles explodieren lässt. Nachdem sich unsere Eliten an einer dysfunktionalen Maastricht-Maschinerie abgearbeitet haben, könnten sie so ihre Verantwortung auf Russland abwälzen; ihr geheimer Wunsch wäre, dass der Krieg Europa von sich selbst befreit. Putin wäre ihr Retter, ein erlösender Teufel.

Die neue Rolle, die die USA zurzeit in Europa spielen, nämlich die EU bei ihrem militärisch assistierten Sterben zu unterstützen, hat auch etwas Überraschendes. Amerika, das durch vierzig Jahre Neoliberalismus verarmt ist (wie wir in den Kapiteln VIII bis X sehen werden), das seit der Trump-Episode, die noch nicht vorüber ist, einigermaßen lächerlich und besorgniserregend dasteht, dieses Amerika ist in keinem einzigen Bereich mehr eine glaubwürdige Führungsmacht. Seit 1985 sind gleichermaßen die deutschen, französischen und italienischen Kindersterblichkeitsraten niedriger als die amerikanische. Bereits 1993 ließen die Lebenserwartungen dieser drei Länder (die wichtigsten Nationen der ursprünglichen europäischen Gruppierung) die der USA hinter sich. Das Gefühl, dass Amerika einen relativen Abschwung erlebte, war eine der treibenden Kräfte hinter Maastricht gewesen und weckte bei den Europäern den Wunsch nach Autonomie und sogar Macht.

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine regiert Amerika also standardmäßig weiter, und zwar auch dank einer technologischen List der Geschichte. Zwei Aspekte des europäischen Suizids sollten genauer untersucht werden. Zunächst der Machtverzicht des deutschen Giganten und dann der Freiheitsverzicht der gesamten europäischen Elite. Der Fall Deutschlands wird uns wieder zur Anthropologie zurückführen, der Fall der europäischen Eliten macht es erforderlich, die Kontrollmechanismen über die Menschen zu erforschen, welche die finanzielle Globalisierung hervorgebracht hat.

Deutschland, eine Maschinengesellschaft

Alle Voraussetzungen schienen für Deutschland dazu geschaffen worden zu sein, nach seiner Wiedervereinigung und dem Anstieg seiner Finanzkraft während der Krise 2007/08 in Europa eine Führungsrolle zu übernehmen und gegenüber den USA auf Abstand zu gehen. Dies war der Weg, den es 2003 während des Irakkriegs einzuschlagen schien, obwohl es die EU nicht beherrschte. Doch im Jahr 2022 lag es wirklich flach. Seit Beginn des Ukrainekrieges musste kein anderes Land dickere Kröten schlucken. Der einzigartige Kurs dieses widerstrebenden und kleinmütigen Hegemonen erfordert ein wenig Reflexion.

Zunächst sollten wir uns daran erinnern, dass der moralische und politische Verfall der mächtigsten Nationen des westlichen Kontinents zur gleichen Zeit geschahen wie der aller anderen. Der fundamentale Irrtum der Maastrichtler (und übrigens auch der Anti-Maastrichtler) bestand in dem Glauben, dass Europa die Überwindung des Nationalen herbeiführen würde, indem es eine

übergeordnete Größe schaffen würde, die natürlich multi-postnational wäre, aber dennoch Substanz hätte. Weder die einen noch die anderen verstanden zu dieser Zeit, dass der innere soziologische Motor des Projekts ebenjene spontane Auflösung der Nationen innerhalb des Vakuums war, das Peter Mair und andere Autoren beschreiben, und dass das Europa des Euros nur die hochskalierte Version dessen sein konnte, was die Nationen selbst wurden: fragmentierte Aggregate, bevölkert von apathischen Bürgern und unverantwortlichen Eliten. Ein immenses fragmentiertes Aggregat.

Der erste europäische Nihilismus nahm die Form einer Negation von Völkern und Nationen an sowie nebenher die eines Rückbaus des Industriearrangs in der Peripherie des Euros. Und all das, um ein politisches Objekt zu errichten, das inexistent war und auch nicht existieren konnte.

Der Auflösungsprozess von Nationen, der einen Zerfall des gesamten europäischen Gefüges erzeugte, hat nicht verhindert, dass gewisse Nationen, wie etwa Deutschland, sich als widerstandsfähiger erwiesen haben als andere.

Die deutsche Gesellschaft ist nicht individualistisch. Seine anthropologische Grundlage ist, wie gesagt, die autoritäre und nicht egalitäre Stammfamilie, die man heute als Zombiestammfamilie beschreiben kann, denn obgleich die Bauernfamilie schon weit in der Vergangenheit liegt, bestehen doch einige ihrer Werte weiter, und das schon länger als der Protestantismus oder der Katholizismus. Trotz des Verschwindens der großen Religionen und der Ideologien, die ihnen gefolgt waren, bestehen in Deutschland mentale Gewohnheiten der Disziplin, Arbeit und Ordnung fort. Daher konnte es sich während der Globalisierung seine industrielle Effizienz besser bewahren. Selbst wenn also das Ideal der Nation überall schwindet, *was in Deutschland genauso der Fall ist*, so hat dieses dennoch Osteuropa um sich herum neu organisiert. Die Amerikaner hatten, als sie seiner Einheit zugestimmt und dem Osten Raum zur industriellen Expansion geboten hatten, keinen Moment damit gerechnet, dass ein wirtschaftlicher Gigant wiedererstehen würde, nachdem die ehemaligen Volksdemokratien dank Präsident Clinton vom Status ideologisch-politischer Satellitenstaaten Russlands zu wirtschaftlichen und ebenso demografischen Satellitenstaaten Deutschlands wurden. Für ein Deutschland in tiefgreifend demografischer Depression waren die arbeitsfähigen, im Kommunismus gut ausgebildeten Menschen aus dem Osten ein Geschenk der Geschichte.

Deutschland ist nicht nationalistisch, es hat keinerlei Machtprojekt, was seine sehr unzureichende Geburtenrate von maximal 1,5 Kindern pro Frau über einen langen Zeitraum zeigt.

Seine Wiedervereinigung und seine erneute Aufstellung im Zentrum des Kontinents haben die ehemaligen geoökonomischen Konditionen Europas jedoch wiederhergestellt. Deutschland fand in seine dominante Position zurück. Angesichts des geopolitischen Fortbestehens Deutschlands nach seiner Niederlage von 1918 hätte das Europa von 2020 Jaques Bainville fasziniert.²

Dadurch, dass Deutschland in seinem Wesen durch sein anthropologisches System unterstützt wurde, konnte es, wie gesagt, dem Sterben der Ideologien besser Widerstand leisten. Doch das Land ging nicht unversehrt aus diesem Prozess hervor. Denn dieser nahm eine einzigartige Form an: die Besessenheit von wirtschaftlicher Effizienz um ihrer selbst willen. Ein wenig, als wäre die deutsche, ihres Bewusstseins beraubte Gesellschaft zur Produktionsmaschinerie geworden. Eine Ideologie schlägt den Individuen ein gemeinsames Schicksal vor. Ganz anders hier. Nichts als eine Besessenheit von industrieller Adaption, die unter anderem beinhaltet, demografische Atonie durch einen massiven Zustrom von Immigranten wettzumachen, als würde man Kraftstoff in den Tank eines Wagens füllen.

Die Aufnahme von Zuwanderern durch Angela Merkel während der Flüchtlingskrise von 2015 geschah im Rahmen des fortgesetzten Bedarfs an Arbeitskräften, ohne dass man freilich das Vorhandensein moralischer Erwägungen ausschließen kann. Warum sollte man sich das Gefühl vorenthalten, gerecht und gut zu sein, wenn man zugleich das tut, was ökonomisch notwendig ist? Betrachten wir zum Beispiel die Gleichgültigkeit gegenüber der ethnischen Herkunft: Dass Deutschland die Ukrainer besser behandelt haben soll als die Syrer, ist nicht wahr. Unsere Analyse vom Tod der Ideologien, die durch die Episode von 2015 auf diese Weise bestätigt wurde, erlaubt die Feststellung, dass der Rassismus in Deutschland tot ist.

Die niedrige Geburtenrate hätte die deutsche Bevölkerung dem Untergang weihen müssen, wie es in Japan geschieht. Doch zwischen 2011 und 2022 ist sie im Gegenteil von 80,327 Millionen Einwohnern auf 84,358 Millionen gewachsen. 2011 gab es 73,985 Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft, bis 2022 sank die Zahl auf 72,034 Millionen, wobei dieser Rückgang auch die Eingebürgerten umfasst. 2011 gab es 6,342 Millionen Ausländer, aber 12,324 Millionen im Jahr 2022, was fast einer Verdopplung entspricht.³

Im Jahr 2022 nahmen Ukrainer, Rumänen, Polen, Kroaten und Bulgaren einen herausragenden Platz ein. Der Fall des Eisernen Vorhangs stellte letztlich der deutschen Industriewirtschaft die Erwerbsbevölkerung der ehemaligen Volksdemokratien zur Verfügung, meistens wurden sie vor Ort, in ihren eigenen Ländern angestellt, manchmal aber auch direkt in die deutsche Erwerbsbevölkerung aufgenommen.

Türkei	1 487 110
Ukraine	1 164 200
Syrien	923 805
Rumänien	883 670
Polen	880 780
Italien	644 970
Kroatien	436 325

Bulgarien	429 665
Afghanistan	377 240
Griechenland	361 270
Russland	290 615
Irak	284 595
Kosovo	280 850
Insgesamt	
Europäische Union	4 598 602
Andere europäische Länder	3 895 506
Andere (außereuropäisch)	3 830 087

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 2: Herkunftsländer der in Deutschland lebenden Ausländer im Jahr 2022⁴

Offenkundig passt sich die deutsche Gesellschaft an, sie transformiert sich. Wahrscheinlich zerfällt sie in Schichten und verhärtet sich. Die Mittelschicht schrumpft hier etwas schneller als anderswo in Europa, und auch die soziale Mobilität nimmt an beiden Enden der Sozialpyramide etwas schneller ab.

⁵ Die Hartz-Reformen der Jahre 2003 bis 2005 (unter Schröder) haben den Arbeitsmarkt aufgelockert und eine wichtige Gruppe unterprivilegierter Arbeitnehmer hervorgebracht, seien es Teilzeitbeschäftigte (häufig Frauen) oder prekär Beschäftigte (ebenfalls häufig Frauen). Ich tendiere zu der Annahme, dass die autoritären, nicht egalitären Werte der Stammfamilie die Triebfeder hinter

diesen Reformen waren. Jenseits von allem ideologischen Urteil war diese Anpassung auf jeden Fall ein wirtschaftlicher Erfolg, wenn auch der Großteil des Aufschwungs bereits 2001 erreicht war und vor allem damit zu tun hatte, dass die Bundesrepublik sich die DDR endgültig einverleibt hatte.

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dieses System instabil wäre oder mittelfristig unhaltbar. Die sehr niedrige Arbeitslosenquote im Kern der Industrie ermöglicht in diesem Stadium eine friedliche Integration der Zuwanderer, auch wenn das Wachstum der AfD, einer mit dem Rassemblement National verwandten politischen Kraft, allmählich ein Problem darstellt. Aber ein Problem heißt nicht, dass es keine Lösung gäbe. In der Geschichte tauchen immer wieder neue Gesellschaftsformen auf.

Im Verlauf der 2000er-Jahre agierte Deutschland mehr und mehr wie eine Maschinengesellschaft, indem es die wirtschaftlichen Probleme eines nach dem anderen löste, ohne dass die gleichermaßen symbolische wie realistische Vorstellung eines eigentlich nationalen Schicksals es geleitet hätte.

Im Jahr 2012, mit der Eröffnung der Nord-Stream-Pipeline (deren Bau 2005 begonnen hatte), ging es ein enges Energiebündnis mit Russland ein, wobei es sich darauf verließ, von den USA militärisch unterstützt zu werden. Die Vernachlässigung seines militärischen Instruments, der Bundeswehr, war sicherlich das Ergebnis einer bewundernswerten Hinwendung zur Idee des Friedens, aber auch ein Resultat der Entscheidung, an arbeitsfähigen Männern und Investitionen zu sparen, um zivile Exporte zu unterstützen. Deutschland trat in den Ukraine-Krieg also mit einer im Niedergang begriffenen Armee ein.

Diese Kombination unkoordinierter Handlungen ist kennzeichnend für eine Gesellschaft, der es an einem Gesamtkonzept für das fehlt, was sie tut. Allein die Lektüre einiger amerikanischer geopolitischer Texte hätte den deutschen Politikern zeigen können, dass die Vereinigten Staaten niemals eine Annäherung Deutschlands an Russland akzeptieren würden. Wie es Brzeziński in *The Grand Chessboard*⁶ (1997) sehr gut erklärt hat, lag das strategische Problem, das der Fall des Kommunismus für Washington darstellte, darin, dass die Präsenz der Amerikaner auf dem europäischen Kontinent oder in Asien sich nicht mehr rechtfertigen ließ. Eurasien hätte sich nun vereinen und Amerika an den Rand drängen können. Für die Strategen in Washington glich eine deutsch-russische Allianz einem absoluten Albtraum. Aus dieser Perspektive war das Verhalten Deutschlands, der neuen großen Wirtschaftsmacht auf dem Kontinent, die gleichermaßen ihre militärische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten wie auch ihre energiewirtschaftliche Abhängigkeit von Russland betonte, typisch für eine Maschinengesellschaft.

Aktive Nation, träge Nation

Da ich mit dem ungewöhnlichen Fall einer Nation konfrontiert bin, die eigentlich nicht mehr existieren sollte (sowohl gemäß dem in diesem Buch vorgeschlagenen Geschichtsmodell als auch gemäß der europäischen Theorie einer Überwindung der Nationen), die aber immer noch an Macht gewinnt, sehe ich mich an dieser Stelle gezwungen, eine konzeptuelle Neubestimmung vorzunehmen. Eine Nation ist ein Volk, das sich als solches durch einen kollektiven Glauben versteht, mit einer Elite, die es in diesem Sinne führt. Nun sollte man aber nicht denken, dass mit dem Verschwinden des kollektiven Glaubens an die Nation das Volk ebenfalls verschwände. Nur seine Handlungsfähigkeit schwindet. Das Volk bleibt bestehen. Selbst wenn Frankreich keine Eliten mehr hat, die diesen Namen

verdienen, keinen Glauben mehr an sich selbst hat, selbst wenn es den Vertrag von Maastricht unterzeichnet hat, seine Souveränität abgeschafft und sein kollektives Ideal unterdrückt hat, besteht das französische Volk doch weiterhin, trotz seiner selbst. Die Verdrängung Frankreichs als historischem Akteur lässt uns mit dem Problem eines französischen Volks zurück, das weiterhin ist, was es ist: das demonstriert, Unruhen anzettelt und nicht will, dass sein öffentlicher Dienst kaputtgespart und abgebaut wird. Die Ohnmacht einer Nation als historisch wirksamem Akteur erlaubte es uns, im Falle Frankreichs das geopolitische Verschwinden einer Nation festzustellen. Der Fall Deutschlands, wo sich das nationale Ideal verflüchtigt hat, doch wo irgendetwas augenscheinlich weiterhin wirtschaftliche Macht erzeugt, zwingt mich zurück zur Idee der vollständigen Auslöschung einer Nation. Ich werde daher eine bewusste, *aktive Nation* der *trägen Nation* gegenüberstellen, die ohne jegliches Bewusstsein ihrer selbst auf ihrer Bahn weiterläuft wie eine träge Masse, im physikalischen Sinn des Wortes. In Wahrheit ging mir diese Unterscheidung auf, als ich mit meinem Freund Hirohito Ohno, der Journalist bei *Asahi shimbun* war und heute seinen Garten in Azumino kultiviert, über Japan diskutierte. Denn Japan ist wie Deutschland ein Land der Zombiestammfamilie, das völlig ohne nationales Projekt weiterexistiert, mit derselben ökonomischen Besessenheit wie Deutschland

Fassen wir zusammen. Seit den 2000er-Jahren hörte Deutschland auf, eine aktive Nation zu sein, und wurde in Europa als träge Nation zeitgleich immer mächtiger. Der Stammfamiliencharakter des anthropologischen Hintergrunds hat dieses Paradox verschärft. In einem solchen System ist das Oberhaupt von Grund auf glücklos.

Vom Unglück, Staatsoberhaupt in einer Stammfamilien-Kultur zu sein

In Ländern mit individualistischer Kultur, wie den USA, England oder (Zentral-)Frankreich, ist an die Macht zu kommen nichts Problematisches, sondern ein Höhepunkt. Das Individuum als Oberhaupt ist ein verwirklichtes, vollkommenes Individuum und glücklich, Oberhaupt zu sein. In einer Stammkultur wie der deutschen oder japanischen läuft es anders. Ermöglichen die allgemeinen Bedingungen einer Gesellschaft, auf harmonische Art zu funktionieren, sind die Individuen einer jeden Ebene der Hierarchie abgesichert durch die Gegenwart irgendeiner Autorität über ihnen. Alle außer dem Oberhaupt, das durch keine absichernde Autorität mehr überragt wird. Das Unbehagen, das sie dann empfindet, plagt sie nicht sehr, solange das Land nicht zu stark wird: In aller Regel gibt es einen Fürsprecher auf internationaler Ebene, wo ihre eigene Entscheidungsgewalt unbedeutend ist. Man hüte sich jedoch vor den Herrschenden derjenigen Länder dieses Typs, die ihre Umgebung zu dominieren beginnen. Erinnern wir uns an die grundlegenden Werte der Stammfamilie: Autorität (des Vaters über die Söhne) und Inegalität (der Söhne untereinander). Die Ungleichheit der Brüder mutiert in eine Ungleichheit der Menschen und Völker. Aus der Autorität wird das Recht der Vormachtstellung gegenüber schwachen Völkern. Auf die Wahrnehmung internationaler Beziehungen übertragen, ergibt sich für das Oberhaupt eines sehr mächtigen Staates: Mein Land ist allen anderen überlegen und diese anderen haben zu gehorchen. Zwar fühle ich mich selbst dabei nicht gut: Ich muss alleine entscheiden, ohne eine übergeordnete Kontrollinstanz. Doch schließlich ist mein Land allen anderen überlegen, das ist ja schon etwas. Hütet euch, sage ich!

Im Fall der kommunitären russischen oder chinesischen Familie wird der Autoritarismus durch den

Egalitarismus korrigiert: Aus der Gleichheit der Brüder wird die Gleichheit der Menschen und Völker. Hier befindet sich die anthropologische Quelle zunächst des kommunistischen Universalismus und dann des allgemeinen Souveränismus Putins, der die Vision einer multipolaren Welt vorschlägt, in welcher allerdings jeder der gleichwertigen »Pole« in seiner Sphäre autoritär ist. Dass die Ukraine mit Russland gleichauf wäre, diese Idee ist der russischen Führung mit Sicherheit nicht einmal in den Sinn gekommen. Nach ihrem Verständnis werden die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew durch das Prinzip der Autorität bestimmt.

Kehren wir zurück zum Fall einer Stammnation, die an Macht gewinnt. Deutschland unter Wilhelm I. war dafür ein Idealtypus. Als erste Industriemacht des Kontinents zog es vereint, herrschend und herrisch Europa mit in seinen ersten Untergang. Die Personen, die es regierten, nicht nur Wilhelm II. und sein Gefolge, sondern auch die oberen deutschen Klassen, hatten den Kontakt zur Realität verloren. Die Oberhäupter wagten es, nicht nur Frankreich herauszufordern (wie üblich), sondern im gleichen Augenblick auch Russland und England (welche sie unterwegs als Zugabe noch durch die Vereinigten Staaten ergänzten), und schufen so ein Allianzsystem von unerhörter Macht gegen sich selbst. *Deutschland über alles*.

Dieses Unvermögen der Regierenden von Stammländern, mit Macht umgehen zu können, traf auch Japan, führte zum Angriff auf Pearl Harbor und brachte die erste Wirtschaftsmacht der Epoche zu Sturz. Der Verlust an *self-control* von Menschen an der Spitze der Pyramide könnte als strukturell induzierter Größenwahn in der Stammgesellschaft bezeichnet werden.

Die Rückkehr Deutschlands als dominierende Macht des Kontinents deutete auf eine neue Phase dieser Art hin. Seine Interventionen bei der Auflösung Jugoslawiens und der Tschechoslowakei wie auch die Hinwendung der Europäischen Union unter seiner Führung zur Ukraine, die 2014 zum Maidan führte, erinnern fürchterlich an die Expansionsgeografie der Nationalsozialisten. Der Ukrainekrieg hingegen hat uns auf einmal das Gegenteil beobachten lassen: eine Absage, ja, eine Weigerung, Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen. Die deutsche Elite verzichtet nach und nach darauf, so scheint es für den Moment, die Interessen ihres Landes zu verteidigen: im Falle Russlands auf seine energiepolitischen und wirtschaftlichen Interessen. Sogar seine Beziehung mit dem ökonomisch noch wichtigeren China lässt sich Deutschland verderben. Man gewinnt den Eindruck, dem Handeln, oder besser dem Nicht-Handeln, der zwergenhaften, untergeordneten Führungsschicht einer Stammgesellschaft zuzusehen, die sich ihrer Autonomie verweigert und nach Unterwerfung strebt.

Zahlreiche Faktoren könnten diese Wachstumsverweigerung erklären. Deutschland ist ein schrecklich überaltertes Land, das Durchschnittsalter liegt bei fast 46 Jahren. Vielleicht ist dieser Verzicht charakteristisch für eine Gerontokratie. Ältere Menschen sind alles andere als abenteuerlustig. Auch das schlechte historische Gewissen könnte es erklären. In seinem Verlangen nach Buße strebt Deutschland danach, auf der Seite des Guten zu stehen: Die offenkundige Aggression Russlands – das Böse auf dem Vormarsch, wenn man nicht weiter darüber nachdenkt – vereinfachte ihnen eine solche Haltung. Wie könnte man sich auch nicht mit der kleinen Ukraine solidarisch zeigen?

Doch der wahre Grund liegt meiner Ansicht nach tiefer, im System. Die Schwierigkeit, überhaupt eines Stammsystems zu sein, wird in Deutschland verstärkt durch das Fehlen eines

Nationalbewusstseins und damit eines leitenden Handlungsprinzips.

Vor Angst wird das Stammoberhaupt passiv. Wenn wir uns mit den individualistisch und zudem historisch dominanten angloamerikanischen Gesellschaften befassen, werden wir analog zu Deutschland das Fehlen eines nationalen Projekts feststellen, aus dem dieselbe Leere, derselbe Zerfall kollektiver Kräfte resultieren, was aber keineswegs Passivität, sondern fieberhaften Aktionismus hervorbringt, gesteuert eher noch von Cliques als von doktrinär organisierten Parteichefs. Die soziale Fragmentierung ist überall und verursacht Passivität bei den Beherrschten und Aktionismus bei den Herrschenden. Dasselbe Trägheitsprinzip leitet alle westlichen Nationen, sie alle sind »träge«, ohne Seele.

Unterdessen ist noch nicht gesagt, dass sich auf lange Sicht die Entscheidung, passiv zu sein, wenn man es so nennen kann, auf Deutschland nur negativ auswirken wird, auch wenn die Konsequenzen auf kurze Sicht katastrophal wirken. Ich werde in der Schlussbemerkung dieses Buchs die Gelegenheit haben, ein Deutschland zu beschreiben, dass sich, wenn die NATO erst aufgelöst ist, mit Russland wieder versöhnt. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, dass Deutschland aus diesem Krieg, den es zu führen vorgibt, als Sieger hervorgeht. Die Moralisten könnten dann die intrinsische Überlegenheit der Passivität gegenüber der Betriebsamkeit diskutieren.

Bleibt noch auszumachen, warum mit Ausnahme Viktor Orbans alle europäischen Politiker seit Beginn des Ukrainekrieges Washington gehorchen, vorausgesetzt, die schwache Zurückhaltung von Scholz und Macron ist vernachlässigbar. Wir müssen nun also das seltsame Schicksal der europäischen Oligarchie untersuchen. Obwohl sie auf bestem Wege war, autonom zu regieren – wenn auch vielleicht mit germanischem Einschlag, so aber doch unabhängig von derjenigen Oligarchie, die die USA regiert –, wurde sie brutal zu einer dem amerikanischen System untergeordneten Komponente zurückgestuft. Die Weigerung der deutschen Elite, zur obersten Oligarchie des Kontinents zu werden, erklärt nicht alles.

Eine zerschlagene autonom-oligarchische Entwicklung

Kommen wir noch einmal auf die oligarchische Entwicklung Europas zu Beginn der 2000er-Jahre zurück. Damals machte es einen fast harmonischen Eindruck. Der Unfall mit den niederländischen und französischen Referenden von 2005, als das »Nein« deutlich überwog, wurde zwei Jahre später durch den Vertrag von Lissabon rasch überwunden, der solche Abstimmungen umgeht. Im Grunde kennzeichnet die ganze Episode eine Stärkung des oligarchischen Prinzips, hat sie doch eingeführt, dass ein Referendum ohne Gegenwehr aus der Bevölkerung annulliert werden kann. Dies ist ein wichtiger Wendepunkt: In zwei traditionell demokratischen und liberalen Ländern zählt das Volk nicht mehr, nicht einfach durch ein Vergehen der »Eliten«, sondern weil es, in seinem religiösen und ideologischen Nullzustand anomisch geworden, sich zu keiner kollektiven Aktion mehr mobilisieren kann.

Sehr bald darauf brachte die Krise von 2007/08 eine neue Staatenhierarchie hervor: Deutschland oben mit Frankreich im Gefolge, die anderen auf verschiedenen Ebenen und Griechenland ganz unten. Wir könnten das Verschwinden des Gleichheitsprinzips zwischen den Nationen und der Freiheit der Völker in diesen Nationen anprangern, aber genauso gut könnte man das Auftauchen eines Kontinents

feiern, der um 2013 zwar oligarchisch war, aber einen autonomen oligarchischen Weg beschrieb. Der Ukrainekrieg kaum zehn Jahre später deckte ganz plötzlich auf, dass in Europa keiner mehr autonom dachte oder handelte. Die Politiker aller Länder der EU gaben ihre traditionelle Tätigkeit, ein »Europa mit Worten zu erschaffen«, auf, um sich in ferngesteuerte Roboter zu verwandeln, wie in einem Science-Fiction-Film.

Diese Robotisierung kann durch eine radikale Hypothese erklärt werden. Europa, das so oligarchisch wie anomisch ist, wurde eingefangen und überwältigt von den unterirdischen Mechanismen der finanziellen Globalisierung – welche keine blind und unpersönlich waltende Kraft ist, sondern ein von den USA gesteuertes und kontrolliertes Phänomen. Eine Untersuchung des monetären Bereichs und der Zirkulation des Kapitals wird uns eine unerwartete Erklärung liefern.

Die Probleme der Reichen verstehen

In einem wirtschaftlich wie politisch oligarchischen System sammelt sich der Reichtum an der Spitze der sozialen Struktur an. Dieser Reichtum muss irgendwohin. Seinen Besitzer, der schließlich auch seine Probleme hat – was man nur zu oft vergisst –, stellt dies vor quälende Fragen: Wie das Geld in Sicherheit bringen und dafür sorgen, dass es »arbeitet«? Mein Dank geht hier an Peter Thiel (Mitbegründer von PayPal), der mich im Verlauf einer reichhaltigen und fesselnden Diskussion, die insbesondere um die amerikanischen Eliten ging, die Sichtweise derjenigen Leute hat verstehen lassen, die wirklich Geld haben.

Eins der wichtigsten Phänomene der letzten Jahrzehnte war die Ausweitung des Dollars als sichere Währung und die der Steueroasen unter amerikanischer Kontrolle als Zufluchtsorte für europäische Vermögenswerte. Das Auftauchen des Dollars als sichere Währung auf internationaler Ebene, außerhalb des amerikanischen Territoriums, geht auf die Sechzigerjahre zurück und verdankt sich in erster Linie der Auflösung des Britischen Empire. Oliver Bullough hat zwei Werke verfasst, die besonders diese Frage beleuchten: *Moneyland* und *Butler to the World*⁷. Darin lernt man die treibende Rolle kennen, die die City of London und das britische Konfetti-Empire gespielt haben, indem sie dem Dollar ein freieres, lustigeres Leben außerhalb der direkten Kontrollsphäre der US-Steuerbehörden verschafften. Die Bank of England machte den Anfang und erlaubte den in der City ansässigen Banken, den Dollar als Währung zu nutzen und Kredite in dieser Währung zu vergeben. Die amerikanischen Behörden, zunächst etwas perplex, verstanden schnell, welchen Nutzen sie daraus ziehen konnten: Das US-Finanzministerium verlor zwar seine direkte und ausschließliche Kontrolle, doch der Einflussbereich der Vereinigten Staaten weitete sich aus. Ende der Sechzigerjahre operierten mehr als hundert ausländische Bankfilialen in der City. Der sogenannte »Eurodollar« ist geboren, aber eigentlich handelt es sich um einen Dollar als »Weltwährung«. Die Währung des amerikanischen Staates wird zum Instrument für Rücklagen und Spekulationen aller Reichen des Planeten und der amerikanische Staat in Wahrheit zum Staat aller Reichen dieser Welt. Ich übertreibe mit Absicht, indem ich erneut aus einer Tendenz eine fertige Struktur mache.

Die Einführung des Euro konnte diese Tendenz nur sehr kurzfristig bremsen. Eine der Auswirkungen der Krise von 2007/08 war, dass die Menschen, die wirklich Geld hatten, das Vertrauen in die gemeinsame Währung verloren. Zwischen Juni 2008 und Februar 2022 (der Beginn des Ukrainekrieges) verlor der Euro 25 Prozent seines Werts gegenüber dem Dollar. Daher zogen es

die wirklich Reichen vor, lieber Dollars statt Euros zu horten. Eine zirkuläre Kausalität, da die Umstellung des Vermögens der Reichen in Dollar den Wert des Dollars stützt.

Die Steueroasen haben wesentlich dazu beigetragen, diesen Mechanismus in Gang zu setzen. Die jüngste »EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke«, die am 21. Februar 2023 im EUR-Lex erschien, dem Amtsblatt der Europäischen Union, ist aufschlussreich. Man findet darin zwar die Russische Föderation, aber ansonsten ausschließlich Körperschaften, die in unterschiedlichem Maß den USA unterstellt sind:

- direkt, wie etwa die US-Jungferninseln, Guam und Amerikanisch-Samoa,
- etwas weniger direkt, wie Palau und die Marshallinseln,
- via Großbritannien oder seine ehemaligen Kolonien etwa die Britischen Jungferninseln, Anguilla, die Turks- und Caicosinseln, die Bahamas, Trinidad und Tobago, die Fidschi, Vanuatu, Samoa,
- Costa Rica und Panama, die zwar formal nicht amerikanisch sind, aber ebenfalls in der Hand der Vereinigten Staaten liegen.

Die Entwicklung dieses Systems verdankt, wie man sieht, viel dem Vereinigten Königreich und seiner mehr oder weniger emanzipierten Abhängigkeit. Dennoch obliegt die letzte Kontrolle den USA. England hat zwar sein Finanzsystem gerettet, aber am Ende hat es sich den USA ausgeliefert.

Mit der Erschaffung von ineinander verschachtelten Briefkastenfirmen haben die Finanzoasen, wie Oliver Bullough es beschreibt, eine Welt errichtet, die zwar unsichtbar, aber dennoch ein nicht unwesentlicher Teil der realen Welt ist. Gabriel Zucman schätzt in seinem bemerkenswerten Buch *Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*⁸ von 2017, dass sich 11 Prozent des Finanzvermögens europäischer Haushalte in Steueroasen befinden. Allerdings greift Zucman die alte Leier auf, nach der traditionell die Schweiz angeprangert wird, wo die reichen Europäer – elegant ausgedrückt – ihre »Kohle bunkern« (erwähnt seien auch die Anhänge Luxemburg, Liechtenstein und Monaco). Die Schweiz in ihre Schranken zu verweisen, wird meistens für einen Sieg der Moral über den Finanzkapitalismus »im Allgemeinen« verstanden. Der Leser von Marx und Lenin, der in Begriffen von sozial organisierten Gruppen und staatlichen Instrumenten denkt, wird die Dinge ein wenig anders sehen.

Ein sehr schönes Diagramm im Buch von Zucman zeigt, dass die Geldanlagen der reichen Europäer ab den Achtzigerjahren stagnieren und anschließend leicht zurückgehen, während sie in die Steueroasen der restlichen Welt abwandern. Diese werden von den Amerikanern überwacht. Die Schweiz stellte, als sie noch das Steuerparadies der reichen Europäer war, zwar ein Problem für verschiedene linke Regierungen in ganz Europa dar. Trotzdem sicherte sie unseren Oligarchen gegenüber den USA ihre Unabhängigkeit. Ein überzeugter, jedoch realistischer Europäer, der sich mit der oligarchischen Natur der EU abgefunden hat, sollte sich eher dafür einsetzen, die Schweiz zu schützen oder besser als Steueroase zu rehabilitieren, anstatt den Amerikanern dabei zu helfen, Druck auf die Banken der Eidgenossenschaft auszuüben, damit sie ihre Geheimnisse preisgeben, falls es überhaupt noch welche gibt. Auf keinen Fall sollte er sich freuen, dass die Schweiz Geldstrafen an das Federal Reserve System (Fed) zahlen muss für Vergehen, die Lappalien waren im Vergleich zu denen der amerikanischen Finanzinstitutionen, die für die Weltfinanzkrise verantwortlich waren (bevor sie

vom Föderalstaat gerettet wurden, ohne dass ihre Chefs bestraft worden wären).⁹ Es liegt auf der Hand, dass es aus Sicht der Amerikaner entscheidend war, die Schweiz zu zerschlagen, um die europäischen Oligarchen halten zu können.

Wenn 60 Prozent des Geldes der reichen Europäer (der von Zucman angegebene Anteil) unter dem wohlwollenden Auge der obersten Instanzen der USA Gewinne abwerfen, kann man davon ausgehen, dass die europäische Oberschicht ihre mentale und strategische Autonomie verloren hat. Aber das Schlimmste, die Überwachung der NSA, stand ihnen noch bevor.

Das Internet hat unser Leben völlig verändert, auch das der Oligarchen. 1999 nutzten 15 Prozent der Europäer Internet, 2003 waren es 42 Prozent und 2021 87 Prozent. Heutzutage nutzt jedermann das Internet. Nun müssen wir die historische Hypothese aufstellen, dass sich nicht nur Finanzmechanismen sich dank des Internets beschleunigt haben, sondern dass ihr Wesen selbst sich verändert hat. Während früher die Privilegierten in aller Bescheidenheit versuchten, der Steuer zu entgehen, haben sie sich heute auf ein magisches, vollständig computerbasiertes Spekulationssystem verlegt. Das Geld ist nicht mehr nur sicher, es arbeitet.

Unter dem Auge der NSA

Dank seiner ständigen Reisen zwischen angloamerikanischen Steueroasen macht das Geld heutzutage Geld, während es früher einmal maßvoll in der Schweiz versteckt wurde. Es war immobil, nun ist es aktiv und nimmt an der großen Spekulationsfete teil, zu der die Globalisierung in ihrer letzten Phase geworden ist. Es bewegt sich – manchmal von der Schweiz aus, oft über die Zwischenstation Luxemburg – immer weiter weg von der realen Produktion und trägt dazu bei, der Wirtschaft ihre reale Grundlage zu entziehen, womit es den Westen in den Untergang führt. Wir werden in Kapitel IX, das den Zerfall der amerikanischen Realwirtschaft behandelt, auch sehen, wie.

In der Frage nach dem Verlust an Autonomie der europäischen Oberschicht sind wir nun schon vorangekommen. Das Internet war zuerst ein Traum von Freiheit, später eine dunklere Realität; in der ersten Zeit löste es ein berauschendes Gefühl aus: die Freiheit, Menschen zu treffen, mit denen man einst niemals hätte sprechen können, die Freiheit des Informationsflusses, die Freiheit, Fotos vom einen Ende des Planeten zum anderen zu schicken, die Freiheit der Pornografie, die Freiheit, einfach per Knopfdruck ein Zugticket oder ein Hotel zu buchen, zu jeder Zeit seinen Kontostand überprüfen zu können, sein Geld in Umlauf zu bringen. Im zweiten Schritt wurde uns bewusst, dass im Internet alles, absolut alles, was wir dort tun, aufgezeichnet wird und dass die Möglichkeit besteht, unsere gesamten Handlungen darin zu überwachen, gegenwärtige und vergangene, finanzielle und sexuelle.

Ich glaube nicht, dass die Reichen, die begonnen haben, ihr Geld in den angelsächsischen Steueroasen zu deponieren, gleich verstanden, dass sie sich damit unter das Auge und die Kontrolle der US-Behörden begaben. Ein erstes Bewusstsein erwachte sicherlich ganz allmählich, als die Vergehen der National Security Agency (NSA) aufgedeckt wurden, die zwar genauso alt ist wie die CIA, aber vor dem Internet noch nicht so wichtig war. Die NSA hat sich auf Kommunikationsdatenspeicherung spezialisiert und baute beispielsweise für mehr als 3 Milliarden Dollar ein gewaltiges *data center* in Utah.

Wenn man an die Kontrollmacht Amerikas denkt, dann ist das erste Bild, das einem in den Kopf kommt, das einer Weltpolizei, die in kleinen Ländern wie dem Irak oder den zentralamerikanischen

Staaten eingreift: arme, beherrschte Länder. Der Verschwörungstheoretiker aus Dresden, dieser andere Beherrschte, stellt sich vielleicht vor, dass auch er von der CIA überwacht wird. Das Wichtigste wird dabei jedoch übersehen: die Überwachung der Oligarchien dieser Welt durch die NSA, besonders außerhalb der Vereinigten Staaten. Daran denkt man nicht, weil es sich um Privilegierte handelt.

Das Buch *No Place to Hide*¹⁰ von Glenn Greenwald ist in diesem wesentlichen Zusammenhang eine unverzichtbare Lektüre für Entlarvungen jeder Art. Greenwald ist derjenige Journalist, der die Informationen veröffentlichte, die Edward Snowden geliefert hat, Informatiker der CIA und dann der NSA, der zum Symbol für politische Freiheit geworden ist. Im Jahr 2013 enthüllte Snowden das groß angelegte Spionageprogramm der amerikanischen Regierung. Daraufhin floh er nach Russland, und ich glaube, das Asyl, das Putin ihm gewährte, ist eines der Dinge, die die Amerikaner ihm nicht vergeben konnten. Während die CIA sich dem globalen Gleichgewicht widmet, den Aktivitäten im Nahen Osten oder anderswo, wird im Werk von Greenwald sehr deutlich, dass die NSA nicht die Feinde der USA, sondern vorrangig ihre Verbündeten ins Visier nimmt: Europäer, Japaner, Koreaner, Lateinamerikaner. Die Enthüllung, dass das Mobiltelefon von Angela Merkel abgehört worden war, begann die öffentliche Meinung zu alarmieren. Bei der Lektüre des Buchs von Greenwald wird einem bewusst, dass das amerikanische Imperium keine Abstraktion ist und dass es nicht nur durch den Wunsch einvernehmlicher Demokraten entsteht: Es fußt auf starken und konkreten Mechanismen individueller Überwachung.

Es entsteht eine völlig neue Geografie des Westens, eine, wie sie in Washington gesehen wird. Das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland sind Anhängsel (die Five Eyes). Westeuropa ist ein zweites Lateinamerika, wo die amerikanische Dominanz zwar auf dem Rückzug, aber viel älter ist. Mein Freund Philippe Chapelin, ein großer Kenner Lateinamerikas, hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass sich die europäischen Eliten im Sinne einer Unterwerfung lateinamerikanischen Typs entwickeln, mit dem Unterschied, dass die linke Intelligentsia im Lateinamerika von den USA unabhängig bleibt, was in Europa nicht der Fall ist.

Die NSA beschäftigt gerade einmal 30 000 Festangestellte, aber sie lagert einen Teil ihrer Aktivitäten an Privatunternehmen aus, die ihrerseits 60 000 Mitarbeiter beschäftigen. Man schätzt die Mitgliederzahl der »*Intelligence Community*«, die achtzehn Geheimdienste zusammenführt, im Allgemeinen auf 100 000. Dabei machen sie gerade nur den Kern eines viel größeren Kontrollgeflechts aus: 300 000 Personen scheint mir Pi mal Daumen eine angemessene Schätzung der Größenordnung zu sein.¹¹ Wenn die Bürger Europas, und besonders Frankreichs, nicht sicher sind, wo das Geld ihrer Regierungen hin ist – die NSA weiß es, und die Regierungen wissen, dass sie es weiß.

Um ehrlich zu sein, ich kann nicht wirklich sagen, inwieweit die von der NSA gesammelten Daten in der Lage sind, die westlichen Eliten in Schach zu halten. Ich weiß auch nicht, wie weit diese Behörde Zugriff auf private Buchhaltungen hat oder was ihre Speicherkapazitäten sind. Aber es genügt, dass die europäischen Eliten an ihre Macht glauben und sich überwacht fühlen, um im Umgang mit dem amerikanischen Gebieter sehr vorsichtig zu sein. Viele Menschen haben in der scheinbar emanzipatorischen Phase des Internets alles Mögliche getan, während im Westen immer mehr finanzielle Benjamin Griveaux¹² auftauchten.

Mit Bedauern muss ich in meiner Erklärung der europäischen Unterwürfigkeit gegenüber den USA auch die Angst anführen. Sie ist nicht der einzige Faktor für diese Angliederung; aber dieses absolut wasserdichte Machtsystem mit einer nahezu hundertprozentigen Gehorsamsrate lässt den Gedanken aufkommen, dass in den oberen Kreisen ein totalitäres Klima herrschen muss. Wladimir Putin könnte ironisch anmerken, dass, wenn die USA europäische Politiker bitten würden, sich zu erhängen, sie dem nachkämen, aber vorher noch darum betteln würden, dass es Seile sein sollten, die bei ihnen hergestellt worden wären¹³; und er könnte weiter ausführen, dass diese Bitte zurückgewiesen werden würde, um die Interessen der amerikanischen Industrie zu schützen. Extremer Gehorsam erfordert extreme Erklärungen.

Der Niedergang Amerikas und sein zunehmender Einfluss auf Europa

Die finanziellen Kontrollmechanismen waren nicht beabsichtigt, sie haben sich überraschend durchgesetzt: Das Internet wurde, wie ich bereits sagte, zunächst als Instrument der Freiheit begriffen, bevor klar wurde, dass es zudem ein Überwachungsinstrument darstellt, wie es noch nie eines gegeben hat. Die Oberschicht des entstehenden oligarchischen Europas wurde durch die finanzielle Globalisierung verführt und anhand universeller Datenspeicherung in die Falle gelockt.

Zwar geht die ursprüngliche Einnahme der europäischen (und asiatischen) Protektorate durch Amerika auf 1945 zurück, das Internet jedoch hat sie enorm verstärkt. Tatsächlich kann man feststellen, dass sich seit Mitte der 2000er-Jahre die amerikanische Kontrolle Westeuropas intensiviert hat. Wir müssen an dieser Stelle die Diskrepanz betonen, die zwischen der Wahrnehmung der USA durch die Europäer und derjenigen durch den Rest der Welt besteht. Aus Sicht der Nicht-Europäer ist es offensichtlich, dass die Macht der Vereinigten Staaten schwindet, und zwar schnell: Die amerikanische Industrieproduktion, die 1945 noch 45 Prozent der weltweiten Produktion ausmachte, liegt nun gerade einmal bei 17 Prozent. Und diese 17 Prozent sind, wie wir in Kapitel IX sehen werden, nicht vollständig real. Für den indischen Außenminister Subrahmanyam Jaishankar versteht es sich von selbst, wie er in *The India Way* ausführlich erläutert, dass das Gewicht der USA in einer Welt, die sich entwickelt und diversifiziert, stetig abnimmt.¹⁴ Die Inder sehen im Schrumpfen des amerikanischen Imperiums übrigens eine logische Folge desjenigen des britischen Imperiums, das sie aus erster Reihe miterlebt haben. Dieses Gefühl der Inder trifft man überall an: im Iran, in Saudi-Arabien, in China, in Thailand ... Überall, außer in Europa. Die Europäer scheinen die Einzigen zu sein, vielleicht mit den Japanern und den Koreanern, die eine stärker werdende NATO und ein immer unverzichtbareres Amerika sehen. Doch dies geschieht, weil das amerikanische System, je mehr es sich in der gesamten Welt zusammenzieht, immer schwerer auf seinen ursprünglichen Protektoraten lastet, die als letzte Machtbasen übrigbleiben. Wir befinden uns hier jenseits der Brzeziński-Doktrin – eher unterhalb. Es geht den Vereinigten Staaten nicht mehr darum, die Welt zu beherrschen. Vielmehr ist die Kontrolle Europas und des Fernen Ostens überlebenswichtig geworden, da die USA in ihrem aktuellen, geschwächten Zustand auf deren industrielle Kapazitäten angewiesen sind. Es ist verblüffend, wie weit die Spitzentechnologie bereits an die Peripherie des Imperiums zurückgeflossen ist. Elektronische Chips werden in Taiwan, Korea oder Japan hergestellt. Und was an industriellen Tätigkeiten übrigbleibt, befindet sich in Japan, Korea, Deutschland und Osteuropa.

Durchforsten wir das Unterbewusstsein der NATO, so stellen wir fest, dass seine militärische, ideologische und psychologische Mechanik nicht mehr dazu da ist, um Westeuropa zu schützen, sondern um es zu kontrollieren.

Betrachtet man die gesamte Produktions- und Handelsstruktur, so ist der Westen nicht symmetrisch. Es zeigt sich ein Verhältnis systematischer Ausbeutung der Peripherie durch das amerikanische Zentrum. Das Handelsbilanzdefizit (in Waren und Dienstleistungen) der USA gegenüber der Europäischen Union lag 2021, kurz vor Kriegsbeginn, bei 220 Milliarden Dollar. Nimmt man die 40 Milliarden der Schweiz, die 60 Milliarden von Japan, die 30 Milliarden von Korea und die 40 Milliarden von Taiwan hinzu und berücksichtigt den Überschuss von 0,4 Milliarden Dollar im Fall Norwegens, ergibt sich ein US-Defizit von 393 Milliarden Dollar gegenüber seinen Verbündeten (Protektorate und Kolonien), das ist mehr als die 350 Milliarden Dollar gegenüber China, das 2021 nach den Covid-Jahren deutlich geschwächt war.

Die Amerikanosphäre, das innerste Herz des Imperiums, ist weniger unausgewogen. Kanada erzielt zwar gegenüber den USA einen Überschuss von 50 Milliarden, allerdings ist dabei nicht klar, ob dies aufgrund seiner Nähe nicht eine »interne« Komponente der amerikanischen Wirtschaft darstellt. Die USA verzeichnen doch tatsächlich gegenüber dem Vereinigten Königreich einen Überschuss von 5 Milliarden und von 14 Milliarden gegenüber Australien. Neuseeland verzeichnet einen Überschuss von 1 Milliarde gegenüber den USA.

Es ist also an der Zeit, dass wir uns Großbritannien zuwenden, einer nicht nur trägen, sondern in Seenot geratenen Nation; die antirussische Hysterie der Briten wird so ihren geheimnisvollen Charakter verlieren.

Kapitel VI

Großbritannien – auf dem Weg zur Nullnation (Fool, Britannia!)

Der britische Bellizismus ist zugleich traurig und komisch. Die täglichen Verlautbarungen des Ministry of Defence (MoD) erwecken bei uns den Eindruck, in parodistischer Weise die Schlacht um England oder die um den Atlantik wieder aufleben zu sehen. Damals kämpfte das Britische Empire weltweit für die Zivilisation. Heute wäre die britische Armee nicht einmal mehr in der Lage, wie die französische Armee Operationen in Afrika durchzuführen und sich dort verhasst zu machen. Das Vereinigte Königreich ist nicht wirklich im Besitz der Atomwaffe, da es für deren Wartung von den USA abhängig ist und es alles andere als selbstverständlich ist, ob es ohne deren Genehmigung die Waffe einsetzen dürfte. Der sozusagen leinwandtaugliche Größenwahn des MoD versetzt uns irgendwohin zwischen James Bond und OSS 117¹ – mit dem Unterschied, dass James Bond eher versucht, den Konflikt mit Russland zu entschärfen, während OSS 117 trotz seiner Dummheit die absurde Mission zum Abschluss bringt, die ihm der französische Geheimdienst anvertraut hat.

Das britische Geschrei macht selbst die Amerikaner ratlos, die mit so viel nicht gerechnet hätten. Das gewohnheitsmäßige Mitläufertum hätte ausgereicht, so wie Blair sich mit Bush in den zweiten Irakkrieg gestürzt hatte. Die tragische Kehrseite dieser Posse: Sie haben nicht viel Material, das sie schicken könnten, die Briten, und drängen trotzdem in jeder Phase auf eine Intensivierung des Krieges. Als Zelenskyi nach der ersten russischen Offensive für Gespräche mit Putin bereit schien, war Boris Johnson einer derjenigen gewesen, die ihn überzeugten, nicht zu verhandeln und damit seine Rolle als Kriegsherr zu besiegeln. Die Briten waren die Ersten gewesen, die schwere Challenger 2-Panzer, Storm Shadow-Langstreckenraketen und Munition mit angereichertem Uranium schickten. Im Ganzen waren es zu vernachlässigende Mengen (vierzehn Panzer), aber sie sollten ein Exempel statuieren gegenüber den Franzosen, die mit dem Zwilling des Storm Shadow, dem Scalp, nachzogen, und vor allem gegenüber den Deutschen, die eine noch größere Anzahl von Leopard-Panzern 1 und 2 lieferten, oder es zumindest versprochen. Wir haben bereits festgestellt, dass Deutschland ein ausgezeichneter Exporteur ist, nicht nur von zivilen Fahrzeugen, sondern auch von militärischen. So hat es den Leopard 2 neu oder gebraucht an die Niederlande verkauft, an Norwegen, Kanada, Griechenland, Ungarn, Finnland, Spanien, Dänemark, Schweden, die Schweiz, Polen, Portugal, die Türkei, nach Katar, Singapur, Chile und an Indonesien. Davon bekam die Ukraine bis zum Ende des Sommers 2023 vierzehn aus Polen, acht aus Kanada, acht aus Norwegen, sechs aus Spanien und sechsunddreißig »in Zustellung« befindliche aus Deutschland.² All dieses europäische Material, dessen Gesamtmenge nicht gerade überwältigt, scheint während der ukrainischen Gegenoffensive im Sommer 2023 verwendet (und verschlissen?) worden zu sein. Die Vereinigten Staaten folgten Großbritannien mit der Lieferung von Munition mit angereichertem Uran, auch wenn sie die Einzigen waren, die Streubomben in die Ukraine verschickten, als ihre Bestände an konventioneller Munition zur Neige gingen. An der Front erwartete man die Ankunft des

amerikanischen M1 Abrams-Panzers, allerdings ohne dessen stärkste Panzerung (deren Geheimnis den Russen nicht in die Hände fallen durfte), während bereits mindestens zwei Challenger im ukrainischen Flachland abgebrannt waren.

Der Truss-Moment

Hin und wieder wird der englische Bellizismus als Reaktion auf den Brexit interpretiert. Dieser hat sich letztendlich nicht als großer ökonomischer Erfolg entpuppt und daher sei bei den Briten eine Angst vor Isolation ausgelöst worden sowie das Bedürfnis, sich ihren europäischen Partnern wieder anzuschließen, und zwar vermittelt dieses diplomatischen und pseudomilitärischen Aktionismus. Eine solche Interpretation entbehrt nicht jeder Grundlage, bleibt jedoch weit hinter der Realität zurück. Wir werden uns im Vorfeld mit dem Sinn des Brexits beschäftigen müssen.

Ich muss an dieser Stelle den Irrtum einräumen, den ich in meiner Anfangsanalyse dieses Ereignisses begangen habe. Wie viele andere sah ich darin eine Rückbesinnung auf die nationale Identität, zumindest in England, da Schottland ja für den Verbleib in der EU gestimmt hat. In Wahrheit resultierte der Brexit aus einer Implosion der britischen Nation. Diese Hypothese erklärt im Übrigen auch die Uneinigkeit in dieser Frage zwischen England und Schottland, deren weitgehend auf der Grundlage einer gemeinsamen protestantischen Identität geschlossenen Vereinigung im Jahr 1707 die Geburtsstunde Britanniens war, wie Linda Colley gezeigt hat.³

Folgen wir meinem Geständnis noch einen Schritt weiter. Ich blieb dem traditionellen Bild eines pragmatischen, vernünftigen, ausdauernden Englands verhaftet und hatte es dabei sogar geschafft, zu vergessen, dass es einer der Hauptakteure der neoliberalen Revolution gewesen war und dass es trotz heftiger interner Opposition am zweiten Irakkrieg teilgenommen hatte.

Liz Truss verdanke ich eine Offenbarung. Ihre erste Ansprache als Premierministerin am 6. September 2022 vor der Downing Street 10 löste bei mir einen kognitiven Schock aus: Ihr kleinbürgerliches, aufgeregtes und eingebildetes Gebaren war so unbritisch! Es folgte eine Flut überraschender Informationen, die meinem dank ihr befreiten Gehirn schließlich einleuchteten. Der *Guardian* geriet in Entzückung darüber, dass unter den vier wichtigsten Mitglieder der Regierung von Liz Truss keine weißen Männer waren. Die Premierministerin war eine weiße Frau, der Schatzkanzler Kwasi Kwarteng war ghanaischer Abstammung, der Außenminister James Cleverly hatte zwar einen britischen Vater, doch seine Mutter kam aus Sierra Leone, und die Innenministerin Suella Braverman war indischer Abstammung. Der Kontrast zur französischen Regierung, wo die Mehrheit der wichtigen Minister, wenn sie auch durchaus mal einen maghrebinischen Großelternteil haben, hübsch nach ländlichem Kleinbürgertum aussehen, von Macron über Borne bis Le Maire. (Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich darauf hinweisen, dass ich selbst mich körperlich meinen maghrebinischen Mitbürgern näher fühle als unseren Politikern.)

Die jüngste Entwicklung Großbritanniens zeugt in der Tat von einer verblüffenden Vielfarbigkeit auf höchster Ebene. Nehmen wir den Posten des Schatzkanzlers, die zweithöchste Figur der Regierung, der im Vereinigten Königreich ein höheres Ansehen genießt als der Wirtschafts- und Finanzminister in Frankreich. Man kann die Liste der Schatzkanzler bis weit ins Mittelalter zurückverfolgen. Der Kanzler sitzt in der Downing Street 11 (neben der Nummer 10). Auf diesem Posten folgte in den letzten Jahren eine von »ethnischen Minderheiten« abstammende Person auf die

nächste: im Juli 2019 Sajid Javid mit pakistanischer Abstammung, gefolgt im Februar 2020 vom indischstämmigen Rishi Sunak, dem derzeitigen Premierminister, dann im Juli 2022 Nadhim Zahawi mit kurdischen Wurzeln und ab September 2022 der bereits erwähnte Kwasi Kwarteng. Erst ab Oktober 2022 ging das Amt wieder an einen »Weißen«, wie man dort sagt.

All dies geschah in einem Klima wirtschaftlichen Wahnsinns. Kwasi Kwarteng heckte gemeinsam mit Liz Truss eine Politik außerordentlicher Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung aus. Das Ergebnis: panische Märkte und eine kaum minder erschrockene Bank of England. Truss und Kwarteng hatten vergessen, dass das Pfund im Gegensatz zum Dollar keine globale Leitwährung ist, die dem Staat alles Mögliche verzeiht.

Die »farbigen« Personen der Konservativen Partei sind wahre Konservative, echte »Tories«, und sie haben sich durch ihren Radikalismus im Bereich der Strafverfolgung genauso einen Namen gemacht wie durch ihren Neoliberalismus. Denken wir nur an Priti Patel, Innenministerin mit indischer Abstammung, die so hart ist, dass wir Gérald Darmanin⁴ gegenüber fast Zuneigung empfinden.

Eine andere »farbige« Persönlichkeit: Humza Yousaf, First Minister Schottlands und Vorsitzender der Scottish National Party (SNP), von pakistanischer Abstammung. Und fügen wir noch eine weitere Berühmtheit hinzu, die zwar nicht direkt politisch, aber unbeugsam russophob ist: der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan (Sohn eines pakistanischen Dermatologen und einer britischen Krankenschwester), derselbe, der gegen Wladimir Putin einen Haftbefehl erlassen hat und der seitdem umgekehrt in Russland auf der Liste gesuchter Personen steht. Ebendieser Karim Khan hat einen Bruder, Imran Ahmad Khan, der zu den konservativen Abgeordneten gehört, die im Norden Englands die Red Wall, also die als uneinnehmbar geltende Labour-Festung, zum Einsturz brachten. Seine Karriere als Volksvertreter war jedoch nur kurz. Am Anfang als erster schwuler und dazu farbiger Tory-Abgeordneter (gegen seinen Willen) gefeiert, wurde er bald darauf verfolgt wegen sexueller Vergehen an einem 15 Jahre alten Minderjährigen. Und zu allem Überfluss hatte er die Hälfte seines Studiums in ... Russland absolviert. Diese Menschen und Ereignisse erwähne ich hier nicht, um der *Voici* oder der *Gala* Konkurrenz zu machen, sondern um die nicht-britische Leserschaft ahnen zu lassen, dass das Vereinigte Königreich eine Welt für sich ist und dass dort Phänomene auftauchen, die weit faszinierender sind als die Russophobie.

Rishi Sunak scheint vernünftiger zu sein. Beispielsweise hat er nicht an der Abfassung der neoliberalen Brandschrift mitgewirkt, die im Jahr 2012 den verrückten Wirtschaftsplan für 2022 ankündigte und von Kwasi Kwarteng, Priti Patel, Dominic Raab, Chris Skidmore und Liz Truss unterzeichnet wurde: *Britannia unchained*.⁵ Als er zum Premierminister ernannt worden war, schwor er lediglich auf die *Bhagavad Gita*, das spirituelle Gedicht aus dem hinduistischen Epos *Mahabharata*. Seine Frau, eine indische Milliardärin (durch ihren Vater), besitzt nicht die britische Staatsbürgerschaft (eine Premiere!) und zog vor einigen Jahren die Aufmerksamkeit der Steuerbehörde auf sich.

Bis hierhin habe ich ausschließlich Mitglieder der aktuell regierenden Konservativen Partei erwähnt, jedoch gehören die meisten »farbigen« Abgeordneten der Labour-Partei an. Man denke zum Beispiel an den Bürgermeister von London, Sadiq Kahn, der pakistanische Wurzeln hat.

Diese Entwicklung ist in gewissem Sinne bewundernswert, doch wir sollten ihre soziologische und historische Bedeutung verstehen. England war ein »weißes« und protestantisches Land, dessen

herrschende Klasse weiß und protestantisch war, eine Nation, die aus ihrer Opposition zum Katholizismus erwachsen ist und die ihre Nation auf der stillschweigenden Überzeugung errichtet hat, dass die (natürlich protestantischen) »Weißen« überlegen waren. Ebenso gut könnten wir uns darüber freuen, dass der britische Rassismus (wie der deutsche) verschwunden ist, und uns fragen, was nun dieses Objekt namens Vereinigtes Königreich ist, das nicht mehr ausschließlich von weißen Protestanten regiert wird. Dieselbe Frage werde ich in Bezug auf die USA wieder stellen.

Hommage an Ionesco: Bestandsaufnahme britischer Dysfunktionen

Ethnische Minderheiten – die »BAME«, für »Black, Asian and Minority Ethnic« – machen gerade einmal 7,5 Prozent der britischen Bevölkerung aus⁶, aber es ist offensichtlich, dass sie in der politischen Klasse symbolisch stärker vertreten sind. Um ihre Stellung in der britischen Gesellschaft genauer zu bestimmen, schauen wir uns einmal die Hochschulbildung an, die in fortgeschrittenen Gesellschaften viel zur Bestimmung von Mittelschichten beiträgt. Dabei entfernen wir uns nicht weit von der Politik. Die Zeit, in der die Arbeiter im Vereinigten Königreich im Parlament saßen, ist vorbei (wie auch anderswo in den ehemals liberalen Demokratien). Um heutzutage in die Politik einzutreten, ist ein Hochschulabschluss erforderlich, so schlecht er auch sein mag.

Im Jahr 2019 lag die Wahrscheinlichkeit für einen jungen weißen Engländer, an einer Universität zugelassen zu werden, bei 33 Prozent, für Schwarze bei 49 Prozent und für Asiaten bei 55 Prozent. Und innerhalb dieser Gruppe von »Asians«, unter denen man vor allem Menschen von indischer oder pakistanischer Herkunft versteht, stieg die Wahrscheinlichkeit für Menschen mit chinesischen Wurzeln auf 72 Prozent.⁷ Die Bevorteilung von Indern oder Chinesen können wir zu einem großen Teil der vertikalen Familienstruktur zuschreiben (die kommunitär ist, jedoch dem ältesten Kind einen besonderen Platz einräumt), aber auch den Sikh- oder Konfuzius-Traditionen, in denen Bildung geschätzt wird. Die absolute Kernfamilie der weißen Engländer begleitet ihre Sprösslinge nicht genauso effizient und der heutige Nullprotestantismus fördert per Definition nicht mehr das Bildungspotenzial des aktiven oder des Zombieprotestantismus. Aber auch Schwarze haben potenziell bessere Bildungschancen als Weiße. Allerdings sind weder die afrikanischen oder antillischen Familienstrukturen noch die hinzukommenden christlichen und animistischen Religionen oder der Voodookult besonders bildungsfördernd.

Wir haben es hier mit einer Verschiebung anthropologischer und religiöser Kräfte durch einen geheimnisvollen Faktor zu tun. Diese Anomalie ließe sich durch die Identifikation einer Antikorrelation nachweisen: Überall in der Welt korreliert der Bildungsstand mit dem Stand der Kindersterblichkeit. Je niedriger die Kindersterblichkeit, desto höher der Bildungsstand. In England liegt die Kindersterblichkeit von Weißen bei 3 von 1000 und die von Schwarzen bei 6,4. Diese Antikorrelation des Bildungsstands und des medizinischen Stands stellt eine soziologische Anomalie dar. Sie zeigt, dass die BAMEs in der Bildung wie manchmal auch in der Politik von einer positiven Diskriminierung profitieren.

Ich gehe nahtlos zur Armut über, um das Gefühl des Schwankens deutlich zu machen, das in diesem Land, das vom Krieg fantasiert, mehr oder weniger überall herrscht. Am 18. Mai 2022 berichtete beispielsweise der *Guardian*, dass die Polizei angewiesen worden sei, Personen (alte Damen?) mit

Bedacht zu behandeln (entkommen zu lassen?), die im Supermarkt beim Stehlen erwischt worden sind, weil sie Hunger hatten. Man erkennt hier zumindest die traditionelle Humanität Englands wieder, die jedoch die Zerstörung ihrer Produktionsbasis durch die neoliberale Revolution verwalten muss.

Kehren wir in die postmoderne Wildnis zurück. Eine Vereinbarung, die im selben Monat mit Ruanda getroffen wurde, sieht vor, illegale Einwanderer dorthin abzuschicken. Das Berufungsgericht ordnete die Abschiebung der Illegalen an. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Oberste Gerichtshof diesem verrückten Projekt zugestimmt hat.

Das Prinzip der Abschiebung ist in sich schon etwas hart. Aber wenn der Zielort ein Land ist, in dem sich ein Genozid abgespielt hat, geht es zu weit. Als der Bundestag den *Holodomor*, die große ukrainische Hungersnot, als Genozid definierte, habe ich mich gewundert, dass Deutschland so wenig Sinn für Humor besaß, dass es sich anmaßte, uns durch seine Abgeordneten darüber zu belehren, was ein Genozid ist. Aber wenn die britische Regierung versucht, Ruanda zu einem Abschiebungsziel zu machen, frage ich mich, ob der Nullzustand der Religion und der Ideologie nicht auch – und das in England! – einen Nullzustand des Sinns für Humor auslösen. Vor allem aber spürt man einen moralischen Nullzustand sich abzeichnen, dem wir auch die Lieferung von mit Uran angereicherten Waffen an die Ukraine zuschreiben können.

Das Schicksal Julian Assanges in London wirft währenddessen die Frage auf, welchen Grad von Freiheit das Vereinigte Königreich sich innerhalb des amerikanischen Systems bewahrt; und ob in diesem Nullzustand so vieler Dinge die Informations- und Meinungsfreiheit, die der politischen Kultur in England so teuer ist, noch irgendwelche Überlebenschancen hat.⁸ Nachdem Assange von 2012 bis 2019 in der ecuadorianischen Botschaft Zuflucht gefunden hatte, nahm ihn der britische Staat in Haft, gefolgt von einem durch die USA eingeleiteten Auslieferungsverfahren wegen »Spionage«. Am 20. April 2022 bewilligte die britische Justiz seine Auslieferung an die USA; der britische Innenminister muss diese Anordnung unterzeichnen. Die Anwälte von Julian Assange legten gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Berufung ein ...

Ich frage mich, wie sehr der Ukrainekrieg mit diesen Zwischenfällen zusammenhängt. Die Verbindung muss zwangsläufig eine enge sein, würde doch die tatsächliche Auslieferung Julian Assanges sozusagen das offizielle Ende der Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs bedeuten und ihm nicht minder offiziell den Status eines amerikanischen Satellitenstaates verleihen. Putin, der die Freiheit von Snowden schützt, würde es sich nicht nehmen lassen, uns dann eine Demonstration russischen Humors zu liefern, da bin ich sicher.

Ich wiederhole es in aller Deutlichkeit: Diese Zeilen schreibe ich nicht, um mich lustig zu machen, sondern weil ich als Historiker versuche, die Beschaffenheit der heutigen britischen Gesellschaft zu verstehen.

Fahren wir mit der Bestandsaufnahme der Dysfunktionen à la Ionesco fort. In den Statistiken des National Health Service (NHS), der in der Nachkriegszeit der Stolz der Nation und das Symbol des Sozialstaates war (Sozialstaat und aktive Nation sind ein und dasselbe), liest man, dass im Jahr 2021 unter den neuen Ärzten im Vereinigten Königreich nur 37 Prozent Briten registriert worden waren, 13 Prozent EU-Bürger und 50 Prozent aus dem Rest der Welt, vor allem aus Indien und Pakistan. Aber was passiert da, dass diese Nation nicht mehr in der Lage ist, seine eigenen Mediziner

auszubilden, um seine Bürger zu versorgen?

Diese Verarmung beginnt zur Belastung für den biologischen Zustand der Bevölkerung zu werden. Noch einmal sei der *Guardian* zitiert, der sich bei aller Informationsdichte dumm anstellt, wenn es um seine Haltung zum Krieg geht (was er mit der gesamten britischen Presse gemeinsam hat, ohne Unterschied zu Frankreich):

Britische Kinder, die in den Jahren der Sparpolitik aufgewachsen sind, bleiben in Bezug auf ihre Körpergröße hinter vielen europäischen Altersgenossen zurück, wie eine Studie ergeben hat.

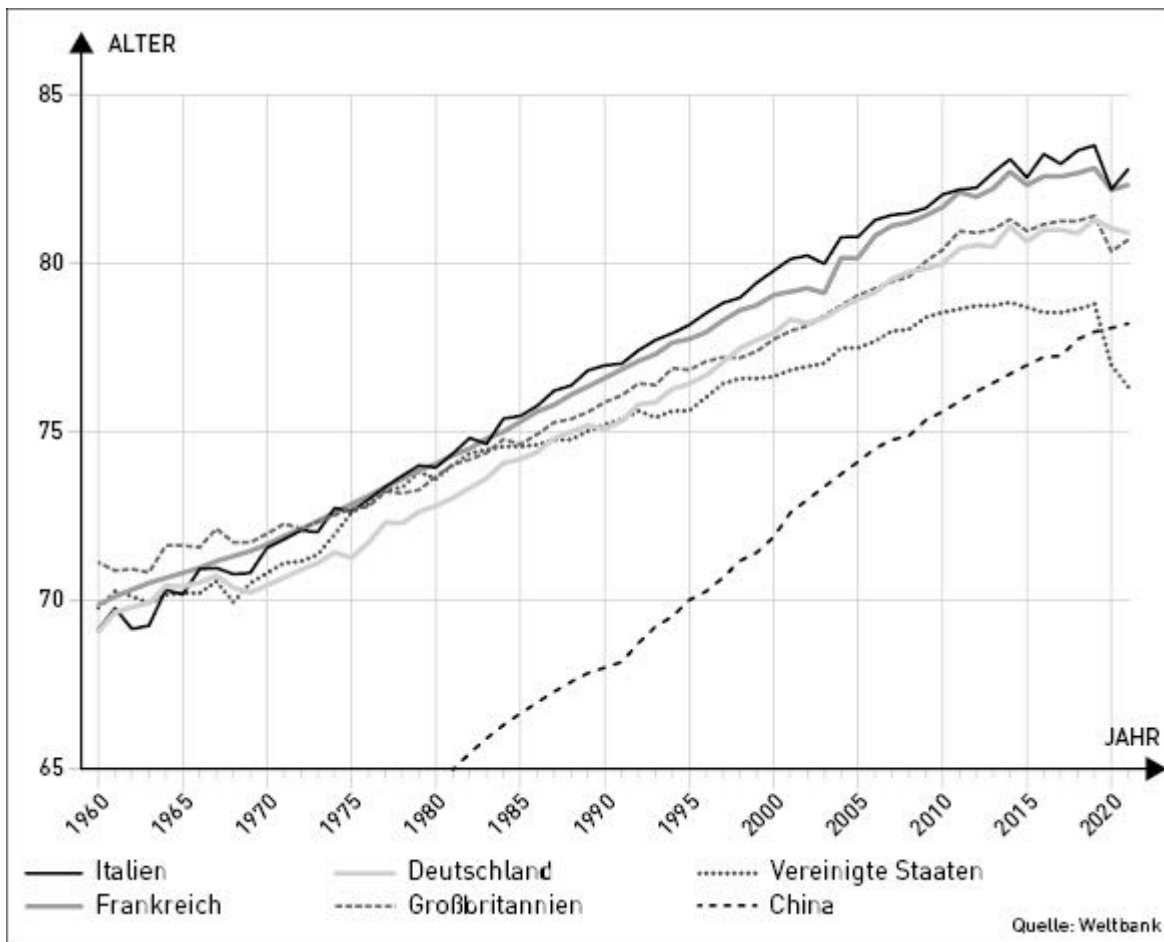
Im Jahr 1985 lagen britische Jungen und Mädchen bei ihrer durchschnittlichen Körpergröße im Alter von fünf Jahren auf Platz 69 von 200 Ländern. Damals waren sie im Durchschnitt 111,4 cm bzw. 111 cm groß. Im Jahr 2019 jedoch lagen die britischen Jungen auf Platz 102 und die Mädchen auf Platz 96, der durchschnittliche fünfjährige Junge war 112,5 cm groß und das durchschnittliche Mädchen 111,7 cm. [...]

In den Niederlanden ist der durchschnittliche fünfjährige Junge 119,6 cm groß und das durchschnittliche Mädchen 118,4 cm. In Frankreich liegen die Werte bei 114,7 cm bzw. 113,6 cm. In Deutschland liegen sie bei 114,8 und 113,3. Dänische Jungen sind im Durchschnitt 117,4 cm groß, dänische Mädchen 118,1 cm.

Experten machen eine schlechte nationale Ernährung und Kürzungen beim NHS dafür verantwortlich. Sie wiesen allerdings auch darauf hin, dass die Körpergröße ein starker Indikator für die allgemeinen Lebensbedingungen ist, einschließlich Krankheiten und Infektionen, Stress, Armut und Schlafqualität.⁹

Fahren wir mit dem Streifzug durch die britische Verwirrtheit fort, indem wir einen Blick auf die wirtschaftliche Situation der Mittelschicht werfen; wir versetzen uns in die Lage eines englischen Akademikers: Sein Gehalt ist eingefroren, seine Rente wird um 30 Prozent gekürzt, er leidet unter einer immer noch hohen Inflation von 6 Prozent im Sommer 2023, während der Zinssatz für seinen Immobilienkredit wegen der Geldpolitik der Bank of England steigt und steigt. Es droht die Proletarisierung.

Die Kurve der Lebenserwartung (Grafik 6.1) zeigt, dass vor allem die Vereinigten Staaten einen spektakulären Rückgang zwischen 2015 und 2020 verzeichnen, während Großbritannien bereits in den Achtzigerjahren (unter Thatcher) einen empfindlichen Rückgang hinnehmen musste. Die Entwicklung kam hier also langsamer voran als in Frankreich oder Italien, langsamer sogar als in Deutschland, wo sich ab 1990 die Wiedervereinigung störend auswirkt. Der Verlauf der demografischen Bewegung macht es also erforderlich, die praktischen Konsequenzen des Neoliberalismus zu untersuchen.



Grafik 6.1: Lebenserwartung seit 1960 im Westen und in China

Der wirtschaftliche Zerfall

Weder war Margaret Thatcher eine untergeordnete Partnerin von Reagan, noch war Tony Blair eine blasse Kopie von Bill Clinton. Die neoliberale Transformation des Vereinigten Königreichs war nicht weniger wichtig als die der USA. Gewiss bleiben die Briten in vielerlei Hinsicht Europäer. Die Einkommensungleichheit jenseits des Ärmelkanals ist nicht vergleichbar mit der in den USA; auch die Gewalt durch Tötungsdelikte bleibt schwach, auf europäischem Niveau. Doch in anderen Bereichen hat das Vereinigte Königreich die USA sogar leicht übertroffen. Vor allem hat der Neoliberalismus das Land, einfach aufgrund seiner mangelnden Größe und Macht, in eine viel heiklere Situation gebracht; es verfügt nicht über die Ressourcen und die strategische Festigkeit wie ein Land, das einen ganzen Kontinent umfasst. Sein urbanes Netz fällt nicht ins Gewicht, anders als in den USA gibt es fünfzehn Ballungsräume mit mehr als 5 Millionen Einwohnern, aber nur ein einziger, in dessen Einzugsgebiet 10 Millionen Personen versammelt sind, nämlich London, das sind 15 Prozent der Bevölkerung. Die Hauptstadt selbst polarisiert die Gesellschaft in gefährlicher Weise. Frankreich ist ebenfalls polarisiert und der Großraum Paris mit fast 16 Prozent der Landesbevölkerung fällt noch schwerer ins Gewicht. Doch die zweimal so große Grundfläche des französischen Hexagons (Frankreich: 551 695 km², Vereinigtes Königreich: 243 610 km²) verleiht den Städten außerhalb des Pariser Einzugsgebiets mehr kulturelle Autonomie. England allein ist mit seinen 130 279 km² wirklich

klein, kaum größer als das Pariser Becken mit geschätzten 110 000 km². Zu dieser sozioökonomischen Konzentration auf den Raum London kommt das Fehlen natürlicher Ressourcen hinzu, seit die Rohölreserven der Nordsee erschöpft sind.

Die britische Deindustrialisierung ging noch etwas entschiedener vonstatten als in den anderen Ländern der westlichen Welt. Während 2021 in Frankreich und den USA die Zahl der Beschäftigten in der Industrie 19 Prozent der Erwerbsbevölkerung ausmachte, waren es im Vereinigten Königreich nur 18 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 28 Prozent, in Italien 27 Prozent und in Japan 24 Prozent. Großbritannien ging so weit, seine Kapazitäten zur Entwicklung normaler Autos zu opfern. Es werden zwar weiterhin welche im Land hergestellt, nur sind es keine britischen mehr. Vor allem aber ist das Vereinigte Königreich das Land, in dem die Finanzialisierung der Wirtschaft am stärksten vorangetrieben wurde, mehr noch als in den USA. Jenseits des Atlantiks macht die Finanzindustrie (wie man sie so elegant nennt, um zu verschleiern, dass sie fast nichts produziert) 7,8 Prozent des BIP aus; doch im Vereinigten Königreich sind es 8,3 Prozent. Was aber eigentlich die Feststellung erlaubt, dass die wirtschaftliche Situation Großbritanniens wahrhaft abenteuerlich erscheint, ist der Umstand, der am Ende des vorangegangenen Kapitels erwähnt wurde, dass das Vereinigte Königreich ein Handelsdefizit gegenüber den USA hat, die ihrerseits eines gegenüber den meisten Ländern der Welt haben.¹⁰

Natürlich ist es der neoliberalen Ideologie zuzuschreiben, wenn Großbritannien so verwundbar geworden ist. Es wurde bis zur Absurdität privatisiert; die Eisenbahn, die Wasserversorgung; Sektoren, die von Ökonomen als natürliche Monopole eingestuft werden, wurden gnadenlos verkauft, dereguliert, gelähmt und, schlimmer noch, in ihre fragmentierte Form des 19. Jahrhunderts zurückversetzt. Systematisch wurde aufs Outsourcing zurückgegriffen, bei dem Aufgaben, die dem Staat obliegen, privaten Unternehmen anvertraut werden. Die Konservativen hatten diese Praxis eingeführt, aber Tony Blair setzte sie 1997 leidenschaftlich um: »Unter der Labour-Regierung sind öffentliche Dienstleistungen im Wert von mehreren Milliarden Pfund ausgelagert worden: Der Privatsektor betreibt Gefängnisse; Kommunalbehörden lagern im großen Stil aus, vom Wohngeld über die Steuerverwaltung bis hin zur Straßenreinigung und den Schulen. Die großen IT-Aufträge der Regierung werden fast ausschließlich dem privaten Sektor anvertraut. Karitative Einrichtungen stellen einen großen Teil der sozialen Dienste für ältere und behinderte Menschen bereit.«¹¹

Hinter dem wirtschaftlichen Zerfall: der religiöse Zerfall

Doch es genügt nicht, die Verantwortung hierzu den Neoliberalen zuzuschreiben. Im Bewusstsein der Akteure, ob politisch oder nicht, stand natürlich eine wirtschaftliche Doktrin, die von einem reinen und perfekten Markt träumte und davon, wie sich der Staat auf seine Funktionen des Ordnungshüters und der Kriegsführung zurückzieht. Es ist der doktrinäre Neoliberalismus von Margaret Thatcher, den ich beschreibe, einer persönlich anständigen Frau. Allerdings müssen wir festhalten, dass diese Doktrin, einmal angewendet, den öffentlichen Dienst, die Industrie und die Lebensbedingungen zerstört hat. Die ersten Liberalen hatten den Markt aufgebaut, wie Karl Polanyi es so treffend gezeigt hat; die Neoliberalen zerstören die Wirtschaft. Das ist etwas ganz anderes.

Gehen wir ein weiteres Mal von der Annahme aus, dass die Beteiligten es gut meinen. Privatisierungen, Auslagerungen und Steuersenkungen können offensichtlich keine Antwort auf den

einfachen Fakt sein, dass Großbritannien, wie auch die USA, viel zu wenig Ingenieure ausbildet – 8,9 Prozent der Studierenden gegen 7,2 Prozent in den USA, 24,2 Prozent in Deutschland und 23,4 Prozent in Russland um das Jahr 2020 – und dass diese Schwäche jede Politik zum Scheitern verurteilt, die sich nicht die Ausbildung von Ingenieuren zur Priorität macht. Um zu verstehen, wie ein solch gewaltiger intellektueller Fehler die Oberhand gewinnen konnte, ist es angebracht, ins Unterbewusstsein hinabzusteigen. Hier reicht es schon aus, sich der Worte zu entledigen, die das Bewusstsein organisieren, um Tatsachen zu beobachten, die hier das Unterbewusstsein in Aktion darstellen. Die konzeptuelle Revolution des Neoliberalismus erscheint nun wie die schlichte Befreiung eines von jedweder Moral losgelösten Erwerbsinstinkts. Das Wort, das einem in den Sinn kommt, ist »Habgier«. Geld zu machen, indem man Staatseigentum verschleudert und die Bürger mit Outsourcing erpresst. Dass dieses gierige Unterbewusstsein in der Labour-Partei, deren Bewusstsein ein soziales ist, stärker zum Tragen kommt, ist normal. Ohne Zweifel verkörpert Tony Blair diesen Begriff des gierigen Unterbewusstseins am besten und auffälligsten: Seit er nicht mehr Premierminister ist, ist er damit beschäftigt, Geld zu machen, viel Geld.

Der Neoliberalismus wollte einen Nicht-Weber'schen-Kapitalismus begründen, dessen »Geist« sich von der protestantischen Ethik befreit hätte. Die neoliberale Revolution verrät jenseits ihrer intellektuellen Simplizität eine moralische Schwäche.

Ich werde es noch nicht dabei belassen. Gier ist nur einer der Aspekte der neoliberalen Erfahrung. Weniger arbeiten zu wollen, um mehr zu verdienen ist vielleicht nicht sehr moralisch, aber diese Neigung widerspricht nicht dem gesunden Menschenverstand. Doch die Zerstörungswut – von Fabriken, Berufen und individuellen Existenzen –, die sich vor uns ausbreitet, lässt vermuten, dass ein Zerstörungstrieb am Werke ist, der sich ebenso hinter der Wirtschaftstheorie verbirgt. Man hat uns mit der Schumpeter'schen »schöpferischen Zerstörung« in den Ohren gelegen. Aber was wir in Wirtschaft und Gesellschaft eigentlich beobachten konnten, war bloß die Zerstörung: Das Wort »Nihilismus« drängt sich wieder auf.

Erinnern wir uns an die bekannteste Phrase Margaret Thatchers: »*There is no such thing as society*« (»So etwas wie die Gesellschaft gibt es nicht«), häufig zitiert, zu Recht, denn sie ist unglaublich zentral. Es fällt mir schwer, in Margaret Thatcher eine bedeutende politische Philosophin des ausgehenden 20. Jahrhunderts zu sehen. Und doch bringt diese Phrase, so außergewöhnlich sie in ihrer Radikalität ist, eine versteckte neoliberale Wahrheit zum Vorschein: ihre reine und einfache Negation der Realität. Es sei denn, sie formuliert einen Wunsch: die Zerstörung dessen, dem man die Existenz abspricht, nämlich der Gesellschaft.

In den alten Debatten der Ökonomen, zum Beispiel zwischen Milton Friedman und seinen Widersachern um Keynes, findet man keine Grundlage für diesen Nihilismus und das Verschwinden der sozialen Moral – man findet es in der Religion, sei es in der aktiven, in der Zombie- oder Nullreligion. Es wird Zeit, auf Großbritannien die Hypothese eines endgültigen Untergangs anzuwenden. Die ultimative Wahrheit hinter dem Neoliberalismus ist religiöse Leere.

Was der Protestantismus war

Zunächst sollten wir uns die Werte des Protestantismus in Erinnerung rufen, die den Staatsangehörigen eines katholisch-republikanischen Landes wie Frankreich nicht unbedingt sehr

geläufig sind. Der Protestantismus zeichnet sich zunächst dadurch aus, dass das Individuum unter dem Vorwand, im Dialog mit Gott zu sein, in sich selbst eintaucht. Er erfordert also einen vor seinem Eintreten fast ungekannten Grad an Verinnerlichung. Zur selben Zeit aber – und das ist in Frankreich weniger bekannt – führt er zu einer Stärkung des kollektiven Bewusstseins. Das »verinnerlichte« Individuum wird von der Gemeinschaft in einer Präzision überwacht, wie es sie in der europäischen Geschichte ebenfalls noch nicht gegeben hat. Max Weber hat das Verhältnis des Individuums zur Gruppe im ursprünglichen Protestantismus sehr schön für uns zusammengefasst:

Aber dabei ist zu berücksichtigen, was heute oft vergessen wird: daß die Reformation ja nicht sowohl die Beseitigung der kirchlichen Herrschaft über das Leben überhaupt, als vielmehr die Ersetzung der bisherigen Form derselben durch eine andere bedeutete. Und zwar die Ersetzung einer höchst bequemen, praktisch damals wenig fühlbaren, vielfach fast nur noch formalen Herrschaft durch eine im denkbar weitgehendsten Maße in alle Sphären des häuslichen und öffentlichen Lebens eindringende, unendlich lästige und ernstgemeinte Reglementierung der ganzen Lebensführung. [...]

*Die Herrschaft des Calvinismus, so wie sie im 16. Jahrhundert in Genf und Schottland, um die Wende des 16. und 17. in großen Teilen der Niederlande, im 17. in Neuengland und zeitweise in England selbst in Kraft stand, wäre für uns die schlechthin unerträglichste Form der kirchlichen Kontrolle des einzelnen, die es geben könnte.*¹²

Der Protestantismus trägt, wie man sieht, gleichzeitig sehr starke und sehr widersprüchliche Züge, denen wir in anderen Aspekten wieder begegnen werden.

Er erfordert die Alphabetisierung der Massen, da alle Gläubigen Zugang zur Heiligen Schrift haben müssen. So erklärt sich, wie gesagt, der Vorsprung der reformierten Länder nicht nur im Bildungswesen, sondern auch beim wirtschaftlichen Aufschwung. Der entscheidende Faktor für den Aufstieg des Westens war das Festhalten des Protestantismus an der Alphabetisierung.

Außerdem zeugt die Bekundung, dass jeder Gläubige zugleich selbst Priester ist, von einer egalitär-demokratischen Komponente. Auf einer tieferen Ebene trifft man indessen auf das Gegenteil: die Prädestination. Einige sind auserwählt, andere verdammt, eine Überzeugung, die bei Luther fest verankert war und durch Calvin radikalisiert wurde. Sie mag vielleicht in den Niederlanden, in England und den Vereinigten Staaten durch den Arminianismus und die Wiedereinführung des freien Willens abgeschwächt worden sein, aber der Protestantismus ist nie wieder zu der ursprünglichen christlichen Auffassung zurückgekehrt, dass auf metaphysischer Ebene alle Menschen gleich sind. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht von der schieren Behauptung, dass sie es nicht sind, bis hin zu dem Gefühl, dass diese Gleichheit zu bezweifeln ist.

Beenden wir diese Passage mit einem Rückblick auf die wichtigsten Merkmale des Protestantismus. Er stellt eine Arbeitsethik dar: Wir sind nicht auf der Erde, um es uns gutgehen zu lassen, sondern um zu arbeiten und zu sparen. Damit haben wir die Antipoden der Konsumgesellschaft. Protestantismus war lange Zeit auch ein Synonym für sexuellen Puritanismus.

Protestantische Länder hatten dies gemeinsam, und sie alle waren wirtschaftlich erfolgreich. Ohne Ausnahme. Ob man die Schweiz mit ihrem protestantischen Kern nimmt, die Niederlande mit ihrem protestantischen Zentrum, die skandinavischen Länder, das protestantische Deutschland, England, die Vereinigten Staaten oder die Randgebiete Englands wie Australien, Neuseeland und Kanada. Sie alle prosperierten, obwohl sie nicht die gleichen Familienstrukturen teilten. Deutschland ist, wie ich gesagt

habe, sehr autoritär, England sehr liberal.

Der Protestantismus war Veränderungen unterworfen. Während die Hälfte des Katholizismus im Einzugsgebiet von Paris um 1730/40 einbrach, um durch Revolution und Republik abgelöst zu werden, durchlief der englische und amerikanische Protestantismus eine Phase der Trägheit, in der sich unter den Höhergebildeten der Epoche eine gewisse Undifferenziertheit entwickelte. So konnte Max Weber Benjamin Franklin als Deist bezeichnen. So wie er ihn beschreibt, würde ich gerne einen typischen Zombieprotestanten in ihm sehen, der seine Religion zwar nicht mehr ausübt, aber ihre Ethik mit den Werten der Aufrichtigkeit, der Arbeit und Ernsthaftigkeit bewahrt, immer in dem Bewusstsein, dass dem Menschen nur eine begrenzte Zeit gegeben ist.

Auch Thomas Paine und Thomas Jefferson können als Deisten betrachtet werden, als der protestantische Pessimismus kurz vor der amerikanischen Revolution abflaute. Ein aus der Vernunft hergeleiteter, gar vernünftiger Gott ähnelte kaum noch dem schrecklichen Gott Calvins. Ich wüsste auch nicht, wie man die schottischen Aufklärer mit Denkern wie David Hume, Adam Smith oder Adam Ferguson (die so sehr mit den französischen interagierten) interpretieren sollte, ohne das substanzielle Nachlassen des protestantischen Glaubens in der oberen Mittelschicht zu diagnostizieren.

In Großbritannien riefen die Französische Revolution und die Industrielle Revolution, die sich gegenseitig bestärkten, das Gefühl einer Bedrohung hervor und, warum auch nicht, eine erneuerte Angst vor der Verdammnis. Ein Wiederaufleben des Protestantismus erfasste England und Schottland zwischen 1780 und 1840. In England betraf es die dominierende anglikanische Kirche wie auch die Nonkonformisten, Erben der Puritaner aus dem 17. Jahrhundert. Die religiöse Volkszählung von 1851 ergab eine erstaunlich hohe Zahl von Kirchenmitgliedern in einem Land, das bereits stark urbanisiert und industrialisiert ist. In der Megalopolis London erreichte der Anteil der Gottesdienstbesucher 40 Prozent. In den städtischen Distrikten des industriellen Nordens und der Midlands lag sie zwischen 44 und 50 Prozent. Der Mittelwert aller Distrikte Englands war 66 Prozent. In Wales waren es 84 Prozent.¹³

Der wiederbelebte Protestantismus des 19. Jahrhunderts bringt eine spezifische religiöse Geografie zum Vorschein: Südost-England ist um London herum vorwiegend anglikanisch; in Nord-England, Wales und Cornwall überwiegen nichtkonforme protestantische Sekten, besonders Methodisten. Dieser nichtkonforme Protestantismus korrespondiert mit den Industriegebieten der Arbeiter, eine Überschneidung, die uns zeigt, warum das religiöse Bewusstsein und das Klassenbewusstsein in der englischen Geschichte so eng miteinander verflochten sind.¹⁴ Wir werden darauf zurückkommen.

Vom aktiven Protestantismus über den Zombieprotestantismus zum Nullprotestantismus

Dieser zweiköpfige Protestantismus ist es also, der zwischen 1870 und 1930 einbricht. Nun entstand das, was ich eine protestantische Zombiegesellschaft nenne, eine Welt, in der die religiöse Praxis verkümmert, die sozialen Werte der Religion aber bestehen bleiben, genau wie die vorgeschriebenen Übergangsriten der verschiedenen Kirchen. Weder Taufe noch Heirat oder Beerdigung werden in Frage gestellt. Als Anzeichen dafür, dass nicht mehr alle biblischen Gebote befolgt werden – »Seid fruchtbar und vermehret euch!« –, bricht jedoch die Geburtenrate ein, und zwar zuerst in der Mittelschicht.

Seines protestantischen Rahmens entzogen, entdeckt Großbritannien den reinen Nationalismus (der England und Schottland als gemeinsame Einheit nun besser miteinander verbindet als ihre verschiedenen Kirchen) und beteiligt sich ohne viele Gewissensbisse am Gemetzel des Ersten Weltkrieges. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich in diesem Krieg jenseits der gewaltsamen militärischen Konfrontation zwischen Frankreich und Deutschland auf einer tieferen Ebene die zwei Hauptwirtschaftsmächte der Zeit gegenüberstanden, zwei protestantische Länder, die im Begriff waren, in den Zombiezustand überzugehen: Deutschland und Großbritannien.

Die sichtbarsten politischen Emanationen dieses Zombieprotestantismus waren der progressive Liberalismus und die Labour Party (die ihren liberalen Paten schließlich absorbierte). Die überwiegende Mehrheit des Kaders der aufsteigenden Labour-Partei kam aus nichtkonformistischen Sekten.

Zwischen 1939 und 1945 ist es nach wie vor dieser Phantomprotestantismus, der es Großbritannien ermöglicht, eine solidarische, effiziente und moralische Gemeinschaft zu bleiben, die in diesem Stadium zwar weniger nationalistisch ist als noch 1914, aber einen notwendigen Krieg mit Resignation und Würde akzeptiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg durchlief die gesamte westliche Welt eine leichte Rückkehr zum Religiösen¹⁵, die ein weitaus massiveres Wiederaufblühen des katholischen und protestantischen Zombiechristentums vertuschte, das heißt Werte des Anstands und des Konformismus, die sich, losgelöst von jedweder religiösen Praxis, aus der Religion entwickelten. Die Schockwellen des nationalsozialistischen Nihilismus breiteten sich in der Tiefe aus. Die entwickelte Welt kam wieder zu Atem. Es ist die Epoche, in der ein maximaler familiärer Konformismus blühte, der die Grundlage für den Baby-Boom bildete. Diese Wiederbelebung der Fruchtbarkeit stützte sich auf eine besonders klare Rollenaufteilung von Männern und Frauen. Neben oder oberhalb des familiären Konformismus wurde der *Welfare State*, der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit, zur ultimativen Verkörperung des Zombiechristentums, seine Apotheose.

Der Übergang vom Zombie- zum Nullzustand geht ab den Sechzigerjahren vonstatten.¹⁶ Diese Veränderung ist an die Entwicklung der Hochschulbildung und die daraus resultierende tektonische Verschiebung der Bildungsschichten gekoppelt, wie wir gesehen haben, also an die soziale Fragmentierung. Die Zahl der Taufen sinkt,¹⁷ die illegitimen Vereinigungen explodiert, genau wie die Zahl der Scheidungen, Wiederverheiratungen und Alleinerziehenden. Die Häufigkeit von Einäscherungen steigt blitzartig an. Im Jahr 1888 ganz zu Beginn der Zombiephase machten Einäscherungen 0,01 Prozent der Bestattungen aus, 1939 sind es 3,5 Prozent, 1947 10,5 Prozent. Im Jahr 1960, am Vorabend der finalen Revolution, macht die Einäscherung 78,4 Prozent aus. Wie die »Ehe für alle« signalisiert auch das Übergewicht an Einäscherungen deutlich, dass der Protestantismus einen Nullzustand erreicht hat. Die Einführung der »Ehe für alle« bietet jedoch den Vorteil, dem Ende des Christentums in einem gegebenen Land ein symbolisches Datum geben zu können. In England ist es das Jahr 2014.

Dies ist auch der Grund, warum der Neoliberalismus der Thatcher-Ära, der auf die Beatles und die Rolling Stones, auf uneheliche Lebensgemeinschaften und Geburten folgte (nicht zu vergessen die sexuelle Freiheit, die damit einhergeht), nicht der Liberalismus des Zeitalters der Sühne ist.¹⁸ Der klassische Liberalismus hatte zwar den Freihandel eingeführt und die Iren an Hunger sterben lassen,

doch neben ihm stand der aktive Protestantismus, der die Gesellschaft zusammenhielt und dem einfachen Briten ein Über-Ich mitgab (der durch die Erbsünde verdorbene Mensch ist schlecht, im Allgemeinen und sexuell) sowie ein Ichideal (Erlösung, Heil usw.). Er begleitete die Industrielle Revolution, diese massive Steigerung der Produktion von Dingen durch Ingenieure, Techniker und Arbeiter, ob qualifiziert oder nicht. Der Neoliberalismus wiederum hat die Finanzwelt verselbstständigt und anschließend den Produktionsapparat zerstört. An seinem reinen, perfekten Markt handeln Menschen ohne Moral, die einfach nur gierig sind. Vom aktiven Protestanten des ersten Liberalismus über den Zombieprotestanten des *Welfare State* ist der Idealtypus des Thatcherschen Neoliberalismus nun ein Nullprotestant.

Sozialer und politischer Zerfall

Die ineinander verketteten Konzepte des aktiven, des Zombie- und des Nullprotestantismus erlauben eine effiziente Periodisierung der Sozialgeschichte Großbritanniens. Nehmen wir das Beispiel des Bildungssystems, das ebenso Erzeuger wie Erzeugtes von sozialen Strukturen ist. Wir können uns die *Public Schools* (Privatschulen) der Jahre 1880 bis 1960 als Orte der Entfaltung und Stabilisierung des Zombieprotestantismus vorstellen.¹⁹ Eton, Harrow, Rugby, Charterhouse, Westminster, Winchester ... Religion hatte dort mehr einen formalen Anstrich, aber man brachte die Kinder der Aristokratie mit solchen aus der neuen oberen Mittelschicht in einer von Masochismus geprägten Ethik der Nüchternheit und der Unterdrückung von Emotionen zusammen (mit spartanischen Schlafsälen, sparsamer Beheizung und körperlicher Züchtigung), die sich der strengen Ethik des Calvinismus verdankte. Man lernte dort ein wenig Latein und Griechisch, noch weniger Mathematik und Naturwissenschaften. Hieraus erwuchs die britische Zurückhaltung, die »*stiff upper lip*« (der Stoizismus desjenigen, der sich nie beschwert) und, zweifellos als enthemmende Gegenbewegung, der Sinn für Humor, den ich im Fall der Abschiebungen nach Ruanda als sehr bedroht empfunden habe.

Das soziale Projekt bestand darin, in der Schule eine herrschende Klasse heranzuziehen, die geeignet wäre, das Empire zu führen. Die höhere protestantische Gesellschaftsschicht in Amerika ließ sich davon überzeugen, formierte sich Ende des 19. Jahrhunderts neu und entwickelte daraus eine abgeschwächte Variante.

Das in den Dreißigerjahren schon weniger rigorose Regime der *Public Schools* milderte sich mit der Kulturrevolution der Sechziger- und Siebzigerjahre noch weiter ab. Der Thatcher'sche Neoliberalismus und seine – wie soll man es nennen – amoralische Basis, der Nullprotestantismus, ermöglichte es ihnen, sich in *Independent Schools* zu verwandeln, die noch immer für die Kinder der 6 Prozent Privilegierten bestimmt sind, sich jedoch bemühen, ein besseres Bildungsniveau mit mehr Komfort zu verbinden, und das in einer instabilen Mischung. Die Aufnahmegebühren steigen; die Kinder reicher Chinesen, Russen und Nigerianer tragen durch ihre Schulgebühren zu ausgeglichenen Konten bei. Doch vom ehemaligen Ethos bleibt nichts oder wenig übrig. Die *Independent Schools* repräsentieren und reproduzieren den Nullzustand des britischen Protestantismus.

Im politischen Bereich hat sich die religiöse Entwicklung mit sozialen Umwälzungen vermengt. Traditionell liegt eine bipolare Version der sozialen Struktur – die Working-Class und die anderen – dem politischen Zweiparteiensystem zugrunde, das bereits durch das Mehrheitswahlrecht mit nur

einem Wahlgang begünstigt wurde; *Conservative* versus *Labour*, wobei die Labour-Partei die Nachfolge der Liberalen des 19. Jahrhunderts angetreten ist.

Seit 1920 jedoch arbeiteten 51 Prozent der Beschäftigten in Großbritannien im Dienstleistungssektor und das eigentliche Gravitationszentrum der sozialen Struktur wurde zu dem, was man auf der anderen Seite des Kanals die *Lower Middle-Class* nennt (die untere Mittelschicht), eine kaum verhohlene Besessenheit in England.²⁰ Die Konfrontation zwischen Tories und Labour verschleierte diese alte Zentralisation der objektiven Klassenstruktur; sie funktionierte, weil sie selbst in einer Konfrontation von Zombiereligionen aus der viktorianischen Epoche verankert war, nämlich der Konfrontation zwischen Anglikanischer Kirche und nichtkonformistischen Sekten. Die Aufstellung dieser beiden religiösen Tendenzen bestimmte selbst noch in deren Nullzustand die politische Geografie: Auf der Karte entsprachen die Gebiete der Labour-Partei denen der nichtkonformistischen Sekten und generell des rigideren Protestantismus; sie umfassten Nordengland, Wales und den größten Teil Schottlands.

Die Realität der Klassenstruktur und der allmähliche Übergang vom Protestantismus in den Nullzustand erklären, warum Margaret Thatcher die Macht der Gewerkschaften zerschlagen konnte, darunter die besonders starke der Minenarbeiter. Das Fortbestehen des Zweiparteiensystems beruhte weder auf der realen sozioökonomischen noch auf einer zombiereligiösen Strukturierung. Vor allem hat das Zweiparteiensystem dank des Wahlsystems überlebt, aber es ist durchaus vorstellbar, dass die heftigen verbalen Auseinandersetzungen, die derzeit das Unterhaus prägten, nur den Verlust der Parteien an ideologischer Substanz verschleiern sollten. Seit Tony Blair ist die Labour-Partei jedenfalls nicht mehr in der Lage, einen wirtschaftlichen Weg auszuarbeiten, der sich von dem der Konservativen unterscheidet.

Liz Truss war möglicherweise nichts anderes als die zufällige Verkörperung des kleinbürgerlichen britischen Unterbewusstseins, das auf die Opposition von Aristokratie und Arbeiterklasse folgte. Früher zeigte sich der Dualismus in stark polarisierten Akzentuierungen, die sich gegenseitig korrigierten; damit trug er zur Strukturierung der Nation bei. Seine Erschütterung bringt eine durch die Hochschulbildung stratifizierte Gesellschaft zum Vorschein, zerklüftet durch das Schwinden der Religion, formlos, weder national noch in Klassen strukturiert, überlagert von einer ideologischen Elite, die in ethnischen und rassischen Fragen nach Gründen fischt, sich in woke »Labours« oder antiwoke »Konservative« zu unterteilen. Paradoxerweise ist es in diesem Kontext einer konservativen, vorherrschend antiwoken Partei gelungen, eine ultrawoke Regierung zu bilden. In Wahrheit unterscheidet sich der Kern der Konservativen Partei kulturell kaum von dem der Labour-Partei. Denn dieser ganze kleine Kosmos hat die Universität durchlaufen, deren herrschenden Werte woke sind.

Die Zeit des Brexits fiel mit dem Durchbruch des religiösen Nullzustands zusammen.

Im Jahr 2014 fand das Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands statt. Mit dem »Nein« hatte es sich erledigt, allerdings nur knapp und vor allem deshalb, weil die älteren Menschen nicht wollten. Das Ende des Protestantismus erklärt die Spaltung Schottlands sehr gut. Was den *Act of Union* zwischen Schottland und England 1707 möglich machte, war die Tatsache, dass sie sich ursprünglich zwar als zwei getrennte Nationen wahrnahmen, jedoch beide protestantisch waren, wie Linda Colley so treffend aufgezeigt hat. Indem der Protestantismus verschwand, zerfiel auch diese Verbindung. Ab da scheint Schottland nicht mehr ganz zu wissen, was es ist, ob es das Vereinigte Königreich

verlassen soll oder nicht, wieder Verbindung mit der EU aufnehmen soll oder nicht. Die ehemals katholischen Arbeiter der Region um Glasgow, die früher Träger eines Nullkatholizismus waren, stimmten für die Scottish National Party, eine traditionell presbyterianische Partei, die sich schlussendlich einen muslimischen Chef wählte.

Der Brexit hingegen brachte nicht nur Gebildete und Ungebildete gegeneinander in Opposition, sondern, in einem ganz erstaunlichen gemischten Doppel, auch Junge und Alte, indem ältere Personen und solche ohne Hochschulbildung sich zusammenschlossen, um für den Brexit zu stimmen. Die stärkste Motivation in den unteren Schichten war es wahrscheinlich, die Einwanderung aus Osteuropa zu stoppen, namentlich aus Polen. Hier haben wir es weder mit einer Nation zu tun, die die Dynamik ihrer Jugend wiedergewinnt, noch mit einem optimistischen Volk. Die sogenannten Klatschblätter (die »Boulevardpresse«) *The Sun*, *The Daily Mail*, *The Daily Mirror*, *The Daily Express*, die in den Händen diverser Milliardäre wie zum Beispiel Rupert Murdoch liegen, dem australisch-amerikanischen Magnat, unterstützten den Brexit. Ein nennenswerter Teil der Oligarchie befürwortete ihn also.²¹ Rupert Murdochs Präsenz im Vorfeld lässt eher an einen ausgeweiteten Einfluss der Amerikanosphäre denken als an den kräftigen Aufwind einer neuen englischen Revolution. Die Rolle der Australier in England in der jüngsten Entwicklungen der britischen Gesellschaft und Politik wäre eine vertiefende Untersuchung wert; ich bin während meiner Studien über Großbritannien auf viele von ihnen gestoßen, die eine nichteuropäische Version der Geschichte erzählen.

Mit der Hypothese eines Nullzustands des englischen Protestantismus lässt sich die Zerschlagung der Red Wall erklären. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahr 2019 erreichten die Konservativen eine große Mehrheit, doch die Kommentatoren waren vor allem vom Zusammenbruch der Labour-Hochburgen im Norden des Landes betroffen. In zahlreichen Wahlkreisen dieser Region wurden zum ersten Mal konservative Kandidaten gewählt, was eine beinahe mehrere Jahrhunderte andauernde Labour-Periode ruinierte.²² Dieses Phänomen wurde als eine Folge des Brexits wahrgenommen, als ein Ausdruck von Anerkennung gegenüber Boris Johnson, der sich dem Unabhängigkeitsstreben der Bevölkerung angenommen hatte. Übrigens hat Johnson anschließend einige kluge Töne über die Notwendigkeit einer Wiederbelebung der Industrie von sich gegeben. Ich für meinen Teil glaube, dass Bewohner dieser Region vor allem ihrer politischen Identität als Labour-Anhänger beraubt worden waren durch den Rückgang einer religiösen Grundlage, der sich mit dem Rückgang der industriellen Wirtschaft deckte. Die Menschen Nordenglands sind keine Arbeiter mehr, sondern postindustrielle Menschen, mit all den kleinen Jobs im Dienstleistungssektor, die diese Qualifikationsminderung mit sich bringt. Die Labour-Bewegung war aus der Industrie und dem Nonkonformismus entstanden; die Kombination von Deindustrialisierung und Nullprotestantismus musste sie ja eines Tages erschüttern.

Fassen wir über den Brexit zusammen: Er war keine Manifestation der Rückkehr des Nationalstaates, sondern resultierte aus dessen Zerfall. Ältere Menschen verliehen dabei ihrer Nostalgie Ausdruck, Wähler von einfacher Herkunft ihrer Anomie und die Medien-Oligarchen einer Hinwendung zur Amerikanosphäre.

Während die Ukraine Russland im Jahr 2014 zurückgewiesen hatte (und damit die Oligarchen, die diesem so nahestanden, neutralisierte), wählte England 2016 die USA (und behielt de facto seine Oligarchen, die den USA nahestehen). England unterstützt die Unabhängigkeit der Ukraine in einem Moment, wo es die seine verliert. Wie sollte es dann verwundern, wenn diese Unterstützung eine

Parodie ist, wo doch England im Begriff ist zu vergessen, was Unabhängigkeit ist.

Wenn der Hass auf den Proleten den Rassismus ersetzt

Alle fortgeschrittenen Gesellschaften sind durch eine höhere Bildung der Massen verändert worden, genau wie durch die Rückkehr des subjektiven Nonegalitarismus und der daraus resultierenden objektiven Ungleichheiten. Im Fall Englands verkomplizierte sich die Gegensätzlichkeit zwischen Menschen mit Hochschulbildung und allen anderen aufgrund ehemaliger Klassenidentitäten, und das mit einer Kraft, die ihresgleichen sucht.²³

In meinem Buch *Le Destin des immigrés* (»Das Schicksal der Immigranten«) hatte ich 1994 geschrieben, dass die Andersartigkeit Amerikas gegenüber England, die den Rassismus amerikanischer Prägung dort unmöglich macht, darin bestand, dass in den Augen der Engländer mindestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts die weißen Arbeiter bereits eine gesonderte Rasse waren.²⁴ Wenn in England schon mehrere weiße Rassen koexistierten, dann war es kaum denkbar, dass man sich dort nach amerikanischer Art auf die Schwarzen fixieren würde. Der Brexit und seine Folgen bestätigten diese Hypothese: Die Abneigung gegen das einfache Volk wurde in den oberen Schichten Englands so groß, dass man sich für die Schwarzen besonders aussprach wie auch für BAMEs im Allgemeinen. Es sei daran erinnert, dass die Mehrheit der obersten Bildungsschicht mit »*Remain*« gestimmt hatte (Cambridge und Oxford mit 73,8 Prozent und 70 Prozent).

Den Brexiters zufolge konnte England, indem es aus der EU austrat, sein Schicksal wieder selbst in die Hand nehmen. Doch das Referendum führte nicht zu dem, was diese Sehnsucht realisierbar gemacht hätte: zur Aussöhnung zwischen den oberen Bildungsschichten, die in Europa bleiben wollten, und den unteren Bildungsschichten, die austreten wollten. Die üblichen Vorbehalte der oberen Mittelschicht gegenüber der Arbeiterklasse wurden nur schlimmer.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, dass die einfachen Menschen mit Hochschulbildung nicht das ganze Vereinigte Königreich kontrollieren, die Superreichen mit Verbindungen in die USA aber durchaus. Die Umsetzung des Brexits durch die Regierung von Boris Johnson konnte, obwohl sie an ein Fortbestehen des authentischen demokratischen Temperaments glauben machte, ebenso durchklingen lassen, dass das Vereinigte Königreich von einer Fraktion von Oligarchen beherrscht wurde, die sich eine gewisse Fähigkeit zum autonomen politischen Handeln bewahrt hatte. Die etablierten Verbindungen der globalisierten Finanzwelt zwischen London und New York, die hauptsächlich dazu dienten, Steueroasen einzufrieren, lassen mich diese zweite Hypothese vorziehen.

Seit dem Brexit erleben wir jenseits des Ärmelkanals also ein einzigartiges Phänomen. Eine obere Bildungsschicht, die mehr und mehr das befürwortet, was das einfache Volk ablehnt: Diversität, ethnische Minderheiten und insbesondere die Einwanderung, die entscheidende Triebfeder der »*Leave*«-Stimmen. Der Anteil derjenigen, die an der Universität waren, mit *Remain* gestimmt hatten und wollen, dass die Einwanderung beschränkt wird, ist um 20 Prozentpunkte gesunken und liegt bei nicht mehr als 23 Prozent, während der Anteil derjenigen, die eine Zunahme an Einwanderung wünschen, sich um das Dreifache auf 31 Prozent gesteigert hat.²⁵ Wie sollte man darin nicht eine volksfeindliche Provokation sehen?

Kommen wir ein weiteres Mal auf die absolut seltsamen Statistiken zurück, die enthüllen, dass

bevorzugt den BAMEs Zugang zu Hochschulen gewährt wird. Man könnte sich fragen, ob diese zur Schau gestellte Bevorzugung nicht auch – über die guten Gefühle einer informellen *affirmative action* hinaus – eine Rache der oberen englischen Mittelschicht an ihrem Plebs ist. An demselben Plebs, von dem man nun verlangt, dass er sich von den augenfälligen Nachkommen der ehemals Beherrschten des Empire regieren lässt. Böse Zungen würden vielleicht sagen, dass man nun, da politische Macht ohnehin nur noch so wenig zählt, diese auch gut den BAMEs überlassen kann. Wer weiß?

Nichts an dem oben Gesagten vermittelt das Bild einer Nation, die sich ihrer sicher ist und die weiß, wohin sie geht. Im Gegenteil verweist alles auf einen Verlust an Sinnhaftigkeit, auf eine Angst, von der man annehmen kann, dass sie Sündenböcke braucht. Das einfache Volk und die Älteren hatten Europa. Aber was haben die Anhänger des *Remain*?

Die Russen haben sich gewissermaßen selbst zum Sündenbock für die britische Mittelschicht gemacht, mit ihren Oligarchenkindern, die sie massenhaft in den englischen Privatschulen unterbrachten, und vor allem mit ihren Immobilieninvestitionen in London, die sie entweder direkt oder durch britische Briefkastenfirmen tätigten. Am Vorabend des Krieges nannte man den westlichen Teil Londons, wo die Russen ohne Rücksicht auf Verluste gekauft hatten, Londongrad. Allein schon der Kauf des Fußballclubs Chelsea durch Roman Abramowitsch symbolisierte den neuen Status des Vereinigten Königreichs als träge, erloschene oder prostituierte Nation.

Nullprotestantismus, Nullnation

Die Franzosen glauben, wie ich bereits sagte, die Nation aus der Französischen Revolution heraus erfunden zu haben; sie wissen nicht (oder wollen nicht wissen), dass in ihrem Fall die Zugehörigkeit zu einer Nation nichts anderes tat, als die Zugehörigkeit zum christlichen Volk zu ersetzen. Als gute Erben des katholischen Universalismus sind wir trotz unseres neuen Nationalstaates der Idee des universellen Menschen verhaftet geblieben.

Die Geschichte der protestantischen Länder verläuft vollkommen anders. Hier erblickte die Nation schon früher das Tageslicht. Der Protestantismus, der aus der Loslösung von Rom entstand, forderte, dass alle Bürger Zugang zur Heiligen Schrift in der Landessprache erhalten sollten, in diesem Fall Englisch; er brachte ein besonderes Volk hervor, ein von Gott erwähltes. Zum Ruhme dieses Gottes wurde durch die erste englische Revolution der König enthauptet. Oliver Cromwell, der seine Macht der Rolle als Gründer der New Model Army verdankte, versuchte, das erste gleichermaßen militärische wie religiöse Regime in der Geschichte Europas zu etablieren.

Hören wir William Blake im letzten Vierzeiler seines Gedichts »Jerusalem«:

I will not cease from Mental Fight,

Nor shall my sword sleep in my hand:

Till we have built Jerusalem,

In England's green & pleasant Land.

(Zum Geisteskampf bin ich bereit,

Nicht schläft das Schwert in meiner Hand:

Bis wir erbaut Jerusalem

Auf Englands grün & traurem Land.)²⁶

Dieser Vers, in dem das Nationale und das Religiöse sich eng miteinander verbinden, ist 1804 geschrieben worden, dann 1808 veröffentlicht und von Hubert Parry 1916 vertont. »Jerusalem« ist für England zur inoffiziellen Nationalhymne geworden, viel besser war es in der Lage, die Seele zu berühren als das triste *God Save the King*. Dieses wählte auch Tony Richardson für seinen Film *Die Einsamkeit des Langstreckenläufers* (nach einer Erzählung von Allan Sillitoe) aus dem Jahr 1962, der uns die Auflehnung eines jungen Arbeiters gegen Klassenprivilegien vor Augen führt.

Wenn in einem protestantischen Land nationale und religiöse Tendenzen so eng miteinander verwoben sind, erahnt man, dass der endgültige Untergang der Religion den des Nationalgefühls mit sich bringen kann. Der Nullprotestantismus definiert die Nullnation eher noch als die träge Nation.

Der Nullprotestantismus ist, wie wir sehen werden, ebenso ein Problem für die skandinavischen Länder, auch wenn ihr abgelegener und sozusagen provinzieller Standort sie vor zu großen Turbulenzen bewahrt.

Kapitel VII

Skandinavien – vom Feminismus zur Kriegstreiberei

Eine der Überraschungen des Ukrainekrieges wird die Entstehung eines kriegerisch gesinnten, protestantischen Zentrums in Nordeuropa gewesen sein. Der Krieg hat gezeigt, dass Norwegen ein aktiver militärischer Agent der USA in Europa ist. Dänemark ist sicherlich noch stärker in die amerikanischen Maßnahmen verwickelt. Finnland und Schweden wiederum sind mit einem Gefühl der Dringlichkeit der NATO beigetreten. Wir werden sehen, dass diese kriegerische Gesinnung bereits vor dem Krieg bestand und dass sie, wie die des Vereinigten Königreichs, weitgehend auf einer inneren sozialen Dynamik der Nationen beruht.

Die Beitrittsgesuche Schwedens und Finnlands an die NATO sind historisch betrachtet ebenso erstaunlich wie die britische Kriegstreiberei. Diese Länder pflegten eine Tradition der Neutralität, die im Fall Schwedens sehr alt war und im Fall Finnlands seit dem Zweiten Weltkrieg bestand. Vor allem aber schwebten sie in keiner bedrohlichen Lage. Die Russen wünschten sich friedliche Beziehungen mit dem Westen über die Vermittlung Finnlands, welches sie seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht angerührt hatten. Und was die Vorstellung betrifft, dass Russland Schweden angreifen könnte, so muss man unverblümt und in aller Deutlichkeit sagen: Das ist einfach verrückt. Man könnte sich vorstellen, dass Finnland ein Analysefehler unterlaufen ist, nachdem es durch Estland, seinen sprachlichen Cousin, mit in die NATO gezogen worden war, doch im Fall der Schweden, die nicht einmal eine gemeinsame Grenze mit Russland haben (anders als die Finnen natürlich, aber auch als die Norweger), muss man eine psychiatrisch relevante Überreaktion diagnostizieren. Dachten die schwedischen Politiker – geplagt von einer heftigen Russophobie – darüber nach, die Niederlage ihres Landes gegen Peter den Großen zwischen 1700 und 1721 zu rächen? Russland stand bei der Zerschlagung des schwedischen Ostseereiches an vorderster Front, wurde dabei jedoch von Dänemark, einem Teil des polnischen Adels und, was Schweden den Todesstoß verpasste, von Preußen sowie Großbritannien unterstützt. Das kleine Schweden ist nun seit Langem ein effizientes, zähes Land, doch dass es seine Neutralität aufgeben würde, um das Baltikum zurückzuerobern, daran glaube ich nicht.

Diese Absurditäten haben wirklich stattgefunden. Auch in diesem Fall meinen es die Akteure aufrichtig. Wenn schon die Bedrohung durch Russland nicht echt ist – die Angst vor den Russen ist es. Ich habe also nicht vor, den NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens anzuprangern, sondern den Ursprung dieser Angst zu ermitteln, genau wie ich mich bemüht habe, die Kriegstreiberei des Vereinigten Königreichs zu erhellen. Dieses Kapitel wird allerdings sehr kurz. Die skandinavischen Länder sind keine Hauptbeteiligten in diesem Konflikt. Die Betrachtung ihres Falls ist eher deshalb interessant, weil er bestätigt, dass der endgültige Untergang des Protestantismus eine der versteckten Triebfedern des Konflikts ist. Auch wird die offiziell feministische Identität Schwedens uns einen kurzen Einblick in die »feministische« Dimension des westlichen Einsatzes ermöglichen.

Etwas ist faul im Staate Dänemark (und Norwegen)

Bevor wir auf Schweden und Finnland zu sprechen kommen, untersuchen wir rasch die Fälle Dänemarks und Norwegens, die bereits lange vor der Krise in die NATO integriert waren.

Lange Zeit ist Norwegen im Besitz Dänemarks gewesen und erhielt seine endgültige Unabhängigkeit erst 1905, nach einer kurzen Periode unter schwedischer Herrschaft zwischen 1814 und 1905. Nachdem es seine Unabhängigkeit erlangt hatte, wurde es zum Schauplatz leidenschaftlicher sprachlicher Auseinandersetzungen zwischen Verfechtern des Riksmål, Bokmål und Landsmål (oder Nynorsk), aber es genügt zu wissen, dass das gebräuchliche Norwegisch eine Variante des Dänischen ist. Doch eigentlich sind die Skandinavier durch ihre Beherrschung des Englischen der Zweisprachigkeit sehr nahe.

Norwegen half, wie wir gesehen haben, den Amerikanern bei der Sabotage der Nord-Stream-Pipeline. Dänemark unterdessen benimmt sich seit Langem wie ein Anhängsel der US-Geheimdienste. Es war bei der Abhörung des Telefons von Angela Merkel beteiligt. In Zusammenarbeit mit der NSA wurde ein Sammel- und Speicherzentrum für Daten auf einer kleinen Insel östlich von Kopenhagen errichtet, um – eher noch als die Russen – die westlichen Verbündeten auszuspionieren. An dieser Stelle sei France 24 zitiert, um den sehr banalen Charakter dieser Information zu unterstreichen:

*Wie Dänemark zum Abhörposten der NSA in Europa geworden ist: Die Enthüllungen vom Sonntag über die Mithilfe dänischer Spione bei der Überwachung europäischer Staatsoberhäupter durch die amerikanische NSA unterstreicht die erstrangige Rolle, die dieses skandinavische Land für die amerikanischen Geheimdienste spielt. Eine Zusammenarbeit, die sich über die Jahre nur verstärkt hat.*¹

Dänemark ist in der Tat zum Mitglied des »Five Eyes«-Clubs geworden, der, wir erinnern uns, die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland umfasst.

Übrigens sollte festgehalten werden, dass eine politische Karriere in Norwegen vom Posten des Premierministers aus auf natürliche Weise im Sekretariat der NATO münden kann. Anders Fogh Rasmussen, ab 2001 Premierminister von Dänemark, trat zurück, um von 2009 bis 2014 Generalsekretär der NATO zu werden, bis schließlich Jens Stoltenberg ihn ersetzte, der bis 2013 norwegischer Premierminister war. Heute ist Rasmussen »inoffizieller Berater« der Ukraine für die Annäherung an die NATO.²

Als Mitglied der Europäischen Union ist die Schachfigur Dänemark für die Vereinigten Staaten manchmal weiter fortgeschritten als Norwegen, auch wenn sie in militärischer Hinsicht traditionell weniger effizient ist. Im Juli 2023 versuchte die dänische EU-Kommissarin für Wettbewerb Margarethe Vestager, die Amerikanerin Fiona Scott Morton als Chefökonomin ihres Sektors einzusetzen. Man kann sich leicht vorstellen, wie objektiv diese hinsichtlich Big Tech gewesen wäre. Weiterhin kann man annehmen, dass ein hoher dänischer Funktionär im europäischen System mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent ein inoffizieller Vertreter Washingtons ist.

Die Integration Norwegens und Dänemarks in das amerikanische Kontrollsystem veranlasst mich dazu, ein Element pragmatischen Interesses in Betracht zu ziehen, das hinter dem Wunsch Schwedens liegt, der NATO beizutreten. Als Zentralgestirn in der skandinavischen Konstellation ist dieses Land

mit 10,4 Millionen Einwohnern, das umgeben ist von 5,4 Millionen Norwegern, 5,9 Millionen Dänen und 5,5 Millionen Finnen, schon immer die dominante Kraft dieser Region gewesen, ein ideologischer Führer, besonders während seiner langjährigen sozialdemokratischen Erfahrung zwischen 1920 und dem Ende der Neunziger. Konnte es zulassen, dass die NATO, mit anderen Worten die USA, einen nach dem anderen, Dänemark, Norwegen und Finnland, ihrer direkten Kontrolle unterstellte? Der NATO beizutreten, würde Schweden möglicherweise helfen, seinen Einfluss in Skandinavien zu bewahren, indem es eine direkte militärische Koordination mit den umliegenden kleineren Partnern in die Wege leitet. Der unnötige Konflikt mit Russland scheint jedoch ein recht hoher Preis zu sein für diesen bescheidenen Vorteil. Ich bringe diese Gründe vor, ohne recht daran zu glauben.

Sozialer Aufruhr in Schweden und Finnland

Die soziale und wirtschaftliche Lage in Schweden oder Finnland kann in keiner Weise mit derjenigen Englands verglichen werden. Der Weltbank zufolge lag das Bruttoinlandprodukt pro Kopf im Jahr 2022 in Schweden bei 55 873 Dollar, in Finnland bei 50 536 Dollar, in Deutschland bei 48 432 Dollar, im Vereinigten Königreich bei 45 850 Dollar und in Frankreich bei 40 963 Dollar. Das relativ bescheidene BIP pro Kopf der Franzosen im Vergleich zu den Briten, deren Ernährungs- und Gesundheitsprobleme weit größer sind als unsere, erinnert uns auf jeden Fall daran, dass dieser Indikator mit Vorsicht zu genießen ist. Im Fall der USA werden wir später sehen, dass er schlichtweg ein Trugbild vermittelt. Finnland sticht unter anderem durch das extrem hohe Niveau seiner Schüler bei den PISA-Erhebungen hervor. Vor dem allgemeinen Rückgang der Intelligenzquotienten, den man in den meisten protestantischen Ländern beobachtet, ist Skandinavien hingegen nicht gefeit.³ Der IQ ist ein weitgehend akzeptiertes und daher viel genutztes Instrument in protestantischen Ländern, weil diese Religion, wie wir gesehen haben, kaum an eine a priori gegebene Gleichheit unter den Menschen glaubt. Die Messung von Intelligenzunterschieden zwischen Individuen ruft daher hier keinerlei Bedenken hervor. Das katholische und republikanische Frankreich hingegen schätzt den Begriff des IQ nicht. Wie dem auch sei, James Flynn und Michael Shayer haben festgestellt, dass der Rückgang der IQ-Werte etwa ab 1995 Finnland, Dänemark, Norwegen und Schweden gleichermaßen betrifft.

Vor allem Schweden und Finnland entkommen der Krise der »westlichen Demokratien« nicht, die, wie ich wiederhole, in erster Linie auf die neue Verschiebung der Bildungsschichten zurückgeht. In beiden Ländern sind identitäre, fremdenfeindliche, rechtsextreme oder populistische Parteien entstanden (man weiß nicht mehr so recht, wie man sie nennen soll, wenn man objektiv und neutral bleiben will). Während ich dies schreibe, ist die Partei der Wahren Finnen Teil der Regierung, und die Schwedendemokraten unterstützen sie, ohne an ihrer eigenen Regierung selbst beteiligt zu sein. Und wenn Dänemark verhindern konnte, dass sich eine populistische Identitätspartei bildet, dann im Wesentlichen deshalb, weil die dänischen Sozialdemokraten das fremdenfeindliche Programm selbst übernommen haben und sich präsentieren als »die erste linke europäische Partei, die verstanden hat, dass die Einwanderung ein riesiges Problem ist«.

Warum dieses Unbehagen? Die Skandinavier sind vom Neoliberalismus zwar betroffen, sie haben aber nicht ihren Sozialstaat geopfert; ihrem Unwohlsein eine allzu wirtschaftliche Erklärung geben zu wollen, ist also ausgeschlossen.

Vor jedweder Interpretation sollten wir hervorheben, dass die skandinavische Angst nicht erst mit der russischen Frage aufkam und dass sich durch den Ukrainekrieg vor allem eine militärische Sorge manifestiert hat, die schon vorher bestand. Den Beweis hierzu liefert ein Buch, das 2018 erschienen ist. In *Cultural Evolution* hat Ronald Inglehart auf Grundlage der World Values Survey (die er gegründet hat) die Entwicklung der »Werte« in einer Vielzahl von Ländern untersucht.⁴ Eine Meinungsumfrage erregt meist die Aufmerksamkeit von solchen Menschen, die nur äußern, was gesellschaftlich toleriert ist. Unter den oft banalen Aussagen, die World Values Survey gesammelt hat, finden sich jedoch auch faszinierende Antworten auf die Frage, ob die Teilnehmer bereit wären, sich für die Verteidigung ihres Landes mit Waffengewalt einzusetzen. Inglehart stellte in der gesamten westlichen Welt einen Rückgang dessen fest, was man militärische Staatsbürgerschaft nennen könnte – in der Sache völlig im Einklang mit der NATO-Politik, die vorsieht, Waffen, aber keine Menschen in die Ukraine zu schicken. Einzige Ausnahme: Skandinavien, wo Inglehart einen Anstieg der Bereitschaft feststellt, für sein Land zu kämpfen. In Schweden erlaubte es dieser Anstieg, im Jahr 2017 den Wehrdienst wiederherzustellen, also lange bevor Russland in die Ukraine einmarschierte.

Das Werk Ingleharts ist auch interessant wegen der Erklärung, die der Autor für das Phänomen liefert, oder besser, wegen seiner Unfähigkeit, eine zufriedenstellende zu finden. Er führt den allgemeinen Rückgang des Interesses für das Militärwesen in der westlichen Welt auf die Feminisierung der Gesellschaft zurück. Diese These ist verführerisch und hätte mich zunächst fast überzeugt, da auch ich in meinem Buch *Où en sont-elles?* (»Wo sind die Frauen?«) den Rückgang des Sinns für das Kollektiv und damit des Interesses für das Militärische mit der Emanzipation der Frauen in Verbindung gebracht habe.⁵ Doch hier gibt es ein Problem: Skandinavien ist offiziell die feministischste Region der Welt. Wir sehen uns mit einer Aporie konfrontiert.

Versuchen wir, sie zu lösen oder wenigstens eine Hypothese vorzuschlagen. Wäre es möglich, dass der Feminismus, der in diesem Fall weit davon entfernt ist, einen Pazifismus zu unterstützen, hier eine kriegerische Gesinnung vorzieht?

Die antirussische Betriebsamkeit einiger schwedischer und finnischer Politikerinnen belegt dies. Die Premierministerinnen Magdalena Andersson in Schweden und Sanna Marin in Finnland haben ihre Länder dazu gebracht, der NATO beizutreten. Wenn wir Ingleharts Hypothese im Hinterkopf behalten, welche Frauen mit der Ablehnung des Krieges in Verbindung setzt, dann kann man sich bei manchen von ihnen, die sich in hohen Stellungen befinden, solchen auf internationaler Ebene, eine Form von Imponiergehabe vorstellen: »Der Krieg war immer Sache der Männer gewesen, jetzt müssen wir genauso entschieden auftreten, oder sogar noch entschiedener.« Der Vorschlag, den ich hier wage, würde lauten, dass diese Frauen unbewusst eine Dosis toxischer Männlichkeit absorbiert hätten. Eine statistische Analyse der politischen Haltung von Frauen und Männern angesichts des Ukrainekrieges wäre ein schönes Thema für eine Abhandlung: Repräsentieren Victoria Nuland (amerikanische Staatssekretärin für die Ukraine), Ursula von der Leyen (Präsidentin der Europäischen Kommission) und Annalena Baerbock (deutsche Außenministerin), diese Pasionarias des Krieges, mehr als nur sich selbst oder nicht? Sollte man in der relativen Zurückhaltung von Scholz und Macron einen Ausdruck von Männlichkeit sehen?

Die oben erwähnten identitätspopulistischen Parteien Schwedens oder Finnlands, nämlich die Partei

der Wahren Finnen und die Schwedendemokraten, heben sich durch eine besonders männliche Wählerschaft ab. Heute würde man sagen, sie bedienen »Geschlechterstereotype«. Sie wurden verdächtigt, Sympathien für Russland zu hegen.

Ich gebe zu, dass ich das nicht ganz ernst meine, aber wir sollten dennoch in unseren Gedankengang mit einbeziehen, dass es in Skandinavien ein Unbehagen in den Geschlechterbeziehungen gibt, das sich in der Politik niederschlägt.

Ende des Protestantismus, Krise der Nation

Eine schlichtere Hypothese, die sich aus der Analyse des britischen Falls herleiten lässt, bietet uns den Schlüssel. Die Krise ist von religiöser und kultureller Natur. Auch in Skandinavien ist jede Nation eine Tochter des Protestantismus, und dessen Schwinden bringt die Nationen in Gefahr. Der Nullzustand, den er erreicht hat, generiert nun eine national bedingte und damit in kleinen Ländern internationale Angst, und dies selbst bei einer Wirtschaftslage, um die es so schlecht nicht steht. Daher kommt vielleicht das Bedürfnis nach Sicherheit, das durch den Beitritt in die NATO gestillt wird, um eine nichtexistierende äußere Bedrohung abzuwenden. Weil dies inmitten der skandinavischen Gesellschaften geschieht, die ihre Rolle in der Geschichte nicht mehr so recht kennen, wächst ein Gefühl von Gefahr. Was Schweden und Finnland mit ihrem Beitrittsgesuch zur NATO zum Ausdruck brachten und was inzwischen beschlossene Sache ist, das ist nicht das Bedürfnis, gegen die Russen geschützt zu werden; es ist der Rohzustand eines Zugehörigkeitsbedürfnisses.

Kapitel VIII

Das wahre Wesen der USA – Oligarchie und Nihilismus

Seit der Einleitung habe ich die Verdienste von John Mearsheimer und seinen Mut hervorgehoben. In Kapitel X, das der herrschenden Klasse in Amerika gewidmet ist, werde ich ein Loblied auf seinen Kollegen und Komplizen Stephen Walt singen, der seit Langem fordert, dass die Vereinigten Staaten zu einer vernünftigen Weltanschauung zurückkehren, einer Welt, in der sie aufhören, nach einer »liberalen Hegemonie« zu streben, sondern sich damit zufriedengeben, ihre Macht zu erhalten und am internationalen Gleichgewicht zu arbeiten, indem sie sich gemäß ihren Interessen für diese oder jene Partei einsetzen (*balancing*). Die USA sind die stärkste Militärmacht, doch sie sind keinesfalls in der Lage, alles direkt zu beherrschen. Ich habe den größten Respekt vor Walt und Mearsheimer, weil sie beide fähig sind, einen kühlen Kopf zu bewahren in einem Umfeld von aufgeregten neokonservativen Ideologen ohne militärische Kompetenzen. Doch ihre Sicht auf die Geschichte erscheint mir mechanisch, weil sie die Nationalstaaten als etwas Kompaktes und Stabiles betrachten. Nun erfordert aber das Verstehen der Außenpolitik eines Landes eine tiefgreifende Analyse seiner inneren Entwicklungen. Diese beiden sogenannten »realistischen« Politiker bleiben zu einem guten Teil blind für diese Entwicklungen, die mitunter dramatisch sind. Zum Beispiel gehen sie davon aus, dass die Vereinigten Staaten, wie ich in der Einführung gesagt habe, noch immer ein Nationalstaat seien. Doch nichts wäre weniger ausgemacht. Weiterhin sagen sie, die USA seien stabil und, besser noch, vom Rest der Welt abgeschirmt. Die traditionelle Vorstellung lautet, dass Amerika zwischen dem Atlantik und dem Pazifik, zwischen den beiden Nicht-Mächten Kanada und Mexiko, eine Insel ist, die von jeder Gefahr verschont werde, eine Nation, die nichts riskiere und sich daher alle denkbaren Fehler auf internationaler Ebene erlauben könne. Niemals mussten sie um ihr Überleben kämpfen wie Frankreich, Deutschland, Russland, Japan, China und selbst Großbritannien. In diesem und den zwei folgenden Kapiteln werde ich versuchen zu zeigen, dass die USA im Gegenteil in der derzeitigen Situation viel riskiert. Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Rest der Welt ist immens geworden; ihre Gesellschaft zerfällt. Und die beiden Phänomene beeinflussen sich gegenseitig. Die Kontrolle über ihre externen Ressourcen zu verlieren, würde einen Einbruch des Lebensstandards verursachen, der ohnehin nicht glänzend ist. Doch es gehört zum Wesen eines Imperiums, dass es nicht mehr trennen kann, was an seiner Entwicklung intern ist und was extern. Folglich muss man von der inneren Dynamik der Gesellschaft – oder eher ihrer Regression – ausgehen, um die amerikanische Außenpolitik zu verstehen.

Ich bitte den Leser im Voraus um Entschuldigung für den schematischen Charakter der drei Kapitel, die den Vereinigten Staaten gewidmet sind. Nicht alles wird darin diskutiert. Die Krise einer so komplexen Gesellschaft würde ein eigenes Buch füllen. Doch die Zeit drängt: Der Krieg zieht uns immer weiter fort. Mein Ziel ist es nicht, ein hohes Niveau an akademischer Perfektion zu erreichen, sondern zum Verständnis eines gerade stattfindenden Desasters beizutragen.

Durch die sukzessive Untersuchung der Stabilität der russischen Gesellschaft, des Auseinanderfallens der ukrainischen Gesellschaft, des schlechten Gewissens der ehemaligen

Volksdemokratien, des Endes des europäischen Traums von der Unabhängigkeit, des Absackens des Vereinigten Königreichs als Nation (eher als Mutter- denn als Schwesternation der USA) und des skandinavischen Abdriftens haben wir uns allmählich dem Zentrum der Weltkrise genähert, dem amerikanischen schwarzen Loch. Denn das wahre Problem, mit dem die Welt heute konfrontiert ist, ist nicht der sehr begrenzte russische Machtwille, sondern die Dekadenz ihres amerikanischen Zentrums, die hingegen unbegrenzt ist.¹

Von dieser Dekadenz werde ich nur das untersuchen, was uns dazu dienen kann, das außenpolitische Handeln der USA zu entschlüsseln. Ich werde dies in klaren und negativen Begriffen tun. Viele schreiben, dass Amerika immer noch Amerika sei, dass seine Demokratie noch funktioniere (selbst, wenn das Phänomen Trump und seine Nachwirkungen sie in diesem Punkt zögern lassen), und vor allem, dass im Konflikt mit Russland die USA als Verteidiger von Freiheit, Demokratie, Minderheitenschutz, kurz Gerechtigkeit, auftreten. Schön und gut. Ich denke und behaupte das Gegenteil. Und gemeinsam tragen wir dazu bei, die Existenz eines halbwegs pluralistischen, wenn auch nicht egalitären Westens zu sichern.

Der Nihilismus, ein notwendiges Konzept

Lange habe ich gezögert, das Konzept des Nihilismus auf die Vereinigten Staaten anzuwenden, mehr als bei der Ukraine oder Europa. Die beiden letzteren haben eine sehr düstere Vergangenheit erlebt. Die USA sind in einem Klima des Optimismus entstanden; ihre Unabhängigkeitserklärung spricht vom »Streben nach Glück«.

Nachdem ich vor langer Zeit Hermann Rauschnings *Die Revolution des Nihilismus*² gelesen habe, ergänzte ich diese Lektüre durch das Heft »Über den deutschen Nihilismus«³ von Leo Strauss, in dem dieser Rauschning antwortet. Ich gebe zu, dass es übertrieben, absurd und haltlos ist, Hitlerdeutschland mit den Vereinigten Staaten unter Biden zu vergleichen. Antisemitismus ist auf der anderen Seite des Atlantiks zwar nicht unbekannt, aber er stellt auch kein zentrales Thema dar. In Amerika hat sich sogar eine jüdische Emanzipation vollzogen, wie man sie in der Geschichte nur selten gesehen hat. Wenn ich mich damit abgefunden habe, das Konzept des Nihilismus zu verwenden, das de facto eine Parallele zieht zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Weg, dann, um mir und dann auch dem Leser ein Umdenken zu erleichtern. Und auch aus technischen Gründen.

Es schien mir notwendig, einen zentralen Begriff zu haben, der die Umkehrung Amerikas vom Guten zum Schlechten symbolisiert. Unser intellektuelles Problem besteht im Grunde darin, dass wir Amerika lieben. Die USA sind einer der Bezwinger des Nationalsozialismus gewesen; sie haben uns den Weg zu Wohlstand und Ungezwungenheit aufgezeigt. Um den Gedanken vollständig zu akzeptieren, dass sie heute einen Weg der Armut und sozialen Fragmentierung gehen, ist das Konzept des Nihilismus unerlässlich.

Was die technischen Gründe betrifft, so zwingt mich auch die Feststellung, dass die amerikanischen Werte und das Verhalten der amerikanischen Gesellschaft heute von Grund auf negativ sind, dieses Konzept zu benutzen. Wie einst im deutschen Nihilismus kommt die Negativität mit dem Zerfall des Protestantismus zustande, doch diese Negativität hier befindet sich nicht im selben Stadium. Der

Nationalsozialismus trat in seiner ersten Phase erst auf, als der Protestantismus zwischen 1880 und 1930 aufgehört hatte, eine aktive Religion zu sein. In seiner *Zombiephase* ging der Nationalsozialismus mit einem Ausbruch an Hoffnungslosigkeit einher, zu einer Zeit, als die protestantischen, positiven wie negativen Werte trotz des Rückgangs religiöser Praxis bestehen blieben. Die Zombiephase des amerikanischen Protestantismus hingegen war hochpositiv. Sie reichte im Wesentlichen von der Präsidentschaft Roosevelts bis zu der Eisenhowers, in ihr entstanden der Sozialstaat und Universitäten, die qualitätvollen Unterricht für die Massen boten, und es breitete sich eine Kultur des Optimismus aus, die die Welt in ihren Bann zog. Dieses Amerika hatte sich die positiven Werte des Protestantismus wieder angeeignet (hohes Bildungsniveau, Gleichheit unter Weißen) und versuchte, seine negativen Werte loszuwerden (Rassismus, Puritanismus). Die aktuelle Krise hingegen ist die Landung auf dem Nullpunkt des Protestantismus. Sie ermöglicht es, sowohl das Phänomen Trump wie auch die Außenpolitik Bidens zu verstehen, die innere Verschlechterung wie den äußeren Größenwahn, die Gewalt, die das amerikanische System an seinen eigenen Bürgern verübt wie auch an denen anderer Länder.

Die deutsche Dynamik der Dreißigerjahre und die amerikanische Dynamik haben miteinander gemein, dass ihre Antriebsfeder die Leere ist. In beiden Fällen funktioniert das politische Leben ohne Werte, es ist nichts als eine Bewegung mit Tendenz zur Gewalt. Rauschning definierte den Nationalsozialismus nicht anders. Er war zuerst Mitglied der NSDAP gewesen, hatte sie aber später wieder verlassen: Dieser – wenn man so will, normale – Konservative konnte willkürliche Gewalt nicht tolerieren. Im heutigen Amerika beobachte ich im Bereich des Denkens und der Ideen einen gefährlichen Zustand der Leere, in der eine übriggebliebene Besessenheit von Geld und Macht waltet. Diese beiden können jedoch für sich genommen keine Ziele oder Werte sein. Die Leere führt einen Hang zur Selbstzerstörung herbei, zum Militarismus, zu einer anhaltenden Negativität, kurz: zum Nihilismus.

Mehr ausgeben, um mehr zu sterben

Gleich hier ein Beispiel für angewandten Nihilismus: die Entwicklung der Sterberate in den Vereinigten Staaten.

In dem 2020 erschienenen *Deaths of Despair*⁴ analysierten Anne Case und Angus Deaton ihren Anstieg seit dem Jahr 2000, insbesondere den der Weißen zwischen 45 und 54 Jahren – durch Alkoholmissbrauch, Suizid und Drogenabhängigkeit –, der ein wenig abgemildert wurde durch das Absinken der Sterberate bei den Schwarzen. Als einziges Fortschrittsland machte Amerika die Erfahrung einer insgesamt sinkenden Lebenserwartung: von 78,8 Jahren in 2014 auf 77,3 Jahre in 2020. Ein Jahr später, 2021, lebten die Amerikaner im Durchschnitt 76,3 Jahre, die Briten 80,7 Jahre, die Deutschen 80,9 Jahre, die Franzosen 82,3 Jahre, die Schweden 83,2 Jahre und die Japaner 84,5 Jahre. Im Jahr 2020 trug Russland mit einer Lebenserwartung von nur 71,3 Jahren immer noch die sozusagen biologischen Spuren seiner leidvollen Geschichte. Doch im Jahr 2002 hatte sie noch bei gerade 65,1 Jahren gelegen, womit sie unter Putin um sechs Jahre gestiegen ist.

Die Grafik 6.1 (Kapitel VI, über Großbritannien) hat bereits gezeigt, dass dem jüngsten Rückgang der Lebenserwartung in den Vereinigten Staaten ein schwächeres Wachstum seit den neoliberalen Achtzigerjahren vorangegangen war. Wir wissen außerdem, dass er sich nach Covid nicht schnell

erholt hat, anders als sonst in der entwickelten Welt.⁵ Covid scheint außerdem eine Verschlechterung in allen ethnischen Gruppen losgetreten zu haben.

Die Kindersterblichkeitsrate, dieser Vorbote der Zukunft, zeigt, dass Amerika noch weiter zurückliegt als die fortgeschrittenen Länder, die es »beschützt« oder bekämpft. Um 2020 lag sie laut der UNICEF in den USA bei 5,4 auf 1 000 Lebendgeburten, bei 4,4 in Russland, 3,6 im Vereinigten Königreich, 3,5 in Frankreich, 3,1 in Deutschland, 2,5 in Italien, 2,1 in Schweden und 1,8 in Japan.⁶

Die Gegenüberstellung dieser amerikanischen Sterblichkeitsrate mit dem großen historischen Plan, wie er in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 vorgestellt wurde, hat eine erstaunliche Wirkung: »Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, daß alle Menschen gleich erschaffen worden, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freyheit und das Bestreben nach Glückseligkeit.« Aber das Verblüffendste daran ist, dass dieser Anstieg der Sterblichkeitsrate einhergeht mit den weltweit höchsten Ausgaben im Gesundheitswesen. Im Jahr 2020 machten sie 18,8 Prozent des amerikanischen BIP aus, in Frankreich dagegen 12,2 Prozent, in Deutschland 12,8 Prozent, in Schweden 11,3 Prozent und im Vereinigten Königreich 11,9 Prozent. Natürlich sind diese Prozentwerte eine niedrig angesiedelte Schätzung, da im selben Zeitraum das Pro-Kopf-BIP in den USA bei 76 000 Dollar lag, in Deutschland bei 48 000, im Vereinigten Königreich bei 46 000 und in Frankreich bei 41 000. Der Leser darf gerne den Prozentsatz des BIP, der für die Gesundheit ausgegeben wird, mit dem BIP pro Kopf multiplizieren, und würde sich so eine Vorstellung von den enormen finanziellen Anstrengungen machen, die die USA theoretisch aufwenden, um sich um ihre Einwohner zu kümmern. Ich sage theoretisch, weil all das, wie wir noch sehen werden, vor allem zeigt, dass das BIP weitgehend fiktiv ist.

Es wird noch schlimmer – denn jetzt kommt die Relevanz des Nihilismuskonzepts in aller Pracht zum Vorschein: Anne Case und Angus Deaton zeigen, dass die Sterblichkeitsrate anstieg, während ein Teil der Ausgaben für das Gesundheitswesen der *Zerstörung* der Bevölkerung diente. Ich beziehe mich hier auf den Opioidskandal. Große Pharmakonzerne haben mit der Unterstützung von gut bezahlten und skrupellosen Ärzten Patienten, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen unter seelischem Schmerz litten, gefährliche und süchtig machende Schmerzmittel zur Verfügung gestellt, die sehr regelmäßig zum direkten Tod, zu Alkoholismus und Selbstmord führten. Dieses Phänomen ist es, das den Anstieg der Sterblichkeitsrate von Weißen zwischen 45 und 54 Jahren erklärt. Wir haben es also mit den Machenschaften einiger bestimmter Gruppen in der Oberschicht zu tun, die die Vernichtung eines Teils der Bevölkerung zur Folge haben. Dies grenzt an eine Schande, doch bleiben wir bei technischen Formulierungen: Wir befinden uns hier mitten in der Nullmoral. Im Jahr 2016 verabschiedete der Kongress, angeführt von diesen Lobbys (die legal und offiziell Teil des politischen Systems in Amerika sind), den *Ensuring Patient Access and Effective Drug Enforcement Act*, der es den Gesundheitsbehörden untersagt, den Gebrauch von Opioiden zu unterbinden. Die »Vertreter« der Bürger haben also ein Gesetz zusammengeschustert, das die Pharmaindustrie autorisiert, mit ihrer Ermordung fortzufahren.⁷ Ist das Nihilismus? Oh, ja.

Rückblende: Das gute Amerika

Um die regressive Dynamik zu verstehen, die in der amerikanischen Gesellschaft am Werk ist, sollten

wir uns erinnern, was das gute Amerika ausmachte, und uns die Logik vor Augen führen, die dem zugrunde lag. Ich werde mich nicht beim Amerika Roosevelts zu Zeiten des ausdrücklich »linken« New Deal aufhalten, als entschieden wurde, die Reichen stärker zu besteuern und einen gewerkschaftlichen Gegenpol zu schaffen, zwei wesentliche Elemente eines sozialen Gleichgewichts, das die Arbeiterklasse in die Mittelschicht integrierte und die demokratische Mobilisierung während des Zweiten Weltkriegs möglich machte. Ich werde in groben Zügen das Amerika Eisenhowers nachzeichnen, einem republikanischen Präsidenten, der das Weiße Haus von 1953 bis 1961 für zwei Amtszeiten besetzte.

Im Jahr 1945 machte die amerikanische Wirtschaft die Hälfte des weltweiten Sektors aus. Das Bildungsniveau war höher als in allen anderen Ländern, einschließlich der protestantischen. Seit der Zwischenkriegszeit wurde das Sekundarschulsystem der Highschools massiv ausgebaut. In der Nachkriegszeit kamen die Universitäten an die Reihe, vor allem dank des *Servicemen's Readjustment Act* von 1944, besser bekannt unter dem Namen »GI Bill«, der neben anderen Hilfen für die zivile Umschulung den ehemals Eingeschriebenen finanzielle Erleichterungen anbot, um ihre Hochschulstudien wieder aufzunehmen. Das Amerika Eisenhowers war in seiner Masse nur noch zu zwei Dritteln protestantisch, blieb es aber in seinen Grundwerten voll und ganz. Selbst die Katholiken akzeptierten diese Konzentration auf die Bildung, und für die Juden war jene überflüssig.

Das religiöse Wiederaufleben der Nachkriegszeit scheint besonders in Amerika ausgeprägt gewesen zu sein. Robert D. Putnam und David E. Campbell verorten seine »Hochzeit« in den Fünfzigerjahren.⁸ Diese beiden Autoren kommen dem Begriff der Zombiereligion sehr nahe, denn sie definieren die Religion der Amerikaner von damals als weitgehend bürgerlich und in erster Linie gegen den atheistischen Kommunismus aufgestellt. Hier taucht der Begriff des »Judeochristianismus« auf (der religiös gesehen absolut nichts bedeutet). Es ist ein Wiederaufleben des Zombieprotestantismus, den

den das Land in dieser Zeit erlebt, mit dem geringen Unterschied, dass eine wichtige religiöse Praxis weiterbesteht, die zwar die lokalen Gemeinschaften festigt, deren metaphysischer Sinn jedoch unklar ist.

Das Amerika unter Eisenhower ist durchflutet von einer wahrhaft demokratischen Kultur, die sich um das Wohlergehen aller Bürger bemüht; seine inneren Werte stimmen mit denen seiner Außenpolitik im Kampf gegen den totalitären Kommunismus überein. Zwei Wermutstropfen: Lateinamerika steht weiter in halb kolonialer Abhängigkeit, und natürlich dauert nach wie vor die Rassentrennung der Schwarzen an. Doch die ersten Anzeichen des Bürgerrechtskampfes erschüttern durch die Aufhebung der Rassentrennung das restriktive Prinzip einer Gleichheit nur unter Weißen. Die 1955 von Rosa Parks und Martin Luther King ins Leben gerufene Busboykott-Kampagne bringt den Obersten Gerichtshof 1956 dazu, die in den Bussen praktizierte Rassentrennung für verfassungswidrig zu erklären. Der besagte Oberste Gerichtshof war nun aber von den Gründervätern als Instrument der Mäßigung der Demokratie vorgesehen gewesen, als Machtpol für das *Establishment*.

Die Machtelite um 1955

Welche Art von Führungselite hatte also das Amerika Eisenhowers? Obwohl das Land im ethnisch-religiösen Bereich bereits sehr divers war – da es ja riesige irisch-katholische, italienisch-katholische, ost- und zentraleuropäisch-jüdische Minderheiten gab und noch viele mehr –, seine herrschende Klasse war es überhaupt nicht. C. Wright Mills beschreibt in *The Power Elite*⁹ im Jahr 1956 eine enge Gruppe, die ganz und gar WASP (White Anglo-Saxon Protestant) ist. Und das nicht in moderater Form. Überrepräsentiert war das episkopalische *Establishment*, wobei die Episkopalkirche das amerikanische Äquivalent der anglikanischen Kirche darstellt, deren Protestantismus ein hohes Maß an Hierarchie und sozialer Autorität toleriert.

Diese episkopalische Elite wurde in privaten Internaten ausgebildet, die das britische Bildungssystem imitierten. An ihrer Spitze gab es Groton, die Schule, die Franklin Delano Roosevelt durchlaufen hat, bevor er sein Studium in Harvard fortsetzte. Die Privatschulen des WASP-Establishments waren zwar dem nachempfunden, was in England passierte, aber nicht auf intellektuelle Leistung fixiert, sondern pflegten einen geschmeidigeren, weniger spartanischen Stil. Worauf man hier aus war, das war die »Charakterbildung«.

Es ist ein Ritual, sich über die WASP lustig zu machen. Und es stimmt, dass diese Oberschicht, wie jede andere herrschende Klasse auch, alle möglichen lächerlichen Vorurteile beförderte. Nichtsdestotrotz war sie Trägerin einer Moral und eines Anspruchs. Zwischen 1941 und 1945 wurden ihre jüngsten Mitglieder genau wie der Rest der mobilisierbaren Bevölkerung in den Krieg nach Europa oder in den Pazifik geschickt; sie kamen wie Roosevelt aus dieser kleinen Zauberwelt, die nicht gezögert hatte, Steuersätze von bis zu 90 Prozent auf die obersten Einkommensschichten einzuführen.

Verabschieden wir uns nun von dieser WASP-Elite und untersuchen wir den Fall von John Rawls, einem ihrer Repräsentanten, der schon vor seinem Tod (im Jahr 2002) mit einer gewissen Niedertracht von denen instrumentalisiert worden war, die es sich ab 1980 zur Aufgabe machten, das

demokratische Amerika zu demontieren.

John Rawls ist Autor einer berühmten *Theorie der Gerechtigkeit*¹⁰, erschienen im Jahr 1971, am Ende dieses goldenen Zeitalters. Wenn man es richtig liest, wirkt dieses Buch wie eine Grabrede, wie ich noch zeigen werde. Rawls, geboren 1921, anderthalb Generationen nach Roosevelt, gehörte einer unteren Kategorie von WASPs an. Er war Schüler der Kent School, die eine gute Stufe unter Groton lag, und studierte dann in Princeton statt in Harvard. Er kämpfte im Pazifik und kehrte geplatzt von schweren moralischen Bedenken zurück; er war Episkopalist, konvertierte jedoch zum Atheismus, nachdem er die Verwüstungen am Ort des Geschehens beobachtet hatte, die die Atombombe in Hiroshima angerichtet hatte. Das Ergebnis war der Wälzer *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, eine theoretische Darstellung der Praxis der WASP-Oberschicht während der gesegneten Epoche. Gerechtigkeit, wie Rawls sie definiert, besteht darin, Ungleichheiten zu tolerieren, wenn sie letztendlich zum Wohlergehen der ärmsten Bevölkerungsschicht beitragen. Die Ironie in dieser Angelegenheit ist, dass Rawls sein soziales Martingale formulierte, kurz bevor die Ungleichheiten zunahmen, ohne den Armen zugutezukommen, sondern stattdessen begannen, diese zu dezimieren. Schauen wir uns das im Detail an.

»Der Triumph der Ungerechtigkeit«: 1980 bis 2020

Wenn man sich auf »Google Ngram« anschaut, wie sich die Popularität von John Rawls entwickelt hat, stellt man fest, dass sie im Jahrzehnt nach 1971 zunächst moderat war, nach 1980 ein wenig anstieg und zwischen 1990 und 2006 hochschoss, also genau in dem Moment, als die Anwendung seiner Theorie nur noch eine Sache zeigen konnte: die Kehrtwende Amerikas hin zur Ungerechtigkeit. Der Titel des Buchs von Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, *Der Triumph der Ungerechtigkeit*¹¹, bringt es klar auf den Punkt, und sein Inhalt veranschaulicht es auf großartige Weise. Nach einer eleganten Rechnung kommen die beiden Autoren zu dem Schluss, dass sich die Steuersätze in den Vereinigten Staaten so weit von dem mit dem New Deal eingeführten Steuersystem entfernt haben, dass wir uns inzwischen einer Flat Tax nähern, einer Einheitssteuer von 28 Prozent für Reich und Arm, wobei als Gipfel der Ungerechtigkeit der Steuersatz für die vierhundert reichsten Steuerzahler nochmals fällt. Wenn man hinzufügt, dass der Anstieg der amerikanischen Sterblichkeitsrate die Leute trifft, die nicht über die Highschool hinausgekommen sind, wird offensichtlich, dass das heutige Amerika exakt die Umkehrung dessen verkörpert, was Rawls ausgearbeitet hatte. Dass Politiker und Intellektuelle in *Thinktanks* die *Theorie der Gerechtigkeit* bejubelten, gerade, während die Ungerechtigkeit triumphierte, ist aus soziologischer Sicht besonders böse. Ging es darum, das gute Volk zu verhöhnen mit einer Art ökonomisch-philosophisch-satanischem Ritual? Wohin der Nihilismus uns trägt ... Der weltweite – Verzeihung, westliche – Erfolg von Rawls ab den Achtzigerjahren geschah planmäßig, vor allem bei diesen Dummköpfen von Franzosen.

Mein Freund und Verleger Jean-Claude Guillebaud sagte mir damals, dass die Übersetzung der *Theorie der Gerechtigkeit* für die Éditions du Seuil im Jahr 1987 von der CIA finanziell unterstützt worden war, und er hat es später noch einmal bestätigt. Ich bezweifle, dass den russischen Geheimdiensten unter Putin eine Operation auf gleichem Niveau innerhalb des französischen Geisteslebens gelungen wäre.

Auf dem Weg in den US-amerikanischen Nullprotestantismus

Mehrere Faktoren haben das Verschwinden des Protestantismus in den USA (und der Religion im Allgemeinen) lange verschleiert. Erstens die im Vergleich zu Europa höhere Quote praktizierten Glaubens, deren genauere Untersuchung jedoch zeigte, dass sie überschätzt worden war, fast sogar verdoppelt, weil die Befragten damit prahlten. Zweitens der evangelikale *Boom* der Siebzigerjahre, der bereits zu Beginn der Neunziger wieder beendet war.¹² Im Werk *Bad Religion*¹³ von Ross Douthat lesen wir, dass der Evangelikalismus eine Häresie ohne wirklichen Bezug zum klassischen Protestantismus ist. Calvinismus und Luthertum waren streng; sie verlangten vom Menschen etwa, dass er eine wirtschaftliche und soziale Moral beachte, worauf er den Fortschritt erfand. Das religiöse Wiederaufleben der Siebzigerjahre führte, wenn es auch einigen seiner Vordenker viel Geld einbrachte, vor allem regressive Elemente mit sich: eine wortwörtliche Lektüre der Bibel, eine allgemein wissenschaftsfeindliche Mentalität und vor allem einen pathologischen Narzissmus. Gott ist nicht mehr dazu da, um etwas von uns zu fordern, sondern um die Gläubigen zu umschmeicheln und ihnen psychologische oder materielle Boni zukommen zu lassen.

Um zu erkennen, dass die Entwicklung des amerikanischen Protestantismus sich gar nicht so sehr von dem unterscheidet, was sich in Westeuropa abgespielt hat, ist es am sichersten, der Entwicklung der Geburtenrate zu folgen. Es ist bekannt, dass in einer alphabetisierten Bevölkerung der Rückgang der Geburtenrate der beste Indikator für ein Nachlassen der Religiosität ist: Die Paare fühlen sich nicht länger durch eine göttliche Autorität überwacht. Diese Entwicklung verlief in den Vereinigten Staaten völlig normal. In Frankreich, das führend ist in der Geburtenkontrolle, lag die Geburtenrate in den Dreißigerjahren bei 2,1 Kindern pro Frau; in den Vierzigern lag sie bei 2 Kindern in den USA, nur unwesentlich niedriger im Vereinigten Königreich mit 1,8 Kindern. Die amerikanischen Paare kamen in den Sechzigerjahren wieder auf ein recht hohes Niveau von 3,6 Kindern pro Frau. Aber nach 1980, als der evangelikale *Boom* auslief, fiel Amerika auf 1,8 Kinder. Zur selben Zeit waren es in England 1,7 und in Frankreich 1,9 Kinder. Nichts hiervon lässt darauf schließen, dass die echte Religion jenseits des Atlantiks überlebt hätte.

Ein weiteres Indiz für die letztliche Entchristianisierung: die Einstellung gegenüber der Homosexualität. 1970 akzeptierten bereits 50 Prozent der Kirchengänger Homosexualität; 2010 waren es 70 Prozent.¹⁴ Diejenigen, die die Kirche nur selten besuchten, akzeptierten Homosexualität zu 83 Prozent. Und nun abschließend zum Vorzeigedikator für die Nullreligion, zur Ehe für alle, die das Überschreiten des aktiven und des Zombiestatus anzeigt: Im Jahr 2008 wurde sie nur von 22 Prozent der vor 1946 geborenen Menschen akzeptiert, aber von 50 Prozent der zwischen 1966 und 1990 geborenen. Diese Ziffern zitiere ich nicht aus einem konservativen, repressiven oder nostalgischen Blickwinkel. Die Akzeptanz der Homosexualität und die Ehe für alle werden hier ausschließlich als Belege für einen irreversiblen kulturellen Umsturz angeführt und als Symptome für einen Nullzustand der Religion. Christentum, Judentum und Islam missbilligen die Homosexualität, und für keiner dieser Religionen ergibt die Ehe zwischen Personen desselben Geschlechts irgendeinen Sinn. In Frankreich wurde die Ehe für alle, wie bereits erwähnt, im Jahr 2013 legalisiert und in Großbritannien im Jahr 2014. In den Vereinigten Staaten war es 2015 auf Bundesebene der Fall. Es lässt sich kein nennenswerter Zeitabstand feststellen. 2015 ist also das Jahr der Nullreligion. 2016

wird Donald Trump gewählt. 2022 wird die Ukraine zum Unterhändler im Krieg mit Russland.

Dieser Nullzustand ist instabil; er besitzt eine eigene Dynamik, die zum Nihilismus und sogar zu dessen Vollendung führt: zur Realitätsverweigerung. Die USA waren (mit England) der wichtigste Motor nicht nur der liberalen Revolution, sondern auch der sexuellen Revolution und schließlich der »Gender«-Revolution, die vom Kampf um die Geschlechtergleichheit zur Transgender-Frage führte. Diesen wichtigen ideologischen Fragen begegnen wir im Konflikt zwischen dem Westen und Russland. Beginnen wir mit einer Reflexion über ihren Sinn innerhalb der amerikanischen Gesellschaft.

Ich werde die Geschlechtergleichheit beiseitelassen, da es sich hierbei um eine legitime Forderung handelt, die kein konzeptuelles Problem darstellt; ebenso lasse ich die Emanzipation von Homosexuellen außer Acht, es gibt nichts daran auszusetzen, keinen möglichen Einwand, selbst in den Augen resistenter Skeptiker der »Gay«-Ideologie, die nicht sehen, warum das ganze gesellschaftliche Leben sich um sexuelle Vorlieben drehen sollte. Bei der Transgender-Frage verhält es sich anders, da hiermit behauptet wird, dass ein Individuum sein »Genus« nach Belieben ändern kann, einfach durch eine Erklärung beim Standesamt, oder dass es sein »Geschlecht« ändern kann, indem es eindeutige Kleidung trägt, Hormone einnimmt oder sich einer chirurgischen Operation unterzieht. Meine Absicht ist es nicht, Menschen das Recht zu verwehren, mit ihrem Körper und ihrem Leben zu tun, was sie wollen, sondern den soziologischen und moralischen Sinn – die ein und dasselbe sind – der zentralen Stellung zu begreifen, den die Transgender-Frage in den USA und in der gesamten westlichen Welt eingenommen hat. Die Fakten sind simpel und ich werde sie schnell zusammenfassen. Die Genetik sagt uns, dass man einen Mann (mit XY-Chromosomen) nicht in eine Frau (mit XX-Chromosomen) verwandeln kann und umgekehrt. Vorzugeben, dass dies möglich wäre, hieße, *etwas Falsches zu behaupten*, ein typischer intellektueller Akt des Nihilismus. Wenn dieses Bedürfnis, etwas Falsches zu behaupten, daraus einen Kult zu machen und als gesellschaftliche Wahrheit durchzusetzen, in den sozialen Kategorien (der höheren Mittelschicht) und ihren Medien (der *New York Times*, der *Washington Post*) vorherrscht, dann haben wir es mit einer nihilistischen Religion zu tun. Ich als Forscher interessiere mich nicht dafür, hier zu urteilen, aber es ist meine Aufgabe, den Fakten eine korrekte soziologische Interpretation zu geben. Wenn wir die breite Verwirrung ansehen, die die Transgender-Thematik im Westen ausgelöst hat, können wir erneut in Betracht ziehen, dass eine der Dimensionen des Nullzustands der Religion im Westen der Nihilismus ist.

Der Nullprotestantismus und der Rückgang der Intelligenz

Meinem gesellschaftlichen Entwicklungsmodell zufolge gewinnen 20–25 Prozent der Menschen einer Generation, die eine höhere Ausbildung absolviert haben, den Eindruck, sie besäßen eine intrinsische Überlegenheit: Auf den Traum von Gleichheit folgt eine Legitimierung der Inegalität. Fassen wir hier noch einmal den Prozess zusammen, wie er sich in den USA abgespielt hat, nicht nur, weil sie die Ersten waren, die die Erfahrung dieses entscheidenden Wandels gemacht haben, sondern auch, weil sie anschließend auf internationaler Ebene so gehandelt haben, als stünden sie unter dem Einfluss eines mächtigen und quälenden Triebes zur Inegalität. Die Entwicklung der höheren Bildung führt zu einer Umschichtung der Bevölkerung; das egalitäre Ethos, den die Alphabetisierung der Massen

ausgelöst hatte, erlischt und mit ihm jedes Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft. Religiöse und ideologische Einigkeit geraten ins Wanken. Es setzen ein Prozess sozialer Zerstückelung und eine Schwächung des Individuums ein, das sich nun, da es den Rahmen gemeinsamer Werte nicht mehr hat, destabilisiert fühlt.

Die Schwelle von 25 Prozent Höhergebildeten wurde in den USA ab 1965 erreicht (die Europäer sind mindestens eine Generation im Verzug). Seltsamerweise ging damit fast unmittelbar ein intellektuelles Nachlassen auf allen Ebenen einher.

Die Weiterentwicklung der Hochschulbildung kurz vor dem Zweiten Weltkrieg war Ausdruck eines meritokratischen Systems. Die Besten sollten weiter oder höher kommen, zum Wohle aller (Rawls). In den Vereinigten Staaten stützte sich die meritokratische Praxis technisch auf die SAT, die *Scholastic Aptitude Tests*.¹⁵ Diese beinhalten zwei Teile, einen, der die sogenannten verbalen Fähigkeiten bewertet, und einen für mathematische Kompetenzen. Bei den verbalen Fähigkeiten kam es zwischen 1965 und 1980 zu einem Einbruch, gefolgt von einer Stabilisierung bis zum Jahr 2005, als der Einbruch erneut einsetzte. In der Mathematik gab es denselben Einbruch zwischen 1965 und 1980, eine Erholung von 1980 bis 2005 und schließlich den erneuten Einbruch 2005.¹⁶ Der Verfall betraf also beide Teile des Tests.

Der Rückgang des amerikanischen Bildungsniveaus (der dreißig Jahre später in Frankreich sein Pendant finden wird) wurde durch eine Studie des National Center for Education Statistics bestätigt: *Scores decline again for 13-year-old students in reading and mathematics*. Im Kommentar heißt es, dass alle ethnischen Gruppen betroffen seien, und ebenso gute wie schlechte Schüler.¹⁷

Als Begleitphänomen hat auch die Intensität des Studiums abgenommen. 1961 wurden im Durchschnitt vierzig Wochenstunden tatsächlicher Arbeitszeit gemessen, doch 2003 nur noch siebenundzwanzig Stunden, was einem Rückgang um ein Drittel entspricht.¹⁸

Eine erst jüngst erschienene Studie deckt auf, dass der Intelligenzquotient zwischen 2006 und 2018 gleichermaßen in der gesamten amerikanischen Bevölkerung gesunken ist, unter denjenigen allerdings, die keine Hochschulbildung absolviert haben, noch schneller.¹⁹ (Dieses Phänomen hatte ich im vorigen Kapitel über Skandinavien erwähnt, wo der Rückgang bereits früher festgestellt wurde.)

Wie könnte man ein solches Absacken der Leistungsfähigkeit im Bildungsbereich nicht in Verbindung bringen mit dem Verschwinden des Protestantismus, zu dessen wichtigsten Trümpfen die Bildung gehörte? Um es zu wiederholen: Erneut macht sich der häretische Charakter des Evangelikalismus bemerkbar, wenn seine Verbreitung unter den amerikanischen Weißen mit einem Bildungsniveau einhergeht, das unter dem der Katholiken liegt.²⁰

Es ist das große Paradoxon dieser historischen und soziologischen Sequenz: Der Bildungsfortschritt verursachte langfristig einen Bildungsrückgang, weil er Werte verschwinden ließ, die für die Bildung förderlich gewesen waren.

Nullprotestantismus und die Befreiung der Schwarzen

Der Protestantismus glaubt, wie gesagt, nicht an die Gleichheit der Menschen. Selbst in seiner amerikanischen entschärften Variante des Calvinismus gibt es Auserwählte und folglich auch Verdammte. Die angloamerikanische absolute Kernfamilie schuf ebenfalls Voraussetzungen für diese

Weltanschauung: Im Gegensatz zur egalitären Kernfamilie des Großraums Paris legt sie in Bezug auf die Erbschaft keinerlei Gleichwertigkeit der Kinder fest. Während ich das glückliche, zombieprotestantische Amerika unter Eisenhower beschrieb, fiel mir auf, dass die Schwarzen in die Demokratie nicht miteinbezogen waren, obwohl es erste Anzeichen des Kampfes um ihre Rechte gab. Und diese Ausgrenzung war kein Versäumnis, keine Unvollkommenheit: Sie war dem soziopolitischen System inhärent; sie definierte es – die amerikanische liberale Demokratie – und machte möglich, dass es funktionierte. Die Vereinigten Staaten wurden trotz des protestantisch-metaphysischen Inegalitarismus und der Missachtung der Egalität absoluter Kernfamilien zu einer großartigen Demokratie, und das war möglich, weil sie die Inegalität an »niedere Rassen« knüpfte, erst an Indianer, später an Schwarze. Damit Gleichheit unter den Weißen herrschen konnte, mussten die Auserwählten, die Weißen auf der einen Seite, von den Verdammten, den Schwarzen (zuvor Indianern), getrennt werden. Der Rassismus der irischen und später italienischen Einwanderer gegen die Schwarzen, der bald unübertroffen und sehr unkatholisch war, kann als guter Indikator für Assimilation durch die Übernahme einer ursprünglich protestantischen sozialen Einstellung verstanden werden.

In den Vereinigten Staaten beinhaltet das Rassenproblem somit eine zentrale religiöse Dimension. Rassismus und Protestantismus sind keine voneinander unabhängigen Variablen. Wenn Schwarze eingesperrt werden, ist dies die protestantische Verdammnis. Man wird einwenden, dass die meisten amerikanischen Schwarzen selbst Protestanten sind, oder besser: waren. Doch der Protestantismus der amerikanischen Schwarzen – der emotional mit der Idee des Überlebens im Unglück verbunden war und dem Gospel zugrunde liegt – hat eben das Merkmal, dass er ihnen zu eigen ist. Schwarze Protestanten gehen in eine getrennte Kirche. In Wahrheit institutionalisierte der schwarze Protestantismus auf seine Art auch den Rassenunterschied.

Wenn Rassismus und Rassentrennung in letzter Instanz weitgehend auf religiösen Werten beruhen, könnte man sich vorstellen, dass eine der Konsequenzen des Zusammenbruchs der aktiven oder Zombiereligion – also eines mentalen, sozialen Systems, das die Menschen als nicht gleichwertig und bestimmte Menschen als minderwertig definierte – die Befreiung der Schwarzen sein wird. Ich spreche hier nicht von wohlwollenden Protestanten der Ober- oder Mittelschicht, die seit dem 19. Jahrhundert im Norden und vor allem in Neuengland bewusst für die Emanzipation der Schwarzen gekämpft haben; ich spreche vom Unterbewusstsein der Massen, von tiefsitzenden mentalen Einstellungen.

Wir hätten dann die folgenden Schritte: Die Umschichtung der Bildung führt zu einer Implosion des Protestantismus; diese befreit die Schwarzen vom Prinzip des Inegalitarismus. Es folgt der Kampf um die Zivilrechte, die *Affirmative Action* und schließlich 2008 die Wahl Barack Obamas zum ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Es bliebe als Hindernis für eine Allgemeingültigkeit nur noch eine Ungewissheit in Bezug auf die Gleichheit der Kinder – und damit der Menschen – innerhalb der absoluten Kernfamilie.

Jedoch hat diese Abfolge beunruhigende Konsequenzen. Die Inegalität der Schwarzen hatte dafür gesorgt, dass die Egalität der Weißen funktionierte, und eine der unvorhergesehenen negativen Auswirkungen der Befreiung von Schwarzen bestand darin, dass die amerikanische Demokratie aus den Fugen geriet. Sobald die Schwarzen nicht mehr das Prinzip des Inegalitarismus verkörperten,

zerfiel die Gleichheit der Weißen. Daher ist das demokratische Empfinden in Amerika stärker bedroht als anderswo. In der gesamten fortgeschrittenen Welt hat die höhere Bildung das Demokratiegefühl untergraben. Doch in den USA hat das plötzliche Verschwinden der Gleichheit von Weißen, die auf die Ungleichheit von Schwarzen gegründet gewesen war, das Phänomen verschlimmert. Dies ist der anthropologische und religiöse Hintergrund für das große Auseinanderdriften der amerikanischen Gesellschaft in den Jahren von 1965 bis 2022, denen man Unrecht täte, wenn man sie nur unter wirtschaftlichen (Anstieg der Einkommensunterschiede) oder politischen (Ausschluss von Bürgern ohne Hochschulabschluss) Aspekten betrachten würde.

Die Befreiung der Schwarzen führt zu einem neuen Widerspruch. Sie hat tatsächlich stattgefunden; sie wirkt sich im Bereich der Werte tiefgreifend aus. Der klassische amerikanische Rassismus ist gut und gerne tot und ich neige zu der Überzeugung, dass selbst Wähler der weißen republikanischen Partei nicht mehr glauben, dass Schwarze minderwertig seien. Immerhin ist Obama zum Präsidenten gewählt worden; der aktuelle amerikanische Verteidigungsminister, Lloyd Austin, ist schwarz. Dennoch bleiben die Schwarzen, obwohl emanzipiert, in einer Falle. Ihre Emanzipation kam zustande, während die Bildungsumschichtung um sich griff, was den wirtschaftlichen Inegalitarismus verstärkte und die Schul- und Lebensstandards senkte. Die soziale Beweglichkeit ist heute in den USA schwächer als in Europa. Die Emanzipation der Schwarzen vollzieht sich gerade, als sie sich statistisch gesehen am unteren Ende der sozialen Perspektive befinden, was es ihnen sehr erschwert, ihrem objektiven Zustand zu entkommen. Noch immer besonders in der unteren Schicht beheimatet, haben sie die Staatsbürgerschaft innerhalb einer Gesellschaft erworben, in der das Ideal gleichberechtigter Bürger verblasst. Sie werden in dem Moment zu gleichen Individuen unter gleichen, als das Ideal schrumpft, weil ihm die Unterstützung des kollektiven Glaubens und des durch ihn vorgegebenen Ichideals fehlt.

Falling from grace: Gefängnisse, Amokläufe und Fettleibigkeit

Sollte es in den Vereinigten Staaten noch echte Protestanten geben, die ihr Land beobachten, dann kommt ihnen, denke ich, ein Ausdruck unmittelbar in den Sinn, um es zu beschreiben: *falling from grace*, aus der Gnade fallen.

Zu den Ungleichheiten im Wohlstand kommt hinzu, dass ihr Anwachsen die Mittelschicht zersetzt hat. Im idealen Amerika der Fünfzigerjahre umfasste diese, wie gesagt, auch die Arbeiterklasse, die darin sogar den Großteil ausmachte. Die Liquidierung der Arbeiterklasse durch die Globalisierung war also die Ursache für den Niedergang der Mittelschicht. Übrig bleibt nur eine obere Mittelschicht, 10 Prozent der Bevölkerung vielleicht, die sich an die Oligarchie der oberen 0,1 Prozent klammert und sich bemüht, nicht abzurutschen. Diese obere Mittelschicht ist es, die sich gegen die Wiedereinführung einer progressiven Besteuerung wehrt, mehr noch als die oberste Klasse, deren Kapital der Steuer weitgehend entzogen ist.²¹

Die unterschiedlich hohe Sterblichkeitsrate, die vom Einkommen und anderen Faktoren abhängt, wie Case und Deaton nachgewiesen haben, zeichnet das Bild eines gefallenen Landes. Diese liberale Gesellschaft, die die Demokratie gegen die russische »Autokratie« verteidigt, weist die höchste Inhaftierungsrate der Welt auf. Im Jahr 2019 lag die Zahl der Inhaftierten pro Millionen Einwohner

bei 531 gegenüber Russland mit 300 – und ich kann mir vorstellen, dass die Wagner-Gruppe, indem sie in den Gefängnissen Söldner rekrutierte, diese Quote noch gesenkt hat. Im Vereinigten Königreich waren es 143, in Frankreich 107, in Deutschland 67 und in Japan 34.

Die USA sind auch das Land, in dem die *mass shootings*, die »Amokläufe«, auf beunruhigende Weise seit 2010 um ein Vielfaches zugenommen haben.²²

Und schließlich ist es das Land der Fettleibigkeit. Zwischen 1990 und 2000 sowie zwischen 2017 und 2020 stieg die Zahl der Einwohner mit Übergewicht dort von 30,5 Prozent auf 41,9 Prozent der Bevölkerung.²³ Definiert als Body-Mass-Index von 30 kg/m² oder mehr, ist Adipositas bei Menschen, die nur eine Sekundarbildung haben, um mehr als 40 Prozent häufiger, allerdings gibt es dreimal so viele übergewichtige Amerikaner mit Hochschulbildung als bei ihren Pendants in Frankreich.

Diese Erkrankung stellt nicht nur ein medizinisches Problem dar. Selbstverständlich kann sie zum Tod führen: Während der Covid-Epidemie hat sie als Risikofaktor dazu beigetragen, dass die Leistung Amerikas derart mittelmäßig war. Und genau genommen ist sie auch ohne Covid ein Risikofaktor. Aber abgesehen vom Zustand des Körpers verrät sie auch frappierende Dinge über die mentale Verfasstheit von Individuen. In einer Gesellschaft, in der, allen Ungleichheiten zum Trotz, die Nahrungsbeschaffung keine Schwierigkeiten bereitet, deckt Fettleibigkeit einen Mangel an Selbstdisziplin auf, umso mehr, wenn sie Wohlhabende trifft, die die Mittel hätten, sich qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu beschaffen. Also lässt sich die Rate der Fettleibigkeit (oder eher ihr Gegenteil) als ein Indikator (unter anderen) für die Kontrolle ansetzen, welche Menschen über sich selbst auszuüben in der Lage sind. Die amerikanische Rate verrät ein defizitäres Über-Ich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Angesichts der zuvor zitierten Werte und wenn wir nur die höheren Bildungsschichten berücksichtigen, können wir uns einen Spaß daraus machen, den Koeffizienten des Über-Ichs (also des Ichideals) auszurechnen, der bei den Amerikanern im Vergleich zu den Franzosen um das Dreifache schlanker ist.

Das Ende der Meritokratie: Willkommen in der Oligarchie

Das prosperierende, demokratische Amerika der Nachkriegszeit war zum meritokratischen Ideal konvertiert. Im allgemeinen Kontext einer sich ausbreitenden höheren Bildung wurden Barrieren aufgehoben, die die WASP errichtet hatten, um den Zugang anderer ethnoreligiöser Gruppen, namentlich der Juden, zur Universität zu begrenzen. Die Motivation der WASP-Elite war zum Teil geopolitischer Natur. Man wollte in allen Bereichen gegen die UdSSR gerüstet sein, wissenschaftlich wie ideologisch. Zuerst die Ideologie: Die Emanzipation der Schwarzen war eine moralische Notwendigkeit, um dem kommunistischen Universalismus zu trotzen. Dann die Wissenschaft: Als die erste Sputnik 1957 ins All geschickt wurde, war dies für die USA ein Schock. Die Befürchtung machte sich breit, dass die UdSSR eine technologische Überlegenheit erlangt haben könnte. Die letzten Widerstände gegen das meritokratische Prinzip fielen: Und auf einmal wurden die Juden gebraucht. Verdankte man nicht ihnen die Atombombe, wie uns der Film *Oppenheimer* in Erinnerung ruft? Der *Numerus clausus*, der in den Zwanzigerjahren eingeführt worden war und Zugänge an die renommiertesten Universitäten begrenzte, wurde praktisch abgeschafft; in großer Zahl wurden Juden in Harvard, Princeton und Yale zugelassen, den prestigeträchtigsten Einrichtungen der Ivy League.

James Bryant Conant, Präsident in Harvard von 1933 bis 1953, Chemiker und einer der Aufsichtsführenden im Manhattan Project (das die Atombombe realisierte), setzte sich für eine meritokratische Öffnung ein. Er führte die *Scholastic Aptitude Tests* für die Zulassung in Harvard ein, behielt sich dabei jedoch pragmatischerweise einen direkten Zugang für Kinder reicher Eltern in der Hinterhand, welche die Finanzierung der Universität sicherten.²⁴

Doch nun zu dem, was während des endgültigen Stadiums der Verschlechterung der amerikanischen Demokratie passiert, das Ende des meritokratischen Systems, die Isolierung der Oberschicht, der Übergang ins oligarchische Stadium. Die Privilegierten werden das Spiel mit der Meritokratie müde, selbst wenn sie als Gewinner daraus hervorgehen. Die Reichsten waren, wie ich gerade sagte, immer in der Position, ihrem Nachwuchs unabhängig von dessen intellektuellem Niveau Plätze in Harvard, Yale oder Princeton zu kaufen. Die Kinder der oberen Mittelschicht hingegen mussten sich dem Ritual der SATs unterziehen, das sie häufig erfolgreich absolvierten. Die sehr effiziente Vorbereitung darauf war in den USA eine so große und prosperierenden Industrie geworden, dass diese Tests als Instrument zur Intelligenzmessung jede Gültigkeit verloren. Diese Vorbereitung setzte voraus, dass weder Eltern noch Schüler Mühen scheuten, und rief zugleich bei den einen wie den anderen gewisse Ängste hervor. So stieß die Prüfung auf immer mehr Ablehnung. Während der letzten Jahre konnte man einen flächendeckenden Rückzug der SATs beobachten. Indem Covid diese Zulassungsprozedur durcheinanderbrachte, liefert es schließlich den Vorwand für ihre Abschaffung.²⁵

Der Verzicht auf das meritokratische Prinzip beschließt die demokratische Phase Amerikas. Die Spitze der sozialen Pyramide ist umgeschichtet und nicht egalitär, und mit Sicherheit lassen sich die Anwälte, Ärzte und Akademiker auf der einen Seite, die zwischen 400 000 und 500 000 Dollar im Jahr verdienen (abzüglich der Ausbildungskosten ihrer Kinder und der Krankenversicherung), nicht mit den vierhundert reichsten Amerikanern auf der anderen Seite gleichsetzen, die das *Forbes*-Magazin ermittelt hat. Doch diese kleine Welt stellt die Spitze einer oligarchischen Gesellschaft dar, in der Oligarchen strenggenommen umgeben von Untergebenen leben, die selbst ebenfalls Privilegierte sind.

Ihnen allen sind die Schwierigkeiten, mit denen 90 Prozent ihrer Mitbürger kämpfen, gleichgültig.

Diese liberale Oligarchie ist es, die – ausgearbeitet nicht durch eine liberale Demokratie, sondern durch den Nihilismus – den Kampf des Westens gegen die autoritäre Demokratie Russlands führt.

Im Lauf der Geschichte hat es eroberungslustige Oligarchien gegeben – im spätrepublikanischen Rom oder in Karthago –, doch sie herrschten über einigermaßen effiziente Gesellschaften. Das Drama der amerikanischen Oligarchie ist, dass sie über eine im Zerfall befindliche und weitgehend fiktive Wirtschaft herrscht, wie wir gleich sehen werden.

Kapitel IX

Die Luft aus der amerikanischen Wirtschaft lassen

Zwischen Januar und Juni des Jahres 2023 deckte eine Flut von Studien auf, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Lage waren, die Waffen zu produzieren, die die Ukraine brauchte.¹ Diese Studien stammten nicht von kremlnahen Gruppierungen, sondern von verschiedenen *Think Tanks*, die vom Pentagon und dem US-Außenministerium finanziert wurden. Wie war die größte Weltmacht in eine so absurde Situation geraten? In diesem Kapitel werden wir uns der Realität der amerikanischen Wirtschaft zuwenden und dabei die Luft aus einem der zwei größten »BIPs« (Bruttoinlandprodukte) der Welt lassen (das andere ist das chinesische), um sie auf etwas Sinnvolles zurückzuführen. Warum sagen wir nicht »WIP«, (Wahres Inlandprodukt)? Wir werden die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten vom Rest der Welt kennenlernen und ihre fundamentale Zerbrechlichkeit.

Bevor wir uns dieser radikalen Kritik widmen, rufen wir uns der Ausgewogenheit halber jedoch einige unbestreitbare Stärken der besagten Wirtschaft in Erinnerung. Es ist nicht zu leugnen, dass die wichtigsten Innovationen der letzten Jahre aus dem Silicon Valley gekommen sind, dessen Fortschritt in der Kommunikations- und Informationstechnologie den Einfluss der USA erheblich gestärkt hat, den sie, wenn nicht auf die ganze Welt, so zumindest auf ihre Verbündeten ausüben. Ebenso in den letzten Jahren erlebten wir ihren großen Aufschwung als Öl- und vor allem Gasproduzenten. Von 4 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 1940 stieg die amerikanische Ölproduktion 1970 auf 9,6 und fiel dann bis 2008 auf nur noch 5 Millionen Barrel. 2019, also kurz vor dem Krieg, erreichte sie dank der *Fracking*-Technik 12,2 Millionen Barrel. Zwar wurden die Vereinigten Staaten kein maßgeblicher Ölexporteur, aber sie waren nun auch kein Nettoimporteur mehr. Die Gasproduktion unterdessen stieg von 489 Milliarden Kubikmetern pro Jahr in 2005 auf 934 Milliarden im Jahr 2021. Im Bereich Gas sind die Vereinigten Staaten nun weltweit der zweitgrößte Exporteur, nach Russland. Dank des Krieges sind sie der weltweit größte Exporteur von verflüssigtem Erdgas geworden, das sie insbesondere an ihre europäischen Verbündeten liefern können, die von der russischen Gasversorgung brutal abgeschnitten wurden. Der Energiesektor hat eine der großen Eigenartigkeiten des Krieges zum Vorschein gebracht: Man fragt sich in einem fort, ob es den Amerikanern darum geht, die Ukraine zu verteidigen oder ihre europäischen und ostasiatischen Alliierten zu kontrollieren und auszubeuten.

Die Stärken der amerikanischen Wirtschaft – Big Tech und Gas, Silicon Valley und Texas – befinden sich an zwei Enden des Spektrums menschlicher Tätigkeiten: Die Zeilen von Computercodes tendieren zur Abstraktion, Energie ist ein Rohstoff. Den Rest des Spektrums füllen die Problemfelder der amerikanischen Wirtschaft: die Herstellung von Gegenständen nämlich, also Industrie im traditionellen Sinn des Wortes. Dies ist ein wirtschaftlicher Mangel, der im Krieg durch die sehr banale Unfähigkeit aufgedeckt wurde, genügend 155 mm-Artilleriemunition herzustellen, den NATO-Standard. Nach und nach wird jedoch klar, dass nichts mehr in ausreichender Menge produziert werden kann, einschließlich Raketen aller Art.

Der Krieg, dieser große Augenöffner, zeigt uns die Kluft, die zwischen unserer Wahrnehmung der USA (und ihrer Selbstwahrnehmung) und ihrer eigentlichen Stärke liegt. Im Jahr 2022 betrug das

russische BIP 8,8 Prozent des amerikanischen BIPs (und zusammen mit dem belarussischen 3,3 Prozent des gesamtwestlichen BIP). Wie konnte es dazu kommen, dass die USA trotz dieses Ungleichgewichts zu ihren Gunsten nicht mehr in der Lage waren, genügend Granaten für die Ukraine herzustellen?

Die Verflüchtigung der amerikanischen Industrie

Die Globalisierung, die von den Amerikanern selbst orchestriert wurde, untergräbt ihre industrielle Hegemonie. Im Jahr 1928 machte die Industrieproduktion aus den USA 44,8 Prozent der weltweiten Produktion aus; bis 2019 war sie auf 16,8 Prozent gesunken. Im selben Zeitraum brach die britische Industrieproduktion von 9,3 Prozent auf 1,8 Prozent ein, die japanische stieg von 2,4 Prozent auf 7,8 Prozent, die deutsche ging von 11,6 Prozent auf 5,3 Prozent zurück, die französische sank von 7 Prozent auf 1,9 Prozent und die italienische von 3,2 Prozent auf 2,1 Prozent. China erreichte im Jahr 2020 28,7 Prozent. Russland, dessen Industrieproduktion auf dem fünfzehnten Platz rangiert, bewegt sich bei 1 Prozent.

Die Seltenheit vergleichender Statistiken über Russland scheint vor allem darauf hinzudeuten, dass die russische Industrie etwas erreicht hat, das bereits einige amerikanische Flugzeuge versucht haben, die Tarnkappenfunktion; damit ließe sich sagen, dass Russland die USA kalt erwischt hat, indem es die ultimative Waffe gegen sie entwickelt hat: die Tarnkappenindustrie.

Um die »physischen« Machtverhältnisse in der globalisierten Welt noch besser einschätzen zu können, können wir eine Industrie in der Industrie untersuchen, und zwar die Produktion von Werksmaschinenteilen. Im Jahr 2018 stellte China 24,8 Prozent der weltweiten Werkzeugmaschinenteile her, die deutschsprachige Welt 21,1 Prozent (Deutschland, Österreich und die Schweiz, wobei der Großteil der Schweizer Industrie an deutschen Grenzen liegt), Japan 15,6 Prozent, Italien 7,8 Prozent, die USA nur 6,6 Prozent, Südkorea 5,6 Prozent, Taiwan 5,0 Prozent, Indien 1,4 Prozent, Brasilien 1,1 Prozent, Frankreich 0,9 Prozent, das Vereinigte Königreich 0,8 Prozent. Ich verzichte darauf, Russland in den Statistiken ausfindig zu machen; es erreicht hier eine Unsichtbarkeit, die das Schlimmste befürchten lässt.

Die Abnahme der amerikanischen Produktion von Verbrauchsgütern spiegelt sich auch in der Landwirtschaft. Nach der Einführung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens mit Mexiko und Kanada (NAFTA) haben die USA einen Prozess der Konzentration, Spezialisierung und des Dahinsiechens durchlaufen.² In Kapitel I haben wir die Weizenproduktion erwähnt: Während sie in Russland von 37 Millionen Tonnen im Jahr 2012 auf 80 Millionen Tonnen im Jahr 2022 gestiegen war, fiel sie in den Vereinigten Staaten von 65 Millionen Tonnen im Jahr 1980 auf 47 Millionen in 2022. Allgemeiner ausgedrückt: Während Amerika früher ein riesiger (Netto-)Exporteur von Agrargütern war, ist es jetzt gerade ausgeglichen und nähert sich dem Defizit.³ Man kann sich ausrechnen, dass das Land mit einer weiterwachsenden Bevölkerung in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren deutlich defizitär werden wird.

Das WIP der Vereinigten Staaten

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir uns auf die offiziellen Zahlen gestützt. Nun ist der

Moment gekommen, über sie hinwegzusteigen. Das amerikanische Bruttoinlandprodukt setzt sich nämlich zu einem überwältigenden Teil aus den Dienstleistungen von Personen zusammen, deren Effizienz oder gar Nutzen man nicht immer durchschaut: Ärzte (die mitunter töten, wie die Opioidkrise zeigte) und überbezahlte Anwälte, räuberische Finanzmanager, Gefängniswärter und Geheimdienstmitarbeiter. Im Jahr 2020 umfasste das BIP als Wertschöpfung selbst die Arbeit der 15 140 Ökonomen des Landes, von denen die meisten große Lügenpriester sind und ein Jahresgehalt von im Schnitt 121 000 Dollar beziehen. Was ist das amerikanische BIP noch wert, wenn man es um die Aktivitäten dieser parasitären Masse erleichtert, deren Arbeit nichts mit einer echten Wohlstandsproduktion zu tun hat? Ich schlage eine Übung vor, die den Leser amüsieren wird: vermittelt etwas freizügiger Schätzungen die Luft aus dem BIP zu lassen, um zu einer realistischen Einschätzung des jährlich in den USA produzierten Vermögens zu kommen, dem WIP (dem wahren oder realistischen Inlandsprodukt). Dies werde ich mithilfe einer Berechnung erreichen, für die ich ob ihrer Kühnheit und Präzision den Nobelpreis bekommen sollte. Die Königlich Schwedische Bank, die schon so viele peinliche Komiker mit diesem Firlefanz ausgezeichnet hat, könnte ausnahmsweise einmal einen einfachen und klaren Geist belohnen.

Im vorangegangenen Kapitel haben wir gesehen, dass die Ausgaben des Gesundheitswesens 18,8 Prozent des amerikanischen BIP ausmachen, und das nur, um dann bei einer niedrigeren Lebenserwartung zu enden. Mir scheint, dass der reale Wert dieser Gesundheitsausgaben angesichts ihres Resultats überschätzt wird. In Wirklichkeit existieren von diesen Ausgaben nur 40 Prozent des angegebenen Wertes. Also werde ich sie reduzieren, indem ich sie mit dem Koeffizienten 0,4 multipliziere.

Kommen wir nun auf das amerikanische BIP von 76 000 Dollar pro Kopf im Jahr 2022 zurück. Ich stelle fest, dass in dieser Erhebung 20 Prozent auf Wirtschaftssektoren entfallen, die ich als physisch bezeichnen würde: Industrie, Bauwesen, Transport, Bergbau, Landwirtschaft. Diese 20 Prozent von 76 000 ergeben 15 200 Dollar, die ich sicherstelle, indem ich sie für »echt« erkläre. Es bleiben 60 800 Dollar pro Kopf, nämlich die »Produktion« von Dienstleistungen (einschließlich des Gesundheitswesens), von denen ich keinen Grund habe anzunehmen, dass sie »echter« sind als der Gesundheitszustand selbst. Ich wende also auch auf sie den Reduktionskoeffizienten von 0,4 an. Aus meinen 60 800 Dollar werden 24 320 Dollar. Ich addiere die 15 200 Dollar gesicherter physischer Produktion zu den 24 320 Dollar verjüngter Dienstleistungen. Ich erhalte ein Pro-Kopf-WIP von 39 520 Dollar. Faszinierend ist dieses Ergebnis deshalb, weil das Pro-Kopf-WIP im Jahr 2020 leicht unter dem Pro-Kopf-BIP der westeuropäischen Länder lag (zur Erinnerung, in Deutschland lag es bei 48 000 Dollar und in Frankreich bei 41 000). Wie seltsam: Die Hierarchie des Pro-Kopf Vermögens fällt nun mit der Hierarchie der Kindersterblichkeit zusammen, wobei Deutschland jetzt an der Spitze steht und die Vereinigten Staaten an allerletzter Stelle.

Die Abhängigkeit von importierten Waren

Zu Beginn des achten Kapitels haben wir festgestellt, dass selbst die besten amerikanischen Geopolitiker einer Illusion erliegen, wenn sie ihr Vaterland für eine Insel halten, die vor allem Unglück der Welt geschützt ist. Sie vergessen eine der fundamentalen Merkmale der Vereinigten Staaten: das enorme Ungleichgewicht ihrer Handelsbilanz; sie konsumieren viel mehr, als sie

produzieren.

Der Handel eines Landes mit realen Gütern aus dem Ausland bietet neben der industriellen Produktion, der Gesamtproduktion und der Produktion von Maschinenteilen einen zusätzlichen, ausgezeichneten Indikator für die tatsächliche Stärke eines Landes. Amerika lebt von Importen, die nicht durch Exporte, sondern durch das Drucken von Banknoten gedeckt werden. Es finanziert sein Handelsdefizit durch die Ausgabe von Staatsanleihen, kann sich dies aber nur erlauben, weil der Dollar die Leitwährung der Welt ist; er dient für internationale Transaktionen und außerdem vielen der reichsten Menschen dazu, ihr Geld in Steueroasen zu horten (wie wir in Kapitel V gesehen haben). Ohne ganz sicher zu sein, kann man dennoch davon ausgehen, dass ein Drittel der im Umlauf befindlichen Dollar für diesen Zweck verwendet wird.

Genau wie es zuvor nötig gewesen war, das BIP von nutzlosen oder fiktiven Dienstleistungen zu befreien, um den realen Wohlstand zu ermitteln, so dürfen wir, um das amerikanische Außenhandelsdefizit zu bewerten, nur Handelsgüter berücksichtigen, und müssen die Dienstleistungen außen vor lassen. Wir setzen also unsere kritische Arbeit fort. Dabei sollten wir nie vergessen, dass all diese Indikatoren, die ursprünglich wissenschaftlich waren, durch die Globalisierung in Instrumente der Demonstration, Verführung und Heuchelei verwandelt wurden. Wenn man sich ausschließlich ansieht, wie groß das amerikanische Defizit im Warenhandel (ohne Dienstleistungen) *im Verhältnis zum BIP* ist (das fiktiv ist wie eh und je), gewinnt man den Eindruck eines stabilen Zustands: 4,5 Prozent Defizit im Jahr 2000, 4,6 Prozent im Jahr 2022. Diese Rate jedoch kommt dank der Steigerung des BIP im Verhältnis zu der des Defizits zustande. Und ein solches BIP ist noch immer nichts wert. Ebenso verzichten wir darauf, die aufeinanderfolgenden WIPs der Vereinigten Staaten zu ermitteln, da dies zu einer weniger strengen Rechnung führen würde als die vorangegangene. Es geht auch einfacher: Wir können das Volumen des Handelsdefizits an sich untersuchen. Im Rohzustand ist es zwischen 2000 und 2022 um 173 Prozent gestiegen. Deflationiert mit dem Preisindex ist es um 60 Prozent gewachsen.

Am auffälligsten ist, dass die Zunahme des Handelsdefizits trotz der offiziell protektionistischen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik anhält, die durch Obama eingeleitet, durch Trump verstärkt und von Biden wieder aufgenommen wurde. Dieses zusätzliche Rätsel wird uns dabei helfen, den unwiderruflichen Charakter des amerikanischen Abstiegs zu verstehen. Nachdem wir bereits seine tieferliegenden Ursachen untersucht haben – der Zusammenbruch von Protestantismus, Bildung und staatsbürgerlicher Moral, allesamt Phänomene, die kaum mehr umzukehren sind –, wird es uns kaum überraschen, dass der wirtschaftliche Niedergang selbst es ebenso wenig zu sein scheint.

Unproduktive, räuberische Meritokraten

Alle bis hierhin benutzten Wirtschaftsindikatoren betrafen die Produktion von Handelswaren. Wenn wir das Potenzial einer Wirtschaft umfassend bewerten wollen, müssen wir hinaufsteigen bis zu den Produzenten, denjenigen Menschen, die Dinge herstellen. Denn eine Wirtschaft besteht in erster Linie aus Männern und Frauen, die ausgebildet wurden und sich Kompetenzen angeeignet haben. Damit sich Amerika außerstande sehen konnte, die für die Ukraine notwendigen Granaten zu produzieren, musste es zuerst die Menschen losgeworden sein, die sie herstellten.

Ein Artikel in *Foreign Affairs*, »How America Broke its War Machine«, zeigt, dass in der

Rüstungsindustrie, die in den Achtzigerjahren 3,2 Millionen Arbeiter beschäftigte, nach Umstrukturierungen und Unternehmenskonzentration inzwischen nur noch 1,1 Millionen Beschäftigte arbeiten. Das ist eine Drittelung. Amerikanische Ökonomen, diese Meister der Verdrehung des Realen, würden hier zweifelsohne von »Konsolidierung« sprechen. Doch ein solcher Abbau von Arbeitsplätzen, denn darum handelt es sich, ist ein konkreter Indikator des nicht nur materiellen, sondern menschlichen Niedergangs der amerikanischen Industrie.

In Kapitel I haben wir gesehen, wie die Vereinigten Staaten, die mehr als zweimal so viele Einwohner haben wie Russland, vermutlich 33 Prozent weniger Ingenieure ausbilden. Vertiefen wir das einmal. Das Ideal der Meritokratie hat sich gegen die amerikanische Demokratie gewendet: Es untergräbt sie, indem es die Demokratie durch ein nicht egalitäres Ideal verdirbt. Auf diese Tatsache haben bereits viele Autoren hingewiesen.⁴ Was ihnen jedoch häufig entging, war die Art der Veränderung, die diese Sorte des Studiums vollzog, und damit auch die Berufsausbildung derer, die es sich »verdient« haben. Im Geiste der Gründerväter der Meritokratie war es das oberste Ziel, der sowjetischen Konkurrenz standzuhalten. Die Vereinigten Staaten mussten die besten Wissenschaft- und Technologiestudenten rekrutieren, um eine Industrie zu unterhalten, die in der Lage war, es mit den meritokratischen Kommunisten aufnehmen zu können. Conant, der ja während dieser Zeit Präsident in Harvard war, war ausgebildeter Chemiker und einer der Aufsichtführenden des Manhattan Project. Inzwischen erleben wir einen rapiden Rückgang der Rekrutierung von Wissenschaftlern und Technikern. Heute studieren in den USA nur noch 7,2 Prozent der amerikanischen Studenten *Engineering, Ingenieurwesen*. Man kann von der sozialen Flucht intelligenter Köpfe im Inland sprechen: in die Rechtswissenschaften, das Finanzwesen und die Handelsschulen, Sektoren, in denen höhere Gehälter erzielt werden können als im Ingenieurwesen oder in der wissenschaftlichen Forschung.

Die Ökonomen haben dieses Phänomen nicht nur ignoriert, sie haben sich die absurde Interpretation ausgedacht, dass Höhergebildete (im Vergleich zu den oft trumpistischen Sekundarschulabgängern) im Allgemeinen besser bezahlt werden, damit demonstriert werden kann, dass in der besten aller möglichen Welten auch alles zum Besten steht (und vor allem bei ihren Arbeitgebern: Universitäten und meistens *Think Tanks*). Mit der Behauptung, dass diejenigen, die am meisten studierten, auch die besten Einkommen erzielten, glaubten diese Schlaumeier, einen effektiven Beitrag zur Bildung zu leisten, eine Verbesserung des Humankapitals. Es kam ihnen nicht einmal in den Sinn, dass eine Hochschulausbildung in Jura, Finanzwesen oder Handelswesen keinerlei Verbesserung der produktiven oder gar intellektuellen Fähigkeiten der betroffenen Individuen bewirkte, sondern ihnen vielmehr aufgrund ihrer sozialen Stellung größere Fähigkeiten zum Ausrauben des vom System produzierten Wohlstands verschaffte. Fassen wir zusammen: Die höheren Einkommen der höher Gebildeten bringen den Umstand zum Ausdruck, dass Anwälte, Banker sowie die vielen anderen im Dienstleistungssektor Versteckten eine Meute exzellenter Raubtiere sind. Und das ist nun die äußerste Perversion, zu der diese Bildungsentwicklung geführt hat: Die Vermehrung der Akademiker erschafft eine Vermehrung von Parasiten. Sollte der französische Leser sich Angst einjagen wollen und sich fragen, warum sein Land verarmt, braucht er, anstatt gegen Beamte oder Einwanderer zu wettern, nur einmal über die Zahl der Studierenden an den Schulen für Handel, Verwaltung, Rechnungswesen und Vertrieb nachzudenken, deren Zahl von 16 000 im Jahr 1980 auf 239 000 in 2021/22 gestiegen ist.

Die Abhängigkeit von importierten Arbeitskräften

Um ihren Mangel an wissenschaftlich-technischen Fachkräften auf allen Ebenen auszugleichen, die man dort *STEM Workforce* nennt (für »science, technology, engineering or mathematics«), werden diese von den Vereinigten Staaten massiv importiert. Im Jahr 2000 machten aus dem Ausland Stammende 16,5 Prozent dieser gesamten Kategorie aus. Bis 2019 stieg ihr Anteil auf 23,1 Prozent, was 2,5 Millionen importierten Arbeitskräften entspricht, von denen 28,9 Prozent (722 500) Inder waren. Außerdem gab es 273 000 Chinesen, 100 000 Vietnamesen und 119 000 Mexikaner. Selbstverständlich sind diese importierten Ausländer besser qualifiziert als ihre amerikanischen Pendanten. Von den in den USA geborenen *STEM-Workers* hatten 67,3 Prozent einen Bachelor, von den Immigranten waren es 86,5 Prozent.⁵

Einige weitere Zahlen: Unter Softwareentwicklern gibt es 39 Prozent Ausländer; unter Ingenieuren je nach Branche 15, 20 oder 25 Prozent und unter Physikern 30 Prozent. In Kalifornien stellen Immigranten 39 Prozent der *STEM-Workers*.

In gewissem Sinne verkörpert diese Übernahme von Talenten anderer Länder die eigentliche Geschichte Amerikas. Von 1849 bis 1910 begleitete der massive Zustrom deutscher und skandinavischer Immigranten – die oftmals gebildet waren und eine Kernfamilien-Dynamik mitbrachten – den industriellen Aufschwung des Landes, der verspätet, aber rasch vonstattenging. Dieser Ruf ins Ausland erfolgte jedoch vor dem Hintergrund der Bildungsdynamik der WASPs selbst. Die Gastbevölkerung brachte qualifizierte Arbeiter hervor, Techniker und Ingenieure (allerdings nur wenige wissenschaftliche Größen). Und so konnte dieser Zustrom einen Bildungsabfall kompensieren, der nicht nur die WASPs betraf, sondern die gesamte weiße Bevölkerung der USA.

	Alle Bereiche	Wissenschaften und Ingenieurwesen	Ingenieurwesen	Ingenieurwesen im Verhältnis zum Gesamtwert
China	88 512	81 803	30 599	35 %
Indien	36 565	34 241	14 397	39 %
Südkorea	25 994	19 781	8 023	31 %
Taiwan	12 648	9 765	3 418	27 %

Kanada	9 027	6 399	1 060	12 %
Türkei	8 887	7 372	3 104	35 %
Iran	7 338	6 949	4 834	66 %
Thailand	5 166	4 494	1 701	33 %
Japan	4 121	3 100	479	12 %
Mexiko	4 089	3 451	912	22 %

Quelle: National Science Foundation

Tabelle 3: Die zehn Herkunftsländer mit den meisten Promovierten in den USA zwischen 2001 und 2020

Dass das Interesse von Einwanderern und Amerikanern an wissenschaftlichen und technischen Studiengängen unterschiedlich stark ausgeprägt ist, wird auch an den Universitäten spürbar. Tabelle 3 zeigt zwischen den Jahren 2001 bis 2020 zwei signifikante Merkmale: erstens die Bedeutung Chinas und Indiens unter den Ländern, die amerikanische Universitäten mit Doktoranden versorgen; und zweitens der hohe Anteil an zukünftigen Ingenieuren unter diesen ausländischen Studenten. Dies ist eine maßgebliche Information, was das Interesse der Herkunftsländer an Technik und Industrie betrifft. In der Tabelle verleihe ich den iranischen Doktoranden für ihre 66 Prozent Studierende im Ingenieurwesen den ersten Preis in Motivationssoziologie. Man begreift auf diese Art, warum der Iran seit Beginn des Ukrainekrieges militärische Drohnen nach Russland exportiert.

Ich bemühe mich in diesem geopolitischen Buch um eine Annäherung an die Hintergründe der Macht. Die Zahl an Ingenieuren muss uns also weiter bringen als auf die Waffenproduktion, nämlich von den Dingen zurück auf die Menschen. Eine moderne Armee lebt von ihren technischen Kapazitäten, und diese lassen sich nicht auf den Pionierkorps beschränken. Die Mehrheit ihrer Offiziere sind eigentlich Ingenieure, gerade in den technischen Waffengattungen Luftwaffe und Marine. Dass die USA nicht in der Lage scheinen, sie in größerer Zahl auszubilden, sät Zweifel daran, wie groß das reale Potenzial der amerikanischen Armee im Fall eines direkten Konflikts wäre. Air Force und Navy sind traditionell am leistungsstärksten, wobei seit dem Pazifikkrieg ganz besonders die Marineflieger hervorzuheben sind. Die Flucht intelligenter Köpfe in Rechts- und Handelsschulen, was die militärische Stärke Amerikas bedroht, geschieht also im Herzen der Armee. Man gewinnt keinen Krieg, indem man seinen Gegnern Zahlungsbefehle schickt oder dessen Konten sperrt. Dieser

Satz hat etwas von einem Déjà-vu: Einfrieren der Bankguthaben von Russland, Beschlagnahmung des Eigentums russischer Oligarchen (sowie einfacher russischer Staatsangehöriger, was das im Westen so hoch in Ehren gehaltene Eigentumsrecht verletzt) und schließlich die Weigerung, Schiffe abzusichern, die russisches Öl transportieren. Der Krieg wird auf amerikanischer Seite im Geist von Advokaten geführt. Doch der Ukraine fehlen Raketen.

Die unheilbare Krankheit des Dollar

Zukunftsforschung bedeutet nicht einfach, einen Untergang vorhersehen zu können. Im Fall der Vereinigten Staaten wäre diese Übung schon fast zu leicht; hier geht es nur darum, sich zu versichern, ob der Prozess umkehrbar ist oder nicht.

Für die, denen die Hypothese einer Nullreligion, die jedes »Erwachen« ausschließt, nicht überzeugend vorkommt, füge ich eine ökonomische Verkettung hinzu, die ebenfalls die Unumkehrbarkeit des Niedergangs impliziert. Weiter oben habe ich sie bereits angedeutet, als ich den Fakt hervorgehoben habe, dass das Handelsdefizit allen neoprotektionistischen Maßnahmen zum Trotz weiter steigt.

Eine weitere wirtschaftliche Sensibilisierung hat in den USA keinerlei Wirkung gezeigt. Seit der Weltfinanzkrise 2007/08 weiß Amerika – klassenübergreifend –, dass die Ausweitung von Ungleichheiten zu wachsender wirtschaftlicher Instabilität führt und zu einem sinkenden Lebensstandard. Im Jahr 2011 wurde durch die Bewegung »Occupy Wall Street« der Feind ausgemacht, nämlich der Finanzkapitalismus. Im Jahr 2013 erfreute sich Thomas Pikettys Buch *Le Capital au XXI^e siècle* (»Das Kapital im 21. Jahrhundert«), dessen These lautet, dass der Anstieg von Ungleichheiten verhängnisvoll sei, wenn sich die Politik nicht einmische (oder der politisch motivierte Krieg), eines phänomenalen Erfolgs. Doch genau wie im Fall des Handelsdefizits war auch hier keine Kursänderung in wirtschaftlichen Belangen zu erkennen. Der Gini-Koeffizient bewegt sich zwischen 0 und 1 und ist umso höher, je größer die Ungleichheit ist. In den Vereinigten Staaten steigt er unaufhörlich. Im Jahr 1993 lag er bei 0,454; 2006, kurz vor der Weltfinanzkrise, bei 0,470; und 2021, wiederum etwa zehn Jahre später, erreichte er 0,494. Wie ein apokalyptischer Reiter setzt die Ungleichheit ihre Bahn fort.

Warum schafft es das amerikanische Schiff nicht, das Ruder herumzureißen? Die Ungleichheiten und das Handelsdefizit abzubauen und die Studenten in Ingenieur- und Wissenschaftsstudiengängen umzuschulen? Wenn wir den religiösen Hintergrund dieses Unvermögens (nämlich die Nullmoral) einmal außer Acht lassen, können wir auch ein rein wirtschaftliches Hindernis ausmachen, das ein Eingreifen verhindert. Amerika produziert de facto die Weltwährung, den Dollar, und seine Fähigkeit, Geldvermögen aus dem Nichts zu schöpfen, paralyisiert es. Damit liegen wir sicher nicht sehr weit von der Nullmoral entfernt, aber der Mechanismus lässt sich auf rein technische Art analysieren – ohne Gott oder die Moral zu bemühen.

Es gibt den Begriff der *Dutch disease*, der »Holländischen Krankheit«, die man auch Ressourcenfluch-These nennt, und die oft mit Öl oder Gas in Verbindung gebracht wird. Der Überfluss einer natürlichen Ressource in einem Land und sein Export lassen den Wert der Währung steigen, deren Stärke dann die Entwicklung der anderen Wirtschaftssektoren behindert. Sagen wir,

Amerika leidet an einer »*Super Dutch disease*«. Die »natürliche« Ressource, die ihre Wirtschaft erschwert, ist der Dollar. Die Weltwährung zu minimalen oder gar keinen Kosten zu produzieren, macht jede andere Aktivität außer der Geldschöpfung unrentabel.

Das erschaffene Geld kommt nicht aus einer Notenpresse der Fed. Wie Ann Pettifor es in der Einleitung eines sehr stichhaltigen Buchs feststellte, werden nur 5 Prozent der Geldproduktion von der Zentralbank vorgenommen.⁶ Die restlichen 95 Prozent stammen aus Krediten, die die Banken an Privatkunden oder untereinander vergeben. Wenn es jedoch zu einer Krise kommt, gibt die Fed mehr Geld aus, um das System zu retten, wie sie es 2008 getan hat, und garantiert damit, dass die Geldschöpfung durch Banken, Privatpersonen und im Grunde durch den Staat kein Limit kennt. Ebenso wenig gibt es ein Limit für die amerikanische Staatsverschuldung, deren gesetzliche Obergrenze jedes Mal, sobald nötig, vom Kongress angehoben wird. In der Tat spielt uns Amerika in regelmäßigen Abständen eine Haushaltskomödie vor: Die Republikaner drohen den Demokraten, die Schuldengrenze nicht zu erhöhen, wenn Letztere nicht diese oder jene Sozialausgabe kürzen. Bürger des Imperiums, gehet hin in Frieden, die Schuldengrenze wird wieder angehoben, Dollars und Wertpapiere werden weiterhin ausgegeben und die Privilegierten dieser Welt werden sie weiterhin kaufen. Denn diese Dollars haben die Besonderheit, dass sie auch für den Rest der Welt existieren. Nach einem Nickerchen, wenn meine Gedanken noch vernebelt sind, aber gelöst, fange ich an, über einen Biden zu fantasieren, der der ukrainischen Führung einige Milliarden Dollar schickt, damit sie ihre Shoppingtouren in Westeuropa unternehmen können. Aber seien wir vernünftig: Dergleichen wäre zwischen den amerikanischen und europäischen Verbündeten nicht denkbar ...

Ein solches System zu ändern, ist schwierig: Es ist so viel leichter, Geld zu produzieren als Waren. Und der schönste Beruf ist selbstverständlich der, der seinen Besitzer der Geldschöpfung und damit der Quelle der Opulenz näherbringt: Banker, Steueranwalt, Lobbyist im Dienst der Bank u. Ä. Der Ingenieur ist von dieser verschwenderischen Quelle zu weit entfernt und der Industrielle lebt mit der Verpflichtung, eine Gewinnrate von, sagen wir, 15 Prozent zu erzielen, die von den Leuten festgesetzt wird, die Geld herstellen ... Ein Grenzschutz gegen die ausländische Industrie kann nicht ausreichen, wenn die wahre Konkurrenz von einer inländischen, kollektiven und dämonischen Notenpresse herrührt. Schon im Voraus überträgt sich dieser Mechanismus auf jungen Menschen, die sich für Ausbildung und Beruf entscheiden müssen. Wenn ein Banker oder Anwalt doch so viel mehr verdient, warum sollte man dann ein schwieriges wissenschaftliches oder technisches Studium auf sich nehmen? So erklärt sich, was wir weiter oben festgestellt haben: die Flucht der klugen Köpfe in unproduktive Berufe. Man zieht es vor, ein Jura-, Finanz- oder Handelsstudium aufzunehmen, denn durch diese rückt man näher heran an die heiligen Quellen, aus denen der Dollar sprudelt.⁷

Kapitel X

Die Washingtoner Clique

Unser umfassendes, wenngleich schematisches Tableau der amerikanischen Gesellschaft und Wirtschaft ist entworfen. Seine regressive Dynamik wurde identifiziert. Nun werden wir mit der Lupe und mit dem Auge eines Anthropologen diejenige Gruppe von Individuen untersuchen, die die Außenpolitik dieser kranken Macht, die aus Amerika geworden ist, konkret anführt. Was also ist das für ein eigenartig gesitteter Stamm, dessen Vorlieben und Entscheidungen den Westen vor die Tore Russlands geführt haben? Meistens studiert man eine primitive Gemeinschaft in ihrem natürlichen Umfeld. Das wäre hier: die Stadt Washington. Wir interessieren uns ganz besonders für das geopolitische *Establishment* Amerikas, das dort umgangssprachlich »Blob« heißt, benannt nach einem Besorgnis erregenden Mikroorganismus.

Das Ende der WASPs

Die Machtelite WASP, die C. Wright Mills so lieb war, ist verschwunden; um das zu erkennen, genügt ein Blick auf die aktuelle amerikanische Verwaltung. Zu ihren wichtigsten Figuren, jenen, die insbesondere den Ukrainekrieg steuern, zählt nur ein einziger WASP. Joe Biden ist irisch-katholischer Herkunft; Jake Sullivan, sein Sicherheitsberater, ebenfalls; Antony Blinken, der Staatssekretär, also Außenminister, ist jüdischer Abstammung; Victoria Nuland, die für Europa und Eurasien (also die Ukraine) zuständige Unterstaatssekretärin, stammt von einem jüdischen Vater und einer britischen Mutter; der Verteidigungsminister Lloyd Austin ist schwarz und katholisch.

Zwar sind Schwarze in den amerikanischen Gefängnissen mit 40 Prozent der Insassen stark überrepräsentiert, doch im Kabinett von Joe Biden sind sie es ebenfalls. Während Schwarze 13 Prozent der amerikanischen Bevölkerung ausmachen, sind es in Bidens Kabinett 26 Prozent. Sie stellen 13,3 Prozent der Mitglieder des Repräsentantenhauses (in Bezug zur Rasse also repräsentativ) und nur 3 Prozent der Senatoren (was normal ist für eine Institution, die dazu gedacht ist, die Geschichte auszubremsen). Außerhalb politischer Institutionen im engeren Sinne findet man 6,7 Prozent Schwarze unter den Journalisten und kaum 0,5 Prozent unter den Superreichen (nur zwei der vierhundert reichsten Amerikaner sind schwarz). Doch die politisch Verantwortlichen in Washington erinnern uns an das bunte Klima Londons.

Die Zukunft der herrschenden Klassen lässt sich an den Universitäten ablesen. Betrachten wir die Herkunft der Studenten an den drei namhaftesten unter ihnen: Harvard, Yale und Princeton, die heiligen Orte, an denen die zukünftige Oligarchie ausgebildet wird. Während Weiße noch 61 Prozent der amerikanischen Bevölkerung ausmachen, sind sie mit nur noch 46 Prozent der Studenten an den *Big Three* vertreten. Wie im Vereinigten Königreich zeigt sich also eine Unterrepräsentation, die das Schwinden der Vorherrschaft der Weißen in intellektuellen Gebieten ankündigt. Trotzdem bleiben die Schwarzen leicht unterrepräsentiert: Ihren 13,3 Prozent in der allgemeinen Bevölkerung entsprechen nur 10 Prozent in Yale, Harvard und Princeton. Ähnlich verhält es sich mit den Latinos, die nun

20 Prozent der allgemeinen Bevölkerung ausmachen, aber nur 16 Prozent der Studenten an den drei großen Universitäten. Eine Kategorie allerdings, die alle Unterrepräsentation ausgleicht und spektakulär überrepräsentiert ist, ist die der Asiaten: 6 Prozent der Bevölkerung, aber 28 Prozent der Studenten an den großen Universitäten.

Das Auslöschen von WASPs auf Regierungsebene war nicht beabsichtigt. Eine republikanische, gar trumpistische Führung würde sie wieder auf den Plan rufen, jedoch trotz allem als Nullprotestanten. Wir hätten es dann mit Zombie-WASPs zu tun. Im Übrigen ist Biden in den Köpfen aller nur amerikanisch und weiß, mehr nicht. Seine irisch-katholischen Wurzeln zählen nicht. Als Kennedy der erste katholische Präsident in der Geschichte der Vereinigten Staaten wurde, war dies ein Ereignis, ein Wendepunkt. Hier gibt es nichts dergleichen: Das vollständige Fehlen von WASPs in Bidens Umfeld und die Tatsache, dass er selbst keiner ist, interessieren niemanden.

Die Erklärung dieses Phänomens ist einfach. Der Nullzustand der Religion hat nicht nur religiöse Differenzen hinweggespült, sondern auch solche in Bezug auf Rasse und Bildung. Was ist schon der Unterschied zwischen einem Nullkatholiken und einem Nullprotestanten? Zwischen einem Weißen und einem Schwarzen im Klima des Nullprotestantismus und damit – treiben wir unsere neue Terminologie ruhig so weit wie möglich – in der Nullverdammnis? Die Auflösung des Protestantismus hat zu der des traditionellen amerikanischen Rassismus geführt, welcher so stark an diesen religiösen Glauben geknüpft war.

Die Überrepräsentation von Asiaten an den Universitäten ist nicht auf einen umgekehrten Rassismus zurückzuführen, sondern auf ihre höhere Bildungsdynamik. Das Verschwinden des Protestantismus mit seinen Bildungsansprüchen und seinem Anstrengungskult auf der anthropologischen Basis einer absoluten Kernfamilie, die ihre Kinder kaum betreut, hat die schulischen Fähigkeiten der weißen Bevölkerung zugrunde gerichtet. Es hat dazu geführt, dass sich die Nachkommen der Protestanten und der Katholiken übereinstimmend auf niedrigem Niveau bewegen, erfasst durch die SATs und den Durchschnittsintelligenzquotienten. Die Kinder japanischer, koreanischer, chinesischer oder vietnamesischer Einwanderer wurden hingegen vor diesem Ruin bewahrt, nicht nur durch autoritäre Familienstrukturen, sondern auch durch die konfuzianische Tradition, die Bildung einen hohen Wert beimaß, eine Tradition, die ihrerseits zur familiären Erbfolge hinzukommt.¹ Dasselbe Phänomen konnten wir im Vereinigten Königreich und auch in seinem französischen Pendant beobachten.

Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Wie im Falle Großbritanniens müssen wir zuallererst die historische Errungenschaft begrüßen, dass die Unterscheidung zwischen Katholiken und Protestanten und mehr noch die zwischen Weißen und Schwarzen aufgehoben wurde. Im zweiten Schritt jedoch müssen wir uns fragen, was das Verschwinden der WASPs soziologisch bedeutet.

Das Ende der Machtelite in einem Klima der Nullmoral ging einher mit dem Verschwinden jedes gemeinschaftlichen Ethos# der herrschenden Gruppe. Die WASP-Elite gab eine Richtung vor sowie moralische Ziele, ob gut oder schlecht. Die aktuell herrschende Gruppe (ich wage es nicht, sie Elite zu nennen) bietet nichts dergleichen. In ihr gibt es nur noch die reine Machtdynamik, welche auf die Außenwelt projiziert wird und zu einer Vorliebe für militärische Macht und Krieg mutiert. Auf diesen wichtigen Punkt komme ich später noch zu sprechen. Zuvor muss ich einige soziologische Grundelemente einführen, die ich benötige, um die Rolle der Juden in der Biden-Regierung bei der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik einzuordnen.

Das Verschwinden jüdischer Intelligenz?

Gleich zu Beginn möchte ich, um wiederum ein Missverständnis zu vermeiden, festhalten, dass ich selbst jüdischer, bretonischer sowie britischer Herkunft und mit allen diesen drei sehr zufrieden bin.

Der Anteil der Juden in der amerikanischen Bevölkerung beträgt 1,7 Prozent. Einen weitaus größeren Anteil haben wir unter den Mitgliedern der Biden-Administration angetroffen, insbesondere unter den für die Außenpolitik zuständigen. Dieselbe Überrepräsentation ist im *Board of Directors* des renommiertesten außenpolitischen *Think Tanks* zu beobachten, dem Council on Foreign Relations: Fast ein Drittel seiner vierunddreißig Mitglieder ist jüdisch. Im Jahr 2010 wies die Forbes-Liste aus, dass unter den hundert wohlhabendsten Menschen der USA 30 Prozent Juden waren. Man fühlt sich an das Budapest der Dreißigerjahre erinnert. Die Interpretation dieses Umstands lautet übrigens genau so: Um eine starke Überrepräsentation von Juden in den höheren Schichten einer Gesellschaft zu erklären, werden wir zuvor eine Bildungsschwäche in der allgemeinen Bevölkerung suchen (und sie meist auch finden), die es möglich macht, dass die Bildungsintensität der jüdischen Religion sich so sehr niederschlägt. Diese Bedingung wird von den heutigen USA, wie wir gesehen haben, voll und ganz erfüllt, ähnlich wie im Fall Zentral- und Osteuropas zwischen 1800 und 1930. Die relativ hohe Bedeutung der Juden in den Vereinigten Staaten bis in die jüngste Zeit ist eine der Auswirkungen des erlahmenden Bildungsanspruchs der Protestanten. Ohne die protestantische Konkurrenz konnte das Beharren auf Bildung der Juden im Amerika der Jahre 1965 bis 2010 einen ähnlich massiven Effekt haben wie im nur schwach alphabetisierten Zentral- und Osteuropa des 19. Jahrhunderts.

Die Geschichte jedoch geht weiter, besonders die des Judentums in den Vereinigten Staaten. Der Bildungsaufstieg der Amerikaner mit asiatischen Wurzeln setzte dem Wettbewerbsvakuum der Jahre 1965 bis 2010 ein Ende.

Ein erstaunlicher Artikel des Onlinemagazins *Tablet* (eines jüdischen Magazins) zeigt, wie weit die Tendenz der Verdrängung von Juden aus dem Zentrum heute in den Vereinigten Staaten geht.²

Der Artikel mit dem Titel »The Vanishing«, veröffentlicht am 1. März 2023 von Jacob Savage, ist ziemlich besorgniserregend. Der Autor stellt fest, dass »in der akademischen Welt, in Hollywood, Washington und selbst in New York, überall, wo die amerikanischen Juden sich erfolgreich etabliert hatten, ihr Einfluss nun deutlich zurückgeht«. Eine Reihe von sehr verblüffenden Beispielen illustriert seine Äußerung: Bei den *Babyboomern* waren 21 Prozent der bessergestellten Akademiker Juden; bei den unter Dreißigjährigen sind es nur noch 4 Prozent; sie stellen gerade einmal 7 Prozent der Studierenden an den Ivy League-Universitäten, anders ausgedrückt weniger als die Quote von 10 Prozent, die der *Numerus clausus* von ihnen Ende der Fünfzigerjahre verlangte. »Harvard ist von 25 Prozent Juden in den 1990er- und 2000er-Jahren bis heute auf weniger als 10 Prozent zurückgegangen«, beklagt Savage.

Der Rückgang trifft auch andere Bereiche als die Universität: »In New York, dem Sitz der politischen Macht amerikanischer Juden, gibt es fast keine Juden mehr an der Macht. Vor zehn Jahren hatte die Stadt fünf jüdische Kongressabgeordnete, einen jüdischen Bürgermeister, zwei jüdische Stadtbezirksvorsitzenden und vierzehn jüdische Mitglieder im Stadtrat. Heute sind es noch zwei Kongressabgeordnete und ein einziger Bezirksvorsitzender. Gerade einmal sechs Juden sitzen im Stadtrat, der einundfünfzig Mitglieder zählt.« Historisch betrachtet, zeigt Savage, waren die Juden

auch bei den Bundesrichtern überrepräsentiert. Während sie nur 2,5 Prozent der Bevölkerung darstellten (für mich wären es 1,7 Prozent, aber ich möchte seine Vergleichsreihe nicht verfälschen; die Definition, wer jüdisch ist oder nicht, ist nach wie vor umstritten), waren mindestens 20 Prozent der Bundesrichter Juden. Nun sind aber unter den einhundertvierzehn Richtern, die Biden genau dann nominiert hat, als dieser Artikel geschrieben wurde, nur acht oder neun Juden (das heißt 7 oder 8 Prozent, was immer noch einer Überrepräsentation entspräche).

Und schließlich: derselbe Rückgang in Hollywood. Abgesehen von einigen Relikten einer anderen Zeit wie Steven Spielberg, James Gray oder Jerry Seinfeld findet man dort kaum noch große Regisseure oder gar Drehbuchautoren jüdischer Herkunft. Der Text schließt mit einer Überlegung, die im aktuellen Kontext einen besonderen Beigeschmack hat: »Wenn Putin oder Orban die jüdische Bevölkerung an ihren Universitäten um 50 Prozent einkürzen würde, gäbe es lautstarke Beschwerden seitens der ADL [Anti-Defamation League, eine NGO, die Juden hilft, gegen Diskriminierung zu kämpfen]. Aber Harvard und Yale können innerhalb von zehn Jahren wie durch Zauberei fast die Hälfte ihrer jüdischen Studierenden verlieren, und wir schweigen.«

Savage beklagt die Rückkehr einer gegen Juden gerichteten Diskriminierung. Daran glaube ich keinen Augenblick. Ich sehe nicht, warum die Weißen ihnen die Asiaten vorziehen sollten. Die plausibelste Interpretation ist die, dass die amerikanischen Juden, nachdem sie lange Zeit durch eine sehr bildungsaffine Religion begünstigt waren, inzwischen so gut assimiliert sind, dass sie in den religiösen und intellektuellen Niedergang Amerikas hineingezogen wurden. Ihre Anpassung lässt sich anhand der Rate gemischter Ehen ablesen: Von den Juden, die vor 1980 heirateten, waren nur 18 Prozent mit Nicht-Juden verheiratet. Unter denen, die sich zwischen 2010 und 2020 ehelichten, lag die ethnisch-religiöse Exogamie bereits bei 61 Prozent. Und ich bezweifle, dass der amerikanische Niedergang die verbleibenden 39 Prozent endogamer Paare verschont hat. Vom Nullprotestantismus und Nullkatholizismus habe ich bereits gesprochen; warum sollte man im Fall der Vereinigten Staaten (und anderswo) nicht auch ein Nulljudentum in Betracht ziehen? Das Konzept wäre hilfreich, um einen etwaigen Bildungsrückgang auch unter den Juden zu analysieren.

Ich habe diesen Artikel ausgiebig zitiert, weil er ein Feld an innovativen Gedanken eröffnet. Ich gebe zu, dass ich den Zahlen, auf die er sich beruft, und seinen Schlussfolgerungen nur bedingt vertraue. Aber in jedem Fall sind in der aktuell herrschenden Gruppe, und insbesondere in der mit dem Krieg betrauten Fraktion, Amerikaner mit jüdischer Herkunft nach wie vor überrepräsentiert – ein verzögerter Effekt von Karrieren auf ihrem Höhepunkt.

Ein Dorf namens Washington

Wie Eric Kaufmann in *The Rise and Fall of Anglo-America* bemerkte, sind die amerikanischen WASPs, die absichtsvoll Katholiken, Juden, Asiaten, Latinos und Schwarze emanzipiert haben, in der Geschichte eine der seltenen Herrscherklassen, die ihre eigene Abschaffung veranlasst haben, um eine neue zu erschaffen, die man als universell einstufen kann.³ Man findet kaum ein Pendant, außer der römischen Führungsschicht in der Antike. Kaufmann findet dies bewundernswert, und wie gesagt, in einem allgemein moralischen Sinn hat er Recht. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene. Die Vereinigten Staaten sind zwischen 1945 und 1965 von einer homogenen, kohärenten Elite registriert worden, die durch persönliche Verbindungen aneinandergeschweißt war; sie bewahrte sich, was am

Protestantismus gut war, und beherrschte das, was schlecht war; sie beugte sich wie der Rest der Bevölkerung einer gemeinschaftlichen Moral, sie akzeptierte den Wehrdienst, den Blutzoll und überhaupt die Steuer; sie führte eine verantwortungsbewusste Außenpolitik, die sich an der Verteidigung der Freiheit orientierte, mit Ausnahme allerdings von Lateinamerika, dem Hinterhof der USA, wo unheilbare und bei allen Menschen vorhandene schlechte Instinkte zum Vorschein kamen. Heutzutage ist das Dorf Washington nicht mehr als eine Ansammlung von Individuen, die jeglicher gemeinsamer Moral entbehren.

Ich spreche nicht durch Zufall von einem »Dorf«. Wenn eine Gruppe von Individuen nicht mehr durch einen nationalen oder universellen Glauben aneinandergeschweißt wird, wenn sie anomisch ist im Sinne von fragmentiert, dann kann man einen rein lokalen Regulierungsmechanismus von Glauben und Handlungen beobachten. In Kapitel IV habe ich das schwache Über-Ich der Individuen erwähnt, die weder durch einen kollektiven Glauben noch von einer Gesellschaft oder einem »Ichideal« strukturiert oder angeleitet werden. Diese schwachen Individuen sind getrieben durch einen mimetischen Regulierungsmechanismus innerhalb derjenigen Gruppe, welcher sie örtlich oder beruflich angehören. Als Beispiel in Frankreich könnte ich eine Vorstadt anführen, die den Rassemblement National wählt, oder ein Armenviertel in Marseille, den Beruf des Journalisten oder die Regierung Macron. Überall führt die Fragmentierung in fortgeschrittenen individualistischen Gesellschaften zu einem zentripetalen Abdriften von Ort und/oder Beruf. Aber hier geht es um Washington und seine Führungsgruppe. Stellen wir uns vor, wie sich Weiße, Schwarze, Juden und Asiaten nach der glorreichen Überwindung von Rassen- oder Religionsschranken alle gemeinsam in diesem Geld- und Machtbad Washington räkeln. De facto existieren diese Individuen nur jeweils im Verhältnis zu den anderen; sie bestimmen ihr Handeln und ihre Entscheidungen nicht mehr, indem sie sich an äußeren und vor allem höheren Werten orientieren wie der Religion, der Moral oder der Geschichte. Ihr einziges Bewusstsein ist lokal, dörflich. Diese Feststellung ist sehr beunruhigend: Die Menschen, die die weltweit mächtigste Führungsschicht bilden, gehorchen keinem Ideensystem mehr, das ihre eigene Begrenzung überschreitet, sondern sie reagieren auf Impulse aus ihrem eigenen lokalen Netzwerk.

Die Anthropologie des Blob

Bisher habe ich mich vor allem auf Washington im Allgemeinen bezogen. Kommen wir nun zum geopolitischen *Establishment*. Diesbezüglich sind wir in der glücklichen Lage, das außergewöhnliche Buch *The Hell of Good Intentions America's Foreign Policy Elite and the Decline of U. S. Primacy* von Stephen Walt vorliegen zu haben.⁴ Walt ist, wie gesagt, zusammen mit Mearsheimer einer der wichtigsten Vertreter des Realismus in der Geopolitik. Beide haben zusammen ein Buch über den israelischen Lobbyismus geschrieben.⁵ Während Mearsheimer an der Universität von Chicago lehrt, einer kreativen und nicht-konformistischen, rechts wie auch links ausgerichteten Universität, die nicht zur Ivy League gehört, ist Walt Professor in Harvard, genauer an der John F. Kennedy School of Government. Er kann von oben auf das geopolitische *Establishment* blicken.

In seinem Buch findet sich eine Abhandlung mit dem Titel »*Life in the ›Blob‹. A sense of community*«, von der man annehmen könnte, dass sie eher von einem Anthropologen als von einem Geopolitiker

geschrieben worden ist. Walt beschreibt darin den »Blob« als einen Überbegriff, den Ben Rhodes, ehemaliger Berater von Obama, eingeführt hatte, um den für die Außenpolitik zuständigen Mikrokosmos zu beschreiben. Der Name bezeichnet einen schleimig aussehenden, einzelligen Organismus, den man in Wäldern antrifft, wo er sich vermehrt, indem er Bakterien und Pilze in seinem Umfeld absorbiert. Er besitzt kein Hirn.

Der Washingtoner Blob, wie Walt ihn darstellt, entspricht ganz und gar meiner Vorstellung einer Führungsgruppe, die keinerlei intellektuelle oder ideologische Bindungen außerhalb ihrer selbst besitzt. Walt weist darauf hin, dass zwar einige ihrer Mitglieder gut ausgebildet sind, dass dies aber bei Weitem kein notwendiges Kriterium ist, um dazuzugehören. Er unterstreicht vor allem eine entscheidende Entwicklung: Personen, die sich früher mit Außenpolitik beschäftigten, waren oft in anderen Disziplinen ausgebildet worden und hatten fachfremde Karrieren hinter sich: »Anwälte, Banker, Akademiker, Geschäftsleute« seien mit bestimmten Ansichten und allgemeinen Vorbehalten in die Politik eingetreten. Das trifft für die Blob-Menschen nicht mehr zu, die, selbst wenn sie ihre Positionen und scheinbar auch den Beruf wechseln, von wenigen Ausnahmen abgesehen nie aus ihrem Stall herauskommen. Walt führt das Beispiel der ehemaligen US-Botschafterin bei der UNO Samantha Power an, die als Journalistin und Menschenrechtsaktivistin bekannt wurde und in Harvard lehrte (im selben Institut John F. Kennedy wie Walt), bevor sie sich dem Wahlkampfteam von Barack Obama anschloss und dann 2009 zu seiner »Sonderassistentin für multilaterale Angelegenheiten« wurde. Im Jahr 2013 wurde sie zur Botschafterin ernannt. Nach Trumps Amtsantritt ist sie nach Harvard zurückgekehrt. »Ihre Rollen haben sich geändert, aber sie hat nie aufgehört ›Außenpolitik zu machen‹«, schlussfolgert Walt. Sein Buch erschien 2018, und die folgenden Jahre haben seine Diagnose bestätigt. Seit Januar 2021 und der Rückkehr der Demokraten ins Weiße Haus wurde Samantha Power von Biden an die Spitze von Usaid, der U. S. Agency For International Development, katapultiert.

Der größte perverse Effekt dieses Gefangenseins im »Internationalen« ist, dass es besonders anfällig für Aktivismus macht. »Sie haben ein offenkundig persönliches Interesse daran, dass die USA eine ambitionierte Weltpolitik verfolgen«, erklärt Walt. »Je mehr sich die amerikanische Regierung mit Außenpolitik befasst und je mehr Stellen es für Experten internationaler Politik zu besetzen gibt, desto mehr nationales Vermögen wird für die Lösung dieser globalen Probleme aufgewendet, und desto größer ist ihr potenzieller Einfluss.« Woraus zum einen die Neigung entsteht, Bedrohungen aufzublasen, und zum anderen eine militärische Machtbesessenheit. Dass die Konflikte sich aufheizen, liegt in ihrem (beruflichen) Interesse!

Walt bestätigt hier, was ich weiter oben bemerkt habe: In einer Welt, in der die Ideologien dahinsiechen, bleiben aber der Staat und mehr noch die Berufe weiter bestehen. Der Blob ist nicht als Einziger betroffen. Selbst Journalisten, die früher entgegengesetzten Ideologien anhängen, sind Teil der »Presse« geworden, mit ihrer eigenen Ethik und ihren Sorgen, und wohlgemerkt auch mit ihrer eigenen Vorliebe für den Krieg, weil dieser ein Spektakel darbietet. Dasselbe gilt für Polizei oder Armee.

In seiner Beschreibung des Blob zeigt Walt die Verwicklungen seiner Mitglieder, die sich dort oft am Rande der Parteien bewegen. Wie in jedem engen Milieu, in jedem Dorf, sieht man auch hier sich Paare bilden und Ehen schließen. Ein besonders wichtiges Beispiel: die Familie Kagan. Beginnen wir mit Robert Kagan, dem unruhigsten und gewalttätigsten aller neokonservativen Ideologen. Er ist einer

der Söhne des Militärgeschichtswissenschaftlers Donald Kagan und Bruder von Frederick Kagan, ebenfalls Militärgeschichtswissenschaftler. Beide waren in Yale. Robert also denkt sich Bücher aus, in denen er in den höchsten Tönen den Beitrag militärischer Mittel zur Vitalität des Planeten und der Demokratie lobt.⁶ Zu Beginn unterstützte er die republikanische Bush-Regierung (Befürworter des Irakkriegs), bevor er den imperialen Demokraten (im Ukrainekrieg) unter die Arme griff. Robert Kagan ist glücklich mit Victoria Nuland verheiratet, der erwähnten Unterstaatssekretärin, die sich Europa und der Ukraine widmet. Sie machte 2014 auf sich aufmerksam, als sie Europa am Telefon mit »*Fuck the EU!*« verschmähte. Und das ist nicht alles. Robert Kagans Schwägerin, Kimberley Kagan, die Frau von Frederick, hat das Institut for the Study of War (ISW) gegründet und leitet es. Derselbe *Think Tank* – direkter Ableger des Neokonservatismus – hat die Karten zum Ukrainekrieg erstellt, die in der Zeitung *Le Monde* und anderswo gedruckt werden, wo sie uns als sichere und unabhängige Quelle präsentiert werden.

Mir ist bewusst, dass der Begriff *Deep State*, dessen Anhänger in den Tiefen des Staatsapparates nach geheimen Führungsinstanzen suchen, extrem populär ist. Zu dieser Schule gehöre ich nicht. Ich schlage stattdessen vor, eine »Schule des flachen Staates« zu gründen (den *Shallow State*?). Staatsapparate existieren in den USA dort, wo Armee, Marine, Luftwaffe, CIA und NSA als gigantische, kalte Maschinen erscheinen. Doch bevölkert werden sie von Individuen, die sich im Wesentlichen an das hierarchische Prinzip halten. Diese Bürokratiemonster werden geritten von der kleinen Clique Halbintellektueller, die den Blob bewohnen, ein Binnendorf von Washington.

Rache für die Ukraine?

Um dieses Kapitel abzuschließen, möchte ich noch eine Frage erwähnen, einen Zweifel. Als ich die Lebensläufe der amerikanischen Kriegsbeteiligten rekonstruierte, war ich überrascht, wie häufig ich auf jüdische Vorfahren aus dem Zarenreich und seinen Randgebieten stieß.

Dass die beiden einflussreichsten Persönlichkeiten, die die Ukraine »steuern«, Außenminister Antony Blinken und Unterstaatssekretärin Victoria Nuland, jüdischer Abstammung sind, haben wir bereits festgestellt. Genauer gesagt ist Blinken mütterlicherseits von jüdischer Herkunft aus Hongkong, während sein Großvater väterlicherseits in Kiew geboren ist. Bei Victoria Nuland trifft man väterlicherseits auf eine Kombination aus moldawischen und ukrainischen Juden. Nehmen wir uns nun des ideologischen Hintergrunds an, Victorias Schwiegerfamilie, den Kagans. Donald, der Vater von Robert und Frederick, ist in Litauen geboren. Dass im höchsten geopolitischen *Establishment* so viele Personen familiäre Verbindungen zum westlichen Teil des ehemaligen Zarenreichs haben, lässt keinen Zweifel offen.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass ein ausländischer Familienhintergrund, wie weit entfernt er auch sein mag, eine mentale Verbindung zu dieser Weltregion auslösen kann. Oblatt Lajos, mein jüdischer Urgroßvater aus Budapest, taucht in meiner Familiengeschichte nur im abstrakten Zustand auf; für mich ist er nichts als ein Name. Und doch entstand mein erstes Buch, das den Untergang des Sowjetsystems ankündigte, im Anschluss an eine Reise nach Ungarn, wo mich diese dürftige Familienerinnerung hingezogen hatte.

Ich kann also durchaus verstehen, dass für Blinken und Nuland viel direktere, realere Verbindungen

in die Ukraine und nach Russland existieren.

Der parodistische Neonazismus des ukrainischen Nationalismus (von dem ich in Kapitel II gesprochen habe, und zwar zurückhaltend, wie mir scheint) bringt diese jedoch nicht so sehr in Verlegenheit wie die Israelis, die sich an die Ukraine seit den Pogromen 1881/82 als den offiziellen Geburtsort des »russischen« Antisemitismus erinnern. Eine Schwäche für Ungarn bei Juden mit ungarischen Wurzeln, ja, das kann ich mir vorstellen, zumal ich sie oft selbst erlebt habe. Eine Schwäche von Juden mit ukrainischen Wurzeln für die Ukraine nicht. Ich sehe zwei mögliche Interpretationen für die Geschichtsvergessenheit bei Blinken und Nuland.

Zunächst die wahrscheinlichste. Der Nullzustand der Religion ist ebenso ein Nullzustand der Erinnerung. Das vollständige Fehlen eines historischen Bewusstseins könnte erklären, warum die Vergangenheit der Ukraine weder Blinken noch Nuland schert. Beide politischen Verantwortlichen wären selbst nur noch Amerikaner ohne Erinnerung, absolut gleichgültig gegenüber der antisemitischen Vergangenheit der Ukraine und dem symbolischen Neonazismus des aktuellen ukrainischen Nationalismus.

Die andere Interpretation wäre furchteinflößender, vor allem für die Ukrainer. Dieser Krieg bietet in den Träumen der Neokonservativen zwar den Vorteil, dass er Russland demografisch zermürt, wird aber unabhängig von seinem Ausgang keineswegs zur Festigung der ukrainischen Nation beitragen, sondern sie zerstören. Ende September 2023 umzäunte die ukrainische Militärpolizei das Land mit Stacheldraht, um die wehrfähigen Männer, welche die von Washington geforderte, nutzlose und mörderische Gegenoffensive im Sommer abgestoßen hatte, daran zu hindern, nach Rumänien oder Polen zu fliehen, um der Einberufung zu entgehen. Welche Rolle das spielt? Warum empfanden die Amerikaner jüdisch-ukrainischer Abstammung, die dieses Gemetzel gemeinsam mit der Regierung in Kiew lenken, dies nicht als gerechte Strafe für ein Land, das ihren Vorfahren so viel Leid zugefügt hatte? Ihre Memoiren, sollten sie eines Tages erscheinen, werden wir jedenfalls mit Interesse lesen.

Mit diesem spekulativen Tauchgang erreicht unsere Untersuchung Amerikas ihr Ende. Der Moment ist gekommen, wieder mit der gesamten Realität der Welt in Kontakt zu treten, um zu verstehen, warum die Mehrheit der Menschen außerhalb des Westens sich einen russischen Sieg wünscht.

Kapitel XI

Warum der Rest-der-Welt sich für Russland entschieden hat

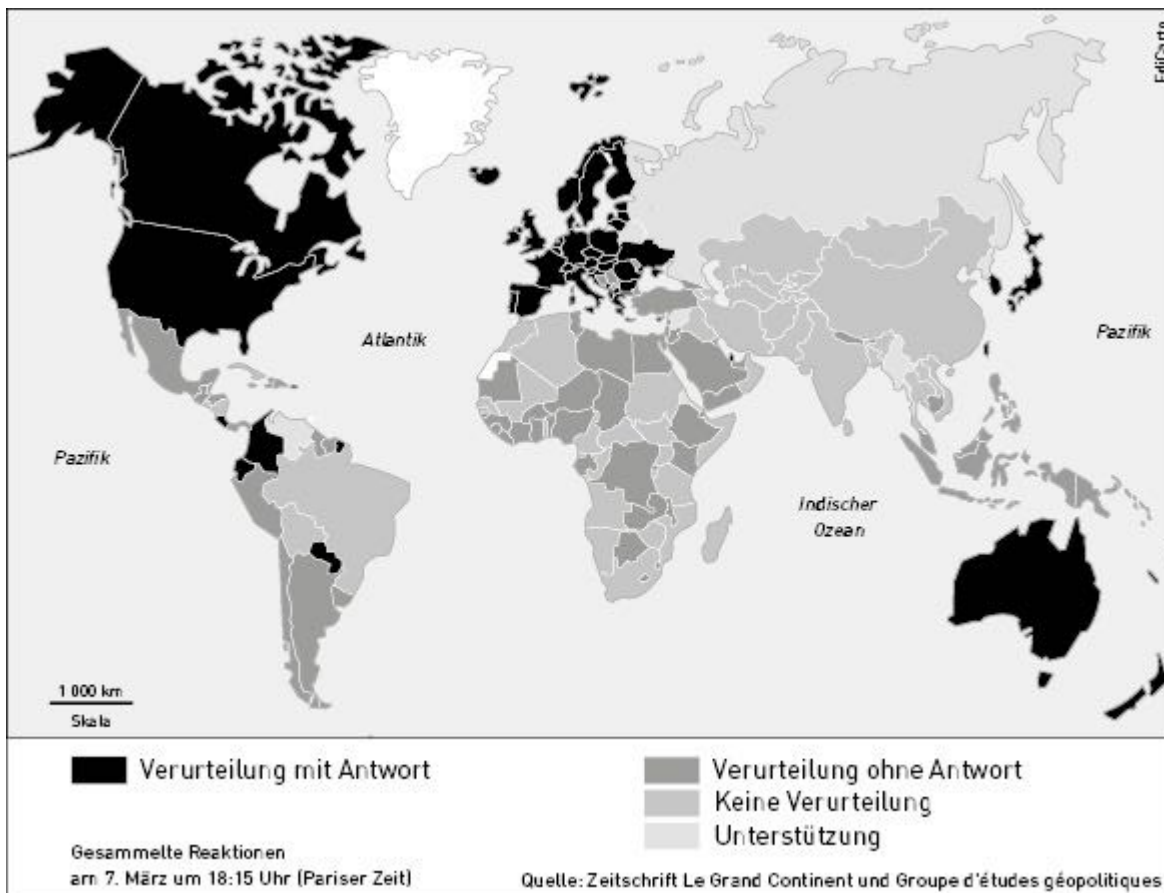
Bereits im Jahr 1979 hat Christopher Lasch den Narzissmus in den Mittelpunkt der amerikanischen Kultur gestellt (*The Culture of Narcissism*).¹ Alles, was ich in den vorangegangenen Kapiteln über die Fragmentierung der fortgeschrittenen Gesellschaften gesagt habe, über das zwergenhafte Individuum, das aus dem Zusammenbruch von Religion und Ideologie hervorgegangen ist, könnte als eine Fortsetzung von Laschs Arbeit gelesen werden, dessen Lektüre mich sehr beeindruckt hat. Doch das Konzept des Narzissmus ist viel weiter gefasst: Es trägt nicht nur Phänomenen innerhalb der westlichen Gesellschaften Rechnung, sondern erlaubt auch ein Verständnis ihrer Außenpolitik. Es ist tatsächlich erschütternd festzustellen, wie sehr der Westen seit Beginn dieser Krise – die amerikanische genau wie die europäische Seite – entgegen jeder objektiven Realität davon überzeugt ist, dass er immer noch das Zentrum der Welt ist, oder besser noch, dass er die ganze Welt darstellt. Abgesehen vom unheilswangeren Russland seien alle jüngeren Nationen ganz in Bewunderung seiner Werte gefangen.

Der Westen scheint irgendwo zwischen 1990 und 2000 eingefroren zu sein, zwischen dem Fall der Berliner Mauer und einem kurzen Moment der Allmacht. Mehr als dreißig Jahre sind seit dem Sturz des Kommunismus vergangen und es ist klar, dass der Westen für den Rest der Welt, gerade seit der Weltfinanzkrise von 2007/08, nicht mehr der bewundernswerte Sieger ist. Die Globalisierung, die er ausgelöst hat, erlahmt, und seine eigene Arroganz treibt ihn in die Verzweiflung. Der westliche Narzissmus und die daraus folgende Erblindung sind zu einem der wichtigsten strategischen Trümpfe Russlands geworden.

Wer will das große, böse Russland bestrafen?

Die von der Groupe d'études géopolitiques am 7. März 2022 erstellte Karte über die Reaktionen der Staaten auf die Invasion in die Ukraine liefert eine umfassende Darstellung des westlichen Narzissmus. Sie zeigt, welche Länder Russland tatsächlich aktiv verurteilt haben, indem sie das Sanktionsprinzip akzeptiert haben (»Verurteilung mit Antwort«). Man erkennt die Isolierung des Westens. »Mit Antwort« wurde Russland nur verurteilt von Nordamerika, Europa, Australien, Japan, Südkorea, Costa Rica, Kolumbien, Ecuador und Paraguay. Wenn wir die vier lateinamerikanischen Länder beiseitelassen, die außer dem anarchischen und dynamischen Kolumbien alle winzig sind, umfasst die westliche Sphäre nur die Verbündeten oder die Militärprotektorate der Vereinigten Staaten. Die Länder, die aktiv Russland unterstützt haben, bilden einen demokratisch gesehen eher unattraktiven Block: Venezuela, Eritrea, Burma, Syrien und Nordkorea. Doch daraus lassen sich keinerlei Schlussfolgerungen hinsichtlich der Werte ziehen. »Seine Feinde sucht man sich aus, seine Verbündeten nicht«, sagte Raymond Aron. Das Ideal der Souveränität, das Russland vertritt, rechtfertigt alle Bündnisse, bis hin zu den Flitterwochen mit Nordkorea, die kürzlich stattgefunden haben. Russland ist militärisch eingeschlossen. Obwohl es vielleicht schockieren mag, würde ich, um

die Haltung von Wladimir Putin gegenüber Kim Jong-un zu erfassen, diesem Hüter des Totalitarismus von nordkoreanischem Typ, gerne die Formulierung Churchills anbringen, mit der dieser seine Allianz mit Stalin rechtfertigte, einem anderen Metzger: »Wenn Hitler in die Hölle einfielen, würde ich dem Unterhaus zumindest eine günstige Empfehlung für den Teufel unterbreiten.«²



Karte 11.1: Zustimmung oder ablehnende Haltung der Staaten am 7. März 2022 in Bezug auf die Sanktionen gegen Russland

Diejenigen Länder, die Russland der Form halber »ohne Antwort« verurteilt haben, haben sich ihr Lager nicht wirklich ausgesucht. Am auffälligsten ist die Masse der Länder, die Russland einfach gar nicht verurteilt hat. Sie umfasst Brasilien, Indien, China, Südafrika, die vier Länder, die zusammen mit Russland die BRICS bilden. Diese Gruppe, die sich der wirtschaftlichen Dominanz Amerikas widersetzt, wurde 2009 in den Wirren der Weltwirtschaftskrise gegründet (Südafrika kam 2011 hinzu), als der Welt die ökonomische Verantwortungslosigkeit des Westens vor Augen geführt wurde. Die amerikanische *Subprime*-Krise war für diese zwar bedürftigen, aber wachsenden Länder eine verblüffende Angelegenheit: Warum sollten armen Menschen Immobilienkredite zu hohen Zinsen gewährt werden, wenn man weiß, dass sie diese nicht zurückzahlen können? Wohin die Nullmoral uns trägt ... Zur Verantwortungslosigkeit der USA gesellte sich bald auch die europäische hinzu, die immer etwas langsam reagiert. In Wahrheit war es China, das durch eine massive Politik der Konjunkturbelebung die Welt aus der Rezession gezogen hat. Das plötzliche Auftauchen der BRIC-Staaten war eine Antwort auf diese doppelte Verantwortungslosigkeit des Westens. Eine Konsequenz

des Krieges, der eigentlich Russland isolieren sollte, war die Erweiterung dieser Gruppe, nachdem Ägypten, Äthiopien, Iran, Argentinien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im August 2023 zum Gipfeltreffen in Johannesburg eingeladen wurden.

Der Westen der Sanktionen repräsentiert nur 12 Prozent der Weltbevölkerung. Zu den BRICS zählen Indien, inzwischen das bevölkerungsreichste Land, und China, das zweitbevölkerungsreichste Land, die beide auf dem bevölkerungsreichsten Kontinent liegen, nämlich Asien. Was Brasilien betrifft, ist es sowohl das bevölkerungsreichste als auch das mächtigste lateinamerikanische Land und war lange Zeit ein Verbündeter der USA, bevor es zu seinem wichtigsten Widersacher auf dem amerikanischen Kontinent wurde, während Mexiko den entgegengesetzten Weg einschlug, da es seit dem NAFTA-Abkommen von einem wichtigen Gegner zu einem industriellen Satellitenstaat wurde. Südafrika schließlich ist bei Weitem das mächtigste Land im Afrika südlich der Sahara.

Das westliche Lager fuhr trotzdem fort, zu denken und zu handeln, als sei es immer noch Herr der Welt, und seine Medien haben es sich in den Kopf gesetzt, aus ihm allein die »internationale Gemeinschaft« zu machen. Wir erleben in Europa und den Vereinigten Staaten einen großen Moment subjektiver moralischer Überlegenheit. Und doch ist eines der historiografischen Modethemen heute die Sklaverei, die von Europäern und Amerikanern schändlicherweise im großen Maßstab vom 18. bis ins 19. Jahrhundert betrieben wurde, eine Gräueltat, für die wir bezahlen müssen. Ja, es war eine Gräueltat und ja, wir müssen dafür bezahlen. Dennoch ist es fast surreal zu sehen, wie dieses Thema sich ausweitet und verbreitet, während man parallel dazu erlebt, wie das Gefühl wieder auflebt, dass der Westen eine moralische Überlegenheit besäße. Dieses Paradoxon lässt sich lösen: Unsere moralische Überlegenheit ist so groß, dass sie uns erlaubt, uns auch selbst zu kritisieren. Nur unsere Reue zählt. Was die übrige Menschheit betrifft, so hat sie in unseren Augen niemals wirklich existiert.

Das Erstaunlichste in den Monaten nach Kriegsbeginn war die Erwartungshaltung gegenüber China, die unsere Medien und Regierungen zum Ausdruck brachten. Dieses verblüffende und zentrale Moment habe ich bereits in der Einleitung erwähnt. Aus Gründen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe werde ich niemanden zitieren. Die Haltung des Westens war eine Kombination aus Blindheit und Dummheit. Die Kommentatoren aktueller Nachrichten hielten die absurde Vorstellung aufrecht, dass das russische Eindringen in die Ukraine China verärgern und dass dieses nun schwanken würde, ob es Russland unterstützen oder bestrafen solle. Diese Realitätsferne wäre den Anruf bei einem Psychiater wert, vielleicht bei einem Geopsychiater. Seit wenigstens einem Jahrzehnt behandeln die USA China wie ihren Hauptfeind, noch vor Russland. Die Führung der Kommunistischen Partei Chinas weiß, dass, sollte Russland fallen, sie als Nächstes an der Reihe wäre. Dass in einem solchen Kontext die kleine Welt der NATO einen Beitritt Chinas ins Auge fasste, ist ehrlich gesagt unverschämt. Ein solcher Wahn (denn dies ist der adäquate technische Ausdruck) setzt zwei Bedingungen voraus. Erstens das erschreckende Fehlen eines Mindestmaßes an geopolitischer Intelligenz bei unseren Politikern und Journalisten; zweitens eine so kolossale Überheblichkeit, dass man sie rassistischer Motive verdächtigt. Zu erwarten, dass China sich mit dem Westen gegen Russland aufstellen würde, setzt voraus, dass Xi Jinping und sein Gefolge Einfaltspinsel wären, und unterstellt erneut, dass der weiße Mensch ein offensichtlich überlegenes Wesen sein soll.

Nachdem die Blindheit der Menschen im Westen postuliert ist, werde ich in diesem Kapitel etwas vorstellen, das hoffentlich eine realistischere Repräsentation der Welt ist, indem ich zeige, warum der »Rest-der-Welt«, wie man in der Amerikanosphäre manchmal sagt, um auf den Nicht-Westen zu

verweisen (anhand eines Wortspiels: »*The West against the Rest*«), nicht mobil gemacht hat, um den Westen zu unterstützen. Besser noch, ich werde darlegen, warum dieser »Rest-der-Welt« begonnen hat, Russland einen Sieg zu gönnen und, nachdem dieses den ersten Schock gut verkraftet hatte, sich nach und nach auf seine Seite stellt. Die Realität der Welt, das ist der doppelte, nämlich wirtschaftliche und anthropologische Antagonismus zwischen dem »Rest« und dem Westen.

- Der wirtschaftliche Antagonismus rührt von der einfachen Tatsache, dass sich die Globalisierung als eine simple Rekolonisation der Welt durch den Westen entpuppt hat, diesmal eher unter amerikanischer als unter britischer Führung. Die Ausbeutung von weniger weit entwickelten Ländern (die Extraktion von Mehrwert, wie die Marxisten sagen würden) war zwar diskreter, aber sehr viel effizienter als in den Jahren 1880 bis 1914.
- Der anthropologische Antagonismus hingegen entsteht dadurch, dass im Großteil der Länder des »Rests« andere Familienstrukturen und Verwandtschaftssysteme existieren als im Westen.

Russland lebt von seinen natürlichen Ressourcen und von seiner Arbeit; in keiner Weise beabsichtigt es, der Welt seine Werte aufzuoktroyieren. Es hätte im Übrigen auch nicht die Mittel, den »Rest« wirtschaftlich auszubeuten oder die eigene Kultur zu exportieren. Angesichts eines Amerikas, das von der harten Arbeit des »Rests« lebt und ihm eine nihilistische Kultur anpreist, schien Russland für den »Rest« im Allgemeinen vorziehbarer. Die Sowjetunion hat einen starken Beitrag zur ersten Dekolonisation geleistet; eine Vielzahl von Ländern erwartet nun von Russland, dass es auch zur zweiten beiträgt.

Die wirtschaftliche Ausbeutung der Welt durch den Westen

Oft sagt man uns, dass die wirtschaftliche Globalisierung es ermöglicht hat, dass sich in den ehemaligen Ländern der Dritten Welt eine Industrie und eine Mittelschicht entwickelt, und damit potenziell auch die Demokratie. Dies ist nicht falsch, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Man wollte nicht sehen, dass diese Entwicklung von Natur aus genauso antagonistisch war wie im Europa des 19. Jahrhunderts die häufige Opposition von Bourgeoisie und Proletariat. Die Menschen im Westen erkannten nicht, dass sie ihre Industrie in andere Länder in der Hoffnung auslagerten, als eine Art globales Bürgertum zu leben, indem sie die unterbezahlte Arbeit der übrigen Welt ausbeuteten. Dieses Ausbeutungsverhältnis hat die Bevölkerung des »Rests« in ein generelles Proletariat verwandelt, während die Führungsschichten vor Ort gewissermaßen unbewusst genauso weiterbestanden.

Um eine Brücke zwischen dem alten Kolonialismus vor 1914 und der jüngsten Globalisierung zu schlagen, ist es das Einfachste, eine prophetische Passage aus dem Buch *Imperialism* von John Hobson aus dem Jahr 1902 zu zitieren, ein Klassiker der antiimperialistischen Literatur, der Lenin stark beeindruckte, obwohl sein Autor dem politischen Liberalismus verpflichtet war.

Wir haben die Möglichkeit eines noch größeren Bündnisses westlicher Staaten angedeutet, einer europäischen Föderation von Großmächten, die, weit davon entfernt, die Sache der Weltzivilisation voranzubringen, die gigantische Gefahr eines westlichen Parasitentums auslösen könnte, einer Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren Oberschichten riesige Tribute aus Asien und Afrika bezogen haben, mit denen sie große, zahme Massen von Gefolgsleuten unterstützten, die nun nicht mehr in der Basisindustrie der

*Landwirtschaft und Manufaktur tätig sind, sondern in der Ausführung persönlicher oder kleinerer industrieller Dienste unter der Kontrolle einer neuen finanziellen Aristokratie stehen. Diejenigen, die eine solche Theorie als uninteressant abtun wollen, mögen sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den südlichen Bezirken Englands ansehen, die heute bereits auf diesen Zustand reduziert sind, und sie mögen über die enorme Ausdehnung eines solchen Systems nachdenken, welche durch die Unterwerfung Chinas unter die wirtschaftliche Kontrolle ähnlicher Gruppen von Finanziers, Investoren und politischen wie geschäftlichen Beamten möglich werden könnte zur Ausschöpfung des größten potentiellen Profitreservoirs, das die Welt je gekannt hat, um es in Europa zu verbrauchen.*³

Hobson fährt fort, indem er das späte Römische Imperium beschreibt, das von der parasitären Führungsschicht in den Abgrund gestoßen worden war, die von allen Ufern des Mittelmeeres stammte und am Rhein Jagd auf Sklaven machte, das römische Volk in einen Plebs von Zuschauern verwandelte und sich auf dem Weg in seinen feudalen Zerfall befand.

Im Jahr 1895 veröffentlichte H. G. Wells *Die Zeitmaschine*, worin er beschreibt, wie Industriearbeiter in Morlocks mutieren, unterirdische und kannibalische Tiere, sowie in die Eloi, Bürger, die oberirdisch hergestellte Nahrung zu sich nehmen, um anschließend selbst gefressen zu werden (etwa im Jahr 802 701). Die Fähigkeit der Intellektuellen auf dem Höhepunkt des Britischen Weltreichs, die Zukunft zu begreifen, kann man wirklich nur bewundern. In der Nachwelt lebte Wells als Science-Fiction-Autor fort. Hobson erscheint heute als genialer Futurologe, mit dem Vorbehalt allerdings, dass seine Vorhersage erst nach der Erschöpfung der europäischen Nationen in zwei Weltkriegen Wirklichkeit werden konnte, nach der Verschiebung des Gravitationszentrums vom Westen in die USA und vor allem nach dem endogenen Zerfall Amerikas und Europas durch die höhere Bildung, die Auflösung kollektiven Glaubens und die mentale Aufsplitterung ihrer Völker und Eliten.

Wir sehen jedoch, dass mit dem Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation im Jahr 2001 der Westen endgültig unter das Paradigma von Hobson gefallen ist.

Sowohl Engels in seinem Vorwort der 1892 erschienenen englischen Neuauflage von *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* als auch Lenin im achten Kapitel seines 1917 veröffentlichten *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* stellten eine Verbindung zwischen dem sozialdemokratischen Reformismus her, den sie selbst beobachteten, und der indirekten Teilhabe der Arbeiterklassen des Westens an den Profitüberschüssen, die der Imperialismus erwirtschaftete. Die europäischen Proletarier verdankten ihrer Meinung nach bereits einen Teil ihres (steigenden) Lebensstandards der Arbeit der Kolonien – allen voran die britische Arbeiterklasse; sie seien also in die Lage versetzt, innerhalb eines sozialen Systems, das ihnen freundlich gesinnt war, zu verhandeln. Was weder Engels noch Lenin sich vorstellen konnten (Hobson jedoch erahnte), ist, dass das westliche Proletariat vollständig in einen Plebs verwandelt werden konnte, der größtenteils von der Arbeit der Chinesen und anderer Völker dieser Welt lebt.

Gerade erst verstehe ich, zugegebenermaßen etwas spät, dass diese Welt geworden ist, was sie ist, dank der Globalisierung, die die Konsumgesellschaft in ihr Endstadium geführt hat. Bis etwa 1980 konsumierten die Arbeiter in Amerika, Frankreich und anderswo im Prinzip das, was sie produzierten: Dies war die erste Konsumgesellschaft, die aus den »*Trente Glorieuses*«⁴ hervorgegangen war. Doch

die Verlagerung westlicher Fabriken in andere Länder hat die Menschen verändert. Die Objekte ihres Konsums wurden nun anderswo hergestellt. Das arbeitende Proletariat der Fünfzigerjahre hat sich bis in die 2000er-Jahre in einen Plebs verwandelt, und zwar auf Betreiben der Theoretiker und Praktiker der globalisierten Wirtschaft. Um es noch einmal zu präzisieren: Was ich hier schreibe, entspricht genau der Theorie, die in den orthodoxesten Lehrbüchern über internationale Wirtschaft vorgestellt wird. Die Theorie des Freihandels ist einzig und allein auf den Verbraucher ausgerichtet, der die benötigten Waren zum niedrigsten Preis kaufen können soll, während die Verfechter dieser Theorie den westlichen Völkern ohne Unterlass drohen, dass sie mehr für ihre Lebensmittel, ihre Kleidung, Handys, Automobile, Medikamente, Kinderspielzeuge und Gartenzwerge ausgeben müssen, wenn sie schon darauf bestehen, diese Dinge selbst herstellen zu wollen. Die Verfechter haben gewonnen, aber ihr Sieg hatte soziopolitische Folgen, die sich nicht vorhergesehen hatten.

Ich habe bereits über die moralische Verwirrung der amerikanischen Arbeiter berichtet, die dadurch, dass ihr Wert als Produzenten abgeschafft wurde, ohne sozialen Nutzen sind und in den Alkoholismus, zur Einnahme von Opioiden und in den Selbstmord getrieben werden. Nun muss noch erklärt werden, warum die Mehrheit von ihnen sich entschieden hat, eher für Trump zu stimmen, anstatt ihrem Leben ein Ende zu setzen; warum auch das Volksmilieu des westlichen Europas abgeleitet und »populistisch, fremdenfeindlich und rechtsextrem« wählt, selbst dort, wo es nicht durch massive oder unkontrollierte Einwanderung bedroht ist. Warum wählt eine Bevölkerung, die den Abbau ihrer Industrie überlebt hat, jetzt rechts? Es ist ganz einfach. Die linken, sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien wendeten sich an ausgebeutete Arbeiterklassen. Die populistischen Parteien hingegen wenden sich an einen Plebs, dessen Lebensstandard sich weitgehend aus der unterbezahlten Arbeit der Proletarier aus China, Bangladesch, dem Maghreb und anderen Gebieten speist. Mein folgender Gedanke erstaunt mich selbst: Die populistischen Wähler des Rassemblement National sind nach der elementarsten marxistischen Theorie Ausbeuter von Mehrwert auf globaler Ebene. Also sind sie ganz selbstverständlich rechts. Wie Engels und Lenin es geahnt haben, korrumpiert der Freihandel, aber wir können nun hinzufügen: Absoluter Freihandel korrumpiert auch absolut.

Diese grausame Analyse hilft uns auch zu verstehen, warum die Reindustrialisierung so schwierig ist. Während die Auslagerung zahlreicher produzierender Tätigkeiten dazu beigetragen hat, unsere ländlichen Gegenden und Vororte zu schwächen, hat der Freihandel sein Versprechen gehalten: den Konsumenten auf Kosten des Produzenten zu begünstigen, den Produzenten in einen Konsumenten umzuwandeln und den produktiven Bürger in einen parasitären Plebejer, der kaum gewillt ist, den disziplinierten Weg in die Fabrik zurückzufinden.

Aber halten wir uns nicht weiter bei der Situation sogenannter »Volksmilieus« auf. Die Gesamtheit der Gesellschaft in der fortgeschrittenen westlichen Welt ist es (osteuropäische Arbeiternationen schließe ich hiervon aus), die von der Leistung chinesischer Arbeiter und von Kindern aus Bangladesch lebt. Von jungen Hochschulabsolventen, die so schlecht bezahlt werden wie »Proleten«. Es sind die Wähler von La France Insoumise (LFI) und des Rassemblement National (RN). In den Vereinigten Staaten, einem Land, das dank des Dollars Hauptnutznieser ist, leben gleichermaßen die Wähler von Trump wie die von Biden von den Überschüssen der Globalisierung, und das, obwohl das wachsende Gefühl sozialer Nutzlosigkeit des amerikanischen Arbeitermilieus immer wieder zu unvorsichtigem Verhalten und einer anormal hohen Sterblichkeitsrate führt.

Diese Vorstellung wird, so denke ich, den westlichen Leser überraschen, der doch so glücklich ist, durch seine Käufe zum Aufstieg der chinesischen, indischen oder thailändischen Mittelklasse beizutragen, und dadurch zum unerschütterlichen Unterstützer der liberalen Demokratie geworden war. Diese befriedigende Vorstellung erweist sich nun im Übrigen als idiotisch, in einer Zeit, in der die liberale Demokratie selbst im Westen schwindet. Aber wenn die Vision von Hobson nicht mit der Wahrnehmung übereinstimmt, die der Westen von der Welt hat, passt sie dann nicht umgekehrt für diesen Rest-der-Welt, wo Männer, Frauen und Kinder für lächerliche Gehälter schufteten? Und sollten wir darin nicht eine der Ursachen für die Gleichgültigkeit unseres geliebten Westens gegenüber dem Leiden in der Ukraine sehen? Oder, schlimmer noch, eine Neigung zu diesem Russland, das – obschon so europäisch und weiß wie eben oftmals blond – das Spiel der weltweiten Ausbeutung nicht mitspielt, sondern im Gegenteil darauf beharrt, eine souveräne Nation zu bleiben, die außerhalb des Systems steht?

Die wirtschaftliche Opposition zwischen dem ausbeuterischen Westen und dem Rest der ausgebeuteten Welt ist eine Realität. Verdoppelt sie sich zu einer Opposition zwischen Demokratien und Diktaturen? Diese Frage haben wir eigentlich schon beantwortet. Drei der ursprünglichen BRIC-Nationen sind unbestreitbar Demokratien: Brasilien, Südafrika und Indien; sie haben ihre Fehler, aber wenn man an die aktuelle Kriminalität westlicher Demokratien denkt, die zu liberalen Oligarchien geworden sind, dann sind diese Fehler nur lässliche Sünden. Im ersten Kapitel habe ich Russland als eine autoritäre Demokratie definiert, weil zwar gewählt wird, aber mehrere seiner Minderheiten zum Schweigen gebracht werden (allerdings nicht seine ethnischen Minderheiten). Einzig China ist in keiner Weise demokratisch.

So sah die Lage kurz vor Kriegsbeginn aus. Seitdem hat die westliche Sanktionsstrategie den latenten Antagonismus zwischen dem Westen und dem »Rest« auf zwei Arten radikalisiert: indem der »Rest« aufgefordert wurde, sich für den Westen und gegen Russland zu entscheiden, und indem in der Oberschicht des »Rests« eine nie dagewesene Angst vor den Vereinigten Staaten entsteht.

Vom Wirtschaftskrieg zum Weltkrieg

Der Ukrainekrieg ist ein echter Krieg und das ukrainische Volk erlebt ein Martyrium. Dennoch geschieht die Hauptkonfrontation nicht zwischen Russland und der Ukraine, sondern zwischen Russland und den USA mit ihren Alliierten (oder Vasallen). Diese Konfrontation ist in erster Linie eine ökonomische. Warum geht sie über diesen Stand nicht hinaus? Und ist dieser Stand wirklich, wie man manchmal glaubt, weniger stark, weniger intensiv als die militärische Stufe, auf der sich bewaffnete Menschen bekämpfen?

Russlands nukleare Überlegenheit und seine neue Strategie haben aus der Ukraine den Schauplatz konventioneller, lokal sehr begrenzter Operationen gemacht. Die Russen verfügen über Hyperschallraketen, die Amerikaner nicht. Seine militärische Doktrin erlaubt Moskau nun, taktische Nuklearschläge einzusetzen, wenn der russische Staat bedroht ist, wie wir gesehen haben. Die Einmischung der NATO in einen konventionellen Krieg würde eine zu gefährliche Situation schaffen.

Ich neige jedoch zu der Annahme, dass die Russen – die, vergessen wir das nicht, den Zeitpunkt der Eröffnung dieser Feindseligkeiten und die Rahmenbedingungen dafür selbst gewählt haben – den Westen zufriedengestellt haben, indem sie ihm einen echten, konventionellen Krieg versagten. Dass

militärisches Material, nicht aber Menschen in die Ukraine geschickt werden, entspricht genau der Logik der Globalisierung. Zuerst haben wir die Arbeiter von Niedriglohnländern das herstellen lassen, was wir brauchten; und jetzt lassen wir den Krieg, den wir brauchen, von einem Niedrigkostenland führen. Der menschliche Körper ist in der Ukraine nicht viel wert, das haben wir im Zusammenhang mit der Leihmutterschaft bemerkt. Es ist bezeichnend, dass das *Wall Street Journal*, das sich normalerweise für Wirtschaft interessiert, als Erstes auf die Zahl der Amputierten in der Ukraine aufmerksam machte – zwischen 20 000 und 50 000 –, die während der selbstmörderischen Gegenoffensive im Sommer 2023 reihenweise produziert wurden.⁵ Die entstandenen Schäden scheinen die Prothesenindustrie in Deutschland wiederbelebt zu haben.

Der Westen hat sich zwar bereitwillig darauf eingelassen, einen, was ihn selbst betrifft, rein wirtschaftlichen Krieg zu führen, und versucht, Russland durch Sanktionen zu schlagen, doch er hat den Mechanismus dahinter nicht richtig durchdacht. Politiker und Medien haben uns gesagt – und es sicherlich auch geglaubt –, dass der Wirtschaftskrieg weniger gewaltsam wäre als ein eigentlicher Krieg. Er ist es schon dann nicht, wenn er die Bevölkerung hungern lässt. Im Fall des Ukrainekrieges haben die Sanktionen in erster Linie das Feld der Operationen auf den ganzen Planeten ausgeweitet und dem Krieg augenblicklich eine weltweite Dimension gegeben sowie den Anstrich eines Kampfes auf Leben und Tod zwischen den USA und Russland.

Wie es der Zufall wollte, erschien Anfang 2022 das Buch *The Economic Weapon*, »die wirtschaftliche Waffe« (das ich bereits genannt habe) von Nicholas Mulder, einem jungen niederländischen Akademiker, der in den Vereinigten Staaten an der Universität Cornell lehrt.⁶ Er erklärt darin, wie es dazu kam, dass Sanktionen zum bevorzugten Instrument westlicher Politiker wurden, und warum ihre Auswirkungen ganz und gar nicht moderat sind. Wirtschaftssanktionen als Kriegersatz werden mit der Gründung des Völkerbunds (VB) im Jahr 1920 in Verbindung gebracht: Inspiriert wurde diese Maßnahme von der Blockade der Alliierten gegenüber den Mittelmächten, als der Konflikt gerade beendet war. Sie beruhte auf der Überzeugung, dass diese Blockade, der Hunderte zum Opfer fielen, gestorben an Hunger oder Krankheiten, eine entscheidende Rolle für den Sieg der Alliierten über Deutschland und Österreich-Ungarn gespielt hatte.

Um zu funktionieren, muss eine Wirtschaftssanktion die Neutralität der nicht Krieg führenden Nationen aufheben und ihre Teilnahme erwirken. Ein konventioneller Krieg spielt sich zwischen zwei Akteuren ab, vor einer Außenwelt als riesigem Publikum. Man denke an den Krieg von 1870 zwischen Frankreich und Preußen oder an den zwischen Russland und Japan von 1904/05. Solch mörderische Matches sind in einem Sanktionssystem nicht mehr möglich. Damit dieses Wirkung zeigt, muss auch der Rest der Welt es anwenden, gemäß der Aufforderung (so es denn eine gab) derjenigen Macht, die sich so entschieden hat. Ist das Land, an das sich die Aufforderung richtet, ein Alliiertes, gibt es natürlich keine Probleme. Ist es neutral, wird es unter Druck gesetzt. Wenn bereits vor dem Krieg ein latenter Antagonismus besteht, wird dieser augenblicklich oder allmählich aufgedeckt und aktiviert. Ebendas geschieht zwischen den USA und dem Rest-der-Welt seit 2022.

Niemals hätte sich Russland so gut gegen die Sanktionen behaupten können, wenn nicht der Rest-der-Welt, der von den USA und ihrem Lager zu einer Entscheidung aufgefordert worden war, darin übereingekommen wäre, Russland zu helfen. Der Westen hat entdeckt, dass man ihn nicht mag. Eine

schreckliche narzisstische Kränkung. Ein Leitartikel der *Monde* vom 6. August 2023 mit dem Titel »L#efficacité des sanctions mise en question« (»Die Wirksamkeit der Sanktionen wird in Frage gestellt«) macht das spürbar:

Die »Schattenflotte«, die heimlich russisches Öl transportiert, [...] macht zwischen 10 und 20 Prozent der gesamten weltweiten Transportkapazität aus. Sie ermöglicht es also, die Sanktionen zu umgehen, auch mittels der vom Westen besonders umworbenen Schlüsselländer, allen voran Indien.

Die Sicherheit dieser Regelung ist sogar in beide Richtungen gefährdet, da es Russland immer noch gelingt, elektronische Bauteile anderweitig zu beschaffen, die im Falle einer durch einen hochintensiven Krieg besonders beanspruchten Rüstungsindustrie unerlässlich sind. Die Sanktionen stoßen hier an politische Grenzen: Eine Eindämmung würde bedeuten, dass man gegenüber Drittstaaten wie Kasachstan einen härteren Ton anschlägt, während der Westen hofft, diese aus dem russischen Orbit zu lösen.

Der Westen gebietet der Welt, sich gegen Russland zu wenden und sich an einem System von Embargos, Blockaden und Personenbeschränkungen zu beteiligen, indem spezifische Verfahren gegen führende Politiker und Oligarchen eingeleitet wurden. Das Mindeste, was man dazu sagen kann, ist, dass die meisten Länder der Welt diese Zwangsmaßnahmen nicht umgesetzt haben. Da man sich aber für die eine oder andere Seite entscheiden musste, kann man sagen, dass *der Rest-der-Welt Russland in seinen Bemühungen, die NATO zu brechen, unterstützt hat*, indem er russisches Öl und Gas kaufte und ihm Material und Ersatzteile zur Verfügung stellten, die es brauchte, um den Krieg fortzusetzen und als Zivilgesellschaft ohne zu viel Mühe weiter zu funktionieren.

Der Westen hätte die Wirksamkeit von Sanktionen hinterfragen müssen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden sowohl Venezuela als auch der Irak mit Blockaden belegt. Diejenige gegen den Irak zwischen den Kriegen von 1990 und 2003 forderte etwa 300 000 Tote⁷, die gegen Venezuela zerstörte einen Großteil der Gesellschaft. Aber keines der beiden Regime ist gefallen. In beiden Fällen, so wird man einwenden, handelte es sich um Länder, in denen Öl produziert wird, also profitierten sie von einer natürlichen Himmelsgabe. Dasselbe könnte man über Russland sagen, das nicht nur über Öl, sondern auch über Gas verfügt – mit dem zusätzlichen Vorteil, dass es durch seine 17 Millionen km² überall Nachbarn hat, deren Haltung von offener Freundschaft bis zu stillschweigendem Wohlwollen reicht. Unter ihnen China, die größte Industriemacht der Welt, dann Indien, aber inzwischen auch der Iran und in gewissem Maß die Türkei sowie die arabischen Länder. Russland einer operativen Blockade zu unterwerfen, war im Grunde von Anfang an ein hirnrissiges Projekt, das nur dem NATO#schen Narzissmus entspringen konnte. Hier sollte man nicht zu sehr an den Optimismus von Bruno Le Maire denken, sondern an die geistige und zahlenmäßige Beschränktheit der kleinen Clique aus Washington, dem operativen Anführer des westlichen Lagers.

Weiter oben habe ich den durch wirtschaftliche Ausbeutung verursachten Antagonismus beschrieben, der die Realität der Beziehung zwischen dem Westen und dem Rest-der-Welt darstellt, wobei ich leider unsere Volksgruppen weder davon ausnehmen noch sie freisprechen kann. Im Sinne einer ausgewogenen Darstellung sollten wir auch die Dualität zwischen Volk und herrschender Klasse in den Ländern des Rests-der-Welt betrachten. Es sind die Arbeiter der untersten sozialen Schichten, die schufteten, um dem Westen seinen Komfort zu sichern. Aber die vielfache Entscheidung im Rest-der-Welt, Russland zu helfen, hat kein ausgebeuteter Arbeiter gefällt, sondern die Herrschergruppen

in Indien, der Türkei, Saudi-Arabien, Südafrika, Brasilien, Argentinien und vielen anderen. Man hätte vielleicht erwarten können, dass sie sich mit dem Westen solidarisierten, wo sie ihre Dollars recyceln und sich sogar vorstellen könnten, dazuzugehören. Die großen Hotels, die Steueroasen, die amerikanischen oder englischen Privatschulen, wo Plutokraten aller Länder ihre Kinder hinschicken, all das hätte für die Superreichen des Planeten einen gemeinsamen Raum abstecken können; und Oliver Bulloughs *Moneyland* hätte zum zentralen Nervensystem eines authentisch post-nationalen Universums werden können ... Aber so kam es nicht. Die illegale Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte im Ausland löste im Rest-der-Welt eine Welle des Entsetzens in der Oberschicht aus. Die Vereinigten Staaten (und ihre Vasallen) machten Jagd auf das Geld und die Yachten der russischen Oligarchen und bedrohten so de facto die Güter aller Oligarchen der Welt, die der großen wie der kleineren Länder. Dem amerikanischen Raubstaat zu entkommen, wurde überall zur Besessenheit, und sich vom Reich des Dollars zu lösen, erscheint auf einmal für alle ein vernünftiges Ziel, auch wenn sie dabei vorsichtig und schrittweise vorgehen müssen. Trotz allem ist die unbeabsichtigte demokratische Wirkung der Sanktionen letztendlich zu begrüßen, die in der Praxis die Privilegierten des Rests-der-Welt ihren eigenen Völkern wieder nähergebracht haben.

Die Angst vor dem amerikanischen Finanzministerium ist jedenfalls nicht das einzige Motiv, das Saudi-Arabien dahin gebracht hat, sich mit Russland zu verbünden, um den Ölpreis aufrechtzuerhalten, oder das die Türken veranlasst hat, in ein freundschaftliches Wettbewerbsverhältnis zu Russland zu treten, das die Iraner dazu bringt, sich Russland noch weiter anzunähern und das die Inder davon überzeugt, in einer De-facto-Allianz mit der russischen Führung zu verharren. Wie es die Menschen im Westen ahnten, zählten dabei auch politische und moralische Werte, jedoch unglücklicherweise in einem Sinn, den sie absolut nicht vorhergesehen hatten. Westliche Werte werden immer unbeliebter. Eine anthropologische Analyse wird uns in diesem Punkt weiterhelfen.

Blindheit gegenüber der anthropologischen Diversität der Welt

Im ersten Kapitel haben wir gesehen, dass das Gewinnerland Amerika von 1945 ein Bewusstsein über die Diversität der Welt besaß; es brachte eine dynamische und tolerante Kulturanthropologie hervor. Diese Akzeptanz der Diversität ist verschwunden. Wir haben beschrieben, auf welche Art eine einheitliche Konzeption der Völker seit den Sechzigerjahren begann, die Diversität zu ersetzen, die der Fall des Sowjetsystems sozusagen sublimierte. Durch ihre schiere Existenz bezeugte die UdSSR die Diversität der Welt.

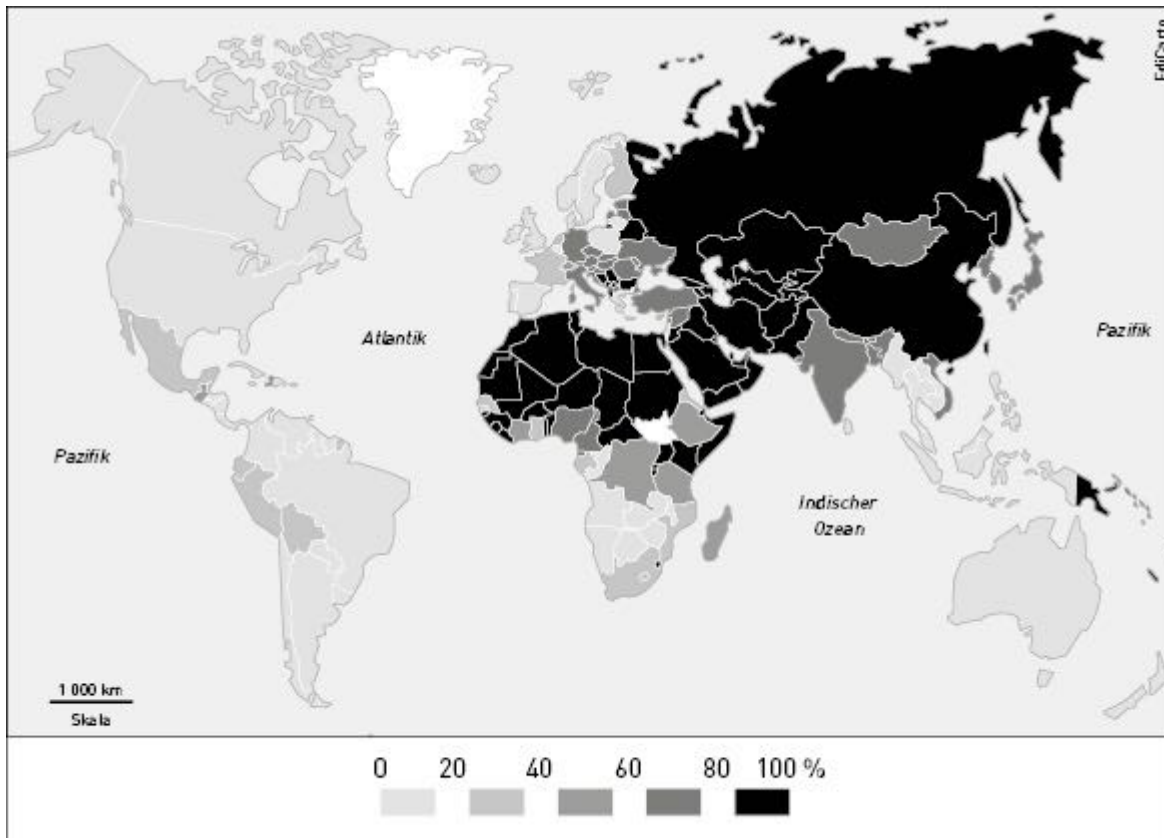
Das »Ende der Geschichte«⁸ hat diesen Prozess laut Francis Fukuyama abgeschlossen und rechtfertigt von vornherein den Interventionismus: Wenn die Welt homogen und uniform dazu bestimmt ist, sich zu demokratisieren, warum sollte man dann der sich vollziehenden Geschichte nicht einen kleinen Anstoß geben? Einen kleinen militärischen Anstoß. Genauso gab man sich der Hoffnung hin, dass China – wo es doch produziert, um zu handeln, dabei reicher wird und eine prosperierende Mittelschicht hervorbringt – schließlich auch eine liberale Demokratie wird. Diese »McDonalds«-Version von Hegel ignorierte einen fundamentalen Aspekt: Die liberalen politischen Systeme Englands, der Vereinigten Staaten und Frankreichs sind nicht zufällig entstanden, sondern aus einem kernfamiliären und individualistischen Hintergrund heraus. Die Strukturen der chinesischen

Bauernfamilie zeichnen sich hingegen durch ihren Autoritarismus und ihren Egalitarismus aus, genau wie die Russlands.

Da ja Geopolitik zum Schematisieren verleitet, werde ich mich auf die einfachste anthropologische Gegenüberstellung beschränken und eine binäre Klassifizierung der Länder vornehmen, indem ich zwei Verwandtschaftssysteme mitsamt den Familienstrukturen, die ihnen entsprechen, vergleiche und alle Länder der Welt auf eine Achse der Patrilinearität bzw. Bilateralität anordne.

In einem bilateralen Verwandtschaftssystem haben die Vorfahren und entfernten Verwandten des Vaters einerseits und die der Mutter andererseits das gleiche Gewicht bei der Bestimmung des sozialen Status des Kindes; die um das Paar konzentrierte Familie ist eine Kernfamilie. Dies ist, ich wiederhole es noch einmal, das anthropologische System, das in der Phase der Alphabetisierung zur liberalen Demokratie geführt hat, weil bereits durch die Familie in der Bevölkerung ein liberales Temperament vorhanden war. In der jüngsten Phase, als sich die Hochschulbildung entwickelte, bewirkte dieses System die Entstehung eines radikalen Feminismus. Die letzten Phasen dieser Kulturrevolution waren die Emanzipation der Homosexualität, die Entwicklung einer nennenswerten weiblichen Bisexualität und schließlich die Transgender-Ideologie, wie ich in meinem Buch *Où en sont-elles? Une esquisse de l'histoire des femmes* («Wo sind die Frauen? Eine Skizze der weiblichen Geschichte») gezeigt habe.⁹ Die enge westliche Welt (USA, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Skandinavien) ist zwar aus diesem bilateralen anthropologischen System hervorgegangen, ist sich dessen aber nicht bewusst. Sie hält sich für universell, was sie paradoxerweise nicht davon abhält, sich außerdem für überlegen zu halten. *Beati pauperes spiritu* ...

Der Rest-der-Welt ist zum größten Teil anders, nämlich patrilinear. Seine Verwandtschaftssysteme funktionieren nach einer entgegengesetzten Norm. Der grundsätzliche Sozialstatus des Kindes wird nur durch die Verwandtschaft des Vaters definiert. Das patrilineare System wird oft von einem kommunitären Familiensystem begleitet, das wenig oder gar nicht individualistisch ist. Wie die Karte 11.2 zeigt, bilden die patrilinearen anthropologischen Systeme auf der Weltkarte eine enorme Masse, die sich von Westafrika über die arabisch-persische Welt bis nach Nordchina erstreckt und auch ganz Russland einschließt. Die westliche Welt mit der bilateralen, liberalen, peripheren Kernfamilie erscheint recht klein. Die Karte verwendet Raten von Patrilinearität, da die innere Diversität der Staaten und die unterschiedliche Intensität des patrilinearen Prinzips in jedem Volk berücksichtigt werden müssen. Ich habe sie erstellt, indem ich die Daten von Paola Giuliano und Nathan Nunn mit meinem eigenen Wissen der Verwandtschaftssysteme der Welt aus einem halben Jahrhundert Familienforschung kombiniert habe.¹⁰



Karte 11.2: Die Rate der Patrilinearität in der Welt

Jetzt findet man überall Kernhaushalte, in den Gebäuden Moskaus, in den chinesischen Megastädten, in Kairo oder Teheran; aber alle alten, patrilinearen, kommunitären Werte, die dem Einfluss des radikalen Feminismus widerstanden, sind deswegen nicht verschwunden.

Die anthropologischen Aufstellungen überschneiden sich nicht mit allen wirtschaftlichen, die wir in den vorigen Abschnitten untersucht haben. So fällt etwa Südamerika hier auf die westliche, bilaterale Seite der Kernfamilie. Der latente Antagonismus zwischen Brasilien und den Vereinigten Staaten kann in keiner Weise anhand anthropologischer Begriffe interpretiert werden. Die Feindseligkeit Brasiliens ist wirtschaftlicher und politischer Natur. Umgekehrt wird aber die seltsame Nachsicht Russlands gegenüber Ländern wie dem Iran, Saudi-Arabien oder der Türkei nachvollziehbar. Und man ist weniger überrascht, wenn die Bevölkerung von Mali, Burkina Faso oder Niger russische Flaggen schwenken. Dasselbe patrilineare und antiindividualistische Empfinden nähert diese vordergründig so verschiedenen Länder einander an.

Ganz wie die bilateralen Kulturen entwickeln sich auch die patrilinearen weiter, und es wäre ein schwerer Fehler zu glauben, dass die Emanzipation der Frauen spurlos an ihnen vorüberginge. Aber sie nimmt dort nicht die extreme Form an, wie sie für die westliche Welt typisch ist. Ich bin nicht blind für die fortgesetzte Unterdrückung der Frauen im Iran. Doch in der Islamischen Republik studieren Frauen mittlerweile häufiger als Männer und haben im Durchschnitt weniger als zwei Kinder.

Die Patrilinearität hat natürlich verschiedene Grade. Die russische kommunitäre Familie zum

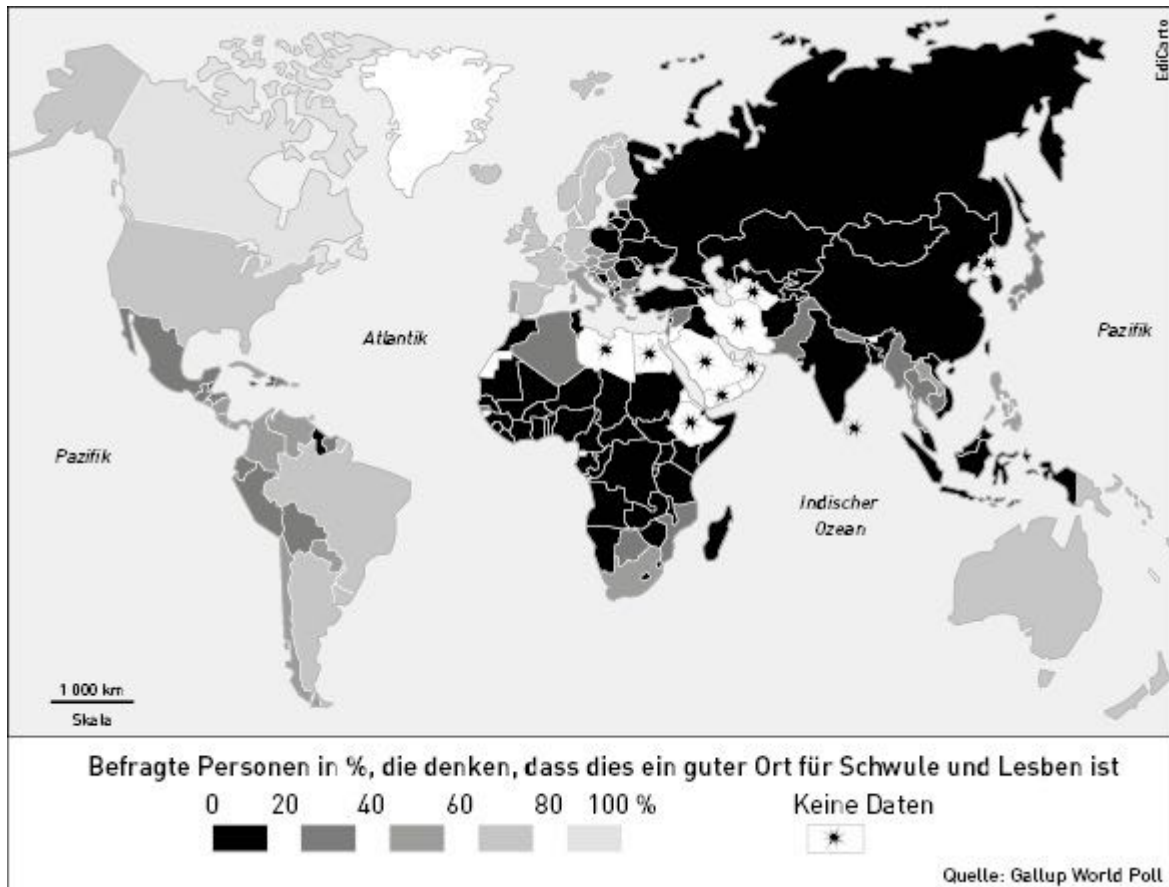
Beispiel ist jüngerem Datums und hat sich einen im Vergleich zu China recht hohen Status der Frauen beibehalten. Die Karte verortet Indien in einer Übergangssituation: Die nordindische Patrilinearität ist zweifelsfrei noch stärker ausgeprägt als die in China, aber Südindien mit seinem so besonderen Familiensystem gewährt Frauen eine bessere Stellung.

Deutschland und Japan würde ich als halbpatriilinear klassifizieren. Die feministische Ideologie ist dort weniger ausgeprägt als im engstirnigen Westen.

Ein gleichermaßen exotisches wie technologisches Beispiel wird vielleicht dem Leser helfen, einzugestehen, dass nicht alle Modernität westlich ist. Nehmen wir den Staat Karnataka in Indien. Seine Geburtenrate lag um 2020 bei 1,7 Kindern pro Frau, gleichauf mit der von Frankreich. Seine Hauptstadt, Bangalore, ist eines der Zentren der weltweiten IT-Revolution. Dieser Staat gehört zu Südindien, das in den Bereichen Bildung und Wirtschaft fortgeschrittener ist als Nordindien. Der Status der Frauen ist höher, obwohl die Verwandtschaft durch das Prinzip der Patrilinearität bestimmt wird. Das Ehesystem in Karnataka gestattet einen Einblick in die absolute Koexistenz von wirtschaftlicher Moderne und kultureller Verschiedenheit. Südindien praktiziert die Kreuzcousinenheirat, also die Ehe zwischen den Kindern eines Bruders und denen einer Schwester (die Heirat zwischen den Kindern zweier Brüder oder zweier Schwestern hingegen ist verboten). Im Jahr 2019 lag die Heiratsrate zwischen Cousin und Cousine ersten Grades in Karnataka bei 23,5 Prozent. Zählt man die Heirat zwischen entfernter verwandten Cousins und Cousinen sowie die manchmal erlaubte Ehe zwischen Onkel und Nichte hinzu, dann stellt man fest, dass zwischen 1992/93 und 2015/16 die Gesamtzahl der Heiraten zwischen Blutsverwandten von 29,9 Prozent aller Ehen auf 27,5 Prozent¹¹ gesunken ist und dass die Rate in den Jahren 2019/20 immer noch bei 27,2 Prozent¹² lag. Die familiäre Endogamie ist trotz eines anfänglichen Rückgangs stabil im IT-Land in dieser Region Südindiens, die den amerikanischen Big Tech einen guten Teil ihrer Ingenieure zur Verfügung stellt. Ja, Anthropologie kann nützlich sein, um die Diversität der heutigen Welt zu verstehen. Im Kontext des Ukrainekrieges hilft sie, die neue russische *Soft Power* zu begreifen.

Russlands neue Soft Power

Ein Blick in die Karte der Homophobie (11.3) zeigt, wie sehr diese der Karte der Patrilinearität ähnelt (11.2).



Karte 11.3: Homophobie in der Welt

Sittenfragen sind in den internationalen Beziehungen auf seltsame Weise wichtig geworden. Staaten im Westen verurteilen jedes Land, das der LGBTQ-Ideologie feindlich gegenübersteht, als rückständig. In der Überzeugung, eine universelle Modernität zu verkörpern, haben sie nicht verstanden, dass sie dabei waren, sich gegenüber der patrilinearen, homophoben Welt suspekt zu machen, die sich in Wirklichkeit der westlichen Revolution widersetzte.

Wenn man in einem solchen Kontext Russland vehement beschuldigt, skandalös anti-LGBTQ zu sein, spielt man Putin in die Karten. Der Westen stellt sich vor, dass die immer repressiveren Gesetze, die die Duma gegen Homosexualität und Transgenderrechte erlässt (nochmals verstärkt seit Beginn des Krieges), der Welt beweist, dass Russland schlecht ist. Sie täuschen sich. Russland weiß, dass seine homophobe Antitransgender-Politik andere Länder des Planeten keineswegs abstößt, sondern viele von ihnen anzieht. Diese Strategie verleiht ihm beachtliche *Soft Power*. Die revolutionäre *Soft Power* des Kommunismus wurde von der konservativen *Soft Power* der Putin-Ära abgelöst.

Der russische Kommunismus nahm einen Teil der europäischen Arbeiterklassen für sich ein, besonders in Italien und Frankreich, aber vor allem auch ganze Länder wie China. Sein Atheismus verschreckte eine ganze Reihe von Völkern, darunter die muslimische Welt. Das heutige Russland,

Russland, dessen Sitten konservativ sind, leidet nicht mehr unter diesem Handicap. Putin übrigens überbetont die Rolle einer orthodoxen Religion, die seit einiger Zeit schon kein erwähnenswerter Faktor in der russischen Gesellschaft mehr ist. Diesem neuartigen, postreligiös-moralischen Konservatismus ist es zuzurechnen, dass sich das iranische Mullah-Regime so leicht an Russland annähern konnte, obwohl dieses neben England einer der zwei großen traditionellen Feinde des Iran war. Der russische Konservatismus macht – wohl komplexe, aber zunehmend auch freundschaftliche – Beziehungen zur Türkei unter Erdogan möglich, die von einer islamischen Partei regiert wird, oder zu Saudi-Arabien, einer fundamentalistischen Monarchie.

Die Transgender-Ideologie des Westens scheint für die patrilineare Welt ein ernsteres Problem dazustellen als die Schwulen-Ideologie. Wie könnten Gesellschaften, in denen der Unterschied zwischen Verwandten väterlicher- oder mütterlicherseits strukturell relevant und der Gegensatz zwischen Mann und Frau konzeptuell unverzichtbar ist, eine Ideologie akzeptieren, die uns sagt, dass ein Mann eine Frau werden kann und eine Frau ein Mann? Hier von einer simplen Ablehnung zu sprechen, hieße, die Bedeutung des Konflikts zu unterschätzen. Es ist nur plausibel, dass diese Gesellschaften der Ansicht sind, dass der Westen »verrückt geworden« ist. Oder vielleicht nihilistisch?

Besonders faszinierend im Rahmen dieser geopolitischen Studie, die die Transgender-Frage mit einbeziehen muss, ist das Problem der Alliierten oder Vasallen der Vereinigten Staaten. In der Ukraine, in Taiwan oder Japan werden »LGBTQ«-Gesetze verabschiedet in dem Versuch, sich der westlichen Norm anzugleichen.

Der jüngste Fall ist Japan. Ich selbst bin Leser von Kawabata und Tanizaki und weiß um die gegenseitige Ergänzung der französischen und japanischen Literatur in ihren Überlegungen zur Sexualität. Ich kann nicht anders, als hier ein wenig ins Detail zu gehen.

In Japan verabschiedete der Senat am 16. Juni 2023 das »Gesetz zum Verständnis der Bürger für die Diversität von Geschlecht und sexueller Orientierung«, das allgemein »LGBTQ-Gesetz« genannt wird. Der Gesetzesentwurf war am Vortag vom Unterhaus verabschiedet worden. Die regierende Koalition der Liberaldemokratischen Partei und der Kōmei-Partei verabschiedete das Gesetz ausgesprochen hastig mit Unterstützung der Ishin-Partei und der Demokratischen Volkspartei. In der Liberaldemokratischen Partei stimmten die meisten Abgeordneten und Senatoren dagegen. Doch wie auch in den anderen Parteien hat man für das zu stimmen, was von den Kadern vorgegeben wird (Stammfamilie).

Die Linken (Konstitutionell-demokratische Partei, Kommunistische Partei Japans, Sozialdemokratische Partei und Reiwa Shinsengumi-Partei) stimmten gegen das Gesetz, da es für unzureichend gehalten wurde. Die einzige Partei, die durch ihre Opposition auf sich aufmerksam machte, ist die Sanseitō-Partei, die im Senat durch ein einziges Mitglied vertreten wurde, Sōhei Kamiya. Drei Senatoren der Liberaldemokratischen Partei verließen vor der Abstimmung den Saal (und ihnen wurde vorgeworfen, gegen die Parteiregeln verstoßen zu haben).

Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in Japan, Rahm Emanuel, der in einem fort über seine öffentliche Unterstützung twitterte, freute sich über die Verabschiedung des Gesetzes auf der Plattform X (ehemals Twitter). Nach der Verabschiedung des Gesetzes entschied der Oberste Gerichtshof Japans, dass das Verbot für einen Transgender-Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums, die Damentoilette zu benutzen, rechtswidrig war. Außerdem gibt es im Bezirk Shibuya jetzt keine

öffentlichen Toiletten für Frauen mehr. Protestbewegungen für die Rettung der Damentoilette wurden ins Leben gerufen, auf Initiative von Leuten wie Moe Fukada, einem Analysten für technologische Intelligenz. Die Furcht breitet sich aus, eines Tages Transgender-Frauen (also Männer) öffentliche Bäder für Frauen betreten zu sehen ... Fortsetzung folgt. Eines Tages werden wir wissen, ob die politische Konvertierung Japans zur LGBTQ-Ideologie dafür gesorgt hat, dass die japanische Bevölkerung sich den USA annähern, oder ob sie eine zusätzliche Dosis an Ressentiment gegen den großen Beschützer hinzugefügt hat.

Die höchste Ironie aber liegt woanders. Diese Gesetze werden eingeführt, um die Zugehörigkeit zum Westen zu bekräftigen und den Schutz der USA gegenüber Russland oder China abzusichern. Aber denken wir ein wenig nach und kommen auf die tiefere Bedeutung der Transgender-Ideologie zurück, wie ich sie in Kapitel VIII analysiert habe. Sie besagt, dass ein Mann eine Frau werden kann und dass eine Frau ein Mann werden kann. Sie ist eine Behauptung des Falschen und liegt in diesem Sinne nah am theoretischen Kern des westlichen Nihilismus. Aber wie sollte die Zustimmung zu einem Kult des Falschen zu einem sichereren militärischen Bündnis führen? Ich für meinen Teil glaube, dass es tatsächlich eine mentale und soziale Beziehung gibt zwischen diesem Kult des Falschen und der mittlerweile sprichwörtlichen Unzuverlässigkeit der Vereinigten Staaten in internationalen Angelegenheiten. Genau wie ein Mann zur Frau werden kann, so kann ein Atomabkommen mit dem Iran (Obama) sich von heute auf morgen in eine verschärfte Sanktionsregelung umwandeln (Trump). Bleiben wir noch ein wenig ironisch: Die amerikanische Außenpolitik ist in ihrer ganzen Art *gender fluid*. Georgien und die Ukraine wissen nun, was der amerikanische Schutz kostet. Taiwan und Japan würden nicht von den USA gegen China verteidigt werden, dessen bin ich überzeugt. Ihnen fehlen die industriellen Mittel. Doch vor allem wandelt die nihilistische Ideologie, die sich in Amerika immer weiter ausbreitet, selbst noch das Prinzip der Einhaltung von Verpflichtungen in etwas Überholtes, Negatives. Verrat wird etwas Normales. Indem die ostasiatischen Länder diese Gesetze aus Gefälligkeit verabschieden, »bestätigen« sie also im Voraus ihr künftiges Einknicken vor den USA.

Schlussfolgerung

Wie die Vereinigten Staaten der Ukraine in die Falle gingen (1990–2022)

Die Periode, die seit dem Fall der Berliner Mauer vergangen ist, wurde nicht richtig verstanden. Ursprünglich bestand die Illusion darin zu glauben, dass der Fall der UdSSR von einem Sieg der Amerikaner herrührte. Doch in dem Moment, als die Mauer fiel, waren die USA, wie wir gezeigt haben, selbst seit fünfundzwanzig Jahren im Niedergang begriffen. Implodiert war der Kommunismus aus inneren Gründen: Die Verschiebung der Bildungsschichten hat ein System gesprengt, das durch seine wirtschaftlichen Widersprüche ohnehin geschwächt war.

Wir haben mehrfach die Konsequenzen dieser Illusion nachgezeichnet, allerdings in versprengter Weise. Nun ist es Zeit, die im Verlauf der vorigen Kapitel verstreuten Elemente in eine chronologische Ordnung zu bringen, um dieses Buch abzuschließen. Wir werden nutzen, was wir nunmehr über die innere Entwicklung der russischen, ukrainischen, osteuropäischen und westlichen Gesellschaften wissen und eine neue Lesart der drei Jahrzehnte vorschlagen, die auf den Kalten Krieg folgten, bis die NATO in die Falle der Ukraine tappte.

Der Untergang der UdSSR hat die Geschichte in Bewegung versetzt. Er schuf ein Vakuum, in das das westliche System eingesaugt wurde, allen voran das amerikanische, das unterdessen selbst in der Krise war und innerlich verkümmerte. Es wurde eine Doppelbewegung ausgelöst: eine Welle der Expansion Amerikas nach außen, während im Inneren der USA Armut und Sterblichkeit zunahmen. Das Dahinsiechen der Religion und vor allem des kollektiven zivilen Glaubens, das darauf folgte, ging hier stärker und extremer vonstatten als anderswo in der fortgeschrittenen Welt. Halten wir fest, dass alle Kriegsbeteiligten, einschließlich Russlands, von derselben Bewegung Richtung religiösem Nullzustand betroffen sind. Nicht immer äußert sich dies in einer nihilistischen Geisteshaltung, welche die Realität verleugnet und zum Krieg tendiert, aber nunmehr scheinen alle Bevölkerungen unfähig, sich zu reproduzieren. In der liberalen westlichen Welt im engeren Sinn – USA, Großbritannien, Frankreich, Skandinavien – bewegt sich die Geburtenrate bei 1,6 Kindern pro Frau; in Deutschland und Russland bei 1,5.

Alle Nationen, *Russland inbegriffen*, sind eher »träge« als aktiv, in dem Wortsinn, den ich in Kapitel V definiert habe. Keinerlei starkes kollektives Gefühl treibt sie an, um durch wirtschaftliche Leistungen, Krieg oder jedwedes andere Projekt ihre Größe wiederherzustellen, das die Bürger in einer gemeinsamen Anstrengung vereinen würde. Dort, wo komplexe Familienstrukturen vorherrschten, die den Einzelnen in die Gruppe integrieren, bleibt ein Rest Kollektivität erhalten, der es den Regierungen ermöglicht, effizienter zu agieren. Ich habe Deutschland (mit Stammfamilien) als Maschinengesellschaft dargestellt. Hier möchte ich hinzufügen, dass Russland (mit kommunitärer Familie) trotz des souveränen Ideals, das seine Führung antreibt, trotz seiner Fähigkeit, wirtschaftlich und technologisch neuen Anlauf zu nehmen (wie Deutschland), nicht nationalistisch im klassischen Sinne ist. Auch Russland ist eine »träge Nation«, und gerade deshalb will Putin sie mehr als alles andere vor einem totalen Kriegseinsatz bewahren; er hat nur langsam mobil gemacht, weil auch die

Russen postmoderne Individuen sind, die in erster Linie an ihre eigenen Freuden und Leiden denken, auch wenn sie ihrer Nation stärker verbunden bleiben als (zum Beispiel) Frankreich. Jedoch sind sie vor der extremen Verfassung geschützt, die die Postmoderne angenommen hat: dem Nihilismus, diesem Übel, das Gesellschaften zu eigen ist, deren Anthropologen sie als individualistisch definieren, mit der angloamerikanischen Welt an der Spitze. In Frankreich gibt es ein Gegengewicht zum Nihilismus, weil gut die Hälfte seiner Vororte komplexe Familienstrukturen aufweist (Stammfamilien, kommunitäre Familien und andere). Die Vereinigten Staaten und England hingegen werden in ihrem erst zentripetalen, dann narzisstischen und schließlich nihilistischen Abdriften durch nichts gebremst. Schottland bleibt dank eines Anteils an Stammfamilien vielleicht verschont.

In der angloamerikanischen Welt scheint das Stadium der trägen Nation um 2020 herum überschritten worden zu sein. Während die Führungsschichten in Russland, Deutschland und Frankreich ethnonational bleiben, haben die der Amerikanosphäre ihre ursprüngliche kulturelle Grundlage verloren. Das aristokratische Gefühl, das in England bis etwa 1980 maßgebend war, ist seitdem verschwunden. Was Amerika betrifft, so konnte man dieses bis etwa 1990 noch für eine Nation halten, die zwar imperial war, aber eine lebendige kulturelle Heimat hatte. Das heutige Amerika ist kein Nationalstaat mehr; es hat seine Führungsschicht sowie seine Fähigkeit, eine Richtung beizubehalten, zerstört. Um 2015 erreichte es das, was ich einen Nullzustand genannt habe. Dieser Begriff meint nicht, dass das Land nicht mehr existiert oder nichts mehr produziert, aber es wird nicht mehr durch seine ursprünglichen, nämlich protestantischen Werte strukturiert: Sowohl die Moral als auch die Arbeitsethik und das Verantwortungsgefühl, die einst die Bevölkerung antrieben, sind verschwunden. Die Wahl von Trump, dem Champion des Vulgären, und die von Biden, dem Champion der Senilität, waren die Apotheose dieses Nullzustands. Entscheidungen aus Washington sind nicht länger moralisch oder rational. Von diesem Amerika, das weder weiß, wer es ist, noch, wo es hinwill, werde ich daher nicht das klassisch-paranoide Bild eines effizienten, manipulativen Systems zeichnen.

Kehren wir zur Geopolitik zurück. Mit dem Ukrainekrieg schließt sich ein Kreislauf, der 1990 begonnen wurde. Die Welle an Expansionen, die dem Zentrum Amerikas weiterhin seine Substanz und seine Energie nimmt, ist gerade an Russland gebrochen, einer zwar trägen, aber stabilen Nation.

Wie ist es so weit gekommen? Warum haben sich die Amerikaner auf einen Kampf eingelassen, den sie nicht gewinnen können? Warum befinden sie sich nun in einem Krieg gegen Russland, obwohl ihre geopolitische Literatur seit Obama China zum Hauptfeind gemacht hat? Und zudem obwohl es so aussah, als ob – ebenfalls seit Obama – ein Rückzug stattfinden würde, eine Rückkehr zu einer bescheideneren internationalen Haltung.

Das Geschichtsbewusstsein der westlichen Akteure (und nicht nur der Amerikaner) ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Unsere Regierungen treffen Entscheidungen, aber ihre Vorstellung der globalen Kräfteverhältnisse – militärisch, wirtschaftlich und ideologisch – und die ihrer eigenen Entwicklung ist phantasmatisch. Ihre Vergesslichkeit und das daraus folgende Fehlen jedes realen Projekts rechtfertigen eine chronologische Vorgehensweise: Die Untersuchung konkreter Entscheidungen von Akteuren innerhalb einer historischen Abfolge, die diese selbst nicht beherrschten, ermöglicht es, den Kriegseintritt zu verstehen, der ebenso unerbittlich wie absurd ist. Allerdings schließen die existierenden nihilistischen Komponenten in den USA und der Ukraine, die von unterschiedlicher

Natur sind, eine rationale Interpretation der Geschichte *a priori* aus. Unser einziger Trost wird sein, dass die Verschmelzung der beiden Nihilismen, des amerikanischen und des ukrainischen, zu einem Scheitern, zum Niedergang führen wird – die ultimative Rache der geschichtlichen Vernunft.

Die großen Etappen

Im Handeln der Vereinigten Staaten, dem zentralen Akteur (eher als Russland) auf diesem Weg in den Krieg, werde ich vier Phasen unterscheiden, die sich an der Entwicklung der amerikanischen Militärausgaben im Verhältnis zum BIP festmachen. Das BIP ist, wie wir in Kapitel IX gesehen haben, kein guter Indikator für die reale Wirtschaftskraft. Wenn ich mich aber dennoch auf den Prozentsatz des BIPs stütze, der für Militärausgaben aufgewendet wird, dann deshalb, weil dieser Indikator dazu geeignet ist, das Interesse der USA an der militärischen Sache zu messen.

Phase 1

In den Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR akzeptieren die Vereinigten Staaten die Aussicht auf einen allgemeinen Frieden: Der Anteil der Militärausgaben am BIP sinkt zwischen 1990 und 1999 von 5,9 Prozent auf 3,1 Prozent. Aufgrund der Abrüstung, die mit diesem Zusammenbruch korrespondiert, können wir sagen, dass die USA in dieser zehnjährigen Phase keine Pläne für eine Weltherrschaft hegen.

Phase 2

Zwischen 1999 und 2010 vergehen zehn Jahre der Hybris. Der Anteil der Militärausgaben am BIP steigt wieder an und erreicht 2010 4,9 Prozent. Die Vereinigten Staaten beginnen, von der absoluten Herrschaft über die Welt zu träumen. Ein Scheitern folgt auf das andere – im Irak, in Afghanistan.

Phase 3

Es folgt eine Zeit des Rückzugs. Den Beginn würde ich nicht im Jahr 2010 ansetzen, wie die Militärausgaben vermuten lassen, sondern ab 2008, dem Jahr der *Subprime*-Krise und der Wahl Barack Obamas, einem instinktiv friedfertigen Präsidenten. Im Jahr 2017 liegen die Militärausgaben wieder bei 3,3 Prozent des BIPs.

Phase 4

Die vierte und letzte Phase könnte den Titel tragen »Der Ausstieg aus der Realität«. Die USA gehen dem Ukrainekrieg in die Falle. Die Militärausgaben steigen, allerdings nicht signifikant: von 778,4 Milliarden Dollar im Jahr 2020 auf 806 Milliarden Dollar im Jahr 2021. Diese bescheidenen Zahlen veranlassen uns, im Diskurs über Wladimir Putin und übrigens auch in Bezug auf die Analysen von Mearsheimer zu differenzieren: Die USA waren bei Weitem keine Kriegstreiber, sie hatten die Expansion aufgegeben und suchten keine Konfrontation mit Russland, vielmehr war es der nihilistische Traum der ukrainischen Nationalisten, ein verzögertes Produkt aus dem Zerfall der Sowjetunion, der sie köderte. Putin jedoch hatte keinen Grund, Kiew und Washington hierbei zu unterscheiden. Er beschloss in dem Moment, in den Krieg einzutreten, als er es für richtig hielt. Alles deutet darauf hin, dass sein Kalkül hervorragend war.

Heutige Geopolitiker berücksichtigen drei Hauptakteure: Amerika, dessen Hauptfeind China und

Russland, seinen zweitgrößten Feind. Diese drei werde ich beibehalten, jedoch Deutschland als einen wesentlichen Akteur hinzufügen. Zwischen 1990 und 2020 hat sein Gewicht in Europa stetig zugenommen. Der Ukrainekrieg findet vor seinen Toren statt, und man darf nicht denken, dass der ausweichende Stil von Kanzler Scholz die Rolle Deutschlands in dieser Krise widerspiegelt, die von einer europäischen zu einer globalen Krise geworden ist.

Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Bemühungen der Vereinigten Staaten, Deutschland von Russland zu trennen – eine ihrer strategischen Obsessionen seit 1990 – letztlich scheitern werden. Auf der Landkarte Europas stechen zwei große Kräfte ins Auge, Deutschland und Russland. Ihre gemeinsame Geburtenrate von 1,5 Kindern pro Frau stimmt sie versöhnlich und nähert sie einander an. Sie können nicht mehr gegeneinander Krieg führen; ihre wirtschaftlichen Spezialisierungen ergänzen sich gegenseitig. Früher oder später werden sie kollaborieren. Der amerikanisch-ukrainische Niedergang wird ihrer Annäherung den Weg freimachen. Die Vereinigten Staaten werden die »Gravitationskraft«, die sie wechselseitig anzieht, nicht auf unbegrenzte Zeit eindämmen können.

Schauen wir uns nun die wahre Geschichte der Jahre 1990 bis 2022 an.

1990 bis 1999: Die friedliche Phase

Beginnen wir mit der Implosion der Sowjetunion zwischen November 1989 (Fall der Berliner Mauer) und Dezember 1991 (offizielles Ende der UdSSR). Am 3. Oktober wurde Deutschland auf Anstoß von Kohl wiedervereint. Bush senior akzeptierte das, was man durchaus als Annexion der DDR durch die BRD verstehen kann, gegen den Widerstand von François Mitterrand und Margaret Thatcher, die in den Jahren 1916 und 1925 geboren wurden und sich noch an die deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent erinnerten. Alle interpretierten also den Zusammenbruch des Kommunismus als Sieg der Vereinigten Staaten, und alle täuschten sich. In Amerika nimmt man Deutschland nicht ernst. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesrepublik 62,7 Millionen Einwohner und die DDR 16,4 Millionen. Insgesamt waren es also 79,1 Millionen Menschen. Aus Sicht der Franzosen (58,1 Millionen) und der Briten (57,3 Millionen) ist das schon viel. Für die Amerikaner (250,1 Millionen) nicht wirklich. In Panik heckten unsere Finanzinspektoren und andere Spitzenverwaltungsbeamten den Vertrag von Maastricht aus: Sie forderten die Auflösung der D-Mark in Euro und erhielten, indem sie der Gründung einer Europäischen Zentralbank in Frankfurt zustimmten, die Auflösung des Franc in D-Mark. Seither besitzt Deutschland den Währungsschlüssel für das Haus Europa. Aber weil sich die Deutschen eine Zeit lang den Kosten für die Wiedervereinigung stellen mussten, hielten Franzosen und Briten sie für erledigt und vergaßen das deutsche Problem. Auf Mitterrand und Thatcher folgte die »junge« Nachkriegsgeneration.

Die heute so oft aufgeworfene Frage, ob die USA Russland die Garantie gegeben hätten, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen, ist kaum von Interesse. Es ist eine ahistorische Debatte, die den Geisteszustand der Entscheidungsträger dieser Zeit nicht berücksichtigt. Keiner der politisch Verantwortlichen hätte mit dem Einsturz der Sowjetunion gerechnet; und als sie verschwunden war, konnte sich keiner vorstellen, in welchen Abgrund Russland stürzen würde. In den Köpfen blieb es eine Supermacht, ein Gleichgewichtspol. Eine Erweiterung der NATO war ausgeschlossen.

Die Absichten der USA waren damals friedlich. Zwischen 1990 und 1999 sanken ihre Militärausgaben massiv, wie wir gesehen haben. Doch dann trat das zweite undenkbare Ereignis ein:

Nach der UdSSR ging auch Russland unter. Man hatte nicht begriffen, dass der Kommunismus mehr als eine Wirtschaftsorganisation war, dass er im Anschluss an die Orthodoxie, die russische Religion, zu einem kollektiven Glauben geworden war, der die Gesellschaft zusammenhielt. Sein Verschwinden führte zu einem Zustand der Anarchie, der das Land an den Rand des Zerfalls brachte. Um 1994 erreichte die Lebenserwartung, die durch schlechte hygienische Bedingungen, Tötungsdelikte und Suizide rapide abnahm, ihren Tiefpunkt. Das BIP pro Kopf sank bis 1996 auf seinen niedrigsten Wert. Das gesamte BIP Russlands (welches archaischer, physischer und realer ist das amerikanische) erreichte 1998 seinen Tiefstand, nach einer Finanzkrise und einer Überschuldung. Tauschhandel breitete sich aus und man fragte sich, ob der Rubel überleben würde. Dazu kommt, dass die russische Armee zwischen 1994 und 1996 den ersten Tschetschenienkrieg verlor und sich außerstande sah, die tatsächlich sehr gewalttätige Abspaltung eines sehr kleinen Volkes im Kaukasus zu verhindern.

Die Vereinigten Staaten blickten mit Herablassung auf dieses Russland, das zwischen 1994 und 1998 am Boden war. Sie bemühten sich, es weiterhin als eine Nation im Wandel zu betrachten, die eines Tages imstande sein würde, eine Demokratie wie jede andere zu werden. Dennoch ließ Russlands offensichtliche Schwäche die USA um 1997/98 ihre wohlwollende Haltung aufgeben und vom finalen K. O. träumen. Und hier entstehen die Grundlagen der Hybris.

Die einzige Weltmacht von Brzeziński stammt aus dem Jahr 1997. Rückblickend könnte man nicht sagen, ob das Buch einer Angst oder einer Hoffnung Ausdruck verleiht. Es beschreibt das aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene amerikanische Imperium mit seinen Stützpunkten in Deutschland und Japan. Betrachten wir zuerst die Angst, die Brzeziński damals empfand: Sollte der Fall des Kommunismus Amerika überflüssig gemacht haben, dann könnten sich die Japaner, aber vor allem die Deutschen Russland anschließen; eine eurasische Masse entstünde, die die USA in den Hintergrund drängen würde. Der Zusammenschluss Deutschlands mit Russland stellt die größte Bedrohung dar.

Nun zu der Hoffnung, die Brzeziński hegte: Da Russland im Begriff war, einzubrechen, schlug er vor, man könne nachhelfen, indem man ihm die Ukraine entreißen würde, eine Amputation, die Russland für immer seines imperialen Status berauben würde. Wenn aber der Ukrainekrieg schließlich dazu führt, dass das *amerikanische* Imperium zerfällt, dann würde Zbigniew Brzeziński als der größte unfreiwillige Humorist aller Zeiten in die Geschichte der Geopolitik eingehen.

1999 bis 2008: Die Hybris

In der griechischen Mythologie fliegt Bellerophon nach vielen Heldentaten, darunter die Gefangennahme des geflügelten Pferdes Pegasus, auf ebenjenem Richtung Himmel in der Absicht, dort an der Seite der Götter zu sitzen. Zeus, erbost über eine solche Anmaßung, schickt Pegasus eine Bremse, die ihn sticht, sodass er Bellerophon abwirft. Dieser fällt in einen Dornbusch und überlebt, nur um auf der Erde das elende Dasein eines Blinden zu fristen. Seine Geschichte steht für das Schicksal all derer, die die »Hybris« erfasst, jene Maßlosigkeit, die aus der Verkennung unserer selbst und unserer Grenzen erwächst.

Ab 1999 geraten die Vereinigten Staaten in einen Zustand der Hybris. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben sie keinen Widersacher mehr. Betäubt von dieser Leere, verlieren sie den Kopf. Aischylos behauptet, dass Hybris die Tochter von Dyssebeia war, der Gottlosen. Tatsächlich setzt die

amerikanische Hybris genau in dem Moment ein, als der Zombieprotestantismus verschwindet und das Land in einen religiösen Nullzustand abtaucht.

Bis dahin hatte es keine NATO-Erweiterungen gegeben. Aber im Jahr 1999 treten Polen, Tschechien und Ungarn der Allianz bei, nachdem sie 1997 in Madrid dazu eingeladen worden waren. Im selben Jahr 1999 bombardiert die NATO von März bis Juni Serbien, ein achtundsiebzigtägiger Luftangriff, in dessen Verlauf genaugenommen auch einige Bomben auf die chinesische Botschaft in Belgrad abgeworfen wurden.

Die Ironie der Geschichte: Genau 1999, im Jahr des Einsetzens der amerikanischen Hybris, gelangte auch Putin an die Macht und der Aufschwung Russlands begann.

In dieser Phase kann man noch nicht von einer antirussischen Fixierung der westlichen Führungsschichten sprechen: Wie sollte man einer Macht feindlich gegenüberstehen, die man endgültig geschlagen wähnt? In den Neunzigerjahren versuchte man lediglich über PNGOs (*Pseudo-Nichtregierungsorganisationen*) und amerikanische Geschäftsleute, die in Moskau oder Sankt Petersburg tätig waren, Kontrolle über alles Mögliche in Russland zu erlangen, besonders über die Kohlenwasserstoffe. In den Augen der Amerikaner hatte Russland aufgehört, als eigenständiger Akteur zu existieren, sein Schicksal sollte es sein, in ihr hegemoniales System eingegliedert zu werden, als Partner, dessen Stellung noch festzulegen, der aber auf jeden Fall unterlegen wäre.

Dem hyperaktiven Kind Amerika fällt es schwer, seine Aufmerksamkeit auf ein einziges Ziel zu richten. Russland wird nun nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen und der Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 reicht aus, um die Agitation der USA gegen den Nahen Osten zu wenden, wo sie es mit nichtexistierenden Mächten aufnehmen. Die Invasion in Afghanistan rechtfertigt sich dadurch, dass Bin Laden dorthin geflohen war. Die Invasion in den Irak hingegen rechtfertigt sich überhaupt nicht, sondern markiert den Eintritt Amerikas in eine neue Phase seiner Geschichte, sie ist schlicht und einfach ein Angriffskrieg. Was der Irak erlitten hat, wird in die Geschichtsbücher (nach dem Niedergang des Westens) als größte Schande des 21. Jahrhunderts eingehen. Dieser ganz neue Nihilismus der USA bringt Colin Powell hervor, der, mit dem Reagenzglas in der Hand, vor den Vereinten Nationen behauptet, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge. Nihilismus leugnet sowohl Realität als auch Wahrheit, ein Kult, der aus der Lüge erwächst. Die Regierung Bush junior hat in dieser Hinsicht neue Wege beschritten.

Ab 1999 stieg das Militärbudget wieder an. Die kleine Welt der Geopolitiker sprach nur noch von der amerikanischen Hypermacht und von einer unipolaren Welt. Das Ende der Geschichte in ihrer militärischen Version. Halten wir fest, dass die Attentate vom 11. September stattfanden, nachdem die Militärausgaben gestiegen waren, also nachdem die Vereinigten Staaten in den Zustand der Hybris eintraten.

Sie hielten sich für so unbesiegbar, dass sie am 11. Dezember 2001 China in die WTO (Welthandelsorganisation) aufnahmen, der politisch und wirtschaftlich unüberlegteste Schritt, den man sich vorstellen kann. Die Konsequenzen werden für sie weitaus katastrophaler sein als ihr Rückzug aus dem Irak oder Afghanistan.

Im September 2002 präsentiert Bush junior der Welt die neue »*US National Security Strategy*«. Alle Länder der Welt richten sich an den gleichen »gemeinsamen Werten« aus, und »die Großmächte stehen nun auf derselben Seite«: »Russland«, erklärt er, »steht im Zentrum eines Übergangs, auf den

wir bei der Suche nach einer demokratischen Zukunft viel Hoffnung setzen, und es ist ein Partner im Krieg gegen den Terrorismus. Die chinesische Führung entdeckt, dass einzig wirtschaftliche Freiheit zu Reichtum führt. Mit der Zeit werden sie feststellen, dass einzig soziale und politische Freiheit zu nationaler Größe führen. Amerika wird den demokratischen Fortschritt und die wirtschaftliche Öffnung in beiden Ländern unterstützen.« So viel zum Märchenteil.

Jetzt zum militärischen Teil. Das erklärte Ziel dieser neuen Strategien ist es, eine technische und militärische Überlegenheit zu erreichen, die jedes Wettrüsten obsolet macht. Der amerikanische Traum ist in eine neue virtuelle Welt abgehoben. Zwischen 1995 und 2002 ist der Anteil der Internetnutzer in den USA von 10 Prozent auf 60 Prozent der Bevölkerung gestiegen. Das Kino hat diesen neuen Trend gut erfasst: 1999 kommt der Film *Matrix* heraus, der uns tatsächlich in eine virtuelle Welt abtauchen lässt.

Doch die Geschichte lässt sich nicht aufhalten, sie geht weiter, und zwar schnell, erstaunlich schnell, besonders, seitdem Francis Fukuyama sie für beendet erklärt hat. Während die USA sich im Irak und in Afghanistan verrennen und zulassen, dass China die amerikanische Industrie dezimiert, erholt sich Russland. Die Geschwindigkeit des Aufschwungs ist ebenso überraschend wie die Wucht des Einbruchs in den Neunzigerjahren.

Im August und September 1999 waren die Tschetschenen in Dagestan einmarschiert und hatten Anschläge auf russischem Boden verübt, vor allem in Moskau. Putin zerschlägt Tschetschenien mit extremer Brutalität. Seine Popularität ist ihm sicher. Anschließend zeigt er Mäßigung, indem er Tschetschenien einen Sonderstatus verleiht, eine Autonomie, die sich auf Clans stützt, von denen zu Anfang nicht alle Russland gegenüber freundlich gesinnt waren. Der Erfolg dieser Politik ermöglichte es den tschetschenischen Regimentern, im Sinne Russlands eine große Rolle im Ukrainekrieg zu spielen.

Dieser zweite Tschetschenienkrieg war das erste Anzeichen dafür, dass Russland nicht zerfallen würde. Die Westmächte schenken dem kaum Beachtung, ebenso wenig wie sie bemerken, dass sich die wirtschaftliche Lage zu verbessern begonnen hatte, schon bevor Putin an die Macht kam.

Ob aus Optimismus oder Vorsicht, lässt sich nicht genau sagen, jedenfalls zeigt sich Putin in seiner Anfangszeit den USA gegenüber sehr nachgiebig. Nach dem 11. September bekundete er seine Solidarität und öffnete Zentralasien für die US-Armee, um ihr die Eroberung Afghanistans zu erleichtern. Damals beunruhigte sein Proamerikanismus die russischen Eliten.¹

Nach 1999/2001 war Russland nicht die einzige Macht, die sich erholte. Die Deutschen brauchten gerade zehn Jahre, um Ostdeutschland zu verdauen. Im Jahr 2001 begann der Höhenflug ihres Handelsüberschusses, der 2004 auf über 5 Prozent ihres BIPs anstieg und 2015 auf 7 Prozent. Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft lässt sich nicht auf ein industrielles Upgrade der erweiterten Bundesrepublik zurückführen. Die Aufnahme Tschechiens, Polens und Ungarns in die NATO erschuf eine ausgedehnte Sicherheitszone für deutsche Investitionen. Im Kern des deutschen Aufschwungs stand die Integration alter Volksdemokratien in sein Industriesystem, und zwar indem die im Kommunismus gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung zur Arbeit gebracht wurde.

Dem wirtschaftlichen Wiederaufleben Deutschlands gingen, wie wir gesehen haben, liberale Reformen des Arbeitsgesetzes voraus. Böse Zungen würden sagen, dass die Abwertung des Euro im Vergleich zur D-Mark, hätte man diese behalten, nun die deutschen Exporte erheblich gestärkt hat.

Diese Erklärung überzeugt mich nicht. Ich habe das Gefühl, dass die Deutschen es mit jedem wirtschaftlichen System, in jeder Konfiguration schaffen würden, einfach, weil sie Deutschland verkörpern, mit seinem anthropologischen (Stamm-)Potenzial, seiner Bildung und Technologie. Dieselbe Logik hat mich immer daran glauben lassen, dass die Russen es schaffen würden, weil sie Russland verkörpern, mit seinem anthropologischen (kommunitären) Potenzial, seiner Bildung und Technologie. Ich bin auch heute noch davon überzeugt, dass Deutschland zwar durch die Unterbrechung der russischen Gaslieferungen eine Zeit lang durcheinandergebracht wird, dass es aber durchkommt. Und seitdem die britische Zeitschrift *The Economist*, die sich immer irrt, es am 17. August 2023 erneut als kranken Mann Europas dargestellt hat, bin ich mir ganz sicher.

Das Europa der Neunzigerjahre wurde durch den Fall der Mauer erschüttert, doch schon seit den Achtzigerjahren hielt es sich besser als die Vereinigten Staaten. Noch vor dem zweiten Irakkrieg waren dort antieuropäische Ressentiments aufgekommen. In der Juni/Juli-Ausgabe der *Policy Review* von 2002 veröffentlichte Robert Kagan einen Artikel mit der Überschrift »Power and Weakness«. Der Erfolg dieses Artikels bewog ihn dazu, ein kleines Buch mit dem Titel *Of Paradise and Power* herauszubringen, das nach Beginn des Irakkrieges erschien und damit nach der Weigerung der Franzosen und Deutschen, sich daran zu beteiligen.² In diesem Text von 2002 brach jedoch eine neidvolle Verachtung der Europäer hervor, welche laut Kagan »von der Venus« kommen, während die Amerikaner »vom Mars« seien. Anders gesagt, die Europäer seien Frauen, um nicht zu sagen: weibisch. Diese virilistische Aggressivität entsprang der mehr oder weniger bewussten Feststellung, dass die Vereinigten Staaten gegenüber der Alten Welt abfielen. In den Jahren 2002/03 lag die Lebenserwartung der Europäer bereits seit mehr als fünfzehn Jahren über der der Amerikaner (ab etwa 1968).

Wie auch immer. Das größtenwahnsinnige Delirium setzt sich fort und wird größer. 2004 werden Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien in die NATO aufgenommen, nachdem sie 2002 in Prag eingeladen worden waren. In abgestimmter Art und Weise treten dieselben Länder (abzüglich Bulgariens und Rumäniens) der EU bei. Die beiden Nachzügler werden 2007 absorbiert. In diesem Stadium ist die Erweiterung der EU eindeutig ein Nebenprodukt der NATO-Erweiterung.

Der Ansturm auf den Osten geht weiter. Vom 22. November 2004 bis zum 23. Januar 2005 vollzieht sich in der Ukraine eine »Orange Revolution«. Dabei spielen die Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle. Nicht die Europäische Union ist am Steuer, sondern die USA, entweder direkt über ihre Botschaften, ihre Geheimdienste oder über NGOs, Pardon, PNGOs. Gleichzeitig kippt der amerikanische Diskurs über Russland. In *The Dark Double* untersucht Andrei Zyngankow das Auftauchen der Russophobie in den USA.³ Auf überzeugende Weise legt er dar, dass die Quelle ihres Gesinnungswandels Presse und audiovisuellen Medien waren. Bereits im November 2005 lautete eine Schlagzeile der *Washington Post* »Mr. Putin's Counter Revolution«.⁴ Einige Monate später, im März 2006, erschien eine Broschüre des Council on Foreign Relations mit dem expliziten Titel: *Russia's Wrong Direction*. Darin wird Russlands »dedemocratization« gegeißelt. Der schärfste Artikel erschien jedoch in *Foreign Affairs*, ebenso im März 2006: »The Rise of US Nuclear Primacy«. Darin werden die USA als so viel mächtiger dargestellt als der Rest der Welt, dass ein atomarer Erstschatz jeden

Gegner außer Gefecht setzen würde, noch bevor dieser antworten könnte. Da es sich um Atomwaffen handelt, wird hier natürlich Russland, der historische Konkurrent in diesem Gebiet, ins Visier genommen. Die *Foreign Affairs* stellt sich *Dr. Strangelove* entgegen (*Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben*), jenem urkomischen Film, in dem Stanley Kubrick einen amerikanischen Atomangriff auf Russland inszenierte, der zwar unbeabsichtigt ist, jedoch von einem umgeschulten Nazi-Berater (Peter Sellers) und einem verrückten Militär (George C. Scott) unterstützt wird.

Kann das Verhalten der Russen ein solches Kippen rechtfertigen? Die Zerschlagung Tschetscheniens fand statt, als sich Washington und Moskau gerade in den Flitterwochen befanden. Die Gleichschaltung der Oligarchen hingegen, zu der auch die Verhaftung von Michail Chodorkowski (der mit ExxonMobil Geschäfte machte) im Oktober 2003 gehörte, ist durchaus ein Faktor. Abgesehen von dem gescheiterten Versuch der USA, Kohlenwasserstoffe zu beschlagnahmen, schockiert die Gleichschaltung russischer Oligarchen in Amerika.

Auf der anderen Seite des Atlantiks sind in dieser Sekunde die Oligarchen dabei, über den Staat zu siegen. Ich jedenfalls denke, dass der eigentliche Grund für den antirussischen Stimmungsumschwung eher strategischer Natur ist, im klassischen Sinne: Die Bildung einer gemeinsamen deutsch-französisch-russischen Front gegen den Irakkrieg hat das amerikanische geopolitische *Establishment*, in dem gerade der Blob entstand, alarmiert.

Noch bevor der Krieg begonnen hatte, besuchte Putin am 9. Februar 2003 Berlin und am nächsten Tag Paris. Nach dem Ausbruch des Krieges fanden drei gemeinsame Treffen und Pressekonferenzen von Putin, Schröder und Chirac statt: erstens am 11. April 2003 in Sankt Petersburg, zweitens am 31. August 2004 in Sotschi und drittens am 3. Juli 2005 in Kaliningrad. In diesen beiden Jahren zeichnete sich eine von den Vereinigten Staaten unabhängige kontinentale Neuausrichtung ab, während gleichzeitig die deutsche Wirtschaft in Osteuropa ihre Hegemonialstellung ausbaute.

Weit davon entfernt Frankreich nur hinterherzulaufen, spielte Deutschland eine Vorreiterrolle in der Opposition gegen den Irakkrieg. Die Welt hat die bewundernswerte Rede von Dominique de Villepins vor den Vereinten Nationen in Erinnerung behalten, doch in seinem Buch *The Paradox of German Power* zeigt Hans Kundnani deutlich, dass es die Franzosen waren, die den Deutschen folgten, und nicht umgekehrt: Schröder hatte seine Opposition gegen die Invasion in den Irak erklärt, selbst wenn die Waffeninspektoren dort geheime Waffen finden sollten, zu einem Zeitpunkt, als Frankreich sich seine Optionen noch offenhielt.⁵ Damals war Deutschland Mitglied im Sicherheitsrat. »Gemeinsam mit unseren französischen Freunden, aber auch mit Russland, China und der Mehrheit im Weltsicherheitsrat sind wir mehr denn je davon überzeugt, dass die Abrüstung von Massenvernichtungsmitteln im Irak mit friedlichen Mitteln herbeigeführt werden kann und muss«, erklärte der deutsche Kanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003.

Die antirussische Kehrtwende der Amerikaner hatte also als Hauptmotiv die Angst vor einem unabhängigen und aktiven Deutschland, aber besonders vor einem Deutschland, das mit Russland übereinkommen wollte. Nach dem Sieg über Saddam Hussein formulierte Condoleza Rice, Sicherheitsberaterin von Bush junior und später Außenministerin, diese Wahrheit durch ihre Leugnung: »Wir müssen Frankreich bestrafen, Deutschland ignorieren und Russland vergeben.« Wir wissen, dass Russland nicht vergeben wurde und Frankreich nicht bestraft. Aber Deutschland wird alles Mögliche, nur nicht ignoriert.

Brzezińskis Albtraum scheint Wirklichkeit zu werden; und das russische Gas verdüstert ihn sogar noch. Die Arbeiten an der Nord Stream 1-Pipeline, die auf ein Projekt aus dem Jahr 1997 zurückgeht, begannen Ende 2005 und wurden 2011 abgeschlossen, um eine Inbetriebnahme im Jahr 2012 zu erreichen. Abgesehen von der absolut realen Bedeutung von Energie ist es wichtig zu wissen, dass Gas und Öl in der geopolitischen Psyche Amerikas viel Platz einnehmen, genau wie die Schwarzen in ihrer soziologischen Psyche.

Im Verlauf der Jahre 2003 bis 2010 zeichnet sich also ein deutsch-russischer Zusammenschluss ab, und zwar mit dem Segen der Franzosen, die zugegebenermaßen nicht allzu viel von dem zu verstehen scheinen, was sich abspielt. Der geistige Raum des Quai d'Orsay erstreckt sich kaum über Berlin, Beirut oder Brassaville, geschweige denn über die ganze Welt.

Was dem Kreml vorgeworfen wird, ist weniger, eine autokratische Wende vollzogen zu haben (das offizielle Argument in *Russia's Wrong Direction* von 2006), als vielmehr, sich immer besser mit zwei europäischen Demokratien zu verstehen. Die Broschüre hätte auch heißen können *Germany's Wrong Direction* oder *France's Wrong Direction* oder auch gleich *Europe's Wrong Direction*. Und wenn Autokratie tatsächlich die denkenden Köpfe der amerikanischen Außenpolitik stören würde, wäre eine Broschüre mit dem Titel *Saudi Arabia's Wrong Direction* viel angebrachter gewesen.

Am 10. Februar 2007 hält Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine Grundsatzrede. Er erklärt schlicht und einfach, dass Russland keine unipolare Welt akzeptiere, in der die Vereinigten Staaten das Sagen hätten. Die NATO-Einladungen an Georgien und die Ukraine vom April 2008 auf dem Gipfeltreffen in Bukarest können als Antwort der USA auf diese Münchner Rede interpretiert werden. Es ist die Blütezeit der Hybris, kurz vor ihrem Rückgang: Die Weltfinanzkrise spitzt sich zu. Der Fall des Bellerophon beginnt; die Rückkehr zur Erde rückt für die Washingtoner Eliten näher. Aber es ist zu spät, die Götter haben diejenigen geblendet, die sie loswerden wollten, und Amerika war viel zu engagiert. Auf dem Gipfel von Bukarest haben die Vereinigten Staaten mit der Öffnung der NATO für die Ukraine begonnen, sich die Grube zu graben, aus der sie nicht mehr entkommen werden.

Im August 2008 wird Georgien Opfer eines der unzähligen Versprechen, die die USA nicht halten können: Die Russen mischen sich in die Streitigkeiten der kleinen Republik mit ihrer abtrünnigen Provinz Südossetien ein und fügen ihm eine Niederlage zu. Georgien verliert nicht nur Südossetien, sondern auch Abchasien. Amerika, das noch drei Monate zuvor Georgien eingeladen hatte, der NATO beizutreten, rührt sich nicht. Die kleine Republik verliert 18 Prozent ihres Territoriums. Als ich mir die Landkarte der Ukraine im September 2023 ansah, stellte ich fest, dass sie zu diesem Zeitpunkt 18–20 Prozent ihres Territoriums verloren hatte (einschließlich der Krim) und ich fragte mich, ob es ein geheimes geopolitisches Gesetz gab, das vorhersehen ließe, dass jedes Land, das sich auf amerikanische Protektion gegen Russland oder China verlässt, ungefähr 20 Prozent seines Territoriums verlieren würde. Nein, ich fantasiere: Für Taiwan könnten es 100 Prozent sein, für Litauen höchstens 1–2 Prozent (den Suwalki-Korridor zwischen dem Belarus und Kaliningrad). Im Fall der Ukraine würde der Verlust 40 Prozent betragen, wenn das finale Ziel der Russen, wie ich glaube, darin besteht, die Oblaste Krim, Lugansk, Charkiw, Donezk, Dnipro, Saporischschja, Cherson, Mykolajiw und Odessa zu annektieren.

2008 bis 2017: Der amerikanische Abschwung und die deutsche (besonders friedfertige) Hybris

Die Militärausgaben der USA sinken erneut ab 2010, aber schon seit 2008 ist Amerika zu größerer Zurückhaltung aufgefordert. Es versucht eine Rückkehr von der Hybris zur Sophrosyne, ihrem Gegenteil laut Sokrates, zur Mäßigung, die von guter Selbsteinschätzung herrührt. Mit der Weltfinanzkrise wird der Mythos von der zauberhaften Wirtschaft zerstört. Und 2008 wird natürlich auch Barack Obama gewählt.

Die Tragödie der Präsidentschaft Obamas besteht darin, dass die persönlichen Qualitäten des Menschen nicht die Kräfte der Geschichte zügeln konnten. Sehr intelligent und von Natur aus friedfertig, war er einer der wenigen Politiker, die den Mut hatten, sich gegen den Irakkrieg zu stellen. Er wurde in Honolulu geboren und war 2008 siebenundvierzig Jahre alt, dementsprechend beherrschen ihn Europa und sein osteuropäischer Anhang nicht so wie die meisten Gerontokraten-Geopolitiker in Washington, die ihre Ausbildung zur Zeit des Kalten Krieges genossen. Er verkörpert die Rückkehr des gesunden Menschenverstands ins Weiße Haus. Im Jahr 2012 ermöglichte er Russland den Beitritt zur WTO. Er lehnte es ab, die Ukraine zu bewaffnen. Nachdem er im Juli 2015 ein Abkommen über das iranische Atomprogramm erzielte, bemühte er sich, die USA aus dem Nahostkonflikt herauszuhalten. Im Irak gelang es ihm und die letzten amerikanischen Soldaten verließen das Land am 18. Dezember 2011, aber in Afghanistan scheiterte er.

Die Vereinigten Staaten haben den Rückzug aus dem Nahen Osten auch deshalb akzeptiert, weil sie ab 2009 ihre energetische Autonomie wiedererlangt haben. Im Jahr 2008, dem Tiefpunkt ihrer Ölproduktion, waren es nicht einmal mehr 300 Millionen Tonnen; bis zum Jahr 2021 werden es wieder 711 Millionen Tonnen sein. Im gleichen Zeitraum wuchs die Gasproduktion um 71 Prozent und machte das Land zum Weltmarktführer.

Ich wäre versucht, Obama als den letzten verantwortungsvollen Präsidenten Amerikas zu betrachten und im Grunde wegen seiner Moral und seiner Intelligenz – wagen wir den Ausdruck – zum letzten Vertreter der WASP-Elite, obwohl er nur durch seine Mutter weiß ist (entgegen Freud, aber genau wie Erich Fromm und die Rabbiner Israels glaube ich an den Vorrang der Mutter).

Der amerikanische Staat unterdessen setzt seinen Weg in den Abgrund fort, in kleinen Schritten, voll Trägheit. Im Jahr 2009 nimmt die NATO Kroatien auf. Im Jahr 2010 beginnt die Lebenserwartung weißer Amerikaner zwischen 45 und 54 Jahren zu sinken.

Im Jahr 2002 schrieb ich in *Weltmacht USA: Ein Nachruf*, dass die Welt zu groß und zu lebendig sei, als dass die USA sie kontrollieren könnte. Im Jahr 2011 ist dies eine Tatsache. Während die Amerikaner in ihre internen Probleme verstrickt sind – wirtschaftliche Sanierung und Reform des Gesundheitswesens –, beschleunigt sich die Geschichte überall, vor allem in der arabischen Welt. Am 17. Dezember 2010 bricht die tunesische Revolution aus; Ben Ali flieht am 14. Januar 2011. Mit dem 3. Januar beginnt in Algerien eine Protestbewegung. Am 14. Januar sind die Jordanier an der Reihe. Gleich darauf bricht die ägyptische Revolution aus. Der 27. Januar ist der Beginn der jemenitischen Revolution. Am 14. Februar begehrt die Bevölkerung Bahains auf und am 15. Februar die im Libyen Gaddafis. Am 20. Februar wird auch Marokko von einer Protestbewegung erfasst und am 15. März schließlich beginnt der Aufstand gegen Baschar-al-Assad in Syrien.

Am 17. März lassen sich die Amerikaner ohne Enthusiasmus zu einer letzten Intervention in Libyen

hinreißen. Es ist der Schweif des Kometen. Das Herz ist nicht mehr dabei. Mehr als die Amerikaner lassen sich Europäer, darunter auch Franzosen, von der Bombardierungsmarotte hinreißen.

Am 11. März verursacht ein Tsunami in Japan die Nuklearkatastrophe von Fukushima. Angela Merkel kündigt ohne Rücksprache mit auch nur einem ihrer europäischen Partner an, dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigen wird. Seltsamerweise schwillt die amerikanische Militärhybris genau dann ab, als eine andere Hybris auftaucht, die deutsche, die zugegebenermaßen besonders originell ist, weil sie jeden militärischen Charakter ausschließt. Man könnte sie als friedvoll, wirtschaftlich und demografisch beschreiben. Deutschland zieht aus seinem Handelsüberschuss eine Finanzkraft, die es de facto zum Chef Europas macht. Die geopolitische Auslöschung Frankreichs erfolgt unmittelbar. Mit dem religiösen Nullzustand des Landes korrespondieren zwei Präsidenten, die sich der Null mehr und mehr annähern, Nicolas Sarkozy und François Hollande.⁶ Die absolute Null (im soziologischen Sinn, der ein vollständiges Verschwinden der traditionellen Werte und Parteien voraussetzt) wird jedoch erst 2017 mit Emmanuel Macron erreicht.

Nord Stream 1 wird 2012 in Betrieb genommen. Die Verbindung zwischen Deutschland und Russland wird stärker. Im Jahr 2013 tritt Kroatien in die EU ein: Es ist Deutschlands Satellitenstaat Nummer eins im postkommunistischen Europa. Zwischen 1989 und 2021 sank seine Bevölkerung von 4,8 Millionen auf 3,9 Millionen Einwohner, ein Rückgang von 900 000 Personen, doch zu diesem Zeitpunkt lebten bereits 436 000 Kroaten in Deutschland. Die griechischen Krisen von 2010, 2011 und 2014 zeigen, dass Deutschland das Sagen hat; es erzwingt die Vision eines hierarchischen Europas, das dem autoritären, nicht egalitären Ideal der Stammfamilie entspricht: Berlin an der Spitze, Frankreich als treuer Unteroffizier und Griechenland unten. Adjutant Hollande hat eigens Finanzinspektoren nach Athen entsandt, um die griechische Regierung auszuräuchern.

Im Juli 2013 begeht Russland das absolute Sakrileg: Es hält sich womöglich für das England des 19. Jahrhunderts oder für die Schweiz während der Nazizeit, jedenfalls gewährt es Edward Snowden politisches Asyl.

Die deutsche Hybris erreicht ihren Gipfel im Sommer 2015, als Kanzlerin Merkel – erneut ohne sich mit ihren europäischen Partnern abzustimmen – mehr als 1 Millionen Flüchtlinge aufnimmt, von denen viele aus Syrien geflohen waren. »Wir schaffen das«, predigt sie, die deutsche Version des »Yes, we can« von Obama – mit einem entscheidenden Unterschied: Wenn die Deutschen ankündigen, etwas zu tun, sind sie dabei glaubwürdiger als die Amerikaner.

Im Jahr zuvor hatte die deutsche Hybris starke Konsequenzen: den Euromaidan, der am 21. November 2013 begann. Im Unterschied zu dem, was 2005 während der Orangen Revolution geschah, spielten die Amerikaner hier keine entscheidende Rolle mehr. Diesmal war die Europäische Union, angeleitet durch Deutschland, am Steuer.

Die Orange Revolution hat letztlich nichts bewirkt: Prowestliche und prorussische Phasen wechselten sich ab, Anarchie und Korruption dauerten an. Jedoch hat die Orange Revolution im Untergrund den ukrainischen Nationalismus aufleben lassen. Bis 2014 reifte er heran, und während der Krise sollte sich seine ganze Stärke zeigen. Allerdings war es die Europäische Union, die den Zusammenbruch des Regimes auslöste, indem sie von der Regierung in Kiew verlangte, sich zwischen ihr und Russland zu entscheiden. Die EU reißt die Ukraine auseinander und legt ihr Geschick in die

Hände der Nationalisten im Westen des Landes, der übrigens historisch mit der germanischen, österreichischen und damit deutschen Welt verbunden ist. Es war das deutsche Europa, das durch eine unbewaffnete Expansion die Ukraine zwingen zu wählen. Ohne selbst ganz sicher zu sein, war das, was Deutschland in der Ukraine suchte, entsprechend seiner neuen Wesensart als Maschinengesellschaft, eher Arbeitskraft als Territorien. Der finale Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft, der durch den Abriss der Verbindung zu Russland unvermeidlich geworden war, musste automatisch eine Emigration auslösen, die Deutschland und übrigens auch Russland unter sich aufteilen konnten. Und genau so geschah es.

Amerika hatte an der ganzen Sache kein Interesse, auch wenn Deutschland in seiner speziellen friedvollen Hybris immer noch darauf vertraute, dass die USA seine Sicherheit gewährleisten. Diese waren jedoch von ihrem Schützling mitgerissen worden und mussten folgen, ja diesen sogar überbieten, da sie sonst Gefahr liefen, jede Kontrolle in diesem wesentlichen strategischen Gebiet zu verlieren, wo Russland und Deutschland aufeinandertreffen, um sich zu bekämpfen oder zu verhandeln.

Den Nahen Osten, einen ihrer drei Herrschaftspole neben Europa und Ostasien, haben die Amerikaner aufgegeben. Sie können sich nicht damit abfinden, dass ein Europa entsteht, das ohne sie zurechtkäme. Wenn sie jetzt in die Ukraine eingreifen, geschieht dies nicht, um Russland durch Offensivaktionen zu brechen, sondern um Deutschland zu halten und die sich abzeichnende eigenmächtige (und sehr ungeschickte) autonome Europapolitik zu verhindern.⁷ Amerika im Jahr 2015 ist eindeutig in einen Defensivmodus übergegangen.

Hören wir Antony Blinken im Juni 2015 zu, damals stellvertretender Außenminister unter Obama: » Sowohl in der Ostukraine als auch im Südchinesischen Meer beobachten wir Bemühungen, den *Status quo* einseitig und gewaltsam zu verändern – Überschreitungen, denen sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten entgegenstellen.«⁸ Die Formulierung spiegelt eine absolut defensive Haltung wider. Dies ist insofern einzigartig, als sich die Vereinigten Staaten an den Grenzen Russlands (im Baltikum) und Chinas (in Taiwan) niedergelassen haben, sehr, sehr weit von ihren eigenen Grenzen entfernt. Eine größenwahnsinnige Verteidigungshaltung, könnte man sagen, besonders für ein Land, das in seinem Innern immer schwächer wird. Im Jahr 2014 eroberte Russland die Krim zurück. Die USA hatten sich nicht gerührt. Am 30. September 2015 griff Russland in Syrien ein. Die USA rührten sich nach wie vor nicht.

2016 bis 2022: Die Falle des ukrainischen Nihilismus

Am 23. Juni 2016 entscheidet sich das Vereinigte Königreich für den Brexit. Am 8. November wird Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt. Die angloamerikanische Welt gerät in einen Schwebestand. Aus Sicht der historischen Soziologie ist dies, wir wiederholen es, das Jahr des absoluten Nullpunktes. Nun werden wir strategische Entscheidungen ohne jede Logik beobachten und erklären müssen. Reine Zufälle. Noch ist es nicht so weit, aber wir müssen uns auf geopolitische Äquivalente der Massenschießereien vorbereiten, wie sie sich seit den 2010er-Jahren in den USA häufen.

Lange habe ich nach einer Kohärenz in der Außenpolitik Trumps gesucht. Damit musste ich

aufhören. Man beschuldigt ihn, von der Unterstützung Putins profitiert zu haben, jedoch ist er es, der ab Dezember 2017 anfang, die Ukrainer zu bewaffnen, während sich Obama dem noch verwehrt hatte. Trump lieferte den Ukrainern Javelin-Panzerabwehrraketen, die diese seit 2014 gefordert hatten. Diese furchterregenden Waffen werden es der ukrainischen Armee im Februar und März 2022 ermöglichen, die russische Offensive auf Kiew zu durchbrechen. Noch weiß es niemand, aber diese Raketen werden der Schnapper sein, in dem die USA in der sich schließenden Falle festklemmen.

Unter Trump wuchert der Blob nicht mehr nur, er wird chaotisch. Die Neokonservativen schaffen es nicht, sich mit dem Präsidenten des »America first« zu identifizieren, der durch seine Proklamationen jeglicher internationalen Verpflichtung feindlich gegenüberzustehen scheint: der NATO wie dem Krieg, und der so ihre Karrieren in Gefahr bringt. Robert Kagan, eine Säule der Republikaner, verschwindet für einen Moment von der Bildfläche und taucht 2020 an der Seite der Demokraten wieder auf. Im September 2018 veröffentlicht er ein pessimistisches Buch, *The Jungle Grows Back*, das recht anschaulich den neuen Geisteszustand des Blob beschreibt, den ich als regressiv-gewalttätig einstufen würde. Kagan lässt erneut sein Ressentiment gegen die Alte Welt herausbrechen: Japan und Deutschland sind allein dank der amerikanischen Armee demokratisch geworden (was nicht falsch ist, nur Russland hat sich aus eigener Kraft aus dem Totalitarismus herausgearbeitet). Er bekräftigt nochmals, dass militärische Maßnahmen notwendig seien, aber auf defensive Weise. In diesem schluderigen Buch findet sich der blinde Fleck der meisten amerikanischen Geopolitiker wieder: Kagan negiert den wirtschaftlichen Niedergang der USA.⁹

Sicherlich gibt es in Washington mittlerweile eine antichinesische Linie, die Republikaner und Demokraten eint, aber sie ist in ihren Anfängen vor allem ökonomischer Natur und wird sich als Fehler erweisen. Die protektionistische Wende kann nicht erfolgreich sein, weil Amerika industriell bereits zu geschwächt ist und vor allem, weil es strukturell ein Opfer seiner »Super Dutch Disease« ist, deren toxischer Wirkstoff der Dollar ist, wie wir gesehen haben. Eine Industrie aufzubauen, die die Importe ersetzen würde, gelingt ihm nicht. Auf jeden Fall sind die erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte nicht mehr da. Man kann überbezahlte Zahnärzte und Arbeiter, die durch den Niedergang der Automobilindustrie arbeitslos geworden sind, nicht wieder zu Herstellern von Mikroschaltkreisen umschulen.

Trump's Außenpolitik ist erratisch. Am 6. Dezember 2017 erkennt er Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Warum? Um die jüdisch-amerikanische Wählerschaft zu bezirzen? Doch diese ist mehrheitlich demokratisch und wird es auch bleiben. Um den Evangelisten einen Gefallen zu tun? Doch diese haben aufgehört, als politische Kraft zu existieren. Eine Laune also? Warum nicht? Am 8. Mai 2018 verkündet er, dass sich die USA aus dem irakischen Atomabkommen zurückziehen werden und dass das »Niveau der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran so hoch wie möglich« sein werde. Um Israel einen Gefallen zu tun? Um zu bewirken, dass der Ölpreis steigt, da die amerikanischen Ölgesellschaften eher republikanisch eingestellt sind? Warum nicht? Genauso könnte man die Sanktionen gegen Venezuela erklären: Sie treiben den Ölpreis in die Höhe, bei dem die USA 2018 eine Netto-Null-Bilanz erreichen. Jedoch bedeutet eine Null-Bilanz ja gerade, dass auch der finanzielle Gewinn des Landes bei null liegt, obwohl die Unterstützung des Ölpreises im Inland den texanischen Ölgesellschaften gelegen gekommen sein dürfte. Nullmoral? Ich schließe nicht einmal die Möglichkeit aus, dass Trump eine kindliche Freude daran hatte, »Nein!«, »Gut gemacht!« oder »Pups!

« zu sagen, als neue Modalitäten der amerikanischen Außenpolitik. Trotzdem unterzeichnete Trump in einem letzten Anflug von Klarheit in Doha mit den Taliban ein Abkommen über den Rückzug aus Afghanistan.

Die Inkohärenz setzt sich bis zum Ende seiner Amtszeit fort. Er drohte, die NATO zu verlassen, doch das hielt das Bündnis nicht davon ab, sich weiter zu vergrößern, indem es 2017 Montenegro und 2020 Nordmazedonien aufnimmt.

Joe Biden wird im November 2020 gewählt. Zunächst scheint er an die vernünftige Geisteshaltung Obamas anzuknüpfen. Die amerikanischen Truppen ziehen sich am 30. August 2021 aus Afghanistan zurück (gemäß dem von Trump ausgehandelten Abkommen). Die Evakuierung erfolgt unter beschämenden Bedingungen, aber daran sind wir seit dem Fall Saigons gewöhnt. Ein amerikanisches Debakel im alten Stil hatte sogar etwas Beruhigendes. Biden nimmt die Verhandlungen mit dem Iran wieder auf. Gegenüber den Europäern gibt er sich wieder höflich. Nichts deutete darauf hin, dass er gegenüber Russland eine aggressivere Haltung einnehmen würde. Die Aufrüstung der Ukraine unterdessen geht weiter. Vor dem Hintergrund des staatlichen und sozialen Zerfalls der USA (man denke an den Sturm von Trump-Anhängern auf das Kapitol am 6. Januar 2021) könnte man die Hypothese aufstellen, dass sich der Staat in seine verschiedenen Organe aufspaltet – Armee, Polizei, Marine, Geheimdienste –, welche nun ohne Kontrolle oder Koordination agieren. Ich denke an etwas wie die »Blobisierung« eines Staates.

Die Vereinigten Staaten (oder ihre Bestandteile) werden gegen ihren Willen nach Europa gezogen. Das deutsche Problem schwillt an: Die Arbeiten an Nord Stream 2 werden gegen Ende 2021 abgeschlossen, ein Symbol für die deutsch-russische Verständigung, die der Blob so fürchtet. Vor allem gewinnt der ukrainische Nationalismus an Macht. Die Regierung in Kiew verfolgt ihren unmöglichen, also nihilistischen Traum, den Donbass und die Krim zurückzuerobern und russische Einwohner erneut zu unterwerfen (oder zu vertreiben), indem man ihnen den Gebrauch ihrer Sprache verbietet. Sie verhält sich nicht nur, als wäre die Ukraine *de facto* bereits Mitglied der NATO (wie Mearsheimer richtig anmerkt), sondern sogar, als wäre die NATO eine Offensivallianz im Dienste ihrer *De-facto*-Mitglieder!

Das Misstrauen der Russen ist daher vollauf gerechtfertigt: Gegen Ende 2021 ist ein ukrainischer Angriff in Vorbereitung. Doch zu diesem Zeitpunkt ist das Weiße Haus nicht der Auftraggeber. Vielleicht dieser oder jener Zweig der CIA, ich weiß es nicht. In jedem Fall findet sich Washington innerhalb weniger Wochen in einem verallgemeinerten Konflikt gefangen.

Am 17. Dezember 2021 schreibt Putin an die Atlantische Allianz und bittet sie um schriftliche Garantien in Bezug auf die Ukraine. Am 26. Januar 2022 antwortet Blinken: »Es gibt keine Veränderung und es wird auch keine geben.« Was nicht bedeutet, dass die NATO angreifen wird.

Putin war sich bewusst, dass die US-Regierung nicht etwas nachgeben konnte, das in Wahrheit ein Ultimatum war, dass sie das Prinzip der Garantien, das seine Schwächen offenbaren würde, nicht anerkennen konnte. Blinken tat also, was Putin von ihm erwartete: Er sagt »Nein«. Russland tritt zu dem von ihm gewählten Zeitpunkt in den Krieg ein. Die Russen hatten die Kräfteverhältnisse ausgewertet und beschlossen, dass sie aus militärischen und demografischen Gründen ein optimales Zeitfenster zwischen 2022 und 2027 haben würden. Russland hatte zwar das Potenzial der ukrainischen Armee unterschätzt, nicht aber das sehr schwache industrielle Potenzial der NATO.

Der effektive Widerstand Kiews, der die Illusion erschuf, ein westlicher Sieg sei möglich, wird sich für die Vereinigten Staaten als das ultimative Drama herausstellen. Die ersten Erfolge der Ukrainer verdrehten dem Blob, den die Neokonservativen manipuliert hatten, den Kopf. Der Rückzug der Russen aus dem Norden der Ukraine, der Erfolg der ukrainischen Gegenoffensive im Herbst 2022 – im Süden bei Cherson, im Osten in der Oblast Charkiw – erlaubten dem Militarismus, mental Einzug im Weißen Haus zu halten. Die Dynamik des Krieges war unwiderstehlich geworden, denn Krieg ist, immer und überall, eine der Virtualitäten des Nihilismus. Der militärische Rückzug der USA in den Jahren 2008 bis 2016 war vernünftig, aber fragil, weil er zu einer Zeit stattfand, als ein Nihilismus aufkeimte, der im Jahr 2022 plötzlich im Gleichklang mit dem ukrainischen Nihilismus schwang.

Die vorübergehenden militärischen Erfolge des ukrainischen Nationalismus haben die Vereinigten Staaten in eine Eskalation gestürzt, aus der sie nicht mehr herauskommen können, wenn sie nicht einen Niedergang erleiden wollen, der nicht nur einfach lokal, sondern umfassend wäre: militärisch, wirtschaftlich und ideologisch. Eine Niederlage hieße jetzt: deutsch-russische Annäherung, die Entdollarisierung der Welt, das Ende der Importe, die von der »kollektiven Inlands-Notenpresse« bezahlt werden, große Armut.

Ich bin aber keineswegs sicher, ob sich die Leute in Washington dessen bewusst sind. Beten wir sogar dafür, dass sie es nicht sind und dass sie sich als fähig erweisen, einen Frieden zu schließen, von dem sie glauben können, dass er für sie und für Kiew nur ein weiteres Saigon, ein weiteres Bagdad oder ein weiteres Kabul ankündigt.

Der soziologische Nullzustand Amerikas jedenfalls verbietet uns jede vernünftige Vorhersage über die letztendlichen Entscheidungen seiner Politiker. Behalten wir vor Augen, dass der Nihilismus alles, wirklich alles möglich macht.

Doëlan, den 30. September 2023.

Nachbemerkung

Der amerikanische Nihilismus: Gaza bringt den Beweis

Die drei Wochen, die auf das Wiederaufflammen des Konfliktes zwischen Israel und der Hamas am 7. Oktober 2023 folgten, haben uns die rohe, impulsive Vorliebe Washingtons für Gewalt vor Augen geführt. Konfrontiert mit einem Krieg, der auf beiden Seiten vor allem Zivilisten tötete, setzten sich die Vereinigten Staaten augenblicklich für eine Verschärfung des Konflikts ein.

Bereits am 8. Oktober verlegten sie einen ersten Flugzeugträger ins östliche Mittelmeer, um Israel zu unterstützen, gefolgt von einem zweiten am 14. Oktober. Diese instinktive Reaktion entsprach keinerlei militärischen Notwendigkeit. Denn wer hätte an einen iranischen Angriff glauben sollen? Israel ist im Besitz der Atomwaffe, der Iran nicht.

Joe Biden unternahm daraufhin einen Solidaritätsbesuch in Tel Aviv und hielt bei seiner Rückkehr am 20. Oktober eine Rede, die von kindlicher Simplität war: Hamas = Putin, Israel = Ukraine. Er vergaß, dass in Israel fast eine Millionen Bürger aus Russland leben, die sehr an ihrer ursprünglichen Kultur hängen und die nicht verstehen können, was auch immer die westlichen Medien da berichten, sei es über die Ausrottung der russischen Sprache durch Kiew oder die Nazi-Symbole der ukrainischen Extremisten. Die Gleichgültigkeit Washingtons gegenüber konkreten Israelis ist faszinierend. Das Land, mit dem sich die USA grenzenlos solidarisch erklärten, ist rein imaginär.

Am 27. Oktober 2023 weigerten sich die Vereinigten Staaten, einer von Jordanien vorgeschlagenen Resolution für einen »sofortigen, dauerhaften und verlängerten Waffenstillstand« zuzustimmen. Nun stimmten aber hundertzwanzig Nationen dafür, fünfundvierzig enthielten sich, und nur vierzehn stimmten dagegen – Israel, die USA, Fidschi, Tonga, die Marshallinseln, Mikronesien, Nauru, Papua-Neuguinea, Paraguay, Guatemala sowie Österreich, Ungarn, die Tschechische Republik und Kroatien (das Phantom der Österreichisch-Ungarischen Monarchie?). Das amerikanische Votum gegen den Waffenstillstand ist nihilistisch, es lehnt eine gemeinsame Moral der Menschlichkeit ab.

Die Mehrheit der westlichen Staaten enthält sich der Stimme, einschließlich der amerikanischen Achse in Europa, darunter das Vereinigte Königreich, Polen und die Ukraine. Frankreich, Norwegen, Irland, Spanien und Portugal stimmten dem jordanischen Antrag zu, ebenso wie Russland und China. Deutschland enthielt sich und schwächte dabei seine aus Tradition prinzipiell israelfreundliche Haltung.

Die Fehlausrichtung des Westens offenbart zwar ebenso eine weiterbestehende, gewöhnliche Moral (Massaker an Zivilisten müssen aufhören), aber zweifellos auch einen Angstreflex angesichts der strategischen Verantwortungslosigkeit der Vereinigten Staaten. Denn mit diesem Votum beschließen die USA, sich mitten im Ukrainekrieg sofort und dauerhaft von der muslimischen Welt zu entfremden.

Die am wenigsten beunruhigende Interpretation würde die Unterstützung der USA im Krieg gegen die Hamas als Mittel darstellen, sie vergessen zu lassen, dass sie dabei sind, den Ukrainekrieg zu verlieren. Endlich ein Operationsgebiet, in dem sie frei agieren und ohne Angst vor russischen Vergeltungsmaßnahmen Syrien noch ein wenig weiter bombardieren können, oder eines Tages vielleicht den Iran. Das östliche Mittelmeer ist in der Tat das einzige Meer, in dem die amerikanischen

Flugzeugträger einsatzfähig bleiben, nachdem sie durch die Hyperschallraketen Chinas für die Verteidigung Taiwans überflüssig geworden sind. Müde schickte Waldimir Putin am 18. Oktober mit Kinjal-Raketen bewaffnete Migs über das Schwarze Meer, die in der Lage wären, diese Flugzeugträger in fünf bis zehn Minuten zu schlagen.

Die westliche Presse, die uns monatelang mit der Illusion einer siegreichen ukrainischen Gegenoffensive gefüttert hatte, war unbestreitbar erleichtert, ihre Aufmerksamkeit auf diesen neuen Krieg richten zu müssen.

Was die Vereinigten Staaten betrifft, so erlaubt uns das Konzept der Nihilismus, in der Interpretation noch weiterzugehen: Ihr unüberlegtes und pauschales Engagement an der Seite von Israel ist ein suizidäres Symptom.

Die NATO befindet sich im Krieg. In Kapitel XI haben wir gesehen, dass die Mehrheit der nichtwestlichen Länder (der Rest-der-Welt) Russland zugeneigt ist und dass ihre Weigerung, die westlichen Sanktionen zu befolgen, der russischen Wirtschaft dazu verholfen hat, sich zu halten. Wir haben gesehen, wie Saudi-Arabien im Einklang mit Russland den Ölpreis abstimmte und sich mit dem Iran (einem Verbündeten Russlands) unter der wohlwollenden Aufsicht Chinas (eines Verbündeten Russlands) versöhnte. Die NATO ist überdies im Begriff, den industriellen Krieg zu verlieren, da sie außerstande scheint, Munition und Raketen in ausreichenden Mengen zu produzieren. Anfang Oktober 2023 war das Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive aus dem Sommer allgemein bekannt und man begann, über einen Zusammenbruch der Kiewer Armee zu spekulieren. Gerade vor diesem Hintergrund hat sich die amerikanische Regierung dafür entschieden, die Unterstützung der muslimischen Welt für Russland zu stärken. Die kriegstreiberische Haltung der Biden-Regierung gab Russland, das sich im Krieg befand, dennoch die Möglichkeit, als Friedensmacht aufzutreten. Für die arabische Welt ist Russland nun gar zum einzig möglichen Schutzschild gegen die erneute Gewalt der USA geworden. Washingtons Vorliebe für den Krieg lässt uns vermuten, dass sich die Israelis eines Tages, wenn sie den endlosen Krieg müde geworden sind, schließlich Russland zuwenden werden, dem sie menschlich nahestehen, damit es ihnen hilft, aus diesem Sumpf der Vergeltungsmaßnahmen herauszukommen.

Wenn wir die strategischen Entscheidungen der Vereinigten Staaten vorhersehen wollen, müssen wir also dringend das Axiom der Rationalität aufgeben. Die USA sind nicht auf der Suche nach Gewinnen, indem sie Kosten abwägen. Im Dorf Washington, im Land der Massenerschießungen, zur Stunde der Nullreligion, ist der erste Impuls ein Drang zur Gewalt.

30. Oktober 2023.

Der (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) schwierige Frieden – ein Nachwort zur deutschen Ausgabe

Dieses Buch wurde in den Monaten Juli, August und September 2023 geschrieben, dem Sommer der ukrainischen Gegenoffensive. Es handelte sich damals um ein in die Zukunft blickendes Buch. Der Fall der Ukraine ist heute offensichtlich und das Buch ist also de facto zu einer eher klassischen historischen Erklärung geworden. Zugegeben, die im Vergleich zu Russland geringe Größe der Ukraine und die militärisch-industrielle Unzulänglichkeit der USA machten die Vorhersage leicht. Man musste nur verstehen, dass die Langsamkeit des russischen Vorgehens nicht auf eine besondere Unfähigkeit zurückzuführen war, sondern auf den Willen, Menschen zu sparen, ganz im Gegensatz zu dem, was uns die westlichen Medien unermüdlich erzählten. Presse und Fernsehen schilderten uns Tag für Tag eine russische Strategie, die wie zu Stalins Zeiten auf den massiven Einsatz von Kanonenfutter setzte. Während ich diese Zeilen schreibe, Anfang Juli 2024, ist das Gegenteil der Fall und die Analyse in diesem Buch bleibt gültig: Die russische Armee rückt entlang der gesamten Front vor, langsam, aber mit einer ganz allmählichen Beschleunigung. Ihr unmittelbares Ziel ist nicht die Eroberung von Territorien, sondern die materielle und menschliche Zerstörung der ukrainischen Armee, die ihrerseits zu wenige Soldaten hat und von der NATO nicht ausreichend mit Waffen versorgt wird. Da sie das russische Spiel mitspielt, opfert die weitgehend vom Pentagon gesteuerte ukrainische Armee bei ihren Verteidigungsanstrengungen frisch rekrutierte und schlecht ausgebildete Wehrpflichtige. Eines Tages, so das russische Kalkül, wird sie zusammenbrechen und mit ihr das Regime in Kiew.

All dies ist nicht schwer zu verstehen. Die Hypothese eines militärisch-industriellen Neustarts der USA ist aufgrund ihrer Armut an Ingenieuren und ihrer unüberwindbaren Vorliebe für die Produktion von Geld statt von Maschinen ausgeschlossen. Selbst wenn sich ein leichter Fortschritt bei der Waffenproduktion abzeichnete, würde sich dann natürlich China, das immer noch die offizielle Zielscheibe der USA ist, industriell an der Seite Russlands engagieren, um die westlichen Bemühungen zunichtezumachen. Aber auf eine allgemeinere Art und Weise sorgen der moralische und soziale Zusammenbruch, der aus dem Nullzustand des Protestantismus resultiert – welcher den theoretischen Kern dieses Essays ausmacht – dafür, dass der amerikanische Niedergang unumkehrbar ist. Dieses Buch wurde von einem Leser von Marx und Weber geschrieben, nicht von Clausewitz oder Sun Tzu.

Der »Rest der Welt« zieht Russland vor, das wird immer deutlicher. Seine Gleichgültigkeit gegenüber den Anliegen des Westens hat dazu geführt, dass die russische Wirtschaft dem Schock der Wirtschaftssanktionen standhalten konnte. In jüngster Zeit hat die Unmoral des Westens in Bezug auf das Palästinenserproblem diesen Rest der Welt in seiner Feindseligkeit nur noch bestärkt. Die blutige Strafexpedition des Staates Israel in Gaza, die von Europa und den USA akzeptiert und vor allem mit amerikanischen Waffen durchgeführt wurde, hat die gesamte muslimische Welt auf die Seite Russlands getrieben. Die militärische Schwäche der arabischen Welt und die pathologische

Feindseligkeit der USA gegenüber dem Iran haben dazu beigetragen, dass sich Russland in der Praxis ohne besondere diplomatische Bemühungen zu einer Art Schutzschild des Islams entwickeln konnte.

Russland wurde keineswegs an den Rand gedrängt, sondern ist wieder zu einem zentralen Akteur in der Welt geworden.

Die Ukraine konnte also ihr Ziel, alle ihre Gebiete zurückerobern (unter der technischen Leitung des Pentagons), einschließlich der Bevölkerung auf der Krim und im Donbass, die nicht nur russischsprachig ist, sondern sich auch als russisch betrachtet, nicht erreichen. Die Historiker der Zukunft werden dieses Projekt der Unterwerfung russischer Bevölkerungsgruppen durch das Kiewer Regime als Marker für einen westlichen Angriffskrieg in Erinnerung behalten. All diese Elemente wurden in diesem Buch, das in gewissem Sinne bereits ein Geschichtsbuch ist, eingehend analysiert.

In diesem Postskriptum möchte ich jedoch eine neue, zukunftsgerichtete Frage stellen: Warum akzeptiert der Westen seine Niederlage nicht? Warum scheint er, während ich dies schreibe, bereit zu sein, auch den letzten Ukrainer zu opfern und vor allem durch seine Pläne, mit Langstreckenraketen russisches Territorium anzugreifen, das Risiko eines thermonuklearen Schlagabtauschs mit Russland einzugehen?

Die russische Militärdoktrin ist explizit geboren aus der massiven demografischen Überlegenheit des Westens seit dem Zerfall der UdSSR: Im Falle einer Bedrohung für Nation und Staat wird sich Russland taktische Nuklearschläge, das heißt auf dem Schlachtfeld, erlauben. Mein Eindruck ist, dass dieses doktrinäre Element in erster Linie auf die Polen abzielt, die an der russischen Grenze traditionell sehr unruhig sind. Die Leichtfertigkeit, mit der westliche Politiker und Journalisten mit dieser Doktrin umgehen, macht mir Angst.

Die Blindheit gegenüber dem nuklearen Risiko ist nicht die einzige. Es gibt noch eine andere, die im Grunde noch seltsamer ist und die nihilistische Komponente der westlichen Haltung noch mehr offenbart. Diese zweite und erstaunliche Blindheit kann man so formulieren: Die Möglichkeit des Friedens wird von unseren Politikern verneint, als ob er, mehr noch als ein thermonuklearer Austausch, eine Bedrohung wäre. Die Russen wiederholen nämlich immer wieder, dass sie nicht die Absicht haben, ihre Armee über die Ukraine hinaus zu führen. Für einen Historiker oder Demografen ist das eine Tatsache. Ich hatte übrigens die Gelegenheit, in einem französischen Fernsehsender europäische Politiker, Journalisten und Akademiker als geistig »gestört« zu beschreiben, die glauben, dass Russland mit seiner schrumpfenden Bevölkerung von 144 Millionen Menschen, das Mühe hat, seine 17 Millionen Quadratkilometer zu besetzen, sich nach Westen ausdehnen will. Dieselben Eliten, die gestern nicht in der Lage waren, vorherzusehen, dass Russland Krieg führen würde (Moskau hatte immerhin angekündigt, dass es die Aufnahme der Ukraine in die NATO nicht akzeptiert werden würde), sind heute nicht fähig, sich vorzustellen, dass Russland danach Frieden will, nicht aus Gutmütigkeit, sondern weil es in seinem Interesse liegt.

Russland wird in der Ukraine nicht nachgeben. Europa ist in keiner Weise bedroht. Frieden sollte möglich sein.

Ich werde die Hauptgründe untersuchen, die trotz dieser beiden offensichtlichen Tatsachen – nämlich erstens eines totalen Risikos im Falle einer Verschärfung des Krieges und zweitens eines nicht vorhandenen Risikos für die West- und Mitteleuropäer im Falle der Unterzeichnung eines Vertrags durch die Russen, der die Ukraine neutralisiert – den Frieden zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich machen.

Der (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) unmögliche Frieden

Entsprechend der allgemeinen Methode dieses Buches eines (absolut westlichen, aber nicht ideologischen) Historikers werde ich zunächst die russische Perspektive untersuchen. Ich werde eine plausible russische Haltung darstellen, die ich durch eine logische Rekonstruktion erhalte, ohne persönlich irgendwelche direkten Informationen aus dem Kreml zu besitzen. Angesichts einer NATO, die ihr Engagement immer weiter steigerte, mussten die russischen Ziele nach oben korrigiert werden. Die Neutralisierung der Ukraine und die Annexion des Donbass sind nicht mehr die einzigen Ziele Moskaus. Die teilweise eroberten Oblaste Saporischschja und Cherson wurden annektiert.

Doch drei neue Elemente sind nun über diese jüngsten Annexionen hinaus von entscheidender Bedeutung.

Die Bemühungen der britischen Dienste, von Odessa aus Marinedrohnenangriffe auf die russische Flotte in Sewastopol zu organisieren, machten die Eroberung von Odessa zu einer Notwendigkeit, um den großen russischen Marinestützpunkt zu sichern. Die Ukraine vom Schwarzen Meer abzuschneiden, ist jetzt auch ein Kriegsziel.

Die Versorgung der Ukraine mit Waffen mit größerer Reichweite zwingt die Russen zu einer territorialen Eroberung, die sie bis zum Dnepr führen wird, um die Bedrohung zurückzudrängen.

Diese Ausweitung der territorialen Ziele wird durch ein drittes, entscheidendes Element unumgänglich gemacht, das mittlerweile zum Axiom der Außenpolitik der russischen Führung geworden ist: Der Westen ist unzuverlässig. Kein unterzeichneter Vertrag wird sie mehr in Bezug auf die Schaffung eines dauerhaften Friedens beruhigen. Die Russen halten es für möglich, dass die politischen und militärischen Investitionen der NATO in der Ukraine jederzeit, auch nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrags, wiederaufgenommen werden. Nur der Aufbau einer »technischen« und endgültigen Machtposition wird sie vor einer Wiederaufnahme der NATO-Expansion schützen.

Fassen wir also zusammen, wie die russischen Ziele zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussehen müssen: Eroberung des linken Dnepr-Ufers und der Oblast Odessa, Errichtung eines »befreundeten« Regimes in Kiew, das dank der russischen Präsenz im Ballungsraum Kiew am linken Dnepr-Ufer leicht überwacht werden kann.

Mein Modell enthält zwei Unwägbarkeiten. Ich habe keine »positiven« Annahmen über das endgültige Schicksal der Westukraine um Lwiw. Beabsichtigen die Russen, sie abzutrennen und dem Westen zu überlassen, um die verbleibende »unabhängige« Ukraine vom Einfluss des intensiv nationalistischen Gebiets im Westen zu befreien? Ich muss sagen, dass es ein guter Streich wäre, den man der NATO spielen könnte, ihr von allen gerade die Verwaltung dieser fieberhaften Region zu überlassen. Aber, in aller Offenheit, ich kann keinen Sinn für Humor in die geopolitische Spekulation einbeziehen.

Die zweite Unsicherheit betrifft die baltischen Staaten, von denen zwei, Estland und Lettland, große russischsprachige Minderheiten einschließen, die schlecht behandelt werden, und der dritte, Litauen, den Zugang zur russischen Enklave Kaliningrad blockiert. Die Russen könnten versucht sein, sie in die Schranken zu weisen, vielleicht um Europa die Unzuverlässigkeit der Amerikaner und den viel mehr werbewirksamen als effektiven Charakter der NATO zu demonstrieren. Ich glaube nicht daran.

Russen spielen nicht Poker, sondern Schach. Die Balten trotz ihrer ebenso lächerlichen wie unerträglichen antirussischen Kriegstreiberei in Frieden zu lassen, wäre für Russland die beste Möglichkeit, Europa seinen Willen zu Frieden und Verständigung zu signalisieren. Diese emotionslose Diplomatie würde eher ihrer Art entsprechen. Es bleibt ein Geheimnis.

Lassen Sie uns unsere Untersuchung der russischen Haltung mit der Frage der US-Wahlen und einer Gewissheit abschließen. Spekulationen über die diplomatischen Folgen eines Wahlsiegs von Trump, einem angeblichen Befürworter eines Abkommens mit Russland, sind absurd. Die Russen wissen das und sagen es auch. Es sind die Vereinigten Staaten, denen sie gegenüberstehen, und nicht ihr Präsident. Diese Wahrheit lässt sich anhand der Iran-Frage so einfach demonstrieren wie die Lösung eines Systems von Gleichungen ersten Grades mit zwei Unbekannten. Wenn eines der »Prinzipien« der US-Diplomatie die Unzuverlässigkeit im Bündnis ist, so ist das komplementäre Prinzip der russischen Diplomatie die Verlässlichkeit. Trump ist Russland gegenüber weniger feindselig eingestellt und könnte ihm in einem seiner Anfälle von Fantasie einige Angebote machen. Aber Trump, ein radikaler Pro-Israeli, ist dem Iran gegenüber erbittert feindselig eingestellt. Stellen wir uns also vor, Trump würde Russland entgegenkommen, aber seine Aggressivität gegenüber dem Iran verdoppeln, wie es bei seiner Aufkündigung des Atomabkommens im Mai 2018 der Fall war. Der Iran ist heute, viel mehr als noch 2018, ein stabiler Verbündeter Russlands. Die beiden Länder tauschen Militärtechnologien aus. Russland wäre dem Iran gegenüber loyal, also solidarisch, und die USA hätten Russland immer noch als Hauptgegner.

Zurück zu den wahrscheinlichen russischen Zielen – Eroberung des linken Dnepr-Ufers, der Oblast Odessa und Errichtung eines »befreundeten« Regimes in Kiew. Für die Strategen in Washington sind solche Ziele inakzeptabel. Ihre Verwirklichung würde Russland zwar in Sicherheit bringen, mehr nicht, aber für die USA eine existenzielle Gefahr nichtmilitärischer Natur darstellen. In diesem Buch habe ich untersucht, wie die schwindende, ja sogar sich im Rückzug befindende Macht der USA vom Kiewer Regime, dem Geschöpf der USA, das in der amerikanischen Expansionsphase der Jahre 1990 bis 2007 entstanden ist, in eine strategische Falle gelockt wurde. Es ist erstaunlich, wie die USA an zwei Fronten – in der Ukraine und in Israel – von radikalisierten Verbündeten, die sie mitgeformt haben, in blutige Kriege hineingezogen werden, die ihren Status als Weltmacht verschlechtern. Die Verwirklichung der russischen Ziele wäre für die ganze Welt ein Beweis für die Unfähigkeit der USA, ihren ukrainischen Verbündeten zu unterstützen, für ihre industrielle Unfähigkeit, genügend Waffen zu produzieren, und auch für ihre militärische Inkompetenz, da die Gegenoffensive im Sommer 2023 vom Pentagon entworfen worden war. Ich glaube, dass das US-Militär bei dieser Gelegenheit entdeckt hat, was ein Krieg nicht-«kolonialer« Natur ist, also gegen einen Gegner, der auf einer vergleichbaren Stufe steht, anders als es bei Serbien, dem Irak oder Afghanistan der Fall war. Ich glaube, aus den russischen Äußerungen während des Jahres 2024 ihre Erleichterung herausgehört zu haben, nachdem die begrenzten technischen Fähigkeiten der amerikanischen Waffen, die zuvor von allen überschätzt worden waren, sich gezeigt hatten. Ein Frieden zu russischen Bedingungen würde für die USA einen Prestigeverlust bedeuten, der das Ende des amerikanischen Zeitalters in der Welt, den Niedergang des Dollars und der amerikanischen Fähigkeit, von der allgemeinen Arbeit auf dem Planeten zu leben, anzeigen würde. In der Geopolitik ist Lächerlichkeit tödlich.

Wie ich im letzten Kapitel dieses Buches erläutert habe, haben die USA ab 2008 ihre Absicht aufgegeben, die Welt militärisch zu kontrollieren. Ihr begrenztes, aber lebenswichtiges Ziel ist seit

diesem Zeitpunkt, so denke ich, die Aufrechterhaltung des nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Imperiums: die Kontrolle über Westeuropa (heute erweitert um die ehemaligen Volksdemokratien), über Japan, Südkorea und Taiwan. Die Konzentration der industriellen Ressourcen des Westens ist dort heute spektakulär. Das Ungleichgewicht innerhalb der Handelsbilanz des »gemeinsamen Westens« zwischen Amerika und dem [von ihm] beherrschten Teil (405 Milliarden Dollar im Jahr 2023) ist relevanter als das zu China (279 Milliarden Dollar).

In der Kontrolle der Vasallen entscheidet sich das materielle Überleben der USA. Nun würde das Erreichen der russischen Ziele in der Ukraine, gefolgt von einem Ausbleiben der russischen Expansion in Europa – »Was? Es gab keine Bedrohung, wir haben die Ukraine umsonst unterstützt!« – zu einem Zerfall der NATO führen. Das würde vor allem dazu führen, dass die große amerikanische Angst wahr wird: die Versöhnung zwischen Deutschland und Russland. Der Krieg muss aus Sicht der USA weitergehen, nicht um die ukrainische »Demokratie« zu retten, sondern um ihre Kontrolle über Westeuropa und Ostasien aufrechtzuerhalten.

Spaltung und Umkippen Europas

Solange die Strategen in Washington die europäischen Eliten und Völker unter ihrer Kontrolle halten, wird der Krieg also weitergehen. Wenn es etwas gibt, worüber sich Russen und Amerikaner derzeit einig sind, dann ist es die Einschätzung über die europäische Führung. Sowohl in Washington als auch in Moskau werden die Europäer als Vasallen und Diener angesehen, die jede Fähigkeit zu eigenständigem Handeln verloren haben. Sie werden verachtet. Die in diesem Buch vorgestellte Analyse einer Konfrontation zwischen westlichen liberalen Oligarchien und russischer autoritärer Demokratie wird bald ihr ganzes Erklärungspotenzial offenbaren.

Zunächst möchte ich dieses Nachwort nutzen, um klarzustellen, dass ich glaube, in diesem Buch nicht genug auf die Gewalt hingewiesen zu haben, die die autoritäre russische Demokratie kennzeichnen kann, zweifellos, weil ich der Meinung war, dass die westliche Presse dies ausreichend mache und dass es allgemein bekannt sei. Daher erinnere ich hier, über den Fall Nawalny hinausgehend, daran, dass die Einhegung der russischen Oligarchen (paradoxiereise eines der Elemente, die es technisch ermöglichen, das russische Regime als demokratisch zu definieren) durch Gewalt erfolgte. Erinnern wir uns an die statistisch signifikante Anzahl von Führungskräften des russischen Öl- und Gassektors, die zu Beginn des Krieges durch Unfälle oder Selbstmord auf suspekter Art und Weise ums Leben kamen.

Es bleibt festzuhalten, dass der Westen oligarchisch strukturiert ist und dass das NATO-System weit mehr ist als ein Schutz gegen Russland. Es repräsentiert in seiner jetzigen Form vielmehr einen Mechanismus, mit dem Washington die Kontrolle über die Eliten und Vasallenarmeen ausübt. Einige grundlegende Mechanismen dieser Herrschaft, aus dem Finanz- und dem IT-Bereich, habe ich in Kapitel 5, »Der assistierte Suizid Europas«, erläutert. Die Achse Washington–London–Warschau–Kiew ist nunmehr die grundlegende Achse der amerikanischen Macht in Europa. Ich möchte aber auch betonen, dass zwei winzige Länder, Norwegen und Dänemark, wesentliche Teile von Washingtons Kontrollmechanismus auf dem Kontinent sind: Norwegen für militärische Aktionen, Dänemark für die Überwachung der europäischen Regierungselite. Meine persönliche Bewunderung für die skandinavischen Länder (die ich mit 19 Jahren staunend mit dem Moped bereiste) hindert mich

nicht mehr daran, Norwegen und Dänemark als riesige amerikanische Flugzeugträger zu sehen, die am Kontinent angedockt sind, ähnlich wie der Staat Israel ein amerikanischer Flugzeugträger ist, der am Nahen Osten angedockt ist. Der niederländische Flugzeugträger scheint von den USA und Deutschland gemeinsam verwaltet zu werden.

Die Unsicherheiten der Zukunft betreffen Europa. Die grundlegende Unsicherheit besteht in der Fähigkeit europäischer Oligarchien, ihre Bevölkerungen in Feindschaft zu Russland zu halten oder sie sogar in einen direkten Krieg zu verwickeln, obwohl sie keinem Risiko ausgesetzt waren und obwohl die Konfrontation zu einer Verschlimmerung der materiellen Schwierigkeiten der Normalbürger führt. Immerhin haben die westlichen Sanktionen, deren Ziel die Zerschlagung der russischen Wirtschaft war, zu noch größeren Schwierigkeiten für das von natürlichen Ressourcen abgeschnittene Westeuropa geführt. Heute verschlechtert sich die Lage für Westeuropa und seine Völker, während die russische Wirtschaft ihre Umstrukturierung in Richtung Eigenständigkeit und Neuausrichtung auf Asien abschließt. Frankreich taucht in diesem Buch kaum auf, weil seine industriellen und militärischen Mittel begrenzt sind. Es scheint dies nachholen zu wollen, indem es zum ersten politischen Regime wird, das durch den Wirtschaftskrieg mit Russland zusammenbricht. Die Anti-Macron-Wut und die Lähmung des politischen Systems in Frankreich sind der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Ärmsten geschuldet, die durch die Sanktionen gegen Russland herbeigeführt wurde. Auch der Aufschwung des Rassemblement National bei den Wahlen im Juni und Juli 2024 resultiert aus dem Krieg. Frankreich ist in der Offensive unbedeutend, könnte sich aber in der Niederlage als strategisch wichtig erweisen.

Ich gebe zu, dass ich nicht in der Lage bin, die Entwicklung der Einstellungen in Europa vorherzusagen, aber ich kann einige Denkanstöße geben.

Auf der nordeuropäischen Achse, im Vereinigten Königreich, in Skandinavien, den Niederlanden, Polen und den baltischen Staaten, scheinen keine nennenswerten Veränderungen vorstellbar zu sein. Die Identifikation mit den USA und die Überschätzung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten sind dort ungebrochen.

Konzentrieren wir unsere Überlegungen und die Unsicherheit also auf die drei großen Gründerstaaten der Europäischen Union: Deutschland, Italien und Frankreich. Ich werde das Vereinigte Königreich als Leuchtfeuer verwenden, um eine maximale Russophobie zu definieren.

In diesen drei Ländern wie auch in der übrigen Union hat die russische Invasion in die Ukraine einen Schock ausgelöst und damit eine Einstellung, die der Ukraine sehr positiv und Russland sehr feindlich gegenübertritt.

Eine länderübergreifende Meinungsumfrage ermöglicht uns eine Bestandsaufnahme zu Beginn der ukrainischen Gegenoffensive im Sommer 2023.¹ Um einer allzu vagen Wahrnehmung nationaler Gefühle zu entgehen, werde ich die Frage nach der positiven oder negativen Einstellung zu Waffenlieferungen an die Ukraine verwenden.

	Für Waffenlieferungen	Gegen Waffenlieferungen

Deutschland	55	39
Italien	52	41
Frankreich	58	26
Vereinigtes Königreich	72	16

Tabelle 4: Meinungsumfragen zu Waffenlieferungen

Europa scheint in seiner Unterstützung für die Ukraine einmütig, aber nuanciert zu sein. Der größere Widerstand Italiens und Deutschlands gegen eine militärische Beteiligung scheint mir vor allem auf eine allgemeine Kriegsfeindlichkeit zurückzuführen zu sein, die sich in den Umfragen vor der Invasion wiederfindet und auf das Trauma des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen ist, in dem diese beiden Länder auf der falschen Seite standen. In Frankreich und noch mehr im Vereinigten Königreich bestand am Vorabend des Ukraine-Kriegs noch ein gutes historisches Gewissen, das den Militarismus begünstigte.

Wenn wir uns mit den oberen Klassen beschäftigen, können wir jedoch feststellen, dass Deutschland und Italien ihre Wirtschaft weniger finanzialisiert haben und ihre herrschenden Klassen weniger organisch mit denen der angloamerikanischen Welt verbunden sind. Frankreich hingegen scheint in einer Finanzialisierung ohne Wiederkehr versunken und kein industrielles Bürgertum dort mehr in der Lage zu sein, das nationale Wirtschaftsleben gegen eine Verlängerung oder Ausweitung des Krieges zu verteidigen. Dieser Unterschied offenbart ein potenziell demokratisches Element in Italien und Deutschland, indem die herrschenden Klassen die Interessen des Volkes berücksichtigen. Das Macron-Regime zeigt in seiner Entgleisung der ganzen Welt die erstaunliche Entfremdung in Frankreich zwischen den Eliten und dem Volk.

Am wichtigsten ist die Haltung der Völker gegenüber dem Krieg. Wie lange können sie die für sie katastrophalen Auswirkungen einer antirussischen diplomatischen oder militärischen Linie akzeptieren? Hier finden wir im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine die allgemeine Problematik dessen, was in Westeuropa als »Aufstieg des Populismus oder der extremen Rechten« bezeichnet wird, ein Aufstieg, der durch die Europawahlen im Juni 2024 bestätigt wurde. Die Medien werfen dieser bedrohlichen Kraft übrigens immer wieder eine – eingestandene oder geheime – antidemokratische Sympathie für das Russland Wladimir Putins vor. Und es stimmt, dass der europäische »Populismus« insgesamt deutlich weniger feindselig gegenüber Russland ist als der europäische »Elitismus«. Insofern vertritt er ziemlich genau die Interessen der Welt der unteren Schichten, deren Lebensbedingungen besonders stark von den antirussischen Sanktionen betroffen waren und bald noch stärker betroffen sein werden.

Klassenausrichtungen, die in einem marxistischen Sinne definiert werden, sind jedoch viel klarer als

ideologische Übereinstimmungen. Die Übereinstimmung der populären westlichen Wirtschaftsinteressen mit den strategischen Interessen Russlands ist ziemlich ausgeprägt. Die ideologische Situation hingegen ist mehrdeutig: Während die Feindseligkeit gegenüber der Einwanderung und damit auch gegenüber dem Islam für den europäischen Populismus grundlegend ist, ist sie es für den russischen Konservatismus in keiner Weise. Das Regime von Wladimir Putin hat das Ideal der nationalen Souveränität über alles gestellt und ist der Ansicht, dass eine gute Integration der 15 Prozent Muslime in der Russischen Föderation für die Nation lebenswichtig sei. Es stellt auch fest, dass die internationale Unterstützung der muslimischen Welt eine Priorität sei. Der russische Konservatismus ist dementsprechend »islamophil« und nicht, wie die europäischen Populisten, islamophob. Es gibt also ein latentes Missverständnis zwischen dem europäischen Populismus und Russland. Aus diesem Grund halte ich es aus geopolitischer Sicht für besser, die westlichen »populären« Einstellungen zum Krieg unabhängig von ihrer möglichen politischen Vertretung zu untersuchen.

Die bereits zitierte Meinungsumfrage sagt uns tatsächlich, dass in Deutschland, Italien und Frankreich die Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine in den unteren Schichten am stärksten ist.

Die Missbilligung von Waffenlieferungen steigt in Frankreich von 19 Prozent in der oberen Führungsebene auf 32 Prozent in der unteren Schicht, in Deutschland von 39 Prozent bei denjenigen, die mehr als 5 000 Euro verdienen, auf 45 Prozent bei denjenigen, die weniger als 1 000 Euro verdienen. In Italien ist der wirtschaftliche Gradient am stärksten ausgeprägt: Die Ablehnung von Waffenlieferungen steigt von 25 Prozent bei denjenigen, die mehr als 5 000 Euro verdienen, auf 48 Prozent bei denjenigen, die weniger als 1 000 Euro verdienen.

Das Vereinigte Königreich liefert uns den gegenteiligen Fall einer marginal höheren Missbilligung an der Spitze der Gesellschaft: 20 Prozent bei denjenigen, die mehr als 5 000 Euro verdienen, 17 Prozent bei denjenigen, die weniger als 1 000 Euro verdienen.

Diese Umfrage wurde durchgeführt, bevor die Niederlage der Ukraine feststand, bevor in den westlichen Medien die Bilder von jungen Ukrainern auftauchten, die vom Regime gejagt und an die Front geschickt wurden, und bevor die wirtschaftliche Stimmung in Westeuropa wirklich pessimistisch wurde.

Wir können also vorhersagen, dass in Italien, Deutschland und Frankreich die Feindseligkeit der unteren Bevölkerungsschichten gegenüber dem Krieg zunehmen wird.

Es wäre ironisch, wenn in einer Zeit des allgemeinen Rechtsrucks in allen mittleren und südlichen Teilen des europäischen Kontinents populäre Kreise auftauchen würden, die einen russischen Frieden befürworten. Das kommunistische Russland hatte in den westlichen Proletariern Verbündete gefunden. Das konservativ gewordene Russland würde seine Verbündeten immer noch in diesen westlichen Bevölkerungskreisen finden, die aber inzwischen ebenfalls konservativ geworden sind (meiner Meinung nach eher konservativ als populistisch oder rechtsextrem). Das Fortbestehen einer solchen Struktur von Ausrichtungen im Kontext eines konservativen Umschwungs würde an eine Parallelverschiebung im mathematischen Sinne erinnern.

Lassen Sie uns auf noch antikere Weise enden. Thukydides hatte in *Der Peloponnesische Krieg* festgestellt, dass die Konfrontation zwischen Sparta und Athen zu einer Konfrontation zwischen dem

oligarchischen und dem demokratischen Prinzip geworden war, bei der die innerstädtischen Bürgerkämpfe und die militärische Konfrontation zwischen den Städten allmählich zusammenliefen. Darauf steuern auch wir in Europa zweifellos zu: Ein militaristisch-oligarchisches Prinzip wird sich immer deutlicher einer pazifistischen Volksvertretung (in welcher Form auch immer) entgegenstellen. Da sich die Kriegsentwicklung beschleunigt, bleibt den europäischen Oligarchen nur noch sehr wenig Zeit, um ihre Völker, wenn sie es denn wollen, in einen Krieg zu ziehen, der kein Ende kennt, außer das von Europas Wohlstand.

Emmanuel Todd, 9. Juli 2024

Karten und Tabellen

Karte 2.1: Das Stdtenetz der Ukraine im Jahr 2001

Karte 2.2: Bevölkerungsdichte der Ukraine um 2020

Karte 2.3: Ukrainische Wahlen im Jahr 2010 – Stimmen für Janukowytsch

Karte 2.4: Der Rückgang der Stadtbevölkerung in der Ukraine von 1989 bis 2012

Karte 2.5: Der allgemeine Rückgang der ukrainischen Bevölkerung von 1989 bis 2012

Karte 2.6: Ukrainische Wahlen im Jahr 2014 – Stimmen für Poroschenko

Karte 2.7: Rate der Stimmenthaltungen im Jahr 2014

Karte 2.8: Woher stammt die ukrainische Elite?

Tabelle 1: Die ukrainische Elite

Tabelle 2: Herkunftsländer der in Deutschland lebenden Ausländer im Jahr 2022

Grafik 6.1: Lebenserwartung seit 1960 im Westen und in China

Tabelle 3: Die zehn Herkunftsländer mit den meisten Promovierten in den USA zwischen 2001 und 2020

Karte 11.1: Zustimmende oder ablehnende Haltung der Staaten am 7. März 2022 in Bezug auf die Sanktionen gegen Russland

Karte 11.2: Die Rate der Patrilinearität in der Welt

Karte 11.3: Homophobie in der Welt

Tabelle 4: Meinungsumfragen zu Waffenlieferungen

Anmerkungen

Einleitung: Die zehn Überraschungen des Krieges

- 1 David Teurtrie, *Russie. Le retour de la puissance*, Dunod, 2021.
- 2 Weber definiert den Staat durch sein Monopol rechtmäßiger Gewalt; Hobbes stellt den Naturzustand als Krieg aller gegen alle dar.
- 3 Tatiana Kastouéva-Jean, »La souveraineté nationale dans la vision russe«, *Revue Défense nationale*, Nr. 848, S. 26–31.
- 4 Herausgegeben von der Yale University Press: Wir befinden uns also nicht an den Rändern des amerikanischen Systems.
- 5 Aristoteles, *Politik*, 6. Buch, 12. Kapitel, <https://www.projekt-gutenberg.org/aristote/politik/chap007.html> (22.4.2024).
- 6 Emmanuel Todd, *Après l'empire*, Gallimard, 2002; (auf Deutsch: *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, Piper, 2023); siehe die Neuauflage *Folio actuel* mit dem unveröffentlichten Nachwort des Autors, 2004, S. 94–95.
- 7 Emmanuel Todd, *La Chute finale. Essai sur la décomposition de la shère soviétique*, Robert Laffont, 1976; neue erweiterte Auflage 1990.
- 8 Adam Ferguson, *An Essay on the History of Civil Society* (»Versuch über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft«), https://books.google.de/books?id=dN1AAAAAcAAJ&pg=PA15&hl=de&source=gbs_toc_r&cad=2#v=onepag e&q&f=false (25.4.2024), S. 31.
- 9 Ebd. S. 35.
- 10 Ebd. S. 37.

Kapitel I: Russische Stabilität

- 1 Ich danke Olivier Berruyer dafür, mir gezeigt zu haben, dass es notwendig war, diese Hypothese aufzustellen: Die westlichen Eliten meinten es ernst.
- 2 David Teurtrie, *Russie*, S. 84.
- 3 Ebd. S. 121.
- 4 Ebd. S. 187.

5 Ebd. S. 187 f.

6 Ebd. S. 93.

7 Ebd. S. 94.

8 Eine persönliche Mitteilung von Jacques Sapir, dem ich herzlich für die Beantwortung meiner Fragen danke.

9 James K. Galbraith, »The Gift of Sanctions: An Analysis of Assessments of the Russian Economy, 2022–2023«, *Institute for New Economic Thinking Working Paper*, Nr. 204, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4470297, (26.4.2024)

10 OECD-Daten.

11 Alexandre Latsa, *Dissonance. Journal d'un Frussien*, (»Dissonanz. Tagebuch eines Frussen«), <https://alexandrelatsa.ru>. Vgl. die Rubrik »Élections« (»Wahlen«).

12 Dies ist ein Fehler, den ich in meiner Chronik vom 20. April 2023 in der Zeitung *Marianne* begangen habe, »Macronisme et poutinisme, une comparaison sociologique« [»Macronismus und Putinismus, ein soziologischer Vergleich«]).

13 Vgl. Emmanuel Todd, *La Troisième Planète. Structures familiales et systemes idéologiques*, Seuil, 1983.

14 Anatole Leroy-Beaulieu, *L'Empire des tsars et les Russes*, Robert Laffont, »Bouquins«, 1991, S. 445.

15 Margaret Mead, *Soviet Attitudes Toward Authority. An Interdisciplinary Approach to Problems of Soviet Character*, Rand Corporation, 1951.

16 Geoffrey Gorer und John Rickman, *The People of Great Russia. A Psychological Study*, London, The Cresset Press, 1949.

17 Dinko Tomasic, *The Impact of Russian Culture on Soviet Communism*, Glencoe, The Free Press, 1953.

18 Edward Nabfield, *The Moral Basis of a Backward Society*, Glencoe, The Free Press, 1953.

19 Bertram Schaffner, *Fatherland. A Study of Authoritarianism in the German Family*, Columbia University Press, 1948 und Ruth Benedict, *The Chrysanthemum and the Sword. Patterns of Japanese Culture*, Boston, Houghton Mifflin, 1956.

20 Ruth Benedict, *Chrysanthemum und Schwert. Formen der japanischen Kultur*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2006.

21 Vgl. den Artikel über Kennan im *Smithonian Magazine*: »George Kennan's Love of Russia Inspired His Legendary ›Containment‹ Strategy«, erschienen am 30. September 2016.

22 Walt Rostow, *The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto*, Cambridge University Press, Cambridge 1960.

23 Da ich persönlich viele Journalisten aus *Le Monde*, *L'Express*, dem *Point*, dem französischen staatlichen Radio und anderen kenne, glaube ich eigentlich, die Hypothese von der Inkompetenz in Sachen Demografie und Militär ist wahrscheinlicher als die einer bewussten Unterschlagung. Diese Möglichkeit erwähne ich aus Höflichkeit.

Kapitel II: Das ukrainische Rätsel

1 Vgl. Emma Lambertin, »Lessons from Ukraine: Shifting International Surrogacy Policy to Protect Women and Children«, *Journal of Public and International Affairs*, 1.5.2020.

2 A. Leroy-Beaulieu, *L'empire des tsars et les Russes* (»Das Zarenreich und die Russen«), S. 90.

3 Vgl. Emmanuel Todd, *Où en sont-elles? Une esquisse de l'histoire des femmes* (»Wo sind die Frauen? Eine Skizze der weiblichen Geschichte«), Seuil, 2022, Kap. 14.

4 Oliver H. Radkey, *The Election on the All-Russian Constituent Assembly. 1917*, Cornwall University Press, Aufl. 1977.

5 Die Zahlen der durch den Holodomor verursachten Verluste ist sehr umstritten. Ich berufe mich mit der Schätzung von 2,6 Millionen Toten auf den Artikel »A New Estimate of Ukrainian Population Losses During the Crisis of the 1930s and 1940s«, erschienen in den *Population Studies*, 56, 2002 (S. 249–264). Er ist unterschrieben von Jaques Vallin, France Meslé, Serguei Adamets und Serhii Pyrozhkov, von Forschern, deren Kompetenz meiner Meinung nach über jeden Zweifel erhaben ist.

6 Vgl. Alexandra V. Lysova, Nikolay G. Shchitov und William Alex Pridemore, »Homicide in Russia, Ukraine, Belarus«, in *Handbook of European Homicide Research. Patterns, Explanations and Country Studies*, New York, Springer, 2011, S. 451–470.

7 Anders Åslund, *Ukraine. What Went Wrong and How to Fix It*, Washington, Peterson Institute for International Economics, 2015, S. 8 f.

8 Dem ich dafür danke, mir diese Schlüsselinformation gegeben zu haben.

9 Mark Tolts, »A Half Century of Jewish Emigration from the Former Soviet Union: Demographic Aspects«, Project on Russian and Eurasian Jewry, Davis Center for Russian and Eurasian Studies, Harvard University, 20. November 2019.

10 Um die Gemeinschaft zu benennen, die aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland besteht, werde ich dort von der Amerikanosphäre sprechen, wo ich in meinen vorigen Büchern und der Großteil der Autoren von der Anglosphäre sprechen. Die Idee einer bestärkten Gemeinschaft zwischen diesen fünf Ländern ist eine kulturelle und geopolitische Tatsache und das Konzept der Anglosphäre, wie

es James C. Benett vorlegt (*The Anglosphere Challenge, Why the English-Speaking Nations Will Lead the Way in the Twenty-First Century*, Lanham, Rowman and Littlefield, 2004), ist unverzichtbar. Es ist nicht so sehr die Absorption der vier anderen Länder durch die USA, die mich den Begriff »Amerikanosphäre« vorziehen lässt, sondern das Verschwinden der »anglo-« kulturellen Richtung der Vereinigten Staaten selbst.

Kapitel III: Postmoderne Russophobie im östlichen Europa

1 Vgl. Oliver Radkey, *Russia Goes on the Polls*

2 Nicolas Werth, »Qui étaient les premiers tchékistes?«, *Cahiers du monde russe*, 1991, 32-4, S. 501–512.

3 *Embrassons-nous, Folleville!* (»Komm, umarmen wir uns, Folleville!«) ist eine Komödie von Eugène Labiche und Auguste Lefranc, die 1850 in Paris uraufgeführt wurde. »Embrassons-nous, Folleville!« ist im Französischen zu einer ironischen Anspielung geworden bei Freundschaftsbekundungen, die die Augen vor Problemen verschließen. (Anmerkung der Übersetzerin)

4 Max Weber, *Die Stadt*, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 47, 1921, S. 621 ff.

5 Iván t. Berend, *Decades of Crisis. Central an Eastern Europe before World War II*, University of California Press, 1998.

6 Diese Zahlen wie auch die folgenden stammen von 2021. Quelle: Weltbank.

7 David Schoenbaum, *La Révolution brune*, Les Belles Lettres, 2021, S. XVI.

8 Ebenso wie Rumänien, aus anderen Gründen. Vgl. Paul Lendvai (ein Jude ungarischer Abstammung), *L' Antisémitisme sans juifs*, Fayard, 1971.

Kapitel IV: Was ist der Westen?

1 Emmanuel Todd, *Après la démocratie*, Gallimard, 2008 (dt. »Nach der Demokratie«).

2 Christopher Lasch, *The Revolt of the Elites and the Betrayal of Democracy*, 1994 (dt. *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung*. Hoffmann und Campe, 1995).

3 Micheal Lind, *The next American Nation. The New Nationalism and the Fourth American Revolution*, New York, Simon & Schuster, 1996.

4 Micheal Lind, *The New Class war. Saving Democracy from the Metropolitan Elite*, London, Portfolio/Penguin Random House, 2020.

5 Joel Kotkin, *The New Class Conflict*, Candor Telos Press Publishing, 2014.

6 Colin Crouch, *Post-Democracy*, Cambridge, Polity, 2003.

- 7 Mark Garnett, *From Anger to Apathy. The British Experience since 1975*, London, Random House, 2007.
- 8 David Goodhart, *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*, Hurst, 2017.
- 9 David Skelton, *The New Snobbery. Taking on Modern Elitism and Empowering the Working Class*, Hull, Biteback Publishing, 2021.
- 10 Christophe Guilluy, *La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires*, Flammarion, 2014. (dt. »Das randständige Frankreich. Wie man die unteren Klassen geopfert hat«)
- 11 Luc Rouban, *La démocratie représentative est-elle en crise?*, La Documentation française, 2018. (dt. »Ist die repräsentative Demokratie in der Krise?«)
- 12 Jérôme Fourquet, *L'Archipel français. Naissance d'une nation multiple et divisée*, Seuil, 2019. (dt. »Der französische Archipel. Die Geburt einer vielfältigen und gespaltenen Nation«)
- 13 Oliver Nachtwey, *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Suhrkamp Verlag, Berlin, 2016.
- 14 Peter Mair, *Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy*, London, Verso Books, 2013.
- 15 In der französischen Öffentlichkeit ist »zombie« ein geläufiger Begriff, er findet Anwendung in wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kontexten und markiert einen Scheinzustand. Wir haben ihn in der Übersetzung in diesem Sinn, also ohne die im Deutschen eher assoziierte okkulte Konnotation und ohne einen Bezug zur Pop-Kultur, beibehalten. Anm. des Verlags

Kapitel V: Der assistierte Suizid Europas

- 1 Nicholas Mulder, *The Economic Weapon. The Rise of Sanctions as a Tool of Modern War*, Yale University Press, 2022.
- 2 Jacques Bainville, *Les Conséquences politiques de la paix*, Gallimard, coll. »Tel«, 2002.
- 3 Quelle: Statistisches Bundesamt.
- 4 Quelle: Statistisches Bundesamt.
- 5 OECD, *Is the German Middle-Class Crumbling? Risks and Opportunities*, 2021.
- 6 Zbigniew Brzezinski, *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives* (deutsche Ausgabe: *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*), 1997.

- 7 Oliver Bullough, *Moneyland. Why Thieves and Crooks Now Rule the World and how to Take it Back*, London, Profile Books, 2018; *Butler to the World. How Britain Became the Servant of Tycoons, Tax Dodgers, Kleptocrats and Criminals*, London, Profile Books, 2022.
- 8 Gabriel Zucman, *Steuerparadiese. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*, Suhrkamp, 2014.
- 9 So wurde etwa die UBS im Juli 2023 zu einer Zahlung von 387 Millionen Dollar verurteilt. Siehe den Artikel des 24. Juli 2023 von Samantha Delouya auf der Website der CNN: »UBS Hit with \$387 Million in Fines for ›Misconduct‹ by Credit Suisse in Archegos Dealings«.
- 10 Glenn Grennwald, *No Place to Hide. Edward Snowden, the NSA and the U. S. Surveillance State*, New York, Metropolitan Books, 2014 (Titel der deutschen Ausgabe: *Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen*).
- 11 Meine Schätzung mag methodisch schwach erscheinen, aber genauso war ich vorgegangen, um die Belastung des KGB für die sowjetische Wirtschaft in *Weltmacht USA (op. cit.)* zu bewerten.
- 12 Benjamin Griveaux: Politiker der Sozialisten, dann Macron-Anhänger, dessen politische Karriere 2020 an der Enthüllung von persönlichen Videos mit sexuellem Charakter scheiterte. Das wichtige Element dieser an sich unbedeutenden Geschichte ist die Naivität gegenüber dem Internet.
- 13 TASS, Mitte Juli 2023.
- 14 Subrahmanyam Jaishankar, *The India Way. Strategies for an Uncertain World*, Gurugram, HarperCollins India, 2020.

Kapitel VI: Großbritannien – auf dem Weg zur Nullnation (Fool, Britannia!)

- 1 Französische Spionagefilmfarce mit Jean Dujardin, 2006. (Anm. d. Übers.)
- 2 Wikipedia, abgerufen am 13. September 2023.
- 3 Linda Colley, *Britons. Forging the Nation 1707–1837*, London, Pimlico Books, 1994.
- 4 Französischer Innenminister, katholisch, rechts-konservativ, gegen ihn wird in einem Vergewaltigungsfall ermittelt. (Anm. d. Übers.)
- 5 *Britannia unchained: Global Lessons for Growth and Prosperity*, London, Palgrave MacMillan, 2012. Die Autoren des Buchs sind fünf britische Parlamentarier: Kw Kwasi Kwarteng, Priti Patel, Dominic Raab, Chris Skidmore und Liz Truss.
- 6 Diese Ziffer und die folgenden beziehen sich auf BAMEs, die in England geboren wurden.

- 7 Zugangsquote zur Hochschulbildung: <https://www.ethnicity-facts-figures.service.gov.uk/education-skills-and-training/higher-education/entry-rates-into-higher-education/latest>.
- 8 Julian Assange ist der Gründer von WikiLeaks. Im Jahr 2010 erlangte Assange in der Folge der WikiLeaks-Enthüllungen über die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten den Krieg in Irak und Afghanistan führen, einen enormen Bekanntheitsgrad. Seitdem steht er im Zentrum einer politisch-rechtlichen Affäre, an der Schweden, das Vereinigte Königreich und die USA beteiligt waren und derentwegen er seit 2010 seiner Freiheit beraubt wird, und zwar unter Bedingungen, die ihn als politischen Gefangenen qualifizieren.
- 9 *The Guardian*, »Children Raised Under UK Austerity Shorter than European Peers, Study Finds«, 21. Juni 2023.
- 10 Zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Vereinigten Königreichs siehe das ausgezeichnete *The Rise and Fall of the British Nation: A Twentieth Century History* von David Edgerton, Penguin, 2019.
- 11 https://www.theguardian.com/society/microsite/outsourcing_/story/0,13230,933818,00.html; siehe auch: <https://www.theguardian.com/business/2005/nov/20/politics.publicservices>.
- 12 Max Weber, »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«, in: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie* Band 1, Tübingen 1986, <http://www.zeno.org/nid/2001144049X>.
- 13 K. D. M. Snell und Paul S. Ell, *Rival Jerusalems. The Geography of Victorian Religion*, Cambridge University Press, 2000, S. 415.
- 14 Hugh McLeod, *Religion and the People of Western Europe 1789–1989*, Oxford University Press, 1997.
- 15 Gut dargestellt für Großbritannien von Calum G. Brown in *The Death of Christian Britain. Understanding Secularisation 1800–2000*, London, Routledge, 2009.
- 16 Genau das zeigt Calum G. Brown sehr gut in *The Death of Christian Britain*, wobei er sich anderer Worte bedient. Dort, wo ich von Zombieprotestantismus spreche, spricht er von Protestantismus.
- 17 Ebd. S. 168
- 18 Vgl. Boyd Hilton, *The Age of Atonement. The Influence of Evangelicalism on Social and Economic Thought 1785–1865*, Oxford University Press, 1986.
- 19 Vgl. Francis Green und David Kynaston, *Engines of Privilege. Britain's Private School Problem*, London, Bloomsbury, 2019.
- 20 Mike Savage, *Social Class in the 21st Jahrhundert*, London, Pelican Books, 2015, S. 38.
- 21 Kathryn Simpson, »Tabloid Tales: How the British Tabloid Press Shapes the Brexit Vote«, *Journal of Common Market Studies*, Band 61, Nr. 2, S. 302–322.

22 Vgl. Deborah Mattinson, *Beyond the Red Wall. Why Labour Lost, How the Conservatives Won and What Will Happen Next?*, Hull, Biteback Publishing, 2020.

23 Vgl. Owen Jones, *Chavs. The Demonization of the Working Class*, London, Verso, 2016.

24 Emmanuel Todd, *Le Destin des immigrés. Assimilation et ségrégation dans les démocraties occidentales*, Seuil, 1994.

25 Matthew Goodwin, *Values, Voice and Virtue*, London, Penguin, 2023, S. 21.

26 Aus dem Englischen von Joachim Uhlmann, <https://signaturen-magazin.de/william-blake--jerusalem--.html>.

Kapitel VII: Skandinavien – vom Feminismus zur Kriegstreiberei

1 <https://www.france24.com/fr/éco-tech/20210531-comment-le-danemark-est-devenue-le-poste-d-écoute-de-la-nsa-en-europe>.

2 <https://www.courrierinternational.com/article/vu-du-danemark-anders-fogh-rasmussen-en-mission-pour-rapprocher-l-ukraine-de-l-otaaan>.

3 James R. Flynn und Michael Shayer, »IQ Decline and Piaget: Does the Rot Start at the Top?«, *Intelligence*, Ausg. 66, Jan.–Febr. 2018, S. 112–121. Dieser Artikel leugnet allerdings den Rückgang des Intelligenzquotienten in den USA, den dieselbe Zeitschrift dann fünf Jahre später feststellt. Siehe weiter unten, S. 227.

4 Ronald Inglehart, *Cultural Evolution. People's Motivations Are Changing, and Reshaping the World*, Cambridge University Press, 2018.

5 Emmanuel Todd, *Où en sont-elles?*, op. cit.

Kapitel VIII: Das wahre Wesen der USA – Oligarchie und Nihilismus

1 In dieser Frage hat mich das Buch von Ross Douthat beeindruckt und beeinflusst: *The Decadent Society. How We Became Victims of Our Own Success* (New York, Avid Reader Press, 2020), der sich mit dem Problem einer möglichen Dekadenz der amerikanischen Gesellschaft befasst. Ross Douthat ist ein intelligenter konservativer Redakteur der *New York Times*; er sorgt dort für eine Meinungsvielfalt, die in der *Monde*, der sonstigen französischen Presse oder selbst im *Guardian* ihresgleichen sucht. Da er außerdem Filmkritiker ist, weitet er seine Analyse auf den kulturellen Bereich aus und gibt erstaunliche Einblicke in das Stagnieren der amerikanischen Kultur. Ihm verdanken wir ein wunderbares Konzept, das für die Geopolitik sehr hilfreich ist, die »nachhaltige Dekadenz« (*sustainable decadence*). Nachdem er feststellt, dass die ganze Welt in Dekadenz stagniert, schließt er daraus, dass die dekadenten USA innerhalb einer dekadenten Welt lebensfähig bleiben könnten. Ich folge ihm darin nicht, aber ich bleibe begeistert.

- 2 Hermann Rauschning, *Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich*, Europa Verlag, Zürich / New York, 1938.
- 3 Leo Strauss, *Nihilisme et politique*, Rivages Poche, 2004. Es handelt sich um einen Vortrag, der 1941 gehalten wurde.
- 4 Anne Case und Angus Deaton, *Deaths of Despair and the Future of Capitalism*, Princeton University Press, 2020, S. 42.
- 5 »Life Expectancy Changes since COVID-19«, *Nature Human Behaviour*, 17.10.2022.
- 6 OECD-Daten: <https://data.oecd.org/healthstat/infant-mortality-rates.htm>.
- 7 A. Case und A. Deaton, *Deaths of Despair*, op. cit., S. 125.
- 8 Robert D. Putnam und David E. Campbell, *American Grace. How Religion Divides and Unites Us*, New York: Simon and Schuster, 2010, S. 82–90.
- 9 C. Wright Mills, *The Power Elite*, Oxford University Press, 1956 und 2000, S. 60–68.
- 10 John Rawls, *A Theory of Justice*, Harvard University Press, Cambridge/Massachusetts, 1971.
- 11 Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, *Le Triomphe de l'injustice. Richesse, évasion fiscale et démocratie*, Seuil, 2020 (deutsche Ausgabe: *Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungerechtigkeit im 21. Jahrhundert*, Suhrkamp Verlag, 2020).
- 12 R. Putnam und D. Campbell, *American Grace*, op. cit., S. 105.
- 13 Ross Douthat, *Bad Religion. How We Became a Nation of Heretics*, New York, Free Press, 2013.
- 14 R. Putnam und D. Campbell, *American Grace*, op. cit., S. 486.
- 15 Nicholas Lehmann, *The Big Test. The Secret History of the American Meritocracy*, New York, Farrar, Straus and Giroux, 1999. 1990 wurde der SAT umbenannt in *Scholastic Assessment Test* und 2005 in *SAT Reasoning Test*.
- 16 Vgl. Wikipedia für detaillierte Angaben: <https://en.wikipedia.org/wiki/SAT>.
- 17 Dies soll nicht missverstanden werden als primitiver Antiamerikanismus. In *Les Luttes de classes en France au XXIe siècle*, Seuil, 2020 (dt. »Klassenkämpfe im Frankreich des 21. Jahrhunderts«) hatte ich ein ähnliches Phänomen für die französischen Grundschulen festgestellt.
- 18 Philip S. Babcock und Mindy Marks, »The Falling Time Cost of College: Evidence from Half a Century of Time Use Data«, National Bureau of Economic Research, April 2010.
- 19 Elizabeth M. Dworak, William Revelle, David M. Condon, »Looking for Flynn Effects in a Recent Online U. S. Adult Sample: Examining Shifts within the SAPA Project«, *Intelligence*, Ausgabe 98, Mai–Juni 2023, 101734.

20 Pew Research Center.

21 Dass ich diese Lähmung des Fiskus vollständig erkannt habe, verdanke ich einer Diskussion mit Peter Thiel.

22 Vgl. die Website *The Violence Project*: <https://www.theviolenceproject.org>.

23 Centers for Disease Control, Adult Obesity Facts: <https://www.cdc.gov/obesity/data/adult.html>.

24 Jerome Karabel, *The Chosen. The Hidden History of Admission and Exclusion at Harvard, Yale and Princeton*, Boston, Houghton Mifflin Company, 2005.

25 Spürbar wird dies in dem Buch *The Meritocracy Trap* von Daniel Markovits (Penguin Books, 2019). Markovits ist Professor an der juristischen Fakultät in Yale, also im Herzen des Systems. Man hätte glauben können, er kritisiere die Meritokratie einfach auf moralischer und rechtlicher Grundlage, im Stil von Michael Young. Aber er stellt die Tatsache, dass die ausgewählten Studenten es sich verdient hätten, nicht einmal in Frage, was man unter Berücksichtigung der jüngsten Praktiken bezweifeln darf. Er deutet lediglich an, dass dieses System sie voneinander entfremdet.

Kapitel IX: Die Luft aus der amerikanischen Wirtschaft lassen

1 Z. B. Samuel Charap und Miranda Priebe, »Avoiding a Long War: U. S. Policy and the Trajectory of the Russia-Ukraine Conflict«, Rand Corporation, Januar 2023.

Michael Brenes, »Privatization and the Hollowing Out of the U. S. Defense Industry«, *Foreign Affairs*, 3. Juli 2023.

2 Mark V. Wetherington, *American Agriculture. From Farm Families to Agribusiness*, Lanham, Rowman and Littlefield, 2021, S. 149–171.

3 Vgl. den Artikel von Will Snell, »U. S. Agriculture Flirting with an Annual Trade Deficit – First Time in 60 years?«, vom 29. Oktober 2020, veröffentlicht auf der Seite des Martin-Gatton College of Agriculture, Food and Environment: <https://agecon.ca.uky.edu/us-agriculture-flirting-an-nual-trade-deficit-%E2%80%93-first-time-60-years>.

4 Außer den im achten Kapitel erwähnten Werken seien zitiert: Michael J. Sandel, *The Tyranny of Merit*, New York: Farrar, Straus and Giroux, 2020, und Will Bunch, *After the Ivory Tower Falls. How College Broke the American Dream and Blew up our Politics and How to Fix It*, New York, William Morrow, 2022.

5 American Immigration Council.

6 Ann Pettifor, *The Production of Money. How to Break the Power of Bankers*, London, Verso, 2017, S. 3.

7 Diese Idee einer Rückkopplung von wirtschaftlichen Spezialisierungen auf die universitäre Ausbildung verdanke ich meinem Kollegen Philippe Laforgue.

Kapitel X: Die Washingtoner Clique

- 1 Nämlich die Stammfamilie bei Japanern und Koreanern sowie die kommunitäre Familie bei Chinesen und Vietnamesen (mit einer Nuance »Stamm« im Südosten Chinas und im Norden Vietnams, und mit einer Nuance »Kern« im Süden Vietnams).
- 2 Ich danke erneut Peter Thiel, der mich auf die Tatsache und den Artikel aufmerksam gemacht hat.
- 3 Eric Kaufmann, *The Rise and Fall of Anglo-America*, Harvard University Press, 2004.
- 4 London, Picador, 2018.
- 5 Stephen Walt, John J. Mearsheimer. *The Israel Lobby and U. S. Foreign Policy*, KSG Faculty Research Working Paper, Series RWP06-011, 2006.
- 6 Robert Kagan, *Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order* (New York, Alfred A. Knopf, 2003): Die Europäer sind Drückeberger; *The Jungle Grows Back. America and Our Imperiled World* (New York, Alfred A. Knopf, 2018): Die Europäer sind Faschisten. So oder so: Die US-Armee wird ihnen das echte Leben beibringen.

Kapitel XI: Warum der Rest-der-Welt sich für Russland entschieden hat

- 1 Christopher Lasch, Deutsche Erstausgabe: *Das Zeitalter des Narzißmus*. Steinhausen, München, 1980.
- 2 Das nordkoreanische System repräsentiert die Mutation von einem kommunistischen Standardtotalitarismus zu einem ethnisierenden Totalitarismus, der von einer Familienlinie regiert wird. Die koreanische Stammfamilie, die die Kontinuität der Abstammung und ein ethnisches Volksverständnis fördert (aus der Ungleichheit der Brüder wird die Ungleichheit der Menschen und Völker), kann diese Wandlung erklären.
- 3 John A. Hobson, *Imperialism. A Study*, 1906, <https://www.marxists.org/archive/hobson/1902/imperialism/pt2ch7.htm>, abgerufen im Juli 2024. Übersetzt aus der englischen Veröffentlichung.
- 4 Dt. »Die dreißig Glorreichen«: Die Jahre 1945 bis 1975 nach Ende des Zweiten Weltkrieges, Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und rasanter gesellschaftlicher Veränderungen in Frankreich. (Anm. d. Übers.)
- 5 *Wall Street Journal*, 1. August 2023.
- 6 N. Mulder, *The Economic Weapon*, op. cit.
- 7 Joy Gordon, *Invisible War. The United States and the Irak Sanctions*, Harvard University Press, 2010, Fußnote 82, S. 255 ff.
- 8 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, 1992, deutsche Ausgabe: *Das Ende der Geschichte*, München, 1992.

9 E. Todd, *Où en sont-elles?*, op. cit.

10 Paola Giuliano und Nathan Nunn, »Ancestral Characteristics of Modern Populations«, *Economic History of Developing Regions*, 33 (1), 2018, S. 1–17; Emmanuel Todd, *L'Origine des systèmes familiaux* (»Der Ursprung der Familiensysteme«), Gallimard, 2011 und *La Diversité du monde* (»Die Vielfalt der Welt«), Le Seuil, 1999 und 2017.

11 Mir Azad Kalam u. a., »Change in the Prevalence and Determinants of Consanguineous Marriages in India between National Family and Health Surveys (NFHS) 1 (1992–1993) and 4 (2015–2016)«, Human Biology Open Access Pre-Prints, WSU Press, 11. Oktober 2020.

12 India, *National Family Health Survey 2019–2021* (indische Version des DHS, *Development and Health Survey*).

Schlussfolgerung: Wie die Vereinigten Staaten der Ukraine in die Falle gingen (1990–2022)

1 Andrei P. Zygangow, *The Dark Double. US Media, Russia and the Politics of Values*, Oxford University Press, 2019, S. 74.

2 R. Kagan, *Of Paradise and Power*, op. cit.

3 A. Zygangow, *The Dark Double*, op. cit.

4 Ebd, S. 46.

5 Hans Kundnani, *The Paradox of German Power*, Oxford University Press, 2015, S. 57 ff.

6 Vgl. auch mein Gespräch mit Olivier Berruyer, »L'Allemagne tient le continent européen«, erschienen auf der Seite *Les Crises* im September 2014.

7 Emmanuel Todd, »The Coming Crisis Between the U. S. and Germany«, Vortrag am Institute for Advanced Study in Princeton im Februar 2016. Darin kündigte ich einen kommenden Konflikt zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten an.

8 Zitiert von Pierre Melandri in »Americans First: la géopolitique de l'administration Biden«, *Politique étrangère*, 3–2021.

9 R. Kagan, *The Jungle Grows Back*, op. cit., S. 135.

Der (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) schwierige Frieden – ein Nachwort zur deutschen Ausgabe

1 12. bis 26. Juni 2023, Institut Français d'Opinion Publique, FIAF <https://www.ifop.com/publication/regards-europeens-sur-la-crise-en-ukraine-vague-5/>, zuletzt eingesehen 8.8.2024